

**David Chiavacci
Iris Wieczorek (Hrsg.)**

JAPAN 2017

Politik,
Wirtschaft
und Gesellschaft

Vereinigung für
sozialwissenschaftliche
Japanforschung e.V.



DAVID CHIAVACCI, IRIS WIECZOREK (HRSG.)
Japan 2017

David Chiavacci, Iris Wieczorek (Hrsg.)

Japan 2017

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

mit Beiträgen von

David Adebahr, Regine Dieth, Vitali Heidt, Adam Jambor, Philip Lindemer,
Markus Pommerening, Frank Rövekamp, Wilhelm Vosse und
Christian G. Winkler

Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e. V. (VSJF)

Editorial Board: Karsten Helmholz (Universität Hamburg), Kerstin Lukner (Universität Duisburg-Essen), Cornelia Reiher (Freie Universität Berlin), Anke Scherer (Cologne Business School), Elisabeth Scherer (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf).

Redaktion: David Chiavacci, Iris Wieczorek

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 0343-6950

ISBN (Printausgabe) 978-3-86205-486-2

ISBN (E-Book/pdf) 978-3-86205-929-4

Für Inhalte von Webseiten Dritter, auf die in diesem Buch verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber verantwortlich, wir übernehmen dafür keine Gewähr.

© IUDICIUM Verlag GmbH München 2017

Alle Rechte vorbehalten

www.iudicium.de

VSJF

A network for dialogue and research on contemporary japan



Die 1988 gegründete Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V. (VSJF) ist ein Netzwerk für die Förderung und den Austausch von Wissen über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des modernen Japan. Der konzeptionelle Schwerpunkt besteht im Diskurs zwischen den Sozialwissenschaften und der Japan-Forschung. Mit der Vernetzung von Fach- und Länderspezialisten hat die VSJF Möglichkeiten geschaffen, interdisziplinär wichtige Fragestellungen zum modernen Japan zu bearbeiten und die Ergebnisse regelmäßig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Vereinigung ist parteipolitisch neutral und als gemeinnützig anerkannt. Für weitere Informationen siehe www.vsjf.net

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Liste der bisherigen Sonderbeiträge.....	9

INNENPOLITIK

<i>Christian G. Winkler</i> Innenpolitik 2016/2017.....	23
<i>Markus Pommerening</i> Die Friedensverfassung und ihre Verteidiger: Proteste zum Schutz von Artikel 9?	41

AUSSENPOLITIK

<i>Wilhelm Vosse</i> Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik 2016/2017: Japans Reaktion auf Donald Trump und Kim Jong-un	71
<i>David Adebahr</i> Tōkyōs strategische Neuausrichtung in der asiatischen Pazifikregion: Eine komparative Analyse aktueller Entwicklungen in Japans regionaler Sicherheitspolitik	96

WIRTSCHAFT

<i>Frank Rövekamp</i> Japan im ökonomischen Gesundheitscheck: Krise der Wirtschaft oder Krise der Wissenschaft?.....	125
--	-----

Adam Jambor

**Das japanische Modell der Arbeitsplatzsuche: Historische Entwicklung
und gegenwärtige Situation** 143

Regine Dieth

**»Agri-Womenomics«: Ein neuer Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit
in der japanischen Landwirtschaft?** 173

GESELLSCHAFT

Philip Lindemer

**Miritarī Otaku: Der moefizierte Krieg und die Faszination für das deut-
sche Militär** 212

Vitali Heidt

Altenpflege in Japan: Wohlfahrtsgenese im regionalen Kontext. 241

Die Autorinnen und Autoren 274

Vorwort

Wir freuen uns, dieses Jahr die nunmehr 40ste Ausgabe des Japan Jahrbuchs vorlegen zu können. Das halbe Jahrhundert ist zwar noch nicht vollbracht, aber wir biegen in die Schlussgerade ein. Die diesjährige Ausgabe des Japan Jahrbuchs enthält drei Übersichtsbeiträge zu Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik sowie sechs thematische Beiträge, die ein *Double-Blind Review*-Verfahren durchlaufen haben.

In der Rubrik zur Innenpolitik zeichnet der Übersichtsartikel von Chris Winkler die Hauptentwicklungen in der japanischen Innenpolitik 2016–2017 nach und diskutiert deren Hintergründe. Zentrale Themen sind hierbei der Popularitätsverlust der Regierung von Premierminister Abe nach diversen Skandalen, die Unfähigkeit der Demokratischen Partei, von dieser Schwäche von Abe und seiner Liberaldemokratischen Partei Kapital zu schlagen sowie die erfolgreiche Wahl von Yuriko Koike zur Gouverneurin der Präfektur Tōkyō, welche mit ihrer neugegründeten Partei zu einem neuen nationalen Faktor werden könnte. Im zweiten Beitrag zur Innenpolitik vergleicht Markus Pommerening die Massenprotestbewegungen gegen einen angestrebten Ausbau der Verteidigungspolitik Japans von 1959/1960 und 2015/2016 miteinander. In seiner qualitativen Inhaltsanalyse zeigt Pommerening, dass die Bewegung von 1959/1960 nicht primär eine Bewegung zum Schutz der Friedensverfassung, sondern eine Bewegung zum Schutz der Demokratie darstellte.

Wilhelm Vosse eröffnet wie seit über zehn Jahren mit seinem Übersichtsartikel die Rubrik zur japanischen Außenpolitik. Dabei diskutiert Vosse in bewährter Weise die Hauptentwicklungen in den wichtigsten Außenbeziehungen Japans und in seiner Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik. Er streicht in seiner Analyse heraus, dass sich durch die neuen Raketentests Nordkoreas und die Wahl von Donald Trump zum US-amerikanischen Präsidenten die Sicherheitslage Japans signifikant verschlechtert hat und zeigt die damit verbundenen proaktiven Neuausrichtungen in der japanischen Außenpolitik auf. Während der Rückzug der USA aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) ein großer Dämpfer in der japanischen Außenwirtschaftspolitik war, konnte Japan mit dem Partnerschaftsabkommen mit der EU einen großen Erfolg in der Außenwirtschaftspolitik realisieren. Im zweiten Beitrag analysiert David Adebahr den Wandel in der japanischen Sicherheitspolitik gegenüber Südostasien. Seine empirische Analyse zeigt auf, dass es zu einer strategischen Neuausrichtung in der regionalen Sicherheitspolitik gekommen ist. Diese ist nicht nur politische Rhetorik oder einzig eine Reaktion auf den Wandel

in der Asienstrategie der USA, sondern stellt eine neue strategische Option für Japan jenseits des bilateralen Sicherheitsabkommens mit den USA dar.

Die Wirtschaftsrubrik beginnt mit dem Übersichtsartikel von Frank Rövekamp. In einer frischen und innovativen Perspektive analysiert er den Zustand der japanischen Wirtschaft in Form eines Gesundheitschecks. Sein Beitrag dokumentiert die widersprüchlichen Einschätzungen und Diagnosen der Wirtschaftswissenschaften. Entsprechend uneinig sind sich die Spezialisten in ihren Vorschlägen für die nächsten wichtigen Schritte in der Wirtschaftspolitik. Der Beitrag dokumentiert die ökonomische und wirtschaftspolitische Ausnahmesituation in Japan, welche die Wirtschaftswissenschaften überfordert. Der Beitrag von Adam Jambor ist eine Studie zur Arbeitsplatzsuche von Universitätsabsolventen, wobei er seinen Fokus auf die Präfektur Okinawa richtet. Angesichts der zunehmenden Beschäftigungsprobleme bei jungen Arbeitnehmern und Schulabsolventen haben staatliche Akteure und die Universitäten eine Reihe von neuen Maßnahmen in den letzten Jahren ergriffen. Die Analyse von Jambor zeigt auf, dass diese zwar durchaus die Probleme geschmälert haben, jedoch sind in seiner Sicht die systemischen Missstände im Transitionsprozess nicht angegangen worden. Die »Agri-Womenomics« als Teil der Reformen im Agrarsektor und bzgl. der Genderegilität werden im Beitrag von Regine Dieth beleuchtet. Die Autorin diskutiert die neuen staatlichen Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Landwirtschaft. Sie sieht geringe Aussichten für einen durchschlagenden Erfolg und betrachtet die Maßnahmen primär als einen Versuch, das Image der Landwirtschaft in Japan zu verbessern.

In der Rubrik Gesellschaft enthält das Japan Jahrbuch dieses Jahr zwei Beiträge. In der qualitativen Studie von Philip Lindemer werden der Konsum und die lebenslange Faszination mit dem deutschen Militär und seiner Darstellung mit erotischen, meist weiblichen Mangafiguren in der Populärkultur beleuchtet. Dieses Marktsegment ist in den letzten Jahren in Japan stark gewachsen, jedoch wegen seiner Inhalte auch scharf kritisiert worden. Vitali Heidt diskutiert in seinem Beitrag die historische Entwicklung der Altenpflege und der im Jahre 2000 eingeführten Pflegeversicherung in Japan. Der Fokus in seinem Beitrag liegt hierbei auf der Analyse der neusten Reformen und der Frage, ob Kommunen eine noch wichtigere und integrale Rolle in der Altenpflege spielen könnten.

Unser sehr herzlicher Dank gilt allen Autoren sowie dem Editorial Board und den externen Gutachtern, die durch ihre fundierten Kommentare, wichtigen Hinweise und produktive Kritik die Qualität der Beiträge sichergestellt haben.

Zürich/Tōkyō, im Oktober 2017

Prof. Dr. David Chiavacci und Dr. Iris Wieczorek

Die bisherigen Sonderbeiträge

POLITIK

- Erfolge und Versäumnisse der Umweltschutzpolitik in Japan (H. Weidner), 1981/82
- Die heutige Lage der japanischen Streitkräfte (R. Drifte), 1981/82
- Japans Rechtsextremismus: zwischen etablierter Politik und Kriminalität (M. Pohl), 1982/83
- Tiefpunkt einer Politikerkarriere – Kono Yoheis Experiment »Neuer Liberaler Club« ist gescheitert (Ch. Schwandt), 1986/87
- Die Reform der japanischen Staatsbahnen (JNR) (H. J. Mayer), 1986/87
- Leiharbeit und zwischenbetrieblicher Arbeitskräftetransfer (A. Ernst), 1986/87
- Europäische Gemeinschaft – Japan (K.-R. Korte), 1986/87
- Japans Antikernkraftbewegung im Aufwind (H. J. Mayer), 1988/89
- Stichwort »Internationalisierung«: Marktöffnung genügt nicht (H. J. Mayer), 1988/89
- Zwischen Politik und Religion: Der Streit um die Thronfolgeriten in Japan (P. Fischer), 1990/91
- Japan als regionale Großmacht? Die ASEAN-Reise Kaifu Toshikis (M. Pohl), 1990/91
- APEC – Die Konferenz über asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit aus japanischer Perspektive (J. Morhard), 1990/91
- Japan: Der »Marsch zum Gipfel« (R. Machetzki), 1990/91
- Japan und die GATT-Runden: Die grundsätzliche Haltung Japans in den GATT-Verhandlungen (M. Pohl), 1990/91
- Japan und Rußland (W. Wallraf), 1991/92
- SII und die amerikanisch-japanischen Beziehungen. Eine neue Lösung für ein altes Problem? (B. May), 1991/92
- Zwischen Kooperation und Konflikt. Die Stellung Japans in der G-7 (B. Reszat), 1991/92
- Die administrative Elite Japans und ihr Verhältnis zur Liberal-Demokratischen Partei (M. Bandow), 1992/93
- Japan: Macht neuen Typs oder Riese ohne Verantwortung? (W. Wallraf), 1992/93
- Japan und Südkorea zu Beginn der 90er Jahre: Aufbruch zu neuen Ufern? (P. Köllner), 1992/93
- Japan als »aid leader«: Neue Entwicklungen in der japanischen Entwicklungspolitik (F. Nuscheler), 1993/94
- Japan und Lateinamerika: Intensivierung der Beziehungen (H. Kreft), 1994/95
- Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu Japan (W. Pape), 1994/95
- Tokyos Müllmanagement in Zeiten zunehmender Raumnot (R. Kühn), 1995/96
- Von Vermächtnissen der Vergangenheit, gegenwärtigen Besorgnissen und zukünftigen Sicherheitsregimen: Anmerkungen zu Japans strategischem Umfeld in Nordostasien (P. Köllner), 1995/96

- Die Unterhauswahlen 1996 (P. Köllner), 1996/97
- Japans Sicherheitspolitik zwischen Kollektiver Verteidigung und Kollektiver Sicherheit. Eine politiktheoretische Betrachtung (D. Nabers), 1996/97
- Parteien und innerparteiliche Machtgruppen in Japan: Die Zukunft traditioneller politischer Strukturen (M. Pohl), 1997/98
- Japan und die ostasiatische Wirtschaftskrise (H. Krefz), 1997/98
- Japans neue Sicherheitspolitik – Von der Landesverteidigung zur regionalen militärischen Interventionsfähigkeit? (D. Nabers), 1998/99
- Japanisch-afrikanische Wirtschaftsbeziehungen: Stand und Perspektiven von Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen (M. Rohde), 1998/99
- Mongolisch-japanische Beziehungen (1990–1998) – Die Mongolei zwischen Globalisierung und Regionalisierung (U. B. Barkmann), 1998/99
- Die Unterhauswahlen vom Juni 2000 (P. Köllner), 1999/2000
- Raketabwehrpläne der USA im Lichte der strategischen Rolle Japans (M. Wagener), 1999/2000
- Politikverdrossenheit in Japan (Christoph Hallier), 2000/2001
- Japan und Ostasien: Von der Regionalisierung zum Regionalismus (Madeleine Preisinger-Monloup), 2000/2001
- Japan in East Asia: Why Japan Will Not Be a Regional Political Leader (Axel Berkofsky), 2000/2001
- Spillover des Diskurses unter Intellektuellen auf die Reformdebatte unter Politikern (Karin Adelsberger), 2001/2002
- Japans neue Klimadiplomatie – Auswirkungen des Kyōto-Protokolls auf Japans Rolle in Asien (Georg Schmidt), 2001/2002
- Zur Diskussion um die Änderung des Kriegsverzichtsartikels in der japanischen Verfassung (Artikel 9) (Junko Ando), 2003
- Flüchtlingsschutz in Japan: Aktuelle Änderungen und offene Kritikpunkte (Jeannette Behaghel), 2003
- Gibt es einen Paradigmenwechsel in der jüngeren japanischen Sozialpolitik? Reformen, Wirkungen, Hemmnisse (Harald Conrad), 2003
- Brauchen wir eine neue Japanpolitik? (Hans-Dieter Scheel), 2003
- Japan als starker und schwacher Immigrationsstaat: Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität der Migrationspolitik (David Chiavacci), 2004
- Zur Funktionalität »typisch« japanischer Wirtschaftspolitik – Irrweg oder Alternative der Umweltpolitik? (Ilona Köster), 2004
- Japans Beitrag zur internationalen Klimapolitik (Heike Schröder), 2004
- Die Neue Kōmeitō – Zünglein an der Waage im japanischen Parteiensystem (Ruth Schneider), 2005

- Die Zukunft der Erbfolge in der japanischen Politik (Kai-F. Donau), 2005
- Elitenetzwerke in Japan (Carmen Schmidt), 2005
- Aufstieg und Fall des »Endō-Reiches« – Öffentliches Bauen und politische Korruption in Japan am Beispiel der Präfektur Tokushima (Thomas Feldhoff), 2005
- Zwischen regionaler Integration und nationaler Renaissance – Welchen Weg nimmt Japans Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts? (Martin Eberts), 2005
- Political Leadership in Japan – Premierminister Koizumi und der »japanische Führungsstil« (Axel Klein), 2006
- Strukturwandel des politischen Systems in Japan: Dezentralisierung und die neue Bedeutung der Kommunen (Gesine Foljanty-Jost), 2006
- Japan und China – Perspektiven einer schwierigen Nachbarschaft (Martin Eberts und Henri Léval), 2006
- Japans Streben nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat: Eine unendliche Geschichte? (Kerstin Lukner), 2006
- Shinzō Abe und das Ende der Reformpolitik (Albrecht Rothacher), 2007
- Die Ästhetik des Opfers: Anmerkungen zur jüngsten Patriotismusdebatte in Japan (Matthias Pfeifer), 2007
- Die Globalisierung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Frank Umbach), 2007
- Die japanische Innenpolitik 2007/2008 und Japans Parteien (Christian Winkler), 2008
- Zehn Jahre NPOs in Japan – Diversifizierung des Dritten Sektors durch Recht (Gesine Foljanty-Jost, Mai Aoki), 2008
- Änderungen im japanischen Innovationssystem und »neue« japanische Innovationspolitik (Kerstin Cuhls), 2008
- Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik. Internationale Profilierung durch globale Herausforderungen (Wilhelm Vosse), 2008
- Japans Entwicklungspolitik auf dem Prüfstand: Wegmarkierungen und Weichenstellungen (Paul Kevenhörster), 2008
- Die Unterhauswahl 2009: Als der Wandel nach Japan kam!?! (Christian Winkler), 2009
- Bestimmt der Staat, was auf den Tisch kommt? Die Umsetzung des Rahmengesetzes zur Ernährungserziehung im ländlichen Japan (Cornelia Reiher), 2009
- Terra marique: Die Rückkehr des Raumes in der völkerrechtlichen Debatte (Urs Matthias Zachmann), 2009
- Das Ende des Eisernen Dreiecks? (Albrecht Rothacher), 2010
- Niedrige Fertilität als politische Herausforderung: Eine neue Perspektive auf staatliche Steuerungsversuche im Feld der demographischen Entwicklung Japans (Axel Klein), 2010
- Krisenherde im Meer: Japans Territorialkonflikte (Andreas Beck), 2010

- Förderer für die Gleichstellung der Geschlechter zwischen Präfektur und Kommune: Ein Beispiel für Bürgerpartizipation an dezentralen Implementierungsprozessen? (Phoebe Holdgrün), 2011
- »Partizipationsboom« in Japan: Zur (Un)Möglichkeit einer Bürgerselbstverwaltung (Karoline Haufe und Gesine Foljanty-Jost), 2011
- Herausgefordert durch Wirtschaftskrise und Naturkatastrophe: Japanische Außenpolitik 2010/2011 (Wilhelm Vosse), 2011
- Technologietransfer oder Import von Arbeitskräften? Politische und wirtschaftliche Dimensionen des Trainings und Praktikums für Ausländer in Japan 1982 bis 2010 (Daniel Kremers), 2011
- Der neunte Foresight-Prozess in Japan 2010: Sind die Ergebnisse schon überholt? (Kerstin Cuhls), 2012
- Aufwind für Japans Windkraft? Japans Windkraftsektor nach Fukushima (Anna Schrade), 2012
- Japans Neuerfindung als »Umweltnation«: Nationalismus zwischen Isolation und internationaler Integration im Post-Fukushima-Japan (Raffael Raddatz), 2012
- Die Beschränkung des Erbpolitikertums als neues Nominierungsprinzip der DPJ (Simone Kopietz), 2013
- Der Wandel der japanischen Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund einer neuen ostasiatischen Sicherheitsarchitektur (David Adebahr), 2013
- Katastrophenmanagement im Rahmen der U. S.-japanischen Allianz: Operation Tomodachi und die japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte (Lukas Gawor), 2013
- Japans Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan: Strategische Überlegungen zwischen Terrorismusbekämpfung und Energiesicherheit (Alexander Winschka), 2013
- Innenpolitik Japans 2013/14 (Manfred Pohl), 2014
- Vertrauen als Grundlage für Partizipation? Genderdifferenzen in japanischen Nachbarchartschaftsorganisationen (Phoebe Holdgrün und Tim Tiefenbach), 2014
- Die Zaitokukai und der Rechtsextremismus im japanischen Internet (Johannes Wilhelm), 2014
- Von Abenomics zu »proaktivem Pazifismus«: Entwicklungen der japanischen Außenpolitik 2013/2014 (Wilhelm Vosse), 2014
- Innenpolitik Japans 2014/2015 (Christian G. Winkler), 2015
- Der Premierminister und der Atomunfall: Zur Bewertung des Krisenmanagements von Naoto Kan während der Fukushima Atomkatastrophe (Frank Rövekamp), 2015
- Abgezählt – die DPJ und die Frauenquote (Simone Kopietz und Alexander Winkscha), 2015
- Endlich ein »normaler« Staat? Abes geplanter Abschied vom »Nachkriegsregime« (Andreas Beck), 2015

- Nationale Sicherheit als dominierender Faktor der japanischen Außenpolitik 2014/2015 (Wilhelm Vosse), 2015
- Die Auswirkungen politischer Schocks auf die sino-japanischen Wirtschaftsbeziehungen: Beispiele von 2005, 2010 und 2012 (Franziska Schultz), 2015
- Innenpolitik Japans 2015/2016 (Christian G. Winkler), 2016
- 50 Jahre Sanrizuka – Aufstieg, Niederlage und Transformation einer Widerstandsbewegung (Gesine Foljanty-Jost), 2016
- Erweiterung von Sicherheits- und Handelspolitik: Japanische Außenpolitik 2015/2016 (Wilhelm Vosse), 2016
- UNESCO-Welterbe, ostasiatische Nachbarn und japanische Altlasten (Christoph Brumann), 2016

WIRTSCHAFT

- Japans Klein- und Mittelindustrie (M. Pohl), 1977/78
- Vertriebssystem und Vertriebskosten in Japan (H. Laumer), 1979/80
- Die japanische Konkurrenz – Hintergründe der hohen Leistungsfähigkeit (B. Pfaffenbach), 1980/81
- Aufwind für Japans Universalhandelshäuser (M. Eli), 1980/81
- Forschung und Technologie in Japan (S. von Krosigk), 1982/83
- Japans Verflechtung in die Weltwirtschaft und die deutsche Wettbewerbslage im japanischen Spiegel (S. Böttcher), 1982/83
- Die japanische Staatsverschuldung – Ursachen und Auswirkungen (A. Mekkel), 1983/84
- Planrationalität und Marktrationalität – Vergleichende Betrachtung zwischen Japan und der Bundesrepublik Deutschland (S. Böttcher), 1983/84
- Der bundesdeutsche Außenhandel mit Japan im Jahre 1984 (H.-J. Kurwan), 1984/85
- Anmerkungen zur Informationslücke über Japans technologische Entwicklung (H. Schunck), 1984/85
- Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Wertevorstellungen im »Fernen Westen« und im »Fernen Osten« (S. Böttcher), 1984/85
- Klischees, Mythen und Realitäten: Japan mit kritischer Brille betrachtet (G. Hielscher), 1985/86
- Die einseitige Integration Japans in die Weltwirtschaft (S. Böttcher), 1985/86
- Der Markt für deutsche Investitionsgüter in Japan (A. Rive), 1985/86
- Aspekte der Exportförderung in Japan (M. Pohl), 1985/86
- Die Ära der Mikroelektronik und die japanischen Gewerkschaften (H.-U. Bünger), 1985/86
- Japans schwieriger Weg zur Internationalisierung (S. Böttcher), 1986/87
- Deutsch-japanischer Vergleichsbericht über die Verteilungssysteme beider Länder (S. Böttcher), 1987/88

- Staatliche Fördermaßnahmen für Innovation und Technologie-Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (M. Pohl), 1987/88
- Japan lohnt sich – die deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen werden enger (S. Böttcher), 1988/89
- Japan vor der Festung Europa? Nippons Europa-Strategien für 1992 (K.-R. Korte), 1988/89
- Rückzug wider Willen: Japans Image leidet durch Hinhaltetaktik beim Treibnetzfang (H. J. Mayer), 1989/90
- Kooperationen bestimmen die deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen (H.-J. Kurwan), 1989/90
- Japans DDR- und Osthandelsbeziehungen im Umbruch (H. J. Kurwan), 1989/90
- Deutscher Mittelstand nach Japan (S. Böttcher), 1989/90
- Entwicklungen im japanischen Einzelhandel 1989/90 (M. Pohl), 1989/90
- Die Europäer rollen nach Japan – Die Exporterfolge der EG-Länder in Japan und ihre handelspolitische Bedeutung (J. Mull), 1989/90
- Deutsch-japanischer Handel vor einer Trendwende? (H.-J. Kurwan), 1990/91
- Japanische Investitionen in Europa (H. Green), 1990/91
- Westjapan – Verpaßt die deutsche Wirtschaft ihre Chancen? (G. Amelung), 1991/92
- Staat und Industrieforschung in Japan (U. Wattenberg), 1991/92
- Japanische Auslandsinvestitionen. Probleme mit der Datenbasis (U. Menzel), 1991/92
- Europa im Blickpunkt japanischer Investoren (H. Kreft), 1991/92
- Die neuen Bundesländer als Investitionsstandort für japanische Unternehmen (H. Kreft), 1991/92
- Regionale Kooperationspläne in Nordostasien. Der Japan-See-Wirtschaftsraum (J. Morhard), 1991/92
- Wachsen Japans Bäume etwa doch in den Himmel? (S. Böttcher), 1991/92
- Kartelle, Kartellbehörden und Kartellaufsicht in Japan (C. Heath), 1992/93
- Die Keiretsu: Rückgrat der japanischen Wirtschaft (H. Kreft), 1992/93
- Neue Akzente in den US-japanischen Wirtschaftsbeziehungen (B. Reszat), 1992/93
- Währungsentwicklung und Währungspolitik in Japan (B. Reszat), 1993/94
- Japanische Transportunternehmen in Europa (W. Nötzold), 1993/94
- Nach Japan exportieren – in Japan investieren – mit Japan kooperieren: Für eine Stärkung des deutschen Japan-Engagements (H. Kreft), 1993/94
- Ostasien aus japanischer Perspektive: Vom Rohstofflieferanten zum Wirtschaftspartner (H. Kreft), 1993/94
- Japans Pharmaindustrie auf dem Weg zum Global Player? (P. Köllner), 1993/94
- Japan – eine Kopierkultur? (C. Heath), 1993/94
- Japanische Banken im internationalen Wettbewerb – Phönix aus der Asche? (B. Reszat), 1994/95

- Zwischen strategischen Allianzen und struktureller Abhängigkeit: Anmerkungen zur japanisch-südkoreanischen Industriekooperation (P. Köllner), 1994/95
- Innovationspole – ein Instrument der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik (K.-H. Schmidt), 1994/95
- Der Arbeitskräftemangel in Japan: unlösbares Problem der 90er Jahre oder Spiegel verkrusteter Personalpolitik? (I. Kuhnert), 1994/95
- Rezession und strukturelle Veränderungen setzen den japanischen Mittelstand unter Druck – Eine Bestandsaufnahme anhand des Weißbuchs für Klein- und Mittelunternehmen 1995 (F. Bosse), 1994/95
- Beobachtungen und Randnotizen zur »Reiskrise« der frühen 90er Jahre (K. Vollmer), 1994/95
- Das Hanshin-Erdbeben und seine ökonomischen Folgen (F. Bosse), 1994/95
- Japan als Finanzzentrum Ostasiens? (B. Reszat), 1995/96
- Rechtssystem und wirtschaftlicher Erfolg in Japan (Ch. Heath), 1995/96
- Die räumliche Umorganisation der japanischen Industrieproduktion im Ausland (H. und B. Kreft), 1995/96
- Deregulierung der japanischen Wirtschaft – mehr als ein Schlagwort? Der schwierige Reformprozeß in Japan (H. Kreft), 1996/97
- Japans Wirtschaft entdeckt Indien: Die Intensivierung der japanisch-indischen Wirtschaftsbeziehungen seit Beginn der 90er Jahre (B. und H. Kreft), 1996/97
- Japans umweltpolitische Entwicklungshilfe: Eine Analyse am Beispiel des Transfers von Umwelttechnologie (R. Kühn), 1996/97
- Talking to the Machine: Herstellung und Gebrauch von Informationstechnik in Japan (P. Plate), 1996/97
- Japan und die Regionalisierung im Pazifischen Becken (M. Preisinger-Monloup), 1996/97
- Verbraucherverhalten in Japan, dessen Wandlungen und Tendenzen (U. Thiede), 1996/97
- Tendenzen der japanischen Energie- und Umweltpolitik (P. Plate), 1997/98
- Neue Unternehmer braucht das Land ... (F. Bosse), 1997/98
- »Back to the Future« oder: Eine Produktionsform auf der Suche nach ihrer Zukunft (H. Törkel), 1997/98
- Der japanische Versandhandel (S. Aßmann), 1997/98
- Japan und die Einführung des Euro – Neue Bemühungen um eine Internationalisierung des Yen (H. Kreft), 1998/99
- Mergers & Acquisitions: Öffnung und Wandel der Japan Inc. (A. Nabor), 1998/99
- Abschied von den keiretsu? Japans Wirtschaft vor einem »new-economy«-Boom und weiterer Öffnung (H. Kreft), 1999/2000
- Mergers & Acquisitions in Japan (H. Menkhaus und H. Schmitt), 1999/2000

- Marktzugang für deutsche Unternehmen in Japan: Neue Chancen und Risiken (S. Bromann, W. Pascha und G. Philippsburg), 1999/2000
- Nach der verlorenen Dekade in Japan der ökonomische »turnaround«? Die Risiken einer notwendigen Reformpolitik sind hoch (Heinrich Kreft), 2000/2001
- Finanzmarkt Wettbewerb und Regulierung (Andreas Nabor), 2000/2001
- The Law of Marketing and Advertising in Japan (Christopher Heath), 2000/2001
- Versorgung mit Risikokapital in Klein- und mittelständischen Unternehmen in Deutschland und Japan (Martin Naundorf), 2000/2001
- Sōgō Shōsha – Japans multifunktionale Großunternehmen im Existenzkampf (Max Eli), 2000/2001
- Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft? Japans Umweltpolitik nach der Verwaltungsreform (Georg Schmidt), 2000/2001
- Flughafenstandorte in Japan – Akteure, Strategien, Probleme und Perspektiven (Thomas Feldhoff), 2000/2001
- Asymmetrie in der japanisch-amerikanischen Währungspolitik (Gunther Schnabl), 2001/2002
- Internationale Kooperationen im Mittelstand: Vertrauen und vertrauensbildende Maßnahmen in deutsch-japanischen Unternehmenskooperationen (Harald Dolles), 2001/2002
- Erfolgsfaktoren ausländischer Banken in Japan (Matthias Gundlach und Ute Roßmann), 2001/2002
- Probleme und Perspektiven der japanischen Pharmaindustrie (Jörg Mahlich), 2001/2002
- Manga – Evolution einer Industrie (Michael Haas), 2001/2002
- Bubble Economy – Spätfolgen und Konsequenzen für die Finanzierungsstruktur japanischer Unternehmen (Martin Naundorf), 2003
- Erneuerbare Energien in Japan – Im Osten etwas Neues? (Georg Schmidt), 2003
- Das japanische Innovationssystem im Überblick (Jörg Mahlich), 2003
- Wie wettbewerbsfähig ist Japan? (Ingo Meierhans und Christian Flock), 2004
- Die Auswirkungen des Wechselkurses auf die japanische Geldpolitik (Matthias Brachmann), 2004
- Wem gehört das japanische Unternehmen? Entwicklungen um Corporate Governance seit dem Platzen der »Bubble Economy« (Akira Takenaka), 2004
- Neue Entwicklungen in den Banken-Firmen-Beziehungen in Japan (Jörg Mahlich), 2004
- Japanische Unternehmensverbände im ICT-Sektor – Empirische Analyse personeller Verflechtung und verbandlicher Strukturen (Andreas M. Schaumayer), 2004
- Japans Strategie bilateraler Wirtschaftsabkommen: Chronologie und Etappen der Herausbildung 1998–2005 (Patrick Ziltener), 2005
- Interkultureller Wissenstransfer in multinationalen japanischen Unternehmen (Parissa Haghirian und Florian Kohlbacher), 2005

- Staatliche Foresight-Aktivitäten in Japan: Neue Instrumente in der Forschungs- und Technologiepolitik (Kerstin Cuhls), 2005
- Nisennana nen mondai: Bedeutung und Auswirkungen einer alternden Bevölkerung und Belegschaft für Firmen in Japan (Florian Kohlbacher), 2006
- M&A in Japan – Verborgene Konfliktpotenziale für ausländische Erwerber in der Integrationsphase (Wolfgang Dorow und Carsten Herbes), 2006
- Markteintritt von Klein- und Mittelbetrieben in den japanischen Markt – Herausforderungen und Chancen (Parissa Haghirian), 2006
- Japans Wirtschaft auf dem Weg zurück zur Normalität? Binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklung 2006/2007 und Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland (Frank Robaschik), 2007
- Auslandsspiel mit gleicher Aufstellung? Internationale Expansion japanischer F&E und die Frage nach der Übernahme erprobter Koordinationsstrukturen (Roman Bartnik), 2007
- Das neue japanische Gesellschaftsrecht: Überblick, erste Erfahrungen und Prognosen (Jörn Westhoff), 2007
- Finanzmarkturbulenzen bremsen Japans Wirtschaftswachstum (Frank Robaschik), 2008
- Auswirkungen von Zersiedlung auf Infrastrukturausgaben in Nagoya und München – eine Vergleichsstudie (Stefan Klug), 2008
- Japan als Marke – die Nutzung kultureller Faktoren in japanischen Vermarktungsstrategien (David Eichhorn), 2008
- Japans konjunktureller Einbruch in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise (Hanns-Günther Hilpert), 2009
- Erfolgsfaktoren und Herausforderungen der Nachfolge in japanischen Familienunternehmen am Beispiel der Möbelindustrie (Tim Goydke & Henrik Smailus), 2009
- CSR-Berichterstattung japanischer Unternehmen (Ramona Grieb), 2009
- Japans Wirtschaft unter der DPJ-Regierung: Zwischen Stillstand und Reform (Detlef Rehn), 2010
- Japans öffentliche Verschuldung: Droht der Staatsbankrott? (Frank Rövekamp), 2010
- Japans Deregulierungszonen als wirtschaftspolitisches Experimentieren (Werner Pascha und Petra Schmitt), 2010
- Geschäftsstrategie, Führungsstruktur und Arbeitsmotivation in Niederlassungen multinationaler japanischer Unternehmen in Deutschland (Yoshinori T. Wada), 2010
- Das Tōhoku-Erdbeben – wirtschaftliche Auswirkungen (Franz Waldenberger und Jens Eilker), 2011
- Ethischer Konsum in Japan: Ein neuer Trend? (Florian Kohlbacher), 2011
- Ansichtssache: Zum Zustand der japanischen Wirtschaft nach Doppelschlag und Dreifach-Katastrophe (Georg Blind und Steffania Lottani von Mandach), 2012

- Subjektives Glücksempfinden und seine Einflussfaktoren im japanischen Kontext: Eine glücksökonomische Analyse der Ergebnisse des National Survey on Lifestyle Preferences (Tim Tiefenbach und Florian Kohlbacher), 2012
- Die geistige Eigentumsstrategie für die Contents-Industrie in der japanischen Wirtschaftspolitik (Takahiro Nishiyama), 2012
- Bescheidene Managementgehälter und sich schließende Lohnschere: Neue Einblicke in den japanischen Arbeitsmarkt (Georg Blind und Stefania Lottani von Mandach), 2013
- Japans Senioren auf dem Arbeitsmarkt: Zwischen ökonomischer Notwendigkeit und innerem Antrieb (Florian Kohlbacher und Hendrik Mollenhauer), 2013
- Abenomics weiter auf Erfolgskurs? Japans Wirtschaft vor und nach der Anhebung der Konsumsteuer 2014 (Nadine Burgschweiger), 2014
- Ikumen*: Japans neue Väter als neuer Markt? (Florian Kohlbacher und Christoph Schimkowsky), 2014
- »Abenomics« und die Shunto 2014: Der Einfluss von Einkommens-, Beschäftigungs-, Vermögens- und Bevölkerungsentwicklung für die Wachstumspolitik in Japan (Albrecht Rothacher), 2014
- Eine Frage der Zeit: Das Scheitern von Abenomics (Tim Tiefenbach), 2015
- Womenomics – Ein Modell für eine neue Familienpolitik in Japan? (Annette Schad-Seifert), 2015
- Erwartungsbildung unter Unsicherheit: Der blinde Fleck von Abenomics (Tim Tiefenbach), 2016
- Zwischen Separation und Inklusion: Die Förderung von Menschen mit Behinderung durch berufliche Beschäftigung in Japan (Nora Gilgen), 2016
- Hybrid-Manager in Japan: Weg zum interkulturellen Erfolg (Rolf D. Schlunze), 2016

GESELLSCHAFT

- Die japanischen Gewerkschaften (M. Pohl), 1976/77
- Das japanische Erziehungssystem (U. Teichler), 1977/78
- Kriminalität in Japan (M. Scheer), 1977/78
- Rolle und Stellung der Frau in Japan (G. Hielscher), 1978/79
- Beschäftigungsprobleme ausgewählter Minderheiten in Japan (A. Ernst), 1978/79
- Sozialversicherung, Altersversorgung, Rentensystem (S. Lörcher), 1979/80
- Japan auf dem Weg zur »Informationsgesellschaft« (U. Wattenberg), 1984/85
- Hochschulstudium und Nachwuchsrekrutierung: Universitäten und Arbeitsmarkt (H.-H. Gätke), 1986/87
- Zusammenschluß der Gewerkschaftsdachverbände: Aufbruch zu neuen Ufern oder Abdankung auf Raten? (H. J. Mayer), 1987/88
- Das organisierte Verbrechen in Japan – einige Daten und Aspekte (H. Worm), 1987/88

- Die Systeme sozialer Sicherung in Japan und der Bundesrepublik Deutschland: Versuch eines wertenden Vergleichs (M. Pohl), 1987/88
- Gemeinschaftsleben in der Großstadt: Die japanischen Nachbarschaftsvereinigungen (Chonaikai) (S. Kreitz), 1989/90
- Polizeiskandal in Osaka: Polizeikritische Anmerkungen zum Aufstand der Tagelöhner von Kamagasaki (H. Worm), 1990/91
- Akademischer Austausch zwischen Deutschland und Japan (U. Lins), 1992/93
- Überalterung der Bevölkerung stellt neue Anforderungen an Japans Sozialpolitik (F. Bosse), 1993/94
- Japans Kōban-Polizei: Die Helden der inneren Sicherheit? (H. Worm), 1993/94
- Holocaust-Leugner in Japan: Der Fall »Marco Polo« – Printmedien und Vergangenheitsbewältigung (H. Worm), 1994/95
- Soziale Sicherung in Japan am Beispiel von Arbeitnehmern in unsicheren Anstellungsverhältnissen (F. Brandes), 1995/96
- Wie stark sind die japanischen Gewerkschaften? – Eine Positionsbestimmung anhand der Lohnpolitik (F. Bosse), 1995/96
- Die Entschädigung ehemaliger Zwangsprostituierter in Japan (H. Küpper), 1996/97
- Leben, arbeiten und alt werden in Japan – Japanische Arbeits- und Sozialpolitik (M. Sommer), 1997/98
- Das neue Ainu-Gesetz (H. Küpper), 1997/98
- Leitmotiv Überalterung: Arbeits- und Sozialpolitik in Japan (M. M. Sommer), 1998/99
- Die japanische Arbeitslosenversicherung in der Krise (A. M. Thränhardt), 1998/99
- Randale an Japans Schulen: Ursachen und bildungspolitische Antworten (G. Foljanty-Jost), 1998/99
- Uhrenindustrie und Zeitregime (F. Coulmas), 1999/2000
- Wege aus der Arbeitslosigkeit? Neue und alte Formen der Selbstständigkeit in Japan (C. Storz), 1999/2000
- Japanische Arbeits- und Sozialpolitik in Zeiten des Strukturwandels (M. M. Sommer), 1999/2000
- Ungeregelt, ungesichert, unterbezahlt – Arbeit und Beschäftigung im Schatten des Toyotaismus (W. Manzenreiter), 1999/2000
- Forschung und technologische Entwicklung in Japan und Deutschland – Standortbestimmung und neue Kooperationsansätze (Klaus Matthes), 2000/2001
- Wie Japan und Deutschland mit dem Zweiten Weltkrieg umgehen (Gebhard Hielscher), 2000/2001
- Vergangenheit im Spielfilm der frühen Nachkriegszeit – Japan und Deutschland im Vergleich (Miriam Rohde), 2000/2001

- (Ehe-)Paarhaushalt als Auslaufmodell? Die Debatte um die Parasiten-Singles in Japan (Annette Schad-Seifert), 2001/2002
- Japan – a Disaffected Democracy? On Political Trust, Political Dissatisfaction, Political Activity, and Environmental Issues (Wilhelm Vosse), 2001/2002
- Wenn der Zirkus die Stadt verlassen hat: Ein Nachspiel zur politischen Ökonomie der Fußball-WM 2002 in Japan (Wolfram Manzenreiter), 2003
- Eine Kaiserin auf Japans Thron? Die Zukunft des japanischen Kaiserhauses (Eva-Maria Meyer), 2003
- Neue Entwicklungen in der japanischen Schulbuchdebatte (Sven Saaler), 2003
- Zwischen Ignoranz und Reaktion – Aktuelle Medienberichterstattung über japanische Kriegsverbrechen im Asiatisch-Pazifischen Krieg (Daniela Rechenberger), 2003
- Jugendhilfe in Japan: Reformen und zukünftige Aufgaben (Manuel Metzler), 2004
- Quo vadis, Futenma? Zur Transnationalisierung des politischen Protestes in Okinawa (Gabriele Vogt), 2005
- Das japanische Gesellschaftsmodell in der Krise: Fazit und Versuch eines Ausblicks am Ende des verlorenen Jahrzehnts (David Chiavacci), 2006
- Japans kinderarme Gesellschaft – Die niedrige Geburtenrate und das Gender-Problem (Annette Schad-Seifert), 2006
- Japanische Krankenhäuser: Ein Sektor im Umbruch (Matthias Brachmann), 2006
- Paradigmenwechsel? Eine empirische Betrachtung transsektoraler Zusammenarbeit zwischen zivilen Umweltschutzorganisationen und Großunternehmen in Japan (Susanne Bruksch), 2007
- Migrant Support Organizations in Japan – A Mixed-Method Approach (Gabriele Vogt, Philipp Lersch), 2007
- Die Zukunft der kaiserlichen Thronfolge (Junko Ando), 2007
- Zur Entwicklung einer partizipatorischen Zivilgesellschaft in Japan (Michiko Mae), 2008
- Partner oder Gegner? Begegnungen mit China, Taiwan und Hongkong in Kinofilm und Fernsehserie in Japan (Griseldis Kirsch), 2008
- Not in Education, Employment or Training: Das »NEET-Problem« – Ansichten eines Gesellschaftsphänomens (Silke Werth), 2008
- Vorwärts in die Vergangenheit? Für und Wider der Bewerbung Tōkyōs um die Olympischen Spiele 2016 in der politischen Diskussion (Christian Tagsold), 2009
- Ländliche Regionen und Tourismusvermarktung zwischen Revitalisierung oder Exotisierung: das Beispiel Echigo-Tsumari (Susanne Klien), 2009
- Sutekina kurashi – Rückbesinnung auf Heim und Familie (Anemone Platz), 2009
- Massenmedialer Geschichtsrevisionismus im gegenwärtigen Japan: Filmische Repräsentationen der »Tōkyō-Tribunal-Geschichtsauffassung« (Steffi Richter), 2009

- Die japanische Diskussion über soziale Ungleichheit in der Bildung: Erklärungsansätze und Lösungsvorschläge (Julia Canstein), 2010
- Krieg und Erinnerung zwischen Mündlichkeit und Medien: Streifzüge durch japanische Gedächtnisdiskurse (Robert F. Wittkamp), 2010
- Neue Risiken, neues Selbstbild: Japan in verunsichernden Zeiten (Carola Hommerich), 2011
- Die familiale Tischgemeinschaft in Japan zwischen Ideal und Alltagspraxis vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart (Katja Schmidpott), 2011
- Die Tsunami- und Nuklear-Katastrophe 2011 in Japan: Der Umgang mit dem (Rest-)Risiko (Winfried Flüchter), 2012
- Nutzen durch Beteiligung? Politische Partizipation nach der Katastrophe (Phoebe Holdgrün), 2012
- Vor und nach »Fukushima«: Dynamiken sozialer Protestbewegungen in Japan seit der Jahrtausendwende (Katrín Gengenbach und Martina Trunk), 2012
- Lebensmittelsicherheit in Japan nach Fukushima: Produzenten versus Konsumenten? (Cornelia Reiher), 2012
- Kizuna: Das Schriftzeichen des Jahres 2011 als Antwort auf das gefühlte Auseinanderbrechen der Gesellschaft? (Christian Tagsold), 2012
- Japanische Geburtenpolitik in Geschichte und aktuellem Diskurs (K.-Ulrike Nennstiel), 2012
- Katastrophenvolunteers in Tōhoku: Lebensinhalt, Strategie, Selbstzufriedenheit? (Susanne Klien), 2013
- »Sushi global«: Zwischen J-branding und kulinarischem Nationalismus (Dorothea Mladanova), 2013
- Setsuden*: Die Energiekrise und gesellschaftliche Stromsparanstrengungen nach Fukushima (Robert Lindner), 2014
- Omotenashi* – Gastfreundschaft im Spiegel von Olympia (Claudia Caroline Schmidt), 2014
- Die japanischen Medien und die Atomkatastrophe von Fukushima (Tobias Weiß), 2014
- Japanische Atombombenopfer: Eine Analyse von Diskriminierungserfahrungen (Nicole Terne), 2015
- LGBT-Boom: Neueste Entwicklungen zur Gleichstellung »sexueller Minderheiten« in Japan (Regine Dieth), 2016
- Zunehmende Bildungsungleichheiten in Japan? Der Einfluss von Unsicherheit auf Bildungsinvestitionen von den 1990ern bis heute (Steve R. Entrich), 2016
- Sezession, Rezession und Transformation: Umbruch in der Welt der Yakuza (Wolfgang Herbert), 2016
- Das Glück auf dem Land: Wohlbefinden in Kumamoto im Stadt-Land-Vergleich (Wolfram Manzenreiter), 2016

Innenpolitik 2016/2017

Christian G. Winkler

Domestic Politics 2016/2017

This chapter summarizes major developments in Japanese domestic politics from September 2016 through August 2017. During this period, a series of scandals and resignations resulted in a slide in the previously high approval ratings of Prime Minister Abe's Cabinet. However, the electorate no longer views the Democratic Party, the largest opposition party, as a viable alternative. Instead, voters have once again rallied behind a ›third force‹ party, Yuriko Koike's Tomin First, which won a landslide victory in the Tokyo prefectural assembly election. This chapter will discuss recent developments pertaining to the abdication of the Emperor and to the energy policy in Japan, as well as the Prime Minister's newest constitutional amendment proposals.

1 Die Parteien

1.1 Die Liberal-demokratische Partei (LDP): Regierungspartei unter Druck

Bis Anfang des Jahres 2017 sah es so aus, als ob eine dritte Amtszeit für Premierminister Shinzō Abe bereits lange vor der nächsten Wahl des LDP-Vorsitzenden im September 2018 eine Formalie darstellen würde. Auf einem Parteitag hatte die LDP im März 2017 beschlossen, die bisherige Beschränkung auf maximal zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten auf drei zu erhöhen. Eine Wiederwahl im Jahre 2018 und eine Neuauflage der jetzigen LDP-Kōmeitō (Partei für eine saubere Regierung)-Regierungskoalition nach der nächsten Unterhauswahl würden Abe zum am längsten amtierenden Premierminister seit Einführung des Amtes in der Meiji-Zeit machen. Tarō Katsura hält den Rekord mit einer Amtszeit von 2886 Tagen (YS 06.03.2017). Die längste Amtszeit eines Premiers in der Nachkriegszeit hat bisher Abes Großon-

kel Eisaku Satō, der von 1964 bis 1972 Regierungschef war. Nach diversen Skandalen in Partei und Kabinett, dem Einbruch der Umfragewerte sowie dem schwächsten Abschneiden der LDP bei einer Präfekturparlamentswahl in Tōkyō seit ihrer Gründung, ist das oben skizzierte Szenario einer Wiederwahl Abes jedoch nicht mehr ganz so sicher.

Im Juli 2017 kam es zu einer Umstrukturierung der Faktionen, der partei-internen Gruppen von LDP-Parlamentariern. Vize-Premier Tarō Asō fusionierte seine Faktion (44 Mitglieder) mit der Santō-Faktion (11 Mitglieder; zuvor bekannt als Matsumura-Miki -> Miki -> Kōmoto -> Kōmura-Faktion) sowie einer von Tsutomu Satō geführten Gruppe (die sich zuvor von der Tanigaki-Gruppe abgespalten hatte). Zusammen können die drei Gruppen 60 Abgeordnete auf sich vereinen und stellen somit die zweitgrößte Faktion nach der von Hiroyuki Hosoda (der Faktion von Premierminister Abe) dar. Asōs Ziel ist es, zwei große Faktionen zu etablieren, die einen »partei-internen Regierungswechsel« möglich machen (AS 16.05.2017). Eine ähnliche Situation hatte es bereits zwischen 1960 und 2000 gegeben, als die damaligen *conservative mainstream*-Faktionen, die Satō-Tanaka-Takeshita-Faktion (gegenwärtig die Nukaga-Faktion) und die Ikeda-Maeo-Ōhira-Suzuki-Miyazawa-Faktion die LDP dominierten (Winkler 2012: 52–53). Durch die Fusion hat Asō seine Rolle in der Partei gestärkt und dürfte bei der nächsten Vorsitzendenwahl seinen Einfluss noch mehr als bisher zur Geltung bringen können.

Parallel zu der Kabinettsumbildung (siehe hierzu den zweiten Abschnitt), besetzte Abe Teile der LDP-Spitze im August 2017 neu. Während er Generalsekretär Nikai und Vize-Präsident Kōmura im Amt beließ, ernannte er Außenminister Fumio Kishida zum Vorsitzenden des LDP PARC (Policy Research Council). Kishida hatte zuvor den Wunsch geäußert, Erfahrung an der Parteispitze zu sammeln, um sich besser für die nächste Präsidentenwahl in Stellung bringen zu können (AS 03.08.2017b). Neben Kishida rückten Wataru Takeshita (Halbbruder des ehemaligen Premierministers Noboru Takeshita) und Ryū Shionoya als Vorsitzender des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten bzw. Leiter der Wahlkampfkommission in die LDP-Exekutive vor (MS 03.08.2017).

1.2 Die Demokratische Partei (DP) in der Krise

Ein unbedarfter Betrachter könnte auf Basis der unter 3. beschriebenen Probleme zu dem Schluss kommen, dass sich die Opposition, vor allem die größte Oppositionspartei, dank der Probleme der Regierungspartei LDP im Aufwind befinden sollte. Dies ist allerdings nicht der Fall. Von der gegenwärtigen Schwäche der LDP

profitierten bisher lediglich die kommunistische Partei und die von Yuriko Koike gegründete Regionalpartei Tomin First (Tōkyōter Bürger Zuerst).

Die größte Oppositionspartei DP hingegen wird vom Wahlvolk auch fünf Jahre nach ihrer Rückkehr auf die harten Oppositionsbänke noch immer mit Verachtung oder Desinteresse bestraft. Als Alternative wird die Partei nicht (mehr) wahrgenommen (AS 11.07.2017).

Stattdessen ringt die DP um ihren Zusammenhalt und Fortbestand. Die Parteispitze um die im September 2016 gewählte Vorsitzende Hō Ren hatte auf die unter Rens Vorgänger Okada begonnene, zumindest teilweise effektive Kooperation mit den Oppositionsparteien, vor allem der kommunistischen Partei gesetzt. Allerdings sehen sowohl konservative Abgeordnete wie auch Gewerkschaftsverbände (und damit die wichtigste Unterstützergruppierung der DP) in der KP nach wie vor eher Feind als Freund. Die Führungsspitze des Gewerkschaftsbundes *Rengō*, welcher der kommunistischen Partei und ihren Gewerkschaften traditionell in enger Feindschaft verbunden ist, ist zumindest temporär näher an die LDP gerückt. Die Kehrtwende der *Rengō*-Führung um ihren Vorsitzenden Rikio Kōdzu in den Verhandlungen um Ausnahmen von den neuen, strengeren Regelungen gegen Überstunden mit Regierung und Arbeitgebervertretern führte zu massiver Kritik einzelner Gewerkschaftsverbände und der DP (AS 21.07.2017). Daraufhin revidierte die *Rengō*-Führung ihren Kurs.

Von den konservativen Abgeordneten haben der ehemalige Vize-Verteidigungsminister Akihisa Nagashima, der Oberhausabgeordnete Kenzō Fujizue und der ehemalige Umweltminister Minister Gōshi Hosono die DP verlassen (AS 11.08.2017). Letzterer galt lange Zeit als junge Hoffnung der Partei, während Nagashima einer der erfolgreichsten Unterhausabgeordneten der Partei in Tōkyō war, wo er seinen Sitz im Wahlkreis 21 seit 2003 erfolgreich verteidigen konnte.¹ Nagashimas Austritt traf die Partei in der Vorbereitung auf die Tōkyōter Parlamentswahl. Zusammen mit ihm traten mehrere lokale Parlamentarier aus der Partei aus, was ein Grund für das bescheidene Abschneiden der DP bei der Wahl zum Tōkyōter Abgeordnetenhaus war.

Nach der Niederlage in Tōkyō wurde Kritik an der Parteiführung um Hō Ren und Generalsekretär Noda lauter. Erst trat der von ihr gegen starke Widerstände aus den eigenen Reihen ernannte Noda (Parteivorsitzender und Premierminister von 2011 bis 2012) zurück. Damit übernahm er die Verantwortung für die Wahl in Tōkyō, bei der die DP (im Gegensatz zu der Regionalpartei Tomin First und der kommunistischen Partei) nicht von der stärker werdenden Kritik an Regierung und LDP profitieren konnte (siehe Abschnitt 5). Nur ein paar Tage später trat die Vorsitzende nach nur

¹ In den Wahlen von 2003, 2009 und 2012 gewann Nagashima das Direktmandat in seinem Wahlkreis, in den Jahren 2005 und 2014 zog er über die Liste in das Unterhaus ein.

einem Jahr im Amt selbst zurück und machte somit den Weg für Neuwahlen frei. Wie bereits 2016 warf der ehemalige Außenminister und Vertreter des rechten Parteiflügels Seiji Maehara seinen Hut in den Ring. Der linke Parteiflügel setzt indes auf den ehemaligen Regierungssprecher Yukio Edano. Edano ist der Architekt hinter der Kooperation mit der kommunistischen Partei, während Maehara einer der schärfsten Kritiker eben dieser Kooperation ist (AS 03.08.2017a).

Unabhängig davon, wer die Wahl am 1. September gewinnen wird, dürfte es für die DP auch unter dem neuen Vorsitzenden schwierig werden, sich wieder als eine echte Alternative zur LDP zu etablieren. Sowohl Edano als auch Maehara haben führende Positionen in der noch immer scharf kritisierten DPJ-geführten Regierung von 2009 bis 2012 innegehabt. Eine neue personelle und/oder inhaltliche Orientierung erfolgreich zu kommunizieren, dürfte für beide schwierig werden. Was eventuell noch problematischer ist: Die Partei steckt zwischen dem sprichwörtlichen Baum und der Borke: Auf der einen Seite trägt die Kooperation mit der KP durchaus Früchte, wie jüngst der Erfolg bei der Bürgermeisterwahl in Sendai gezeigt hat; auf der anderen Seite hat dieser Erfolg einen hohen Preis, da viele DP-Abgeordnete und die Gewerkschaften gegen diese Kooperation sind. Einige Mitglieder befürworten eine Auflösung der Partei und eine Neuformation der Oppositionslandschaft (AS 26.07.2017). Ein Ende der Kooperation mit der kommunistischen Partei würde der in den Umfragen arg gebeutelten DP jedoch ebenso wenig helfen, da sie ohne Kooperationspartner gegenwärtig kaum in der Lage ist, gegen die LDP auf nationaler Ebene zu bestehen. Eine zersplitterte Opposition, die kaum als Alternative wahrgenommen wird, hat in einem Wahlsystem, welches große Parteien bevorzugt, keine realistischen Chancen auf einen Sieg gegen eine zwar gebeutelte, aber nach wie vor gut organisierte Partei wie die LDP.

2 Kabinett

Die Kake- und Morimoto-Affären sowie Abes oft aggressive Rhetorik gegenüber seinen Kritikern (siehe hierzu Abschnitt 3) und die u. a. daraus resultierende Wahlniederlage in Tōkyō (siehe Abschnitt 5) haben die Umfragewerte für Premierminister Abes Kabinett stark gedrückt. So unterstützten im Juli 2017 nur noch 26 % der Befragten das Abe-Kabinett, ein Rückgang von 10 % im Vergleich zum Vormonat (MS 27.07.2017). Inwieweit sich diese Entwicklungen auf Abes Ambitionen auf eine dritte Amtszeit als LDP-Vorsitzender sowie die nächsten Unterhauswahlen auswirken, bleibt indes abzuwarten. Trotz der Wahlniederlagen auf regionaler Ebene stehen die Chancen auf einen Sieg der intern gespaltenen Opposition im gegenwärtigen Wahlsystem nicht gut.

Anfang August 2017 bildete Abe sein Kabinett um. Wie bereits bei vorhergegangenen Kabinettsumbildungen hielt Abe an Finanzminister Asō und Regierungssprecher Suga fest. Abe wollte auch Außenminister Kishida weiterhin in seiner bisherigen Funktion im Kabinett behalten; Kishida wollte jedoch in die Parteiexecutive wechseln (siehe Abschnitt 1.1). Unter den Kabinettsmitgliedern, die ihre Posten räumen mussten, waren u. a. Innenministerin Takaichi sowie die durch die Kake-Affäre bzw. die wenig überzeugenden Erklärungen zu der umstrittenen Änderung des Gesetzes gegen organisierte Kriminalität in die Kritik geratenen Minister Matsuno (Erziehung), Kaneda (Justiz) und Yamamoto (Administrative Reformen).

Abe entschied sich auch, Kritiker in sein neues Kabinett zu holen, um die Einheit der Partei zu wahren: So machte er den Atomkraft-Kritiker Tarō Kōno zum Außenminister und Seiko Noda, die sich als moderate Alternative zu Abe präsentiert hatte, zur Innenministerin. Mit dem ehemaligen Landwirtschafts- und Verteidigungsminister Hayashi und dem Verteidigungsexperten Onodera übertrug er die Leitung der zuletzt arg gebeutelten Ministerien für Erziehung und Verteidigung an erfahrene LDP-Mitglieder. Dazu holte er sechs Abgeordnete in sein neues Kabinett, die bisher noch keine Kabinetts Erfahrung gemacht hatten (MS 03.08.2017).

Auch wenn das Thema Verfassungsreform weiterhin ein wichtiges Augenmerk von Premier Abe ist, sorgten vor allem im Juni 2016 von der Regierungsmehrheit im Parlament beschlossene Änderungen an dem Gesetz gegen organisierte Kriminalität für teils hitzige Parlamentsdebatten und Schlagzeilen. Die Regierung argumentierte, Polizei und Staatsanwaltschaft müssten in die Lage versetzt werden, eine Liste von 277 schweren, gemeinschaftlich begangenen Verbrechen bereits in deren Planungsphase zu verhindern. So sollten alle Mitglieder einer kriminellen bzw. terroristischen Gruppe bereits gefasst werden können, wenn sie ein Messer und Flugticket kaufen oder einen potentiellen Anschlagsorts auskundschaften. Die Opposition und der japanische Anwaltsverband argumentierten, dass bestehendes Recht der Polizei bereits hinreichende Möglichkeiten einräumte, gegen potentielle Verbrechen vorzugehen. Zudem stand die Frage im Raum, inwieweit normale Bürger von der neuen Gesetzgebung betroffen sein könnten. Die Regierung betonte, es handele sich bei dem Gesetz um eine Maßnahme gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus. Allerdings räumte sie ein, dass eine undefinierte »Wandlung« einer regulären Vereinigung oder Gruppe diese zu einer organisierten Verbrecherorganisation machen könnte. Die Opposition kritisierte das Gesetz daraufhin als eine Wiederauflage des berüchtigten Gesetzes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit (von 1925), auf dessen Basis Regimekritiker und Gewerkschaften in der Vorkriegszeit unterdrückt wurden (MS 26.01.2017; NHK 15.06.2017).

3 Skandale

Der entscheidende Grund für die oben erwähnten gesunkenen Zustimmungsquoten zum Kabinett Abe liegt in einer Reihe von Skandalen, die Regierung und LDP im ersten Halbjahr 2017 in die Defensive zwangen.

Während Abe in der Vergangenheit bereits häufig mit Skandalen seiner Minister zu kämpfen hatte, rückten zwei Skandale um Genehmigungen einer Schule sowie einer veterinärmedizinischen Fakultät den Premier und seine Frau in den Fokus der Öffentlichkeit. Im ersten Fall ging es um den Bau und Betrieb der Moritomo Gakuen, einer Grundschule in Ōsaka. Der Betreiber der geplanten Schule war das Ehepaar Kagoike, welches zuvor vor allem wegen des Rezitierens des kaiserlichen Erziehungserlasses in einem von ihm betriebenen Kindergarten Schlagzeilen gemacht hatte. Nachdem bekannt wurde, dass das Finanzministerium Kagoike das Grundstück für die Schule gegen einen sehr geringen Preis hatte pachten lassen, kamen parlamentarische Ermittlungen ins Rollen. In deren Verlauf stellte sich heraus, dass der umtriebige Kagoike nicht nur sehr kreativ beim Eintreiben von staatlichen Subventionen war, sondern auch wusste, wie man Ministerialbeamten beeindrucken konnte: Kagoike hatte ursprünglich vor, die Schule »Abe Shinzō Gedächtnis Grundschule« zu nennen und sammelte unter diesem Namen auch Spenden für sein Projekt. Der Premierminister lehnte diesen Vorschlag jedoch ab. Seine Frau Akie hatte allerdings Kagoikes Angebot angenommen, ab September 2015 ehrenamtliche Rektorin der Schule zu werden. Weiterhin gab Kagoike zu Protokoll, er hätte eine Spende für seine Schule von den Abes erhalten. Er betonte diese Verbindungen in seinen Verhandlungen mit Ministerialbürokraten, die sich scheinbar davon beeindrucken ließen (MS 24.03.2017, 29.04.2017; YS 23.03.2017).

Im zweiten Fall ging es um die Genehmigung zur Einrichtung einer veterinärmedizinischen Fakultät an der *Kake Gakuen*-Universität in der Präfektur Ehime auf Shikoku. Der Vorsitzende der Organisation, welche diese Universität verwaltet, ist ein Schulfreund des Premierministers. Nachdem das Genehmigungsverfahren und die Bereitstellung von Baugebieten für die Fakultät jahrelang nicht wirklich vorangekommen war, erteilte das Kultusministerium die Genehmigung im November 2016. Stadt und Präfektur schultern circa die Hälfte der Baukosten, und der Baugrund wurde von der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt. Im Frühjahr 2017 berichteten Medien, dass das Ministerium die Genehmigung auf ausdrücklichen Wunsch des Premierministerialamtes ausgestellt hatte (MS 21.05.2017). Kultusministerium und Premierministerialamt leugneten zunächst die Existenz eines Schreibens mit selbigem Vermerk. Die Aussage eines ehemaligen hochrangigen Beamten bestätigte darauf jedoch die Existenz des Dokumen-

tes. Bei Anhörungen im Parlament bestritt Premierminister Abe, von dem Vergabeverfahren gewusst zu haben.

Das Kultusministerium hatte bereits im Januar 2017 von sich Reden gemacht, nachdem bekannt geworden war, dass ehemaligen Mitarbeitern systematisch Posten u. a. an Universitäten vermittelt wurden. Die Vermittlung dieser *amakudari*-Posten durch das Personalbüro des Ministeriums führte zu 62 Verstößen gegen das Beamtengesetz und einer Bestrafung von 43 Mitarbeitern (MS 31.03.2017).

Darüber hinaus sah sich Abe gezwungen, zwei Minister, darunter die von ihm protegierte Verteidigungsministerin Inada, auszutauschen. Im Frühjahr 2017 musste er Wiederaufbauminister Masahiro Imamura entlassen. Dieser hatte im April auf einer Pressekonferenz die Contenance verloren und einen freien Journalisten nach einer kritischen Frage scharf angegriffen. Imamuras Rücktritt wurde unausweichlich, nachdem er auf einer Feier der Nikai-Fraktion mit Hinblick auf das Erdbeben und den Tsunami vom 11. März 2011 bemerkte, dass es »wenigstens nur Tōhoku getroffen« habe. Noch am gleichen Abend entschied der Premierminister, Imamura von seinen Pflichten zu entbinden und ihn durch Masayoshi Yoshino zu ersetzen (AS 27.04.2017).

Das Verteidigungsministerium befand sich wegen des Vorwurfs der Vertuschung im Rampenlicht. Im Juli 2017 wurde der durch diesen Skandal verursachte Druck auf die Regierung und vor allem auf die Verteidigungsministerin Tomomi Inada so groß, dass letztere eine Woche vor der Kabinettsumbildung zurücktreten musste. In einem im Juli 2016 verfassten Bericht beschrieb ein im Süd-Sudan stationierter Offizier der Selbstverteidigungsstreitkräfte die Lage vor Ort als »Kriegszustand«. Nachdem ein Journalist im September die Veröffentlichung der Berichte aus dem Juli 2016 angefordert hatte, erklärte das Verteidigungsministerium im Dezember 2016, dass diese Dokumente nicht (mehr) existierten. Noch im selben Monat stellte sich heraus, dass eine digitale Kopie des Dokumentes sehr wohl existiert hatte, eine Veröffentlichung also möglich gewesen wäre. Nachdem diese Details im März 2017 bekannt wurden, berief Verteidigungsministerin Inada eine Inspektion ein, um den Sachverhalt aufzuklären. Die Ministerin hatte mehrmals bestritten, über die Existenz der Dokumente unterrichtet worden zu sein (AS 20.07.2017). Auch wenn die Inspektion nicht vollständig aufklären konnte, ob und ab wann die Ministerin über die Vorgänge im Bilde war, war sie Ende Juli nicht mehr zu halten, nachdem als Folge der Affäre bereits Staatssekretär Tetsurō Kuroe und der ranghöchste Offizier der Heeresführung Toshiya Okabe zurückgetreten waren (MS 28.07.2017b).

Kritik an Inada, die Abe trotz mangelnder Erfahrung auf diesem Politikfeld bewusst zur Verteidigungsministerin gemacht hatte, um sie als potentielle Nachfolgerin aufzubauen (Winkler 2016: 24), wurde auch wegen einer umstrittenen Aussage

bei einer Wahlkampfveranstaltung im Juli 2017 laut. Inada hatte explizit in ihrer Rolle als LDP-Politikerin *und* Verteidigungsministerin um Unterstützung von LDP-Kandidaten bei der Parlamentswahl in Tōkyō geworben. Medien und Opposition warfen ihr daraufhin eine Verquickung von Amt und Mandat vor. Die Ministerin widerrief ihre kontroverse Aussage noch am selben Abend und erklärte, sie habe sich lediglich für die lokale Unterstützung einer naheliegenden Militärbasis bedanken wollen (MS 28.07.2017a).

Für Schlagzeilen sorgten auch LDP-Abgeordnete, die sich gegenwärtig in ihrer zweiten Amtszeit befinden. Der damalige parlamentarische Staatssekretär für Wiederaufbau Shunsuke Mutai (Wahlkreis Nagano 2) sorgte für einen Skandal, als er sich bei der Besichtigung von Hochwasserschäden in Iwate von einem Beamten durch eine überflutete Straße tragen ließ (weil er seine Gummistiefel vergessen hatte). Auf einer Feier im März 2017 versuchte er, der Episode eine unterhaltsame Note zu geben, mit dem Hinweis, dass sein Fehler zu Großaufträgen von staatlichen Einrichtungen an Gummistiefel-Produzenten geführt hätte. Daraufhin musste er zurücktreten. Hideo Ōnishi (Wahlkreis Tōkyō 16), der bereits zuvor durch extreme Aussagen von sich reden gemacht hatte, argumentierte auf einer LDP-internen Sitzung zu Maßnahmen gegen das Passivrauchen im Mai 2017, dass Krebspatienten nicht arbeiten sollten. Um einen Image-Schaden vor der Tōkyōter Abgeordnetenhauswahl zu verhindern, trat er darauf als stellvertretender Vorsitzender des lokalen LDP-Verbandes zurück. Im April 2017 trat der parlamentarische Staatssekretär für Wirtschaft Toshinao Nakagawa (Wahlkreis Hiroshima 4) zurück, nachdem die Boulevard-Presse ausführlich über eine Affäre berichtet hatte. Mayuko Tomita (Wahlkreis Saitama 4) sorgte im Juni 2017 für Schlagzeilen, nachdem ihr Mobbing eines Sekretärs publik wurde. Sowohl Nakagawa als auch Tomita traten daraufhin aus der LDP aus (YS 23.06.2017).

4 Wahlen auf nationaler Ebene

Auf nationaler Ebene gab es lediglich zwei Neuwahlen von vakanten Unterhaussitzen. Nach dem Tod des ehemaligen Innenministers Kunio Hatoyama und Yuriko Koikes Wahl zur Gouverneurin von Tōkyō standen in den Wahlkreisen Fukuoka 6 und Tōkyō 10 Neuwahlen an. In Fukuoka 6 gingen zwei Kandidaten mit LDP-Verbindungen offiziell als Unabhängige ins Rennen. Dies war notwendig geworden, nachdem sowohl Jirō Hatoyama, Kunios Sohn, als auch Ken Kurauchi, der Sohn des lokalen LDP-Vorsitzenden, auf ihrer Kandidatur bestanden. Letztlich entschied Hatoyama die Wahl klar zu seinen Gunsten. Im Wahlkreis Tōkyō 10 gewann Koikes

Unterstützer Masaru Wakasa klar. Trotz der partei-internen Kritik an seiner Rolle bei der Gouverneurswahl im Jahre 2016 entschied sich die LDP dafür, seine Kandidatur zu stützen (AS 24.10.2016). Der Konflikt zwischen Koike und ihrer alten Partei war dadurch nur aufgeschoben, nicht aufgehoben (siehe Abschnitt 5).

5 Wahlen auf lokaler Ebene

Im Zeitraum September 2016 bis August 2017 gab es insgesamt neun Gouverneurswahlen. Alle acht Amtsinhaber, die erneut zur Wahl angetreten waren, wurden in ihren Ämtern bestätigt. In Yamagata kam es gar nicht erst zu einer Wahl, da sich kein Gegenkandidat zu Amtsinhaberin Mieko Yoshimura finden ließ (MIAC 2017). In vielen Fällen (Hyōgo, Akita, Gifu, Tōyama, Okayama) wurden die Amtsinhaber von »großen Koalitionen«, bestehend aus den lokalen Organisationen von Regierungs- und Oppositionsparteien unterstützt. Lediglich in Niigata, wo Amtsinhaber Izumida auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte, setzte sich mit Ryūichi Yoneyama ein neuer Kandidat durch. Yoneyama, der zuvor der lokalen DP-Parteiorganisation vorgestanden hatte, setzte die TEPCO-kritische Linie von Izumida fort und gewann mit Unterstützung der Oppositionsparteien gegen den von der Regierungskoalition unterstützten ehemaligen Bürgermeister von Nagaoka (YS 17.10.2016).

Bei der Wahl zum Tōkyōter Präfekturparlament am 2. Juli 2017 verzeichnete die LDP ihr schlechtestes Wahlergebnis in der Präfektur. Sie verlor mehr als die Hälfte ihrer Sitze: Anstatt bisher 57 Abgeordnete sitzen im neuen Tōkyōter Parlament nur noch 23. Dagegen konnte die ehemalige LDP-Abgeordnete und Verteidigungsministerin Yuriko Koike jubeln. Nach ihrem Sieg gegen die eigene Partei bei der Gouverneurswahl 2016 gewannen die Kandidaten der von ihr gegründeten Partei Tomin First aus dem Stand 49 Sitze. Sechs unabhängige Kandidaten, die von Tomin First unterstützt wurden, schafften ebenfalls den Einzug in das neue Parlament (AS 03.07.2017). Die Kōmeitō, die 23 Sitze (vor der Wahl: 22) auf sich vereinen konnte, hatte sich für eine Kooperation mit Tomin First entschieden und somit den Wahlausgang maßgeblich beeinflusst.

Die kommunistische Partei setzte ihren Aufwärtstrend fort und steigerte die Zahl ihrer Sitze von 17 auf 19. Den anderen Oppositionsparteien erging es wesentlich schlechter. Nachdem kurz vor der Wahl Nagashima sowie ihm nahestehende lokale Abgeordnete aus der Partei ausgetreten waren, konnte die DP lediglich fünf Sitze auf sich vereinen. Bei der vorhergegangenen Wahl im Jahre 2013 hatte sie noch 15 Sitze gewinnen könnten. Nach einer Reihe von Parteiaustritten war deren Zahl auf

sieben geschrumpft. 18 der 36 Kandidaten, welche ursprünglich für die DP antreten sollten, entschieden sich, als unabhängige oder Tomin First-Kandidaten ins Rennen zu gehen (YS 04.07.2017b). Die sozialdemokratische Partei verlor ihren letzten Sitz im Präfekturparlament.

Die Deutlichkeit des Wahlergebnisses mag überraschen, aber es bestätigt erneut zwei Tendenzen, die sich bereits seit längerer Zeit beobachten lassen: Da wäre zum einen die sehr starke Abhängigkeit der LDP von den Stimmen von Kōmeitō-Wählern, d. h. den Mitgliedern der buddhistischen Laienorganisation Sōkka Gakkai, vor allem in den urbanen Ballungszentren Tōkyō und Ōsaka (YS 04.07.2017a).

Des Weiteren zeigt das Wahlergebnis sehr deutlich den Wunsch nach einer Alternative zur wieder in die Kritik geratenen LDP. In einer landesweiten Umfrage der *Asahi Shinbun* wünschten sich 82 % der Befragten eine solche Alternative. Wie bereits zuvor erwähnt, wird die DP zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum mehr als solche wahrgenommen. Vielmehr ist die Zahl der Wähler, die sich als »unabhängig« bezeichnen, wieder angestiegen. Laut obiger *Asahi*-Umfrage stand ihre Zahl Mitte Juli 2017 bei 56 %, während die LDP nur noch auf 30 % kam und damit den niedrigsten Wert seit der Oberhauswahl im Juli 2016 verzeichnete; im April waren es noch 39 % (AS 11.07.2017); daher wenden sich vor allem Wechselwähler in urbanen Zentren an neue Parteien wie Tomin First. Dieses Phänomen konnte man bereits in Ōsaka (mit Tōru Hashimoto und dem Ōsaka/Nihon Ishin no Kai, Innovationspartei Japans) sowie Nagoya (mit Takashi Kawamura und seiner Partei *Genzei Nippon* (Steuersenkungen für Japan)) beobachten. Auf nationaler Ebene verhindern die Einzelwahlkreise, welche große Parteien wie die LDP bevorzugen, sowie die nach wie vor existierende Übergewichtung ländlicher Wahlkreise ähnliche Wahlsiege von neuen Kräften. Auf regionaler Ebene sind die institutionellen Hürden geringer, vor allem mit einem bekannten Parteivorsitzenden an der Spitze wie Hashimoto oder jetzt Koike.

6 Verfassungsreform

Im Mai 2017 kündigte Premierminister Abe überraschend einen neuen Verfassungsreformentwurf an. Dabei nannte er zwei Punkte, denen die LDP bisher skeptisch gegenüberstand: Zu einem sollte Artikel 9 lediglich durch einen dritten Absatz ergänzt werden, der explizit die Existenz der Selbstverteidigungsstreitkräfte erwähnt; zum anderen solle die gebührenfreie Erziehung in der Verfassung verankert werden (YS 03.05.2017). Beide Vorschläge sollten zwei Eckpfeiler eines neuen Reformentwurfs werden, den die Partei bis zum Herbst 2017 erarbeiten soll. Dieser

solle nach Abes Vorstellung dann zügig ins Parlament eingebracht und bis 2020 realisiert werden (YS 10.07.2017). Das Echo auf diese Vorschläge war nicht nur aufgrund des sehr ambitionierten Zeitplans sehr groß, sondern auch, weil beide Vorschläge eine radikale Abkehr von früheren LDP-Entwürfen aus den Jahren 2005 und 2012 darstellen.

Den Vorschlag, einen dritten Paragraphen zu Artikel 9 hinzuzufügen, gibt es bereits seit den 1980er Jahren. Diese minimalistische Variante war eine Reaktion auf die damals noch sehr starke »Verfassungsreformallergie« (Winkler 2011: 62, 74). Nachdem die öffentliche Unterstützung für Änderungen des obersten Gesetzes seit 1990er angestiegen war und das Amt für rechtliche Fragen im Premierministerialamt (Naikaku Hōseikyoku) bis 2014 kollektive Selbstverteidigung nur bei einer Änderung des zweiten Absatzes für verfassungsrechtlich legitim erachtet hatte, war diese Idee allerdings aus der Mode gekommen. So entfernte die LDP in ihren beiden Verfassungsreformentwürfen den zweiten Paragraphen vollständig.

Das in der Verfassung verankerte Recht auf eine kostenfreie Pflichterziehung bezieht sich bisher lediglich auf die ersten neun Schuljahre. Die kostenlose Erziehung auf die zehnte bis zwölfte Klasse auszudehnen, war einer der großen Versprechen der DPJ-Regierung im Jahr des Regierungswechsels (2009). In der Folgezeit wurde die Partei von der damaligen Oppositionspartei LDP scharf für »Klientelpolitik« und »Verschwendung von Steuergeldern in Zeiten hoher Staatsschulden« kritisiert. Weiterhin ist eine entsprechende Regelung (in der Verfassung) weder im konservativen Verfassungsreformdiskurs der Nachkriegszeit noch international weitverbreitet.²

Folglich stellt sich die Frage, was Abe zu dieser plötzlichen Kursänderung veranlasst hat. Anscheinend steht hinter dem Vorschlag der Versuch, den Koalitionspartner Kōmeitō sowie den Ishin für das Projekt zu gewinnen. Die Kōmeitō befürwortet traditionell die minimalistische Revisionsvariante für Artikel 9 (*kaken*) (Winkler 2011: 93), während der Ishin sich für kostenlose Erziehung vom Kindergarten bis zur Hochschule stark gemacht hat (*Nihon Ishin no Kai* 2017).

Neben diesen beiden Vorschlägen soll der neue LDP-Reformentwurf wohl die seit langem diskutierten Ausnahmezustandsregelungen und eine Festlegung von Wahlkreisen entlang Präfekturgrenzen beinhalten. Die LDP will mit letzterer Änderung die Rücknahme der auf Druck des obersten Gerichtshofes durchgeführten Zusammenlegung von dünnbesiedelten Präfekturen zu einem Oberhauswahlkreis

² Sollte die LDP den Vorschlag des Ishin no Kai eins zu eins übernehmen und dieser seinen Weg in eine geänderte Verfassung finden, wäre dies ein Novum. Keine der führenden Industrienationen hat eine ähnliche Klausel in ihrer Verfassung. Weltweit finden sich lediglich 20 Beispiele für eine in der Verfassung verankerte kostenlose Erziehung bis zur Universität. In Europa haben nur Polen und Griechenland eine solche Klausel in ihren Verfassungen verankert (Winkler 02.07.2017).

rückgängig machen (YS 29.06.2017). Diese Idee ist umstritten, weil sie de facto die bisherige ungleiche Stimmenverteilung zwischen dünnbesiedelten Wahlkreisen in ländlichen LDP-Hochburgen und stärker umkämpften Wahlkreisen in bevölkerungsstarken Ballungszentren verfassungsrechtlich zementieren würde. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit eine solche Regelung in Einklang mit dem Gebot von Artikel 43, wonach alle Abgeordneten Repräsentanten des gesamten japanischen Volkes und nicht nur ihrer jeweiligen Präfektur sind, gebracht werden kann.

Wie die Erfolgsaussichten von Abes Initiative aussehen, ist zum jetzigen Zeitpunkt kaum absehbar. Einerseits haben die Regierungskoalition sowie zu einer Verfassungsreform tendierende Oppositionsparteien wie der Ishin no Kai, die wohl mit der Regierung stimmen würden, nominell in beiden Häusern die notwendige Zweidrittelmehrheit. Andererseits sind partei- wie koalitionsintern kritische Stimmen an dem Fahrplan sowie den konkreten Reformvorschlägen nach der historischen Wahlwiederlage in Tōkyō lauter geworden: So mahnten mehrere LDP-Mitglieder wie Abes Konkurrent Shigeru Ishiba ein vorsichtiges Vorgehen an (YS 10.07.2017). Weiterhin fand sich bei einer Sitzung der zuständigen LDP-Gremien im Juli 2017 keinerlei Unterstützung für den von Abe aufgegriffenen Vorschlag des Ishin no Kai, ein Recht auf eine kostenlose Erziehung bis zur Universität in den neuen LDP-Verfassungsentwurf mitaufzunehmen (SN 01.08.2017). Auch wenn Teile der Kōmeitō den Vorschlägen des Premierministers positiv gegenüber stehen, ist der Koalitionspartner von Abes Zeitplan weniger überzeugt (MS 04.07.2017). Zudem hat der Kōmeitō-Vorsitzende Yamaguchi bereits Kritik an der oben beschriebenen Änderung der Wahlkreisgrenzen angekündigt (*Jiji.com* 27.07.2017).

Letztlich wird es darauf ankommen, wie flexibel die Befürworter eine Verfassungsänderung sind. Ohne ein hohes Maß an Flexibilität wird es schwierig sein, eine Einigung zu erzielen. Während die LDP traditionell eher an ideologischen Änderungen interessiert ist, geht es dem Ishin no Kai vor allem um institutionelle Änderungen wie dem Aufbau föderaler Strukturen, die kaum mit den Plänen der LDP kompatibel sind (Mori McElwain und Winkler 2015).

7 Abdankung des Kaisers

Nachdem der Kaiser im August 2016 den Wunsch nach Abdankung geäußert hatte, setzte die Regierung eine Kommission ein, die Experten anhörte und daraufhin Empfehlungen an den Premierminister übergab. Auf der Basis dieses Berichts erarbeiteten die Regierungs- und Oppositionsparteien einen Kompromiss, der im Juni

2017 von beiden Kammern des Parlamentes verabschiedet wurde. Die Regierung war zunächst gegen die Schaffung eines Präzedenzfalles, und wollte daraufhin eine rechtliche Lösung, die lediglich auf die Abdankung des Heisei-Kaisers zugeschnitten sein sollte, während die Oppositionsparteien eine dauerhaftere Lösung, bis hin zu einer Änderung des kaiserlichen Haushaltsgesetzes, bevorzugten. Letztlich verständigten sich beide Seite auf einen Kompromiss: Die neue Regelung wurde als Ergänzungsbestimmung zum kaiserlichen Haushaltsgesetz erlassen und könnte durchaus als Präzedenzfall verstanden werden (AS 02.06.2017). Um den Einfluss des abgedankten Kaisers zu beschränken, wird er sowohl von der Thronfolge als auch der Vertretung seines Nachfolgers ausgeschlossen. Kronprinz Naruhito wird seinem Vater auf dem Chrysanthementhron nachfolgen, sein Bruder Fumihito (Prinz Akishinomiya) rückt in der Thronfolge auf Platz Eins vor (MS 10.06.2017).

Nicht näher gekommen sind sich Regierung und Opposition in der Frage um die Zukunft der kaiserlichen Familie. Zwar sind sich beide Seiten darüber einig, dass die gegenwärtige Situation (lediglich ein männlicher Thronfolger in der Enkel-Generation des Heisei-Kaisers) problematisch ist; es herrscht weiterhin Dissens, ob diese Situation durch die Reintegration männlicher Mitglieder von Verwandten, die bis Ende des Zweiten Weltkrieges zur kaiserlichen Familie zählten, oder durch den Verbleib von Prinzessinnen in der kaiserlichen Familie auch nach deren Heirat mit einem bürgerlichen Partner (sowie die Erweiterung der Thronfolge auf deren Kinder) entschärft werden soll (YS 10.06.2017).

8 Energiepolitik

Auf dem Gebiet der Energiepolitik geht der Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomkraft vor Gericht, in der Öffentlichkeit und im politischen Prozess weiter.

Während der Rechtsstreit um das Kraftwerk Ōi in der Präfektur Fukui vor dem Oberlandesgericht Nagoya in die nächste Runde gegangen ist, endete die juristische Auseinandersetzung um das ebenfalls von Kansai Electric Power (KEPCO) betriebene Atomkraftwerk Takahama (ebenfalls in der Präfektur Fukui) im März 2017. Ein Jahr zuvor hatte der Gerichtshof in Ōtsu mit einer bisher einmaligen temporären Verfügung den Betrieb der Reaktoren Nummer 3 und 4 gestoppt (Winkler 2016: 34). Daraufhin legte der Betreiber beim Oberlandesgericht Ōsaka Berufung ein. Das Oberlandesgericht entschied zu Gunsten des Betreibers. Das Urteil erlaubte Kansai Electric Power, die beiden Reaktoren im Juni bzw. Juli 2017 wieder in Betrieb zu nehmen (MS 05.07.2017).

Damit befinden sich – Stand Anfang August 2017 – fünf Reaktoren im kommerziellen Betrieb (Ikata 3; Sendai 1, 2; Takahama 3, 4), sieben weitere Reaktoren haben den nach dem 11. März 2011 verschärften Sicherheitscheck durch die Atomaufsichtsbehörde bestanden (YS 25.05.2017).

Tōkyō Electric Power (TEPCO), der Betreiber des havarierten Atomkraftwerks Fukushima Daiichi hatte ursprünglich geplant, durch das Wiederanfahren seines Kraftwerkes Kashiwasaki-Kariwa in der Präfektur Niigata in die Gewinnzone zurückzukehren. Während diesem Plan bisher vor allem die Präfekturregierung und das kritische Auge der Aufsichtsbehörden im Weg standen, machte der Bürgermeister von Kashiwazaki deutlich, dass er einem Anfahren der Reaktoren 6 und 7 nur unter der Bedingung zustimmen werde, dass TEPCO einen der älteren Reaktoren (Nummer 1 bis 5) am Standort zurückbauen werde. Auch wenn der Bürgermeister diesen Vorschlag vor allem mit Sicherheitsbedenken begründete, scheint die wirtschaftliche Komponente (d. h. Aufträge für lokale Unternehmen) auch hier wieder eine wichtige Rolle zu spielen (NHK 24.07.2017).

Im Wirtschaftsministerium haben derweil die Planungen für Japans langfristige Energiepolitik begonnen. Auf Basis der dieses Jahr beginnenden Beratungen und Expertenmeinungen soll ein neuer, bis 2050 gültiger Plan erarbeitet werden, der u. a. aufzeigen soll, wie die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht, erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden können und wie die zukünftige Rolle der Kernkraft aussehen soll (TS 02.08.2017).

Unterdessen geht die Suche nach einem geeigneten Ort für ein unterirdisches Endlager weiter. Wie die Bundesrepublik und die meisten anderen Staaten mit (zivilen oder militärischen) Kernkraftprogrammen hat Japan momentan kein Endlager, sondern lediglich Zwischenlager für hoch-radioaktiven Müll auf den Kraftwerksgeländen. Um diese oft als »Wohnung ohne Toilette« kritisierte Situation zu beenden, wurde eine geologische Eignungsprüfung durchgeführt, die Regionen mit vulkanischer Aktivität, aktiven Spalten oder Erdöl- und Gasvorkommen ausschließt. Auf Basis dieser Kriterien wurden 35 % des japanischen Territoriums als »nicht geeignet« eingestuft. Gemeinden in der Präfektur Fukushima wurden vom Wirtschaftsministerium von der Suche ausgeklammert. »Gute Eigenschaften« wurden den verbleibenden 65 % der Fläche bescheinigt. 30 % der Gesamtfläche besitzen der Studie zufolge eine hohes Maß an Eignung. Das Ministerium plant im Herbst 2017 Kommunen zu kontaktieren, aber lokaler Widerstand gilt als sicher (Jiji.com 28.07.2017).

Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (24.10.2016), »Shūin 2 Hosen Jimin Shōri Tōkyō Wakasa-shi, Fukuoka Hatoyama-shi« [LDP siegt bei zwei Nachwahlen im Unterhaus: Wakasa [gewinnt] in Tōkyō, Hatoyama in Fukuoka], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (27.04.2017), »Kabaikirezu, Koutetsu Shushō Sokketsu ›Fukaku Owabi« [Premierminister kann [Minister Imamura] nicht halten, entscheidet sich auf der Stelle für Entlassung und ›bittet vielmals um Entschuldigung«,], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (16.05.2017), »3ha Gurūpu Gōryū Kettei no 60nin zengo Kaichō ni Asō-shi Jimin [LDP: Zusammenschluss von drei Faktionen bzw. Gruppen abgeseget; ca. 60 Mitglieder, Asō wird Vorsitzender]«, S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.06.2017), »Shōrai no Taii ni mo Reeru Senreika, Taiihi Josei Miyake« [Vorbereitung für zukünftige Abdankungen; Schaffung eines Präzedenzfalles, Tag der Abdankung und von einer Prinzessin geführter Familienzweig], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (03.07.2017), »Jimin Sanpai, Kakō Saitei Koike Chijiha, Kahansū ›Abe Ikkyō: ni Daida Togisen« [Wahl zum Tōkyōter Präfekturparlament: Bisher schwerste LDP-Niederlage und Mehrheit für Gouverneur Koike, schwerer Schlag gegen »Abes Dominanz«,], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (11.07.2017), »Jimin ni Taikō Seitō hitsuyō 82 % Yatō, Ukezara ni narezu Asahi Shinbunsha Yoron Chōsa« [Meinungsumfrage der Asahi Shinbun: 82 % halten LDP-Rivalen für notwendig, Oppositionsparteien werden nicht als solche wahrgenommen], S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (20.07.2017), »Inada-shi mata Giwaku no Kachū Jishin ha Kansatsu taishōgai, Yuragu Shinrai Nippō Mondai« [Bericht-Problem: Frau Inada wieder im Strudel von Skandalen, ausgenommen von der Untersuchung, schwindendes Vertrauen], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (26.07.2017), »Minshin, Haran fukumi no Saishuppatsu Noda Kanjichō Jinin, Kienu Kaitōron [Demokratische Partei: Neustart mit Schwierigkeiten, Rücktritt von Generalsekretär Noda, nicht verstummen wollende Diskussion um Parteiauflösung]«, S. 4.
- AS (*Asahi Shinbun*) (03.08.2017a), »Minshin ›Ukezara‹ shimeseru ka Daihyōsen ni Edano-shi to Maehara-shi« [Edano und Maehara treten zur Vorsitzendenwahl an: Können sie die Demokratische Partei als Alternative darstellen?], S. 3.
- AS (*Asahi Shinbun*) (03.08.2017b), »›Post Abe: Kiyō no Shiwaku Kishida-shi Kakugai he, Noda Seiko-shi Nyūkaku« [Erwartungen hinter der Ernennung von [Kandidaten für die] Abe Nachfolge: Kishida außerhalb des Kabinetts, Seiko Noda zieht ins Kabinett ein], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (11.08.2017), »Hosono-shi Ritōdotoke Juri Minshin« [Demokratische Partei: Hosonos Parteiaustrittsgesuch angenommen], S. 4.
- Jiji.com* (27.07.2017), »Kaiken de Gōku Kaishō ha Futekisetsu: Yamaguchi Kōmei Daihyō« [Kōmeitō-Vorsitzender Yamaguchi: Auflösung von fusionierten Wahlkreisen durch Ver-

fassungsreform ist unangemessen], <http://www.jiji.com/jc/article?k=2017072700617&g=pol> (28.07.2017).

Jiji.com (28.07.2017), »Saitekichi, Kokudo 3-wari, Kaku no Gomi Saishū Shobun he Chizu Shichōson Hansū Seifu ga Kōhyō« [Regierung veröffentlicht Karte zu Endlager für radioaktiven Müll: 30 % des japanischen Territoriums, die Hälfte aller Kommunen sind Orte mit besten Konditionen], <https://headlines.yahoo.co.jp/hl?a=20170728-00000086-jij-pol> (28.07.2017).

MS (Mainichi Shinbun) (26.01.2017), »Sangiin Daihyō Shitsumon: Shōhō« [Fragestunde im Oberhaus: Detaillierter Bericht], S. 5.

MS (Mainichi Shinbun) (24.03.2017), »Close up 2017: Kagoikeshi Shōnin Kanmon (Sono 1)« [Close-up 2017: Anhörung von Herrn Kagoike (Teil 1)], S. 3.

MS (Mainichi Shinbun) (31.03.2017), »Monkashō: Amakudari Assen Ihō 62-ken, Kanbu-ra 43-nin Shobun Saishū Hōkoku« [Kultusministerium: Laut Abschlussbericht 62 Fälle von Gesetzesverletzungen, Bestrafung von 43 ranghohen Beamten nach Vermittlung von Amakudari-Posten], S. 1.

MS (Mainichi Shinbun) (29.04.2017), »Moritomo Gakuen: Kokuyūchi Mondai Zaimushō Tokubetsu Atsukai Hitei« [Moritomo Schule: Finanzministerium bestreitet spezielle Behandlung in der Frage des in Staatsbesitz befindlichen Grundstückes], S. 31.

MS (Mainichi Shinbun) (21.05.2017), »Kake Gakuen, Gakubu Shinsetsu ›Sōri no Ikō‹ to Fugō Monkashō Nanka, Tokka wo Ryōshō« [Neubau von Fakultät der Kake Gakuen ›auf Wunsch des Premierminister: fällt mit Aufweichung der Position des Kultusministeriums und Genehmigung der Sonderzone zusammen], S. 31.

MS (Mainichi Shinbun) (10.06.2017), »Kōshitsu: Taihō Seiritsu: Kōshitsu, Jidai he takusu Tachiba ya Taigū de Shinkitei« [Kaiserlicher Haushof: Abdankungsgesetz verabschiedet: Übergabe des Kaiserhofs an die nächste Generation, Neuregelungen in Bezug auf Stellung und Behandlung], S. 15.

MS (Mainichi Shinbun) (05.07.2017), »Takahama Genpatsu: 3-gōki mo Eigyō Unten, Kanden ›Jimoto no Rikai, Jūyō« [Atomkraftwerk Takahama: Auch Reaktor 3 wieder im kommerziellen Betrieb, KEPCO: »Zustimmung der lokalen Kommunen ist wichtig«], Regionalausgabe Fukui, S. 24.

MS (Mainichi Shinbun) (27.07.2017) »Mainichi Shinbun Yoron Chōsa: Naikaku Shiji, Kyūroku 26 % ›Jimin Sōsai Kōtai‹ 62 %« [Umfrage der Mainichi Shinbun: Unterstützung für Kabinett bricht auf 26 % ein, 62 % für Wechsel an der LDP-Parteispitze], Westjapan Ausgabe, S. 1.

MS (Mainichi Shinbun) (28.07.2017a), »Inada Bōeisō: Jinin he Jimin kara mo kibishii Koe ›Kokumin no Inochi Azukerarenu« [Verteidigungsministerin Inada tritt zurück, auch aus der LDP scharfe Töne, »Man kann ihr nicht die [Verteidigung der] Leben der Bevölkerung anvertrauen«], S. 29.

- MS (*Mainichi Shinbun*) (28.07.2017b), »Inada Bōeisō Jinin he, Yōgo Itten Kōtetsu Kaizō made taekirezu« [Rücktritt von Verteidigungsministerin Inada: Kehrtwende von Unterstützung hin zur Entlassung; Ministerin war bis zur Kabinettsumbildung nicht zu halten], S. 3.
- MS (*Mainichi Shinbun*) (03.08.2017), »Naikaku Kaizō: Kyō Gaisō ni Kōno-shi, Sōmushō Noda Sei-shi, Monkasō Hayashi Yoshi-shi, Kishida-shi ha Seichōkaichō [Heute Kabinettsumbildung: Außenminister Kōno, Innenminister Seiko Noda, Kultusminister Yoshimasa Hayashi, Kishida wird PARC-Vorsitzender]«, S. 1.
- Mori McElwain, Kenneth und Christian G. Winkler (2015), »What's Unique about the Japanese Constitution?«, in: *Journal of Japanese Studies*, 41 (2): 249–280.
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (15.06.2017), »Kōbō Tero tō Junbizai Shinsetsu Hōan« [Schlagabtausch über den Gesetzesentwurf zur Neuetablierung des Verbrechens der Verschwörung zu einer terroristischen Straftat, etc.], <https://www3.nhk.or.jp/news/special/terotoujyunbi/> (21.08.2017).
- NHK (*Nippon Hōsō Kyōkai*) (24.07.2017), »Kashiwazaki Shichō Gepatsu Saikadō no Jōken toshite Ichibu Hairo Yōsei he« [Bürgermeister von Kashiwazaki fordert Stilllegung von Teilen des Kraftwerks als Bedingung für Zustimmung zu erneuter Inbetriebnahme], <http://www3.nhk.or.jp/news/html/20170724/k10011072591000.html> (28.07.2017).
- Nihon Ishin no Kai* (2017), »Seisaku 1: Kenpō Kaisei he no Torikumi [Politikfeld 1: Unsere Einstellung zur Verfassungsreform]«, <https://o-ishin.jp/policy/act01/> (02.08.2017).
- SN (*Sankei News*) (01.08.2017), »Kyōiku Mushōka Jimintō Suishin Honbu Kaigō de Sansei zero ›Ishin makikomu Kangae, yokunai« [Keine Zustimmung zur kostenlosen Erziehung bei Sitzung des LDP-Hauptquartiers zum Vorantreiben einer Verfassungsreform; »die Idee, den Ishin mit einzubinden, ist nicht gut«], <http://www.sankei.com/politics/news/170801/pl1708010046-n1.html> (02.08.2017).
- MIAC (Ministry of International Affairs and Communication, Sōmushō) (2017), *Todofuken Chijisenkyo Kekka* [Ergebnisse der Gouverneurswahlen], http://www.soumu.go.jp/senkyo/senkyo_s/data/chiji/ (04.08.2017).
- TS (*Tōkyō Shinbun*) (02.08.2017), »Genpatsu Shinsetsu wo Shinya ni Kuni no Ene Kihon Keikaku Minaoshi Chakushu« [Regierung beginnt mit Revision des grundlegenden Energieplans mit Blick auf Bau neuer Atomkraftwerke], <http://www.tokyo-np.co.jp/article/economics/list/201708/CK2017080202000124.html> (02.08.2017).
- Winkler, Christian G. (2011), *The Quest for Japan's New Constitution*, Abindon: Routledge.
- Winkler, Christian G. (2012), »The Evolution of the Conservative Mainstream in Japan«, in: *Japan Forum*, 24 (1): 51–73.
- Winkler, Christian G. (2016), »Innenpolitik Japans 2015/2016«, in: David Chiavacci und Iris Wiczorek (Hg.), *Japan 2016: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 23–40.

- Winkler, Christian G. (02.07.2017), »Revising the Constitution, But How?«, Vortrag auf Japan Focus Konferenz *Contemporary Crises in the Asia Pacific*, Sophia Universität, Tōkyō.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (17.10.2016), »Chiji ni Yoneyama-san Mori-sanra yaburi hatsutosen Niigata« [Niigata: Herr Yoneyama bezwingt Herrn Mori und andere Kandidaten, gewinnt seine erste Gouverneurswahl], S. 29.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (06.03.2017), »Jimin Sōsai ›3-ki 9-nen‹ Tōkaikai Ninki Enchō wo Ketetei« [Parteitag beschließt Verlängerung der Amtszeit des LDP Parteivorsitzenden auf drei Amtsperioden und neun Jahre], S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (23.03.2017), »Kagoike-shi Hatsugen Shingi ha Kifu, Kuchikiki, Umu Shōten Kyō Shōnin Kanmon« [Heute Anhörung im Parlament: Was die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Herrn Kagoike angeht, liegt der Fokus auf der Frage, ob es eine Spende und Einflussnahme gab], Lokalausgabe Ōsaka, S. 34.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (03.05.2017), »Kenpō Kaisei 20nen Shikō Mokuhyō Shushō Intabyu – 9jō ni Jieitai Meiki [Ziel ist es, eine Verfassungsreform 2020 zu realisieren: Interview mit dem Premierminister; Selbstverteidigungsstreitkräfte sollen explizit in Artikel 9 erwähnt werden]«, S. 1.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (25.05.2017), »Shinkijun Genpatsu 12-ki ni Ōi 3–4-gōki ›Gōkaku« [Zahl der Reaktoren, die neuen Sicherheitsstandard genügen, auf 12 angestiegen, Reaktoren Ōi 3 und 4 bestehen Sicherheitscheck], S. 34.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (10.06.2017), »Taii Tokureihō Seiritsu Tennōsei Rekishi na Tenki« [Sondergesetz zur Abdankung des Kaisers beschlossen: Historischer Wendepunkt in der Geschichte des Kaiser-Systems], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (23.06.2017), »Jimin 2kaisei Giin ni Fushōji Aitsugu« [Häufung von Skandalen von LDP-Parlamentariern in der zweiten Legislaturperiode], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (29.06.2017), »Sanin Kaisen ›Kakuken Hitori Ijō‹ Gōku Kaishō he Kenpō 47-jō kaisei Jimin Chōsei« [Mindestens ein Sitz pro Präfektur bei Oberhauswahlen: LDP berät über Revision von Article 47 der Verfassung, um fusionierte Wahlkreise aufzulösen], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (04.07.2017a), »Jimin no Kōmei Izon Chōmei Togisen Sanpai ›Shien nuki de katenu« [Abhängigkeit der LDP von der Kōmeitō wird durch die Wahlniederlage bei der Präfekturparlamentswahlen in Tōkyō deutlich: »Wir können ohne Kōmeitō Unterstützung nicht gewinnen«], S. 3.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (04.07.2017b), »Tomin Fa Yakushin aseru Minshin« [Großer Sprung der Tomin First, Demokratische Partei unter Druck], S. 4.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (10.07.2017), »Aki ni Kaikean Shushō Kenji Togisen Sanpai tsuyoki tsuranuku Yotōnai Sessoku na Ugoki Kennen mo« [Premier hält an Verfassungsreformentwurf im Herbst trotz Niederlage bei Präfekturparlamentswahlen in Tōkyō fest; auch Sorgen über eiliges Vorgehen in den Regierungsparteien], S. 2.

Die Friedensverfassung und ihre Verteidiger: Proteste zum Schutz von Artikel 9?

Markus Pommerening

The Peace Constitution and its Defenders: Protests in Defense of Article 9?

The Japanese peace constitution has remained unchanged for the past 70 years. However, Japanese politicians succeeded in bypassing the normative restrictions of Article 9 by means of new interpretations and bills. On some of these occasions the Japanese people reacted with massive protests. Two of these protests will be explored in this paper, by comparing the perspectives of the 1960 Anpo protests and the 2015 protests against the security bills. The results call the characterization of the Anpo protests as a movement protecting the peace constitution into question.

1 Einleitung

Die japanische Nachkriegsverfassung ist mit ihrem Inkrafttreten am 3. Mai 1947 die derzeit älteste niemals revidierte und aktuell gültige Verfassung der Welt. Sie markiert die Kehrtwende eines vom Militarismus geprägten Japan zu einem, welches dem Krieg abgeschworen hat. Grundlage hierfür ist Artikel 9 der japanischen Verfassung, der sogenannte Friedensartikel, in dem Japan auf das Recht zur Kriegführung und den Unterhalt von Militär verzichtet. Er lautet (Art. 9 Abs. 1 und 2 der japanischen Verfassung vom 3. Mai 1947 – deutsche Übersetzung nach Röhl 1963: 98):

In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Aus-

übung von militärischer Gewalt als ein Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten.

Zur Erreichung des Zwecks des Absatz 1 werden Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie andere Kriegsmittel nicht unterhalten. Ein Kriegführungsrecht des Staates wird nicht anerkannt.

Seit seinem Inkrafttreten wirkte Artikel 9 als normative Restriktion der japanischen Sicherheitspolitik und limitierte die Ambitionen japanischer Politiker und die Forderungen der USA zur Wiederaufrüstung Japans. Dennoch gelang es 1954 über verschiedene Neuinterpretationen von Artikel 9, die Selbstverteidigungsstreitkräfte zu etablieren und diese sukzessive zu erweitern. Die letzte Neuinterpretation von 2015 unter Premierminister Shinzō Abe gewährt Japan seither das kollektive Selbstverteidigungsrecht, womit die Selbstverteidigungsstreitkräfte im Falle eines Angriffs auf einen verbündeten Staat entsendet werden können.

Solche Neuinterpretationen und Gesetze, die die Selbstverteidigungsstreitkräfte oder die Sicherheitspolitik betrafen, wurden jedoch nicht stillschweigend von der Bevölkerung hingenommen. Insbesondere die Anpo-Proteste 1959/60 gegen die Revision des Sicherheitsvertrages mit den USA sowie die Proteste gegen die Sicherheitsgesetze 2015/16 riefen hunderttausende Menschen auf die Straße. Sie zählen damit zu den größten Protesten der japanischen Nachkriegsgeschichte. In diesem Kontext werden in der vorliegenden Arbeit nachfolgend über die inhaltliche Ausrichtung und sprachliche Mobilisierungsstrategien der Proteste die Wirklichkeitskonstruktionen der Protestakteure miteinander verglichen und bewertet.

2 Framing

Der Framing-Ansatz hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Konzept der Analyse kognitiver Prozesse innerhalb sozialer Bewegungen und Protesten entwickelt. Im Gegensatz zu strukturellen Ansätzen der Bewegungsforschung wie die politischen Gelegenheitsstrukturen stehen im Framing-Ansatz weniger die latenten Konflikte und Opportunitäten im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern der Prozess von latenten Konflikten zu manifesten Protesten mittels kommunizierter Deutungsrahmen (Bonacker und Schmitt 2004: 193–213). Das heißt, es werden symbolische Konstruktionen der Wirklichkeit, wie sie kollektive Akteure wahrnehmen und artikulieren, zum Untersuchungsgegenstand erhoben, um die Mobilisierung von Protesten und sozialen Bewegungen zu erklären. Im Kontext von Bewe-

gungen und Protesten werden Frames daher in der Literatur als *collectiv action frames* bezeichnet.

David Snow und Robert Benford, zwei Wegbereiter der Adaption von Frames im Kontext von sozialen Bewegungen, definieren *collective action frames* als interpretative Schemata, welche die Umwelt vereinfacht und komprimiert darstellen, indem einzelne Objekte, Situationen, Ereignisse, Erfahrungen und Sequenzen selektiv unterstrichen werden, um potenzielle Teilnehmer zu mobilisieren und Antagonisten zu demobilisieren (Benford und Snow 2000: 614). *Collective action frames* lassen sich in drei Typen unterteilen. Erstens sind dies diagnostische Frames, die Probleme und deren Verursacher benennen und damit Schuld zuweisen. Sie betonen dabei die Ernsthaftigkeit und Ungerechtigkeit sozialer Umstände oder definieren eine vormals unglückliche, aber tolerierte Situation so um, dass sie nun als inakzeptabel erscheint. Zweitens werden über prognostische Frames Lösungen angeboten, um das Problem zu beheben. Es werden so (neue) Räume und Zielvorstellungen eröffnet, die kollektive Aktionen ermöglichen. Auf dieser Grundlage können drittens Motivationsframes artikuliert werden, die potenzielle Teilnehmer dazu animieren, an kollektiven Aktionen teilzunehmen. Dies gelingt über die Betonung günstiger Opportunitäten und der Legitimität für kollektive Aktionen (Snow und Benford 1992: 137; Della Porta 2014: 111–116; Della Porta und Diani 2006: 74–79).

Collective action frames sind in ihrem Wirkungsbereich auf die spezifischen Interessen einer Gruppe ausgelegt. Frames, die über diesen Wirkungsbereich hinausgehen, bezeichnen Snow und Benford als *master frames*. Diese entwickelten sie zur Erklärung von Phasen besonders erhöhter kollektiver Aktionen sowie dem Auftreten von kollektiven Aktionen unter ungünstigen Gelegenheitsstrukturen (Snow und Benford 1992: 138). Für die Untersuchung der beiden Protestepisoden von 1960 und 2015, die in ihrer Größenordnung zu den bedeutendsten Protesten der japanischen Nachkriegszeit zählen, ist es daher sinnvoll, diese unter dem Blickwinkel von *master frames* zu betrachten.

Master frames erfüllen grundsätzlich die gleichen Funktionen wie *collective action frames*, haben darüber hinaus jedoch das Ziel, die Interessen von Menschen außerhalb der eigenen Gruppe zu thematisieren, um diese für kollektive Aktionen zu mobilisieren. Diese Erweiterung des Wirkungsbereichs wird durch Verallgemeinerungen der Themen und Objekte erreicht. Das heißt konkret, dass *master frames* auf der Ebene der Problemzuschreibung verallgemeinernd operieren, sodass auch andere Gruppen, Organisationen und Individuen diese Zuschreibung teilen können. Weiterhin operieren sie auf der sprachlichen Ebene inkludierend. Es werden daher weitgehend auf spezifische, einer einzelnen Gruppe zugeordnete Wörter und Symbole verzichtet und stattdessen standardisierte Wörter und Wendungen be-

nutzt. Snow und Benford bezeichnen ersteres als restringierte und letzteres als elaborierte Codes. Je elaborierter ein Frame ist, desto größer ist seine Reichweite. Diese Form der Verallgemeinerung hat jedoch den Nachteil, dass sich nur wenige angesprochene Personen damit identifizieren können. Es wird nicht die notwendige Resonanz erzeugt, um potenzielle Teilnehmer zu mobilisieren. Um diesen Identifikationsverlust zu kompensieren und Resonanz zu generieren, bedarf es (a) empirischer Beispiele für die diagnostizierten und prognostizierten Behauptungen (empirical credibility), (b) der eigenen Betroffenheit potenzieller Teilnehmer mit dem benannten Problem (experiential commensurability) und/oder (c) der Konvergenz der vermittelten Ideen und Sinngehalte mit der Ideologie potenzieller Teilnehmer (ideational centrality bzw. narrational fidelity). Je stärker diese zusammenhängenden Faktoren wirken, desto höher ist das Mobilisierungspotenzial (Snow und Benford 1992: 138–141).

Das Konzept der master frames wird für die nachfolgende Analyse als zusätzliche Erklärung für Mobilisierung herangezogen und daher unter den Motivationsframes subsumiert, da es im Wesentlichen dieser Funktion dient. Auf dieser theoretischen Grundlage ergeben sich folgende Forschungsfragen für die Arbeit:

1. Welche inhaltlichen Narrative der Problem- und Lösungszuschreibung werden im Anpo-Kampf und den Protesten gegen die Sicherheitsgesetze konstruiert?
2. Wie gelang es den Akteuren, Teilnehmer zu mobilisieren?

3 Methode und Datenmaterial

Die qualitative Inhaltsanalyse von Reden und Zeitschriftenbeiträgen von Wortführern und Teilnehmern der Proteste bilden das Ausgangsmaterial zur Untersuchung der Fragestellungen. Deren Inhalt wird auf die zuvor vorgestellten Frames hin untersucht, die sich im Rahmen der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz (2014) als Kategorien systematisieren lassen.

3.1 Inhaltlich-strukturierende qualitative Inhaltsanalyse

Bei der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse werden wesentliche Textabschnitte in Kategorien systematisiert, um so das Datenmaterial zu reduzieren. Diese Kategorien werden in der Regel sowohl deduktiv durch die Forschungsfrage und Vorwissen des/r Forschenden als auch induktiv am Material gebildet und ausdifferenziert. Zunächst wird das Datenmaterial durchgesehen und wichtige

Textstellen werden markiert. Anschließend werden die Hauptkategorien bestimmt und das bisherige Datenmaterial anhand dieser codiert. Textstellen, die der gleichen Hauptkategorie zugeordnet sind, werden miteinander verglichen. Während der Durchsicht werden weitere Kategorien gebildet und bestehende Kategorien ausdifferenziert. Das gesamte Datenmaterial wird noch einmal mit dem ausdifferenzierten Kategoriensystem codiert und anschließend ausgewertet (Kuckartz 2014: 72–98). Für den hier vorliegenden Fall wurden die Kategorien zunächst deduktiv über das Vorwissen des Autors gebildet und anschließend am Material ausdifferenziert. Weiterhin sind mit Bezug zur theoretischen Fragestellung die inhaltlichen Kategorien in diagnostische und prognostische Kategorien aufgeteilt worden. Die Arbeit umfasst folgende Kategorien und Subkategorien:

Diagnostische Kategorien:

- Sicherheitsvertrag: Die Revision des Sicherheitsvertrages bzw. der Sicherheitsvertrag im Ganzen wird als Problem identifiziert.
- Sicherheitsgesetze: Die neuen Sicherheitsgesetze werden als Problem identifiziert.
- Kishi: Kishi und seine Politik werden als Urheber von Problemen identifiziert.
 - o Regierung: Die Regierung unter Kishi wird als Urheber von Problemen identifiziert (zum Zwecke der Codierung und Präsentation der Ergebnisse sind die jeweiligen Regierungen den Premierministern untergeordnet, auch wenn der Premierminister Bestandteil der Regierung ist).
- Abe: Abe und seine Politik werden als Urheber von Problemen identifiziert.
 - o Regierung: Die Regierung unter Abe wird als Urheber von Problemen identifiziert.
- Verfassung: Die Verfassungsverletzung/-änderung wird als Problem identifiziert.
 - o Artikel 9: Die Verletzung/Änderung von Artikel 9 wird als Problem identifiziert.
- Krieg: Krieg wird als mögliche Folge des Sicherheitsvertrages / der Sicherheitsgesetze identifiziert. Dies umfasst die Entsendung der Selbstverteidigungsstreitkräfte oder neugebildeter militärischer Einheiten Japans ins Ausland und der Unterzeichnung von Abkommen, die den Angriff einer anderen Nation provozieren könnten. Im Zuge dessen wird der Verlust von Menschenleben im Kontext militärischer Auseinandersetzungen als Problem identifiziert.
- Demokratie: Die Verletzung demokratischer Rechte und Prinzipien wird als Problem identifiziert.

- USA: Die Zusammenarbeit mit den USA und deren Einflussnahme in die japanische Politik werden als Problem identifiziert. Im Zuge einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit mit den USA wird beispielsweise eine Verwicklung Japans in die von den USA geführten Kriege befürchtet. Auch die Kritik an der Politik der USA im internationalen Kontext wird hierunter gefasst.

Prognostische Kategorien:

- Sicherheitsvertrag: Umfasst die Ablehnung und Forderung zur Verhinderung der Revision des Sicherheitsvertrages.
- Sicherheitsgesetze: Umfasst die Ablehnung und Forderung zur Verhinderung der Sicherheitsgesetze.
- Kishi: Der Rücktritt Kishis wird als Lösung von (Teil)-Problemen identifiziert.
 - o Regierung: Die Auflösung des Kishi-Kabinetts wird als Lösung von (Teil)-Problemen identifiziert.
- Abe: Der Rücktritt Abes wird als Lösung von (Teil)-Problemen identifiziert.
 - o Regierung: Die Auflösung des Abe-Kabinetts wird als Lösung von (Teil)-Problemen identifiziert.
- Verfassung: Der Erhalt der Verfassung wird als eine Zielvorstellung identifiziert.
 - o Artikel 9: Der Erhalt von Artikel 9 wird als eine Zielvorstellung identifiziert.
- Frieden: Der Erhalt des Friedens wird als eine Zielvorstellung identifiziert. Darunter zählt auch die Ablehnung von Krieg.
- Demokratie: Der Erhalt der Demokratie wird als eine Zielvorstellung identifiziert.
- USA: Umfasst die Verhinderung der Zusammenarbeit mit den USA und von Besuchen US-amerikanischer Staatsfunktionäre in Japan.

Motivation: Umfasst Passagen, die durch ihre Wortwahl und Symbolik (potenzielle) Teilnehmer für die Proteste mobilisieren. Die Auswahl beruht auf den im Theorie-Teil beschriebenen Motivationsframes und *master frames*.

3.2 Datenmaterial

Das Datenmaterial setzt sich aus Reden und Zeitschriftenbeiträgen zusammen, die im Falle des Anpo-Kampfes im Mai und Juni 1960 gehalten oder verfasst wurden bzw. im Falle der Proteste gegen die Sicherheitsgesetze in der Phase zwischen der Einreichung der Sicherheitsgesetzesentwürfe im Mai 2015 und deren Abstimmung

im September 2015. Der Hauptteil der Materials zum Anpo-Kampf basiert auf Beiträgen in den Zeitschriften *Sekai* und *Shisō no kagaku*¹, beide vom Juli 1960, die inhaltlich in den genannten Zeitraum eingeordnet werden können. Dies ist insofern problematisch, da im Juli 1960 die Proteste zwar noch nicht abgeklungen waren, die Beiträge jedoch nur noch wenig Einfluss auf Demonstranten ausüben konnten. Allerdings sind die verwendeten Texte während der Hochphase des Konfliktes geschrieben worden, sodass sie inhaltlich als repräsentativ für die Debatte im Mai/Juni 1960 und als Gegenstand von in dieser Zeit gehaltenen Reden betrachtet werden können. Die Beiträge aus den beiden Zeitschriften wurden vordergründig danach ausgewählt, ob aus dem Titel ein Bezug zu den Protesten hervorgeht. Darunter ist ein Beitrag von einer Teilnehmerin (Morosawa), die zum ersten Mal an einer Demonstration teilnahm und nicht den intellektuellen Kreisen zugeordnet werden kann. Neben diesen Zeitschriftenbeiträgen ist eine Rede von Masao Maruyama enthalten, die im August 1960 veröffentlicht wurde. Wann Maruyama die Rede hielt, ist aus dem Sammelband nicht ersichtlich. Aus dem Inhalt geht jedoch hervor, dass sie irgendwann zwischen der Abstimmung im Mai und der Ratifizierung der Revision im Juni gehalten wurde.

Das Material zu den Protesten gegen die Sicherheitsgesetze besteht aus Reden, die während Demonstrationen, Pressekonferenzen und parlamentarischen Anhörungen gehalten wurden. Die Auswahl der Beiträge erfolgte über deren Organisatoren, beispielsweise Demonstrationen von SEALDs oder der Mama no kai oder Veranstaltungsnamen, die einen direkten Bezug zum Protestgegenstand aufwiesen. Auch hier ist ein Beitrag von einer Teilnehmerin einbezogen worden, die das erste Mal an einer Demonstration teilnahm. Insgesamt wurden zwölf Beiträge ausgewählt – davon sechs zum Anpo-Kampf und sechs zu den Protesten gegen die Sicherheitsgesetze. Die Verfasser dieser Beiträge sind nachfolgend kurz vorgestellt:

Anpo-Kampf:

Masao Maruyama (1914–1996) war Ideenhistoriker und engagierte sich aktiv gegen die Revision des Sicherheitsvertrages. Kritiker warfen ihm später vor, sich zu sehr auf den Schutz der Demokratie fokussiert zu haben, weswegen die Revision nicht aufgehoben werden konnte (Kersten 1996: 217–218; Sasaki 2012: 141–146). Von ihm ist die Rede *Sentaku no toki* (Zeit der Wahl) (Maruyama 1996: 347–350).

¹ *Sekai* ist ein liberales, linkspolitisches Monatsmagazin, welches im Dezember 1945 erstmal erschien und politische Entwicklungen in Japan aufgreift und diskutiert (Dower 2000: 186–187). *Shisō no kagaku* wurde als Magazin zusammen mit der *Shisō no kagaku kenkyūkai* von sieben Intellektuellen 1946 gegründet (u. a. Kazuko Tsurumi und Masao Maruyama). Es erschien monatlich bis 1996.

Toshio Tanaka (1902–1993) war ein sozialistischer Politiker, der als Vorsitzender der sozialistischen Bürgerbewegung den Anpo-Kampf prägte. Von ihm ist der Beitrag *Shizuka na seigan kara hageshii kōgi* (Von stiller Petition zu heftigem Widerstand) in der Ausgabe von *Sekai* (Tanaka 1960: 58–62).

Kazuko Tsurumi (1918–2006) war Soziologin und Mitgründerin der Zeitschrift *Shisō no kagaku*. Sie ist die ältere Schwester des Philosophen Shunsuke Tsurumi. Von ihr ist der Beitrag *Seinen no chi o aganau mono* (Wiedergutmachung für das Blut der Jugend) in der Ausgabe von *Shisō no kagaku*. Dieser wurde in der Nacht vom 15. zum 16. Juni verfasst (Tsurumi 1960: 110–112).

Yōko Morosawa (Lebensdaten unbekannt) war mit den Anpo-Protesten das erste Mal bei einer Demonstration. Von ihr ist der Beitrag *Daredemo jiyū ni sankā dekita demo* (Die Demo, an der jeder frei teilnehmen konnte) in der Ausgabe von *Shisō no kagaku*. Dieser wurde am 11. Juni verfasst (Morosawa 1960: 106–107).

Zenzō Matsuyama (1925–2016) war ein Filmregisseur und Drehbuchautor, der jedoch erst 1961 als Regisseur debütierte und so zum Zeitpunkt des Anpo-Kampfes noch nicht sonderlich bekannt war (AS 02.09.2016). Er nahm selbst an den Demonstrationen vor dem Parlament teil. Von ihm ist der Beitrag *Kuni o uru yatsu* (Die Vaterlandsverräter) in der Ausgabe von *Sekai* (Matsuyama 1960: 43–44).

Yōko Matsuoka (1916–1979) war eine Publizistin und Übersetzerin, die sich während des Pazifikkrieges für die Förderung internationaler Beziehungen einsetzte. Sie nahm selbst an den Demonstrationen vor dem Parlament teil. Von ihr ist der Beitrag *Gijidō o kakonda hito no nami* (Die Welle von Menschen, die das Parlament umzingeln) in der Ausgabe von *Sekai* (Matsuoka 1960: 44–45).

Proteste gegen die Sicherheitsgesetze:

Aki Okuda (*1992) war zum Zeitpunkt seiner Rede Student und Gründungsmitglied der Gruppe SEALDs (Students Emergency Action for Liberal Democracy-s). Er hielt am 15.09.2015 eine Rede im Parlament gegen das Sicherheitsgesetz (Okuda 2015).

Tomoka Terada (*1993/4) war Mitglied von SEALDs und hielt am 30.08.2015 eine Rede auf einer Demonstration von SEALDs (Terada 2015).

Jirō Yamaguchi (*1958) ist Professor für Politikwissenschaft an der Hōsei Universität. Er war Teilnehmer und Redner auf Demonstrationen von SEALDs und Mitunterzeichner einer Petition der *Anzen hoshō kanren hō ni hantai suru gakusha no kai* (Vereinigung von Wissenschaftlern gegen die Sicherheitsgesetze). Er hielt am 26.06.2015 eine Rede auf einer SEALDs-Demonstration (Yamaguchi 2015).

Minako Saigō (*1987) ist Gründerin der Gruppe Anpo kanren hō ni hantai suru mama no kai (Vereinigung von Müttern gegen die neuen Sicherheitsgesetze). Sie hielt eine im Fernsehen ausgestrahlte Rede auf einer Pressekonferenz der Mama no kai am 13.07.2015 (Saigō 2015).

Ryōko Ikeda (Lebensdaten unbekannt) war zum Zeitpunkt ihrer Rede Studentin und nahm auf einer Demonstration der Mama no kai am 11.09.2015 das erste Mal an einer Demonstration teil (Ikeda 2015).

Hiroshi Nishihara (*1958) ist Professor an der Waseda Universität und hielt auf der von Verfassungsrechtlern organisierten Veranstaltung Naze watashitachi wa anzen hōsei hantai suru no ka (Warum wir gegen die Sicherheitsgesetze sind) am 04.07.2015 eine Rede (Nishihara 2015).

Um der zuvor genannten Problematik, dass die Beiträge des Anpo-Kampfes zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung nur noch wenig Einfluss auf den weiteren Verlauf der Demonstrationen ausübten, entgegenzuwirken, werden neben den Beiträgen auch noch Protestplakate in das Datenmaterial einbezogen und in der Auswertung berücksichtigt. Diese sind über Fotos von den Protesten zugänglich. Für den Anpo-Kampf wurden dafür Fotos des Fotografen Hiroshi Hamaya herangezogen, der zwischen dem 20. Mai und dem 22. Juni 1960 die Anpo-Proteste dokumentierte. Ein Großteil dieser Fotos sind in der Fotogalerie eines Essays von Justin Jesty teilweise mit Hinweisen zu Ort und Zeitpunkt des Fotos online verfügbar (Jesty 2012). Daneben ist ein weiteres, in dieser Arbeit benutztes Foto in einer Ausgabe von *Sekai* vom August 1960 zu sehen. Demgegenüber gibt es zu den Protesten zum Sicherheitsvertrag online zahlreiche Bilder. Für die Analyse wurde in dieser Arbeit eine Fotogalerie der japanischen Huffington Post Webseite benutzt, die an verschiedene Artikel zu den Protesten angehängt ist und den Titel Anzen kanren hōan – kokkai no uchi to soto trägt. Unter anderem ist diese in einem Artikel zur Rede von Aki Okuda im Parlament vom 15.09.2015 vorzufinden (Huffington Post 15.09.2015). Die Fotos sind meist mit Informationen zu Ort und Zeitpunkt sowie Personen und Hintergründen versehen.

4 Der Anpo-Kampf und die Proteste gegen die Sicherheitsgesetze

Der Anpo-Kampf begann im März 1959, als sich verschiedene, vorwiegend linke Parteien, Organisationen und Gewerkschaften zur Anpo jōyaku kaitei soshi kokumin kaigi, die Volksversammlung zur Verhinderung der Revision des Sicherheitsvertrages – kurz Kokumin kaigi – zusammenschlossen. Diese zielten

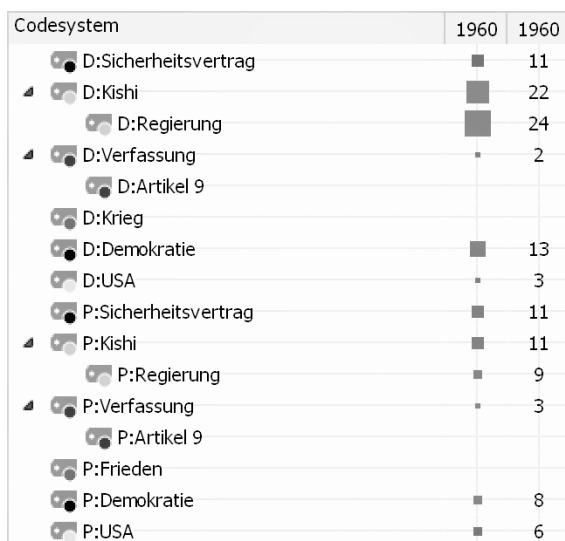
nicht nur auf die Verhinderung der Revision des 1951 geschlossenen Sicherheitsvertrages ab, sondern lehnten den Sicherheitsvertrag und damit die Partnerschaft mit den USA generell ab. Nachdem in der Nacht vom 19. zum 20. Mai 1960 im Parlament über die Verlängerung der Sitzungsperiode und die Revision des Sicherheitsvertrages unter Abwesenheit der Opposition abgestimmt wurde, erfuhren die Proteste breitere öffentliche Unterstützung. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste schließlich am 18. Juni, einen Tag vor der automatischen Ratifizierung der Revision des Sicherheitsvertrages und wenige Tage nach dem Tod der Studentin Michiko Kanba, die bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten ums Leben kam. 330.000 Demonstranten protestierten an diesem Tag vor dem Parlament in Tōkyō. Zur Enttäuschung der Kokumin kaigi konnte im Ergebnis die Revision des Sicherheitsvertrages zwar nicht aufgehalten werden, doch wurde der Rücktritt von Premierminister Nobusuke Kishi von liberalen Kräften als Erfolg ihrer Demonstrationen gewertet (Hidaka 2015; Packard 1966).

Die Proteste gegen die Sicherheitsgesetze verdichteten sich Mitte des Jahres 2015, vor allem nach der Gründung der Gruppe SEALDs am 3. Mai 2015 in Reaktion auf die Billigung des kollektiven Selbstverteidigungsrechtes und der Neuinterpretation von Artikel 9 im Parlament. SEALDs und andere Gruppierungen protestierten gegen die am 14. Mai eingereichten Entwürfe zu den Sicherheitsgesetzen, die das kollektive Selbstverteidigungsrecht legitimieren sollten. Wie SEALDs konnte auch die am 4. Juli gegründete Anpo kanren hō ni hantai suru mama no kai (kurz Mama no kai) große Massen an Demonstranten mobilisieren. Mit der Annahme der Gesetzesentwürfe am 15. Juli im Unterhaus erfuhren die Demonstrationen weiteren Zulauf, sodass am 30. August schließlich 120.000 Menschen vor dem Parlament in Tōkyō demonstrierten. Diese konnten jedoch nicht die Annahme der Gesetzesentwürfe im Oberhaus am 19. September verhindern. Angesichts der verbindlichen Umsetzung der Entwürfe nahmen die Proteste im weiteren Verlauf sukzessive ab. Lediglich am Tag des Inkrafttretens der Sicherheitsgesetze am 29. März 2016 und vor den Oberhauswahlen im Juli versammelten sich noch einmal mehrere zehntausend Demonstranten vor dem Parlament. Die regierende LDP gewann jedoch trotz der Proteste die nötige Zweidrittelmehrheit und ist seitdem in der Lage, Entwürfe für Verfassungsänderungen gegen den Widerstand der Opposition im Parlament durchzusetzen (Takahashi und SEALDs 2015; Independent Web Journal 2014; JT 29.03.2016, 05.06.2016).

4.1 Der Anpo-Kampf aus Sicht ausgewählter Zeitgenossen

Die Beiträge zu den beiden Protestepisoden wurden anhand der im Methodenkapitel vorgestellten Kategorien mit dem Programm MaxQDA codiert. Dieses ermöglicht die visuelle Darstellung der Häufigkeiten codierter Kategorien. Für den Anpo-Kampf ergibt die Auszählung einen ersten Überblick zur Einordnung inhaltlicher Schwerpunkte (vgl. Abbildung 1).

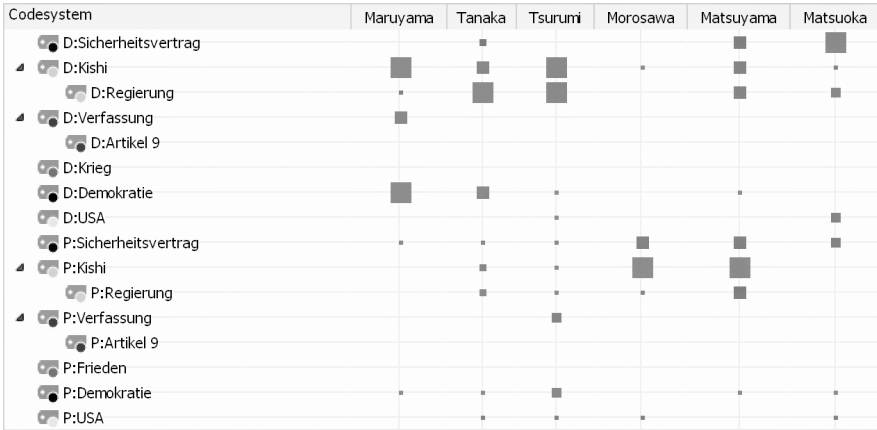
ABBILDUNG 1: *Protestkategorien 1960 Gesamt*



Quelle: Eigene Darstellung.

Der Grafik ist zu entnehmen, wie sich die Häufigkeiten der Codierungen aufteilen. Sie sind über die Größe der Quadrate visuell veranschaulicht. Die meisten Codierungen entfielen auf den Bereich der diagnostischen Kategorien. Am stärksten wurde sowohl Kishi als auch die Regierung im Allgemeinen als Urheber des Sicherheitsvertrages kritisiert. Auch der Sicherheitsvertrag und die Gefährdung der Demokratie wurden als ernste Probleme im Anpo-Kampf wahrgenommen. Wenig bis keine Beachtung entfielen dagegen auf die Kategorien Krieg, Frieden, die Verfassung, Artikel 9 und die USA – Themen, die entgegen der Ergebnisse durchaus im zeitgenössischen Diskurs auftauchten (Oguma 2008). Abbildung 2 stellt die Verteilung aufgeteilt auf die einzelnen Beiträge dar.

ABBILDUNG 2: Protestkategorien 1960 Einzel²



Quelle: Eigene Darstellung.

Vor allem Maruyama, Tanaka und Tsurumi gaben Kishi und der Regierung die Schuld an den wahrgenommenen Problemen. Maruyama (1996: 349) kritisierte: »Das Kishi-Kabinett hat die Demokratie, die Verfassung und die Autorität der Gesetze, kurzum die gesamten Prinzipien und Normen der demokratischen Politik ausgezogen und weggeworfen – nackt steht sie nun vor uns.« Ähnlich äußerte sich auch Tanaka (1960: 59):

Die LDP hat, unterstützt durch die Polizeitruppen und kriminelle Vereinigungen, als alleinige politische Kraft die undemokratische Anerkennung des neuen Sicherheitsvertrages sowie die Verlängerung der Sitzungsperiode des Parlamentes durchgesetzt und dadurch das japanische Parlament und die japanische Demokratie in Gefahr gebracht.

Diese Passagen benennen die Probleme, für die Kishi und die Regierung verantwortlich gemacht werden, und spezifizieren darüber hinaus die Beziehung der Probleme zueinander. Die wahrgenommene Übertretung demokratischer Prinzipien wird an dieser Stelle als Problem identifiziert, welches im Prozess der Durchsetzung des Sicherheitsvertrages auftrat. Vor allem Maruyama betont diesen Zustand, erwähnt demgegenüber jedoch wie auch Tsurumi kaum den Sicherheitsvertrag.

² In dieser Grafik und dem entsprechenden Pendant für die Sicherheitsgesetze stehen die Häufigkeiten der angezeigten Kategorien spaltenweise im Verhältnis zueinander, um die individuell wichtigsten Themen für den jeweiligen Beitrag darzustellen und die Unabhängigkeit von der Textlänge und der Anzahl von Codierungen anderer Beiträge zu gewährleisten.

Im Zuge dieser Akkumulation von Problemen gerieten Kishi und die Regierung als deren Urheber in den Fokus der Proteste. Tanaka (1960: 60) führte diesen Wandel auf die Ereignisse im Parlament in der Nacht vom 19. zum 20. Mai zurück: »Seit dem 20. Mai sind die Petitionen nicht mehr einfach nur Petitionen, sondern wandeln sich zu einem Protest gegen das Kishi-Kabinett und die LDP«. Demnach stellten aus Sicht der Demonstranten und von Teilen der Bevölkerung die Abstimmungen vom 19./20. Mai, welche auf die Durchsetzung der Revision des Sicherheitsvertrages abzielten, eine Verletzung demokratischer Prinzipien dar, woraufhin Forderungen zum Rücktritt Kishis und der Auflösung des Parlamentes zunahmen. Vor allem die Beiträge von Morosawa und Matsuyama betonten diese Forderungen.

Auch die Protestplakate jener Zeit unterstützten dieses Bild. Morosawa verwies auf ein Plakat, auf dem der Widerstand gegen den Sicherheitsvertrag, der Rücktritt Kishis und die Auflösung des Parlamentes gefordert wurden. Ein solches ist auf zwei Bildern von Hamaya zu sehen (Jesty 2012: anp7051, anp7052). Ein weiteres Foto zeigt eine Demonstrationsgruppe der Minshu shugi o mamoru no kai, die ihrem Namen entsprechend den Schutz der Demokratie forderte (vgl. Abbildung 3). Weitere Forderungen umfassen die Auflösung des Parlamentes und den Rücktritt Kishis.

Demgegenüber trat die Rolle der USA als Mitverursacher des Sicherheitsvertrages weitgehend in den Hintergrund. Die Beiträge erwähnten Demonstrationen vor

ABBILDUNG 3: Mitglieder des Lehrkörpers der Tōkyō Kyōiku Daigaku bei den Anpo-Protesten



Quelle: Sekai (1960: 2).

der US-amerikanischen Botschaft und Forderungen zur Verhinderung des Eisenhower-Besuches. Dabei zeichnen sich jedoch zwei unterschiedliche Positionen ab. Eine davon ist die der Kokumin kaigi, die von Beginn an bzw. schon vor den Protesten den USA gegenüber ablehnend eingestellt waren. So erwähnte Tanaka (1960: 61–62) ein Gespräch zwischen dem SPJ-Vorsitzenden Inejirō Asanuma und dem US-Botschafter Douglas MacArthur II:

Als am 24. Mai der Vorsitzende der SPJ, Asanuma, gegenüber Botschafter MacArthur die Absage des Eisenhower-Besuches vorschlug, entwickelte sich das Gespräch zu einem Disput über den US-amerikanischen Imperialismus. Dass er zu diesem Zeitpunkt deutlich die Position »Der amerikanische Imperialismus ist der gemeinsame Feind beider Völker Japans und Chinas« (ein Zitat aus seiner berühmten Rede in Peking letztes Jahr im März) gegenüber dem Botschafter mitteilte, die unsere Partei bis heute vertritt, muss man als großartiges Resultat anerkennen.

Die andere Gruppe sind die moderaten Demonstranten, deren Ablehnung der USA sich lediglich in der Verhinderung des Eisenhowerbesuches ausdrückte und erst im Verlauf der Protestepisode auftrat. Matsuoka (1960: 45) fasste diese Gefühlslage folgendermaßen zusammen:

Diese Leute spüren schmerzlich, dass die Durchsetzung des neuen Sicherheitsvertrages an den Besuch Eisenhowers angepasst wurde. Wenn das nicht wäre, hätten viele Japaner ihn höflich empfangen. Aber das können wir nicht mehr. Weil die japanische Regierung daraus eine politische Symbolik gemacht hat. Darum ist daraus eine Bewegung gegen seinen Besuch geworden.

Die Spaltung der Demonstranten während des Anpo-Kampfes – einerseits in das organisierte Lager der linkspolitischen Kräfte, andererseits in das moderate aufstrebende Lager politisch aktiver Bürger, die sich nicht von den bisherigen Organisationen vertreten sahen – wurde auch von anderen Autoren erwähnt (Hidaka 2015: 131–135; Oguma 2008).

Die Kritik gegenüber den USA wird besonders deutlich am 10. Juni, als James Hagerty, Pressesekretär von US-Präsident Eisenhower, auf dem Flughafen Haneda landet und von einer großen Gruppe Demonstranten empfangen wird. Diese formulierten ihre üblichen Forderungen, wie die Auflösung des Parlamentes oder die Ablehnung des Eisenhower-Besuches auf Englisch (Jesty 2012: anp7126, anp7131). Sie richteten ihre Forderungen als direkte Botschaft an die USA, um Eisenhower mitzuteilen, dass er unerwünscht sei, und dass Kishi und die Regierung nicht die Unterstützung der japanischen Bevölkerung habe.

Gänzlich unerwähnt blieben überraschenderweise die Themen Krieg, Frieden und Artikel 9. Gerade von linken Gruppierungen wurde zu Beginn der Anpo-Proteste mehrfach die Befürchtung geäußert, dass Japan über die Revision des Sicherheitsvertrages in die Kriege der USA hineingezogen würde und seine Selbstverteidigungsstreitkräfte ausbauen müsse, was ihrer Ansicht nach gegen Artikel 9 verstoße. Diese Befürchtungen schienen jedoch nach dem 20. Mai mit der zunehmenden Gefährdung der Demokratie in den Hintergrund zu treten oder wurden von den moderaten Demonstranten nicht geteilt. Dieser Eindruck wird durch die Inhalte der Plakate weitgehend bestätigt. Lediglich ein Plakat, welches einem Baby umgehängt wurde, thematisiert den Krieg. Dessen genaue Botschaft lässt sich jedoch nur erraten. Der Schriftzug lautet wahrscheinlich *Boku sensō ga iya da* – »Ich hasse Krieg« (Jesty 2012: anp7049).

Insgesamt ist festzuhalten, dass die auf den Plakaten formulierten Forderungen weitgehend mit den Problemen und Forderungen übereinstimmen, die auch in den Beiträgen identifiziert wurden. Sie thematisieren vordergründig Kishi, die Regierung und den Sicherheitsvertrag. Lediglich der Schutz der Demokratie wird vergleichsweise selten auf den Plakaten gefordert. Im nächsten Schritt der Analyse betrachten wir nun die Motivationsframes, mit denen Teilnehmer für die Proteste mobilisiert wurden.

Die Aufspaltung in zwei verschiedene Protestlager offenbart sich auch in der Analyse der Motivationsframes. Als Parteimitglied der SPJ differenziert Tanaka (1960: 60) zwischen »unserer Partei« und dem protestierenden Volk: »Wir müssen die Tendenzen innerhalb des Volkes erkennen und diese konkret in unsere Tätigkeiten einflechten«. Er unterschied demnach zwischen einer organisierenden, lenkenden Protestelite und der Protestmasse und sprach vordergründig die Minderheit der Protestelite an. Alle anderen Beiträge verzichteten auf die konkrete Benennung von Gruppen, sodass ihr »wir« jeden meinte. Sie benutzten weitgehend elaborierte Frames.

Eine besondere Identifikationsfigur dürfte Morosawa (1960: 107) gewesen sein, die beschrieb, wie sie als Außenstehende sich einem Demonstrationszug anschloss und dann selbst andere Außenstehende zur Teilnahme animierte: »Dies ist eine Demo, bei der jeder frei mitmachen kann. Wir sind selbst gerade erst dazugestoßen«. Der sie alle verbindende Gedanke war der Protest gegen den Sicherheitsvertrag und Kishi (Morosawa 1960: 106): »Die bis jetzt in der Brust gärende Ablehnung des Sicherheitsvertrages und [die Forderung des] Rücktritts Kishis konnten geäußert und in Aktionen gezeigt werden«. Morosawa erwähnt darüber hinaus, dass sie sich in die Reihen der *Koe naki koe no kai* stellte, der Gesellschaft der Stimmen ohne Stimme. Diese wurde von Kazuko Tsurumi und anderen Intellektuellen gegründet, nachdem Kishi auf die breite öffentliche Kritik ihm gegenüber mit den Worten reagierte (AS 28.05.1960: 1): »Ich denke, wir müssen auch auf die ›Stimmen ohne Stimme‹ hören. Jetzt sind es nur die ›Stimmen mit Stimme‹«. Kishi ›wollte da-

mit ausdrücken, dass es sich bei den Demonstranten um organisierte, öffentlich wahrnehmbare Gruppierungen handelt, die jedoch nicht die Meinung der breiten, schweigenden Bevölkerung vertreten, die hinter ihm stehen würde. Die Gründung der Koe naki koe no kai zielte daher zum einen darauf ab, jene Teile der Bevölkerung, die sich nicht den vorrangig linkspolitischen Gruppierungen anschließen wollten, für die Proteste zu gewinnen. Zum anderen demonstrierte sie, im Interesse der breiten Bevölkerung zu sprechen und zu handeln.

Beispielhaft dafür steht auf einem Plakat: »Kishi-san, Hagerty, Eisenhower – Wir sind Bürger der Stimmen ohne Stimme – Kishi-san, bitte tretet zurück und löst das Parlament auf – die Zivilbevölkerung« (Jesty 2012: anp7021). Auf dem dazugehörigen Foto sieht man, dass eine Seite des Plakats von einem Mann gehalten wird, dessen Armbinde ihn als Mitglied der SPJ ausweist. Unklar ist, ob sich die unterschiedlichen Protestgruppen bei diesem Protestmarsch vermischten, oder ob die SPJ in Reaktion auf Kishis Kommentar ihre Forderungen als Wille der Zivilbevölkerung darzustellen beabsichtigte. Aus dem Beitrag von Morosawa geht jedoch hervor, dass verschiedene Gruppierungen gemeinsam an den Demonstrationen teilnahmen, sodass die erste Variante wahrscheinlich erscheint.

Ein weiteres Resonanz auslösendes Narrativ ist der Tod der Studentin Michiko Kanba als erstes und einziges Todesopfer auf Seiten der Demonstranten, zu dem Tsurumi (1960: 110) schrieb: »Wäre ich jünger gewesen, hätte ich dieses Mädchen sein können«. Gleichzeitig gibt sie Kishi die Schuld für den Tod der Studentin: »Selbst wenn man das Blut der durch Kishi ermordeten jungen Studentin sieht, der Mörder schreitet weiter voran, ohne Verantwortung zu übernehmen« (Tsurumi 1960: 112). Sie verdeutlicht damit, dass es jeden einzelnen Teilnehmer hätte treffen können und erzeugt das Bild einer Regierung, die gewaltsam gegen die Bevölkerung vorgeht. Auf diese Weise wird der Protest gegen Kishi und die Regierung legitimiert. Die Fotos von Hamaya verdeutlichen darüber hinaus, wie Kanba zur Märtyrerin der Proteste stilisiert wird (Jesty 2012: anp7046–7047, anp7171–7179).

Daneben erwähnte Matsuoka (1960: 44) das Polizeidienstgesetz, welches wenige Jahre zuvor auf ähnliche Weise im Parlament durchgesetzt wurde: »Die Regierungspartei, die das neue Sicherheitsgesetz durchzusetzen beabsichtigt, hatte von Beginn an das Ziel, die Fehler des Polizeidienstgesetzes nicht zu wiederholen«. Das Polizeidienstgesetz und die Umstände seiner Durchsetzung waren damals ebenfalls als ein Angriff auf die Demokratie bezeichnet worden, es konnte jedoch durch massive Proteste verhindert werden (Kapur 2011: 17–20; Packard 1966: 101–105). Der Vergleich ist damit mehr als die bloße Referenz auf ein empirisches Beispiel. Er verdeutlicht die Bereitschaft der Regierung, den Sicherheitsvertrag selbst gegen den massiven Widerstand der Bevölkerung zu verwirklichen.

Auffallend für die Motivationsframes der untersuchten Beiträge der Anpo-Proteste sind die elaborierten Formulierungen, wonach jeder bei den Protesten mitmachen kann. Dies stellte eine Neuerung gegenüber bisherigen Protesten in Japan dar, bei denen Demonstranten fest in Parteien oder Gewerkschaften organisiert waren. Die auch auf den Fotos sichtbare Zugehörigkeit zu Organisationen war zunächst eine Hemmschwelle für außenstehende potenzielle Teilnehmer, die erst durch die lose organisierte *Koe naki koe no kai* beseitigt wurde (Oguma 2008: 9; Saruya 2012: 253). Auf diesem Wege gelang es den Akteuren mit wenigen resonierenden Narrativen, die latente Ablehnung gegenüber dem Sicherheitsvertrag, Kishi und der Regierung sowie dem Willen, die Demokratie zu schützen, in der Bevölkerung sichtbar zu machen und Teilnehmer zu mobilisieren.

4.2 Die Proteste gegen die Sicherheitsgesetze aus Sicht ausgewählter Zeitgenossen

Für die Proteste gegen die Sicherheitsgesetze betrachten wir ebenfalls als erstes die Verteilung der Häufigkeiten thematischer Codierungen, welche in Abbildung 4 dargestellt ist.

ABBILDUNG 4: *Protestkategorien 2015 Gesamt*

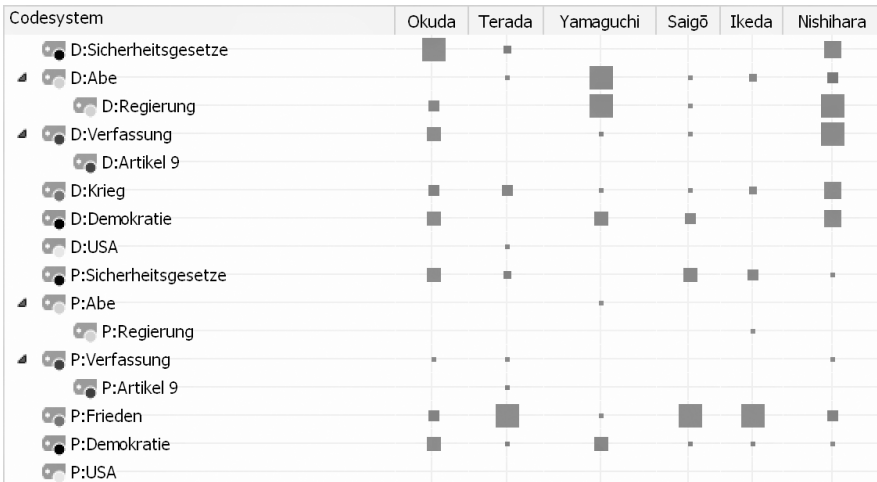
Codesystem	2015	2015
● D:Sicherheitsgesetze	■	12
▲ ● D:Abe	■	10
● D:Regierung	■	11
▲ ● D:Verfassung	■	10
● D:Artikel 9		
● D:Krieg	■	15
● D:Demokratie	■	13
● D:USA	■	2
● P:Sicherheitsgesetze	■	17
▲ ● P:Abe	■	1
● P:Regierung	■	1
▲ ● P:Verfassung	■	3
● P:Artikel 9	■	1
● P:Frieden	■	31
● P:Demokratie	■	11
● P:USA		

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Häufigkeiten der Codierungen diagnostischer und prognostischer Kategorien zeigen ein differenziertes Bild über die wahrgenommenen Probleme der Proteste gegen die Sicherheitsgesetze und deren Zielvorstellungen. Mit Ausnahme von Artikel 9 und den USA verteilen sich die Codierungen relativ gleichmäßig auf die diagnostischen Kategorien.

Demgegenüber sind die Häufigkeiten bei den prognostischen Kategorien sehr unterschiedlich verteilt. Die mit Abstand meisten Codierungen entfallen auf die Kategorie Frieden. Daneben sind auch die Sicherheitsgesetze und die Demokratie häufig erwähnt. Alle weiteren prognostischen Kategorien sind jedoch kaum bis gar nicht im Material gefunden worden. In Abbildung 5 wird die Verteilung der Protestkategorien von 2015 einzeln wiedergegeben.

ABBILDUNG 5: *Protestkategorien 2015 Einzeln*



Quelle: Eigene Darstellung.

Auffällig ist die Konzentration der Friedenskategorie bei den Beiträgen von weiblicher Seite. Dies ist vor dem Hintergrund der Mitgliedschaft von Saigō und Ikeda bei der *Mama no kai*, die ihren Protest in ihrer Rolle als schützende Mütter konstituierten, wenig überraschend. Sinnbildlich dafür steht der Slogan: »Lasst es nicht zu, irgendjemandes Kinder zu töten« (Ikeda 2015; Saigō 2015). Gleichermäßen zielte aber auch Terada, die SEALDs Kansai angehörte, auf den Erhalt von Frieden, ohne die Mutterrolle zu thematisieren: »Ich glaube daran, wenn wir die Unterstützung der Bevölkerung besitzen, dass wir die Kriegsge-

setze stoppen können« (Terada 2015). Der hierbei verwendete Begriff »Kriegsgesetze« als Bezeichnung für die Sicherheitsgesetze steht symbolisch für die antizipierten Folgen der Sicherheitsgesetze bei den Protestierenden. Er ist auch auf einer Vielzahl von Protestplakaten sichtbar (Huffington Post 15.09.2015: Bild 49, 248).

Ähnlich wie Terada äußerte sich auch Okuda (2015): »Die Leben und Tod betreffenden Gesetzesentwürfe öffnen einen Weg, den Japan in den letzten 70 Jahren nicht gegangen ist«. Nach Ansicht der Protestierenden rechtfertigen die Gesetzesentwürfe eine Aufstockung der Selbstverteidigungsstreitkräfte und das kollektive Selbstverteidigungsrecht, womit eine Kriegsbeteiligung Japans immer wahrscheinlicher werde. Ein konkretes Szenario hierfür benennt Terada (2015), wobei sie in ihrer Rede erst ihren Standpunkt über die Rolle der USA im Irakkrieg verdeutlicht und dann aufzeigt, welche Folgen die Sicherheitsgesetze für Japan hätten: »Das wahllose Morden der USA im Irak ist ein Kriegsverbrechen. Für mich ist es ein unerträglicher Gedanke, dass durch die Annahme der Gesetzesentwürfe [im Parlament] Japan sich aktiv an diesen Morden beteiligen wird«. Durch ein kollektives Sicherheitsbündnis mit den USA steige der Druck für Japan, sich an deren Kriegen zu beteiligen.

Das Thema Demokratie wird dagegen vor allem von der männlichen Seite eingebracht. Okuda (2015) kritisierte die mangelhafte Transparenz der Regierung über den Inhalt der Sicherheitsgesetze, die in einer 26 Seiten umfassenden LDP-Schrift wichtiger, politischer Maßnahmen lediglich ein paar Zeilen einnimmt, während das Wirtschaftsthema »Abenomics« acht Seiten umfasst. Aber auch Saigō (2015) griff die Diskrepanz in der Kommunikation zwischen Regierung und Bevölkerung auf und beschrieb: »In der Gesellschaft, in der wir derzeit leben, herrscht eine Atmosphäre, in der abgesehen von Experten niemand seine Meinung sagen darf«, um darauffolgend die Abe-Regierung als möglichen Verantwortlichen für diesen Zustand der Demokratie zu benennen. Daran anknüpfend stellte sie fest, dass das Wesen dieser Proteste nicht nur in der Verhinderung der Sicherheitsgesetze liege, sondern auch, wie man selbst in der Gesellschaft leben möchte und Freiräume für Gespräche schaffen könne (Saigō 2015). Ein zu diesem Kontext passendes Protestplakat trägt den Schriftzug Japan Democracy – Abe o taose (Bringt Abe zu Fall). Dazwischen ist ein Bild von Abe mit Zweifingerbart zu sehen (Huffington Post 15.09.2015: Bild 279). Auch dieses Plakat gibt Abe offenbar die Schuld am Zustand der japanischen Demokratie und fordert daher seine Absetzung.

Daneben erwähnt Yamaguchi (2015) ein weiteres die Demokratie betreffendes, aber von den Sicherheitsgesetzen unabhängiges Beispiel:

Darüber hinaus, legt man die Sicherheitsgesetze beiseite, versucht die Regierung gerade, die Hochschulen anzugreifen. Wir Human- und Sozialwissenschaftler sind ein Dorn im Auge; man solle doch die human- und sozialwissenschaftlichen Universitäten abschaffen – so sagte es das MEXT.

Weiterhin führt er aus, inwiefern diese Repressionen gegenüber den Hochschulen problematisch sind: »Schon früher hassten Diktatoren Wissen und Denken. Diktatoren wissen, dass der Hauptpunkt die Kontrolle über Medien und Hochschulen ist« (Yamaguchi 2015). Yamaguchi ordnet den Angriff auf die Hochschulen in die Praxis diktatorischer und damit höchst antidemokratischer Regime ein.

Im Anschluss daran zieht er eine Verbindung von den Repressionen gegen die Hochschulen zum Krieg (Yamaguchi 2015):

In diesem Jahr liegt der ›Vorfall über die Theorie, wonach der Tennō ein Organ des Staates ist‹, 80 Jahre zurück und das Kriegsende 70 Jahre. Es dauerte also nur zehn Jahre von der Unterdrückung der Wissenschaft bis zur Kriegsniederlage. Ich möchte, dass dies jeder weiß.³

Mit diesem empirischen Beispiel weist Yamaguchi darauf hin, dass Japan zu jener Zeit am Beginn einer Entwicklung stehe, die es in früheren Jahren zu einem diktatorischen Regime und in einen verlustreichen Krieg geführt habe. Es sei eine Warnung an alle Japaner, jetzt die Initiative zu ergreifen, um eine Wiederholung der Militärherrschaft der 1930er und 1940er Jahre zu verhindern.

Dieser Bezug zur Entwicklung einer Diktatur taucht ebenso auch in der Thematik der Verfassung auf. Die Sicherheitsgesetze werden, allen voran vom Verfassungsrechtler Nishihara, als Verletzung der Verfassung angesehen: »Dennoch sind die diesmal im Parlament vorgeschlagenen Sicherheitsgesetzesentwürfe eindeutig eine Verletzung der Verfassung. Ihre Existenz kann nicht zugelassen werden« (Nishihara 2015). Daraufhin warnt er (Nishihara 2015):

Schafft man ein System, in dem das Kabinett ab und an, wie es ihm gefällt, sowohl die Verfassung als auch die Gesetze nach Belieben uminterpretiert und eigenmächtig entscheidet, dann ist das eine Diktatur und bedeutet, dass wir eine Welt ohne Demokratie, Konstitutionalismus und Rechtsstaatlichkeit schaffen.

³ Die besagte Theorie stammt vom Rechtsgelehrten Tatsukichi Minobe und klassifiziert den Tennō als ein »Organ« der Regierung. Hierfür erntete er Kritik von Politikern und Nationalisten, die seine Schrift als Beleidigung des kokutai, des japanischen Nationalwesens, betrachteten. In der Folge verlor Minobe seine Anstellung bei der Kaiserlichen Universität Tōkyō sowie seinen Sitz im Parlament (Dower 2000: 361).

Hiermit ordnet er die Verletzung der Verfassung sowie die Verletzung der Demokratie durch die Regierung als eine Praxis diktatorischer Regime ein. Diese Kritik, die sich mehr noch als gegen Abe gegen die Regierung richtet, ist auf den Plakaten in umgekehrter Weise zu beobachten. Sie richten sich vor allem gegen Abe und stellen ihn als Kriegstreiber dar oder karikieren ihn als Hitler. Auch fordern die Plakate im Gegensatz zu den Beiträgen viel mehr die Absetzung von Abe und der Regierung (Huffington Post 15.09.2015: Bild 128, 138).

Insgesamt stimmen bis hierhin betrachtet die Inhalte der Beiträge weitgehend mit den Protestplakaten überein. Ein deutliches Missverhältnis besteht jedoch beim Thema Artikel 9. Die vermutlich auf den Demonstrationen am häufigsten gebrauchten Plakate vermittelten die Botschaft »Lasst den Krieg nicht zu« (sensō sasenai) auf rotem Grund und »Ihr dürft Artikel 9 nicht zerstören« (9jō kowasuna!) auf blauem Grund (Huffington Post 15.09.2015: Bild 49). In den Beiträgen wurde Artikel 9 jedoch nur ein einziges Mal indirekt erwähnt. Darin benutzte Terada den Begriff der Friedensverfassung und äußerte in diesem Zusammenhang den Wunsch, Leitbilder japanischer Sicherheitskonzepte auf Basis dieser Verfassung fortzuführen (Terada 2015). Der Begriff der Friedensverfassung ist eine explizite Referenz auf Artikel 9 der Verfassung, der als Garant des Friedens gilt. In diesem Kontext ist es überraschend, dass trotz der Betonung auf die Friedensthematik Artikel 9 in den Beiträgen nahezu gänzlich unerwähnt blieb.

Von den inhaltlichen Frames wenden wir uns nun den Motivationsframes zu. Der bis hierhin festgestellte Fokus auf die Thematik von Krieg und Frieden gilt nicht nur für die inhaltlichen Kategorien, sondern auch für die Resonanz erzeugenden Narrative. Dabei ist der Pazifikkrieg der meistgenannte Referenzpunkt. Terada verwies etwa auf die Opfer der Atombombe (Terada 2015): »So wie man das verlorene, unersetzliche Leben der Opfer der Atombombe vor 70 Jahren und der Hungertoten in fernen Ländern nicht wiederherstellen kann, so kann ich nicht die Verantwortung für die Leben tragen, die durch diese Gesetzesentwürfe verloren gehen.« Die Atombombe ist ein in Japan stark besetztes Bild als Kriegsoffer, was als empirisches Beispiel vor allem die ältere Generation ansprechen dürfte. Auch Okuda nahm Bezug auf den Pazifikkrieg vor 70 Jahren, indem er von einem Treffen mit einem 90-Jährigen erzählte, der als 20-Jähriger das Kriegsende als Soldat einer Selbstmordeinheit erlebte und nun SEALDs unterstützte. Okuda nutzte dieses Beispiel, um auf die generationsübergreifende Anhängerschaft von SEALDs zu verweisen. Zugleich verschaffte die Kriegserfahrung dieses Mitglieds der jungen Gruppe eine gewisse Integrität in ihrer Kritik des Krieges und war eine subtile Erinnerung daran, dass die zum jenen Zeitpunkt 20-Jährigen im Kriegsfall als Soldaten dienen müssten. Ikeda (2015) von der Mama no kai griff den Pazifikkrieg dagegen aus Sicht der Frauen

und Mütter auf: »Vor dem Krieg konnten Frauen und Mütter nicht ihre Stimme gegen den Krieg erheben. Frauen hatten kein Wahlrecht; auf Basis der Staatslosigkeit ›Gebärt und mehret euch‹ schickten wir unsere Kinder bereitwillig zu den Kriegsschauplätzen«. In diesen Zeilen steht der indirekte Aufruf an die Frauen und Mütter, jetzt, wo sie mitentscheiden dürfen, ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben und ihre Kinder zu beschützen. Dies gilt umso mehr, da die »Maßnahmen der aktuellen Abe-Regierung gegen die sinkende Geburtenrate den Maßnahmen der Vorkriegszeit überaus nah kommen« (Ikeda 2015).

Allerdings wurden auch aktuellere Ereignisse thematisiert. Wie weiter oben erwähnt, sprach Terada über die Rolle der USA im Irakkrieg und führte folgendes Beispiel an: »Unter dem Befehl, jede atmende Person während des Generalangriffs auf Falludscha zu töten, wurden Frauen, Kinder, Tiere, zu Hilfe eilende Sanitäter und sogar weiße Fahnen schwenkende Jungen getötet« (Terada 2015). Die Brutalität des Krieges bleibt damit nicht in einer entfernt liegenden Vergangenheit verhaftet, sondern wird in den zeitgenössischen Kontext befördert. In Aussicht der stärkeren militärischen Zusammenarbeit mit den USA sei es somit nur noch ein kurzer Schritt, bis Japan selbst solche Kriegsgreuel verübe.

Ein weiteres Narrativ, welches das Problem der Mobilisierung direkt thematisiert, wurde von Yamaguchi benannt. In Referenz zu dem wenige Monate zuvor in Japan erschienenen Film »Selma« erzählte er vom Aufstieg der Bürgerrechtsbewegung in den USA und wie diese mit anfangs wenigen Anhängern später große Massen mobilisieren konnte. Damit stellte er einen Bogen zur eigenen Situation her, um den Teilnehmern Mut zuzusprechen, dass auch ihre Proteste große Massen mobilisieren und schließlich erfolgreich sein würden.

Die Personengruppen, die mit diesen Referenzen angesprochen wurden, unterschieden sich in zwei Beiträgen signifikant von den restlichen. Die Mama no kai-Mitglieder Saigō und Ikeda sprachen vordergründig die Gruppe der Mütter an: »Lasst es nicht zu, irgendjemandes Kinder zu töten. Dies ist der die Mütter einende, einzige Übereinstimmungspunkt – ein Gedanke, von dem wir auf keinen Fall abweichen können« (Saigō 2015). Diese Gruppe anzusprechen, war strategisch sinnvoll. In der nach wie vor patriarchalisch geprägten japanischen Gesellschaft, in der der Vater arbeitet und die Mutter sich um den Haushalt kümmert, verfügen Mütter über die notwendigen Ressourcen, sich für Proteste zu engagieren und an diesen teilzunehmen. Bei nur schwacher sprachlicher Restriktion wurde die Gruppe mit sprachlichen Codes hochemotionalisierter Resonanz – dem Schutz der Kinder – angesprochen und mobilisiert.

SEALDs sprach dagegen trotz ihres Namens nicht nur Studenten oder junge Leuten an: »Die derzeitigen Proteste überschreiten Generationen« (Okuda 2015). Ihre

Wortwahl ist allgemeiner mit einem »Wir« umfasst. Die Resonanz erzeugende gemeinsame Leitlinie definierte sich allein über ihre ideologischen Wertvorstellungen. So wurden sie von Terada (2015) zu Beginn ihrer Rede folgendermaßen benannt:

Ministerpräsident Abe, können Sie unsere Stimmen hören? Können Sie die Stimmen des souveränen Volkes dieses Landes hören? Können Sie die Stimmen der Menschen, die nach Freiheit und Demokratie streben, hören? Können Sie die Stimmen der Menschen, die das Recht ablehnen, das Leben anderer Menschen zu rauben, hören?

In ähnlicher Weise sagte auch Nishihara (2015): »Die Friede, Freiheit und Demokratie liebenden Menschen müssen sich zusammenschließen und den Machtmissbrauch [der Regierung] stoppen«.

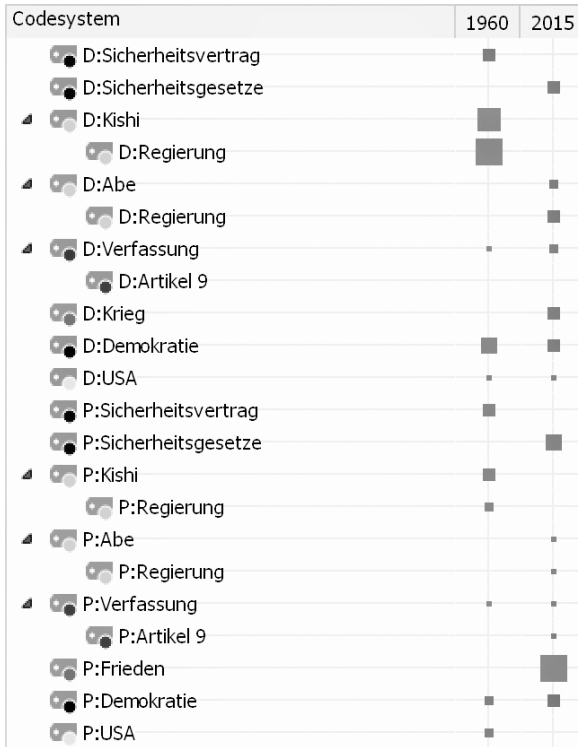
Als lose organisierte Gruppen gebrauchten SEALDs und die Mama no kai weitgehend elaborierte Formulierungen, um potenzielle Teilnehmer anzusprechen. In der Folge mussten sie stark resonierende Beispiele nutzen, damit die angesprochenen auch tatsächlich an Protesten teilnehmen. Diese Ergebnisse werden nachfolgend im direkten Vergleich beider Protestepisoden noch einmal zusammengefasst.

4.3 Vergleich der Proteste 1960 und 2015

Der Anpo-Kampf und die Proteste gegen die Sicherheitsgesetze zählen ohne Zweifel zu den größten Protesten der japanischen Nachkriegszeit. Aufgrund der ähnlichen Bezeichnung im Japanischen und unter Aufführung einiger Gemeinsamkeiten bezeichnete Yamaguchi in einem Interview die Proteste von 2015 als »Anpo-Kampf 2.0« (dai ni no anpo tōsō) (Hirayama 20.07.2015). Die Präsentation der Analyse zeigte jedoch, dass zwischen dem Anpo-Kampf und den Protesten gegen die Sicherheitsgesetze einige Differenzen bestehen, welche vor allem in der direkten Gegenüberstellung der Häufigkeiten der Codierungen beider Protestepisoden ersichtlich werden (vgl. Abbildung 6).

Die Beiträge des Anpo-Kampfes und der Proteste gegen die Sicherheitsgesetze thematisierten in ähnlich starker Weise den Sicherheitsvertrag bzw. die Sicherheitsgesetze als deren Grundproblem. Auf dieser Basis ergaben sich jedoch zwei völlig verschiedene Ansatzpunkte in der weiteren inhaltlichen Ausrichtung der Proteste. Die Beiträge des Anpo-Kampfes wendeten sich am stärksten gegen Kishi und die Regierung. Diese Aversion fundierte auf dem Synergieeffekt der Ablehnung des Sicherheitsvertrages, die vor allem von der Kokumin kaigi angeführt wurde, und des

ABBILDUNG 6: *Protestkategorien 1960 und 2015*



Quelle: Eigene Darstellung.

von liberalen Kräften geforderten Schutzes der Demokratie. Beide Lager betrachteten Kishi und die Regierung als Verursacher dieser Probleme. Trotz unterschiedlicher Prioritäten für die Teilnahme an den Protesten, versammelten sie sich gemeinsam vor dem Parlament, um ihren Protest gegen Kishi und die Regierung auszudrücken. Auf Grundlage ihrer Prioritäten bewerteten sie jedoch die Ergebnisse des Anpo-Kampfes verschieden. Während die linkspolitischen Kräfte die Ratifizierung der Revision des Sicherheitsvertrages als Niederlage empfanden, zeigten sich die moderaten Kräfte, vorwiegend Intellektuelle wie Masao Maruyama, mit den Ergebnissen zufrieden. Die Demokratie war verteidigt worden und Kishi zurückgetreten (Packard 1966: 309, 327–329).

Die Beiträge der Proteste gegen die Sicherheitsgesetze konzentrierten sich hingegen auf eine antizipierte Folge der Sicherheitsgesetze. Sie fürchteten den möglichen

Einsatz japanischer Selbstverteidigungsstreitkräfte in Kriegsgebiete und die Verwicklung Japans in die von den USA geführten Kriege und forderten aus diesen Gründen den Erhalt des Friedens. Wie auch beim Anpo-Kampf zeigten die Beiträge jedoch keine homogene Masse. Einige Beiträge betonten die Sicherheitsgesetze stärker, andere die Schuld Kishis und der Regierung und noch andere die Verfassung oder die Demokratie.

Daneben unterschieden sich auch die Strategien zur Mobilisierung von Teilnehmern bei den Protestepisoden. Die organisierten Gruppen der Anpo-Proteste konnten relativ einfach ihre Mitglieder mobilisieren. Moderate Teilnehmer ließen sich dagegen vom Aufruf der *Koe naki koe no kai*, ohne direkte Mitgliedschaft in einer politischen Gruppierung demonstrieren und damit ihre Meinung ausdrücken zu können, zur Teilnahme motivieren. Diese Strategien funktionierten jedoch 2015 bei den Protesten gegen die Sicherheitsgesetze nicht mehr. Weder verfügten die Organisationen wie SEALDs und die *Mama no kai* über große feste Mitgliederzahlen, noch konnten sie allein über elaborierte Frames potenzielle Teilnehmer mobilisieren. Ihnen gelang es dagegen über teilweise restringierte Gruppenbezeichnungen bei dennoch weitgehend elaborierten Formulierungen mit stark resonierenden Beispielen, Menschen jeder Altersklasse für die Proteste zu gewinnen. Insbesondere SEALDs gelang es, über ihren Namen und den organisierenden Akteuren das Narrativ der politik- und protestverdrossenen Jugend zu sprengen, ohne jedoch ältere Menschen auszuschließen. Dies belegt eine Anekdote von Eiji Oguma, der selbst an den Protesten teilnahm. Er berichtet darin von einem Reporter, der sich enttäuscht darüber zeigte, auf einer SEALDs-Demo kaum Studenten vorgefunden zu haben (Oguma 2016a: 28). Aufgrund der Tatsache, dass nicht nur Studenten, sondern Menschen aller Altersklassen zu den Demonstrationen kamen, schrieb Oguma (2016b: 10) über SEALDs: »We should probably call this not a ›student movement‹ but a movement sponsored by a group with ›student‹ in its name«.

4.4 Diskussion der Ergebnisse

Mithilfe des in dieser Arbeit verwendeten Framing-Ansatzes konnten in Kombination mit der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse inhaltliche Schwerpunkte und Strategien zur Mobilisierung für die untersuchten Protestepisoden herausgearbeitet werden. Unter Rückbezug auf die einleitend erwähnte Friedensverfassung ist als ein wesentliches Ergebnis festzuhalten, dass sich die Anpo-Proteste während ihrer Hochphase im Mai und Juni 1960 weniger für die Verfassung einsetzten, sondern vielmehr für die Demokratie. Die zum Teil in der Fachli-

teratur auftauchende Charakterisierung der Anpo-Proteste als Bewegung zum Schutz der Friedensverfassung kann auf dieser Basis nicht bestätigt werden (Jesty 2012; Oguma 2008: 5). Demgegenüber können die Proteste gegen die Sicherheitsgesetze in das Narrativ des Schutzes der Friedensverfassung eingeordnet werden. Dieses Ergebnis konnte jedoch erst durch die Einbeziehung der Protestplakate begründet werden.

Damit offenbart sich zugleich eine Schwäche der mikroperspektivischen theoretischen und methodischen Vorgehensweise. Aufgrund des Aufwandes der detaillierten Untersuchung des Materials werden beim Framing-Ansatz und der qualitativen Inhaltsanalyse in der Regel vergleichsweise wenige Quellen untersucht. Allgemeingültige Aussagen können auf dieser Grundlage nicht getroffen werden. Die zwölf untersuchten Beiträge bildeten darüber hinaus nur einen Zeitabschnitt in den beiden Protestepisoden ab. Schon vorher wurden Probleme benannt und Zielvorstellungen formuliert, die in diesem Zeitabschnitt möglicherweise in einem anderen Verhältnis oder gar nicht mehr auftauchten. Daher könnte die Thematisierung von Krieg und Frieden sowie der Friedensverfassung bereits in der Frühphase des Anpo-Kampfes einen stärkeren Fokus gehabt haben, als noch die Kokumin kaigi die Narrative bestimmte. Die generelle Einordnung der Anpo-Proteste in den Kontext von Bewegungen zum Schutz der Friedensverfassung kann daher nicht ausgeschlossen werden. Für die Einordnung spricht, dass Hayato Ikeda als nachfolgender Premierminister im Bewusstsein der öffentlichen Meinung eine Verfassungsrevision ausschloss (Kapur 2011: 94–97). Letztendlich versprach jedoch die Analyse der Beiträge vorwiegend moderater Demonstranten vor dem Hintergrund erstmaliger nicht-institutionell organisierter Proteste in Japan aufschlussreichere Erkenntnisse zu liefern.

Die ausgewählten Beiträge zu den Protesten gegen die Sicherheitsgesetze bilden dagegen einen längeren Zeitraum von knapp drei Monaten ab. Zudem trat kein vergleichbares Ereignis wie die Abstimmungen vom 19./20. Mai im Anpo-Kampf auf, das einen nachhaltigen Wandel der Narrative der Proteste von 2015 begründet hätte. Die Ergebnisse dürften daher näher am vollständigen Narrativ einer Vollerhebung der Proteste liegen als die Ergebnisse zu den Anpo-Protesten.

Um dennoch der erwähnten Schwäche des Ansatzes zu begegnen und die Repräsentativität der Ergebnisse zu erhöhen, wurden für die Untersuchung zusätzlich Protestplakate einbezogen. Sie bildeten die Meinungen von Demonstranten ab, die nicht über Reden oder Zeitschriftenbeiträge zu Wort kamen. Auf diese Weise konnten die Ergebnisse bestätigt oder ergänzt werden, sodass sie eine größere Repräsentativität besitzen.

5 Fazit

Artikel 9 der japanischen Verfassung hinderte über Jahrzehnte japanische Politiker daran, Japan eine »normale Armee« zu geben. Dennoch gelang es ihnen durch die Ausreizung der Handlungsspielräume innerhalb der zu ihrer Zeit aktuellen Auslegung des Artikels, ihre Interessen zum Teil durchsetzen, ohne Artikel 9 ändern oder abschaffen zu müssen. Teile der japanischen Bevölkerung demonstrierten während des Anpo-Kampfes und der Proteste gegen die Sicherheitsgesetze gegen in diesem Kontext stehende Gesetze und Verträge. Die Analyse offenbarte unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte und Mobilisierungsstrategien der beiden Protestepisoden. Der Anpo-Kampf fokussierte sich thematisch auf den Sicherheitsvertrag, die Demokratie sowie Kishi und die Regierung. Im Ergebnis konnte die Hochphase des Anpo-Kampfes nicht als eine Bewegung zum Schutz der Friedensverfassung nachgewiesen werden, wohl aber als eine Bewegung zum Schutz der Demokratie. Zugleich trat während der Proteste durch den Gebrauch elaborierter Frames eine neue Gruppe von Demonstranten hervor, die sich nicht den bisherigen Organisationen anschließen wollten und stattdessen eigene gründeten.

Die Akteure der Proteste gegen die Sicherheitsgesetze mussten dagegen aufgrund ihrer losen Organisation auf stark resonierende Frames zurückgreifen, um Teilnehmer zu mobilisieren. Sie forderten vor allem den Erhalt des Friedens und in diesem Zusammenhang auch den Erhalt von Artikel 9. Sie können daher zur Bewegung zum Schutz der Friedensverfassung eingeordnet werden. Im Kontext der aktuellen Pläne zur Verfassungsrevision wecken sie die Hoffnung, dass zumindest Artikel 9 unverändert bestehen bleibt.

Literatur

- AS (*Asahi Shinbun*) (28.05.1960), »Seikyoku Tenkan o kangaenu« [Ohne Überlegung zum Wandel der politischen Situation], S. 1.
- AS (*Asahi Shinbun*) (02.09.2016), »Eiga kantoku no Matsuyama Zenzō san shikyo ›Na naku mazushiku utsukushiku« [Tod des Filmregisseurs Matsuyama Zenzō »Arm und schön ohne Namen«], <http://www.asahi.com/articles/ASJ926292J92ULZU009.html> (30.04.2017).
- Benford, Robert D. und David A. Snow (2000), »Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment«, in: *Annual Review of Sociology*, 26: 611–639.
- Bonacker, Thorsten und Lars Schmitt (2004), »Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten: Perspektiven soziologischer Protestforschung am Beispiel

- der neuen Friedensbewegung«, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 32 (»Peace Movements in Western Europe, Japan and USA since 1945«): 193–214.
- Della Porta, Donatella (2014), *Mobilizing for Democracy: Comparing 1989 and 2011*, Oxford: Oxford University Press.
- Della Porta, Donatella und Mario Diani (2006), *Social Movements: An Introduction*, Malden: Blackwell Publishing.
- Dower, John W. (2000), *Embracing Defeat: Japan in the Wake of World War II*, New York: Norton.
- Hidaka, Rokurō (2015), *1960-nen 5-gatsu 19-nichi* [19. Mai 1960], Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Hirayama, Shigeki (20.07.2015), »60nen Anpo Tōsō futatabi kasanariau 1960-nen to 2015-nen« [Wiederholung des 1960er Anpo-Kampfes, Überschneidungen von 1960 und 2015], in: *Independent Web Journal*, <http://iwj.co.jp/wj/open/archives/253676> (30.04.2017).
- Huffington Post* (15.09.2015), »Anpo Kanren Hōan: Kokkai no Uchi to Soto« [Die Sicherheitsgesetze: Innerhalb und außerhalb des Parlamentes]«, http://www.huffingtonpost.jp/2015/09/15/sealds-okuda-aki-speech_n_8138032.html (09.08.2017).
- Ikeda, Ryōko (13.09.2015), »Dare no Kodomo mo korosasenai! Sensō no Riyū o tsukuru no yameyō!« [Lasst es nicht zu, irgendjemandes Kinder zu töten! Lasst uns aufhören, Kriegsgründe zu schaffen!], in: *Independent Web Journal*, <http://iwj.co.jp/wj/open/archives/264198> (30.04.2017).
- Independent Web Journal* (16.05.2014), »Sensō hantai 9jō mamore: 2000nin no Shimin ga Abe Sōri Kaikanchū ni Kanteimae de Kōgi« [»Gegen den Krieg« »Beschützt Artikel 9«: 2000 Bürger demonstrieren vor der Residenz des Premierministers, während dieser ein Interview hält], <http://iwj.co.jp/wj/open/archives/139983> (30.04.2017).
- Jesty, Justin (2012), »Tokyo 1960: Days of Rage & Grief – Hamaya Hiroshi's Photos of the Anti-Security-Treaty Protests«, https://ocw.mit.edu/ans7870/21f/21f.027/tokyo_1960/anp2_gallery.html (09.08.2017).
- JP (Japan Times)* (29.03.2016), »SEALDs-led Protests Return to Diet as Security Legislation Takes Effect«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2016/03/29/national/politics-diplomacy/sealds-led-protests-return-diet-security-legislation-takes-effect/> (30.04.2017).
- JP (Japan Times)* (05.06.2016), »SEALDs, Others Rally in Tokyo against Security Laws«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2016/06/05/national/politics-diplomacy/sealds-members-citizens-demand-security-laws-scrapped-central-tokyo-rally/> (30.04.2017).
- Kapur, Nikhil Paul (2011), *The 1960 US-Japan Security Treaty Crisis and the Origins of Contemporary Japan*, PhD Thesis, Harvard University.
- Kersten, Rikki (1996), *Democracy in Postwar Japan: Maruyama Masao and the Search for Autonomy*, London: Routledge.
- Kuckartz, Udo (2014), *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung*, Weinheim: Beltz Juventa.

- Maruyama, Masao (1996), *Maruyama Masao Shū* [Maruyama Masao Gesammelte Werke], Bd. 8, Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Matsuoka, Yōko (1960), »Gijidō o kakonda Hito no Nami« [Die Welle von Menschen, die das Parlament umzingeln], in: *Sekai*, 175: 44–45.
- Matsuyama, Zenzō (1960), »Kuni o uru Yatsu« [Die Vaterlandsverräter], in: *Sekai*, 175: 43–44.
- Morosawa, Yōko (1960), »Daredemo Jiyū ni Sanka dekita Demo« [Die Demo, an der jeder teilnehmen konnte], in: *Shisō no Kagaku*, 19: 106–107.
- Nishihara, Hiroshi (2015), [Rede von Nishihara Hiroshi auf der Veranstaltung »Anpo Hōsei ni Hantai suru Kenpōgakusha Rirētōku«], <http://synodos.jp/politics/14555> (14.11.2016).
- Oguma, Eiji (2008), *Der Auftritt des Bürgers in Japan, Zivilgesellschaft und lokale Demokratie*, Arbeitspapiere des Institutes für Politikwissenschaft und Japanologie, Nr. 6, Halle: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Oguma, Eiji (2016a), »A New Wave against the Rock: New Social Movements in Japan since the Fukushima Nuclear Meltdown«, in: *The Asia Pacific Journal: Japan Focus*, 14 (13/2), <http://apjif.org/-Oguma-Eiji/4910/article.pdf> (04.07.2016).
- Oguma, Eiji (2016b), »Instability, the Crisis of Politics, and Social Movements: The Contemporary World and Japan«, in: *The Asia Pacific Journal: Japan Focus*, 14 (22/4), <http://apjif.org/-Oguma-Eiji/4978/article.pdf> (01.12.2016).
- Okuda, Aki (15.09.2015), »Kyō ha, Kokkai mae no kyodai na Gunzō no naka no Hitori toshite, koko ni kite imasu« [Heute bin ich als einer der großen Gruppe von Menschen vor dem Parlament hierher gekommen], in: *Independent Web Journal*, <http://iwj.co.jp/wj/open/archives/264668> (30.04.2017).
- Packard, George R. (1966), *Protest in Tokyo: The Security Treaty Crisis of 1960*, Princeton: Princeton University Press.
- Röhl, Wilhelm (1963), *Die japanische Verfassung*, Frankfurt: Metzner.
- Saigō, Minako (2015), [Rede von Minako Saigō auf der Pressekonferenz der Anpo Kanren Hō ni Hantai suru Mama no kai], <https://www.facebook.com/mothers.no.war/photos/a.924972494234092.1073741829.922622671135741/927114664019875/> (30.04.2017).
- Saruya, Hiroe (2012), *Protests and Democracy in Japan: The Development of Movement Fields and the 1960 Anpo Protests*, PhD Thesis, University of Michigan.
- Sasaki, Fumiko (2012), *Nationalism, Political Realism and Democracy in Japan: The Thought of Masao Maruyama*, London: Routledge.
- Sekai* (1960), 176, Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Snow, David A. und Robert D. Benford (1992), »Master Frames and Cycles of Protest«, in: Aldon D. Morris und Carol M. Mueller (Hg.), *Frontiers in Social Movement Theory*, New Haven: Yale University Press, S. 133–155.

- Takahashi, Gen'ichirō und SEALDs (2015), *Minshushugi tte nan da?: Mada kono Kuni o akiramenai tame ni* [Was ist Demokratie?: Um dieses Land noch nicht aufzugeben], Tōkyō: Kawade Shobō Shinsha.
- Tanaka, Toshio (1960), »Shizuka na Seigan kara hageshii Kōgi he« [Von leisen Petitionen zu heftigen Protesten], in: *Sekai*, 175: 58–62.
- Terada, Tomoka (31.08.2015), »Kokubō ni suranaranai, Inuji ni suru Hōan o zettai ni tometai« [Selbst Landesverteidigung muss nicht sein; wir wollen das Gesetz verhindern, wodurch Menschen ihr Leben sinnlos opfern], in: *Independent Web Journal*, <http://iwj.co.jp/wj/open/archives/260891> (30.04.2017).
- Tsurumi, Kazuko (1960), »Seinen no Chi o aganau Mono« [Wiedergutmachung für das Blut der Jugend], in: *Shisō no Kagaku*, 19: 110–112.
- Yamaguchi, Jirō (27.06.2015), »Abe ga Jiyū o horobosu ka, Wareware ga Abe o taosu ka no Tatakai da« [Ein Kampf zwischen ›Wird Abe die Freiheit zerstören oder werden wir Abe zu Fall bringen?‹], in: *Independent Web Journal*, <http://iwj.co.jp/wj/open/archives/250698> (30.04.2017).

Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik 2016/2017: Japans Reaktion auf Donald Trump und Kim Jong-un

Wilhelm Vosse

Recent Developments and Trends in Japanese Foreign Policy 2016/2017: Japan's Reaction to Donald Trump and Kim Jong-un

In 2016 and 2017, Japan's security has continued to be challenged by the Chinese military buildup in the South China Sea and its continued intrusion into Japanese territory around the Senkaku Islands. However, two factors have significantly increased Japan's insecurity: the successful ICBM rocket launches by North Korea in June and July 2017, and the election of Donald Trump to the US presidency in November 2016. In both cases, Japan reacted proactively, engaging with the new American administration and using United Nation resolutions and sanctions in the case of North Korea. While Trump has withdrawn the US from the TPP, the E. U. and Japan were able to conclude a new economic and strategic partnership agreement in July 2017. This article analyzes these developments and examines Japan's bilateral relations with its most important partners, as well as its security, international trade and development policy.

1 Überblick

Kennzeichnend für den Zeitraum von Mitte 2016 bis Mitte 2017 ist die weitere Verschärfung der Sicherheitslage in Nordostasien insbesondere wegen der erfolgreichen nordkoreanischen Tests von Mittel- und Langstreckenraketen, Chinas weiterhin steigenden Militärausgaben und dessen Provokationen um die Senkaku Inseln und die Wahl Donald J. Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten im Novem-

ber 2017. Trump hatte im Wahlkampf die Fortsetzung der US-amerikanischen Sicherheitsgarantien für Japan in Frage gestellt und angedroht, die USA nach seiner Wahl aus dem TPP-Abkommen abzuziehen. Für Japan ist dieses eine ganz neue Situation, die die Abe-Regierung dazu zwingt, ihre Beziehungen zu den USA zu hinterfragen und gleichzeitig die Geschwindigkeit der Beziehungen zu anderen Partnerstaaten, insbesondere mit Australien und Indien, sowie einigen ASEAN-Mitgliedsstaaten wie den Philippinen und Vietnam durch sicherheits- und militärpolitische Komponenten zu erhöhen.

2 Bilaterale Beziehungen

2.1 USA

Die grundlegendste Erschütterung der US-japanischen Beziehungen im Jahr 2016 war zweifelsohne die Wahl Donald Trumps zum nächsten US-Präsidenten am 8. November 2016. Unter Präsident Obama hatten sich die Beziehungen weiter vertieft und stabilisiert, die Sicherheitsbeziehungen wurden in vielen Teilbereichen weiter ausgebaut und intensiviert, und das TPP-Handelsabkommen stand kurz vor seiner Einführung. Donald Trump wie auch seine demokratische Kontrahentin Hillary Clinton hatten bereits im Wahlkampf deutlich gemacht, dass sie dem TPP kritisch gegenüberstehen. Trump machte nach seiner Wahl aber schnell klar, dass die USA sich aus dem TPP zurückziehen werden. Darüber hinaus hatte sich Trump im Wahlkampf nicht nur negativ zur NATO geäußert, sondern auch die US-amerikanischen Sicherheitsgarantien für Japan in Frage gestellt. In der japanischen Regierung ließen diese Äußerungen die Alarmglocken klingeln.

Aber schon zu Obamas Amtszeit hatte die Abe-Regierung Zweifel an den öffentlichen Bekundungen der USA, Japan im Krisenfall beiseite zu stehen. Im August 2016 hatte Obama angedeutet, dass er die Politik des nuklearen Erstschlags der USA aussetzen wolle. Abe sah darin eine Schwächung der US-amerikanischen Abschreckungspolitik gerade gegenüber Ländern wie China und Nordkorea (*JT* 17.08.2016).

Bereits im August 2016 hatte Trump angemahnt, dass Japan nicht genug zur gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft beitrage und sogar angedroht, dass er die US-amerikanischen Truppen aus Japan abziehen werde, wenn Japan seinen finanziellen und militärischen Beitrag nicht erhöhe. Ein ranghoher SDF-Admiral machte daraufhin deutlich, dass viele in den USA die Bedeutung der US-Japanischen Sicher-

heitspartnerschaft und den bedeutenden japanischen Beitrag offensichtlich nicht ganz verstanden haben (AS 30.08.2016).

Am 21. September 2016 nutze Abe bei seinem Treffen mit dem US Vizepräsident Biden in New York die Chance, die japanischen Sorgen angesichts der Veränderungen in der globalen Ordnung noch einmal deutlich zu machen. Insbesondere ging es dabei um die Verschärfung von Sanktionen gegen Nordkorea, die Beziehungen zu China, und auch um die Hoffnung, das TPP möglichst bald in Kraft setzen zu können (MOFA 2016a).

Nachdem Donald Trump entgegen allen Erwartungen am 8. November 2016 die Wahl zum US-Präsidenten gewonnen hatte, wuchs in Japan die Sorge, dass er die im Wahlkampf geäußerten Veränderungen der Handels- und Sicherheitspolitik sehr schnell umsetzen könnte. Premierminister Abe reiste deshalb bereits zehn Tage nach der Wahl nach New York, um sich am 17. November 2016 als erster ausländischer Regierungschef mit dem gewählten Präsidenten Trump in seiner Wohnung im Trump Tower zu treffen (MOFA 2016b). Das Treffen wurde allgemein als sehr herzlich bezeichnet, und obwohl Abe keine Details zu den Gesprächen bekannt gab, äußerte er sich vorsichtig optimistisch, dass er ein Vertrauensverhältnis mit Trump herstellen konnte. Die japanische Regierung sowie viele Beobachter gingen davon aus, dass Trump und seinem Team der tatsächliche japanische Beitrag zu den Kosten für die in Japan stationierten US-Truppen von 1,9 Milliarden US-Dollar nicht voll bewusst seien (JT 19.11.2016).

Trotz des Treffens mit Abe verkündete Trump am 21. November 2016, dass der Rückzug aus dem TPP-Abkommen eine seiner ersten Amtshandlungen sein werde, neben den Neuverhandlungen des NAFTA einer der Kernpunkte seiner »Amerika zuerst« (*America first*)-Politik (JT 22.11.2016).

Vom 26. bis 28. Dezember 2016 hatte Abe dann noch einmal die Gelegenheit, sich beim ersten Besuchs eines amtierenden japanischen Premierministers in Pearl Harbor (Hawaii) mit Präsident Obama zu unterhalten. Der Schwerpunkt seines Besuchs war allerdings die Kranzniederlegungen im US Arizona Memorial. Bei seinem letzten offiziellen Gespräch mit Präsident Obama machte Abe noch einmal seine Dankbarkeit für die vielen Jahre der engen Zusammenarbeit und für Obamas Besuch in Hiroshima im Mai 2016 deutlich (MOFA 2016c). Obwohl es von konservativen und nationalistischen Kreisen in Japan im Vorfeld des Besuchs auch Kritik gegeben hatte, unterstützen nach Meinungsumfragen der Yomiuri Shinbun 85 % der Japaner Abes Besuch und Gedenken in Pearl Harbor. In seiner Rede betonte Abe die Versöhnung der beiden Länder und gab der Hoffnung Ausdruck, dass es nie mehr zu einem Krieg der beiden Länder kommen möge (YS 30.12.2016).

Bereits vor der Amtseinführung Trumps wuchs die Angst vor einer neuen US-Außenpolitik, die vor allem auf die nationalen Interessen der USA ausgerichtet sein würde und die liberale Weltordnung, die die USA nach 1945 auch im eigenen Interesse mit aufgebaut und gestärkt hatte, aufkündigen würde. In Japan und anderen Staaten Ostasiens wuchs darüber hinaus die Sorge, dass China versuchen würde, dieses Vakuum zu füllen und seine Machtposition auszubauen (Kohara 08.01.2017; Maxie und Newsham 06.02.2017).

Am 2. Februar 2017 traf der neue US-Verteidigungsminister Jim Mattis als erster Vertreter der neuen Trump-Administration in Tōkyō auf Premierminister Abe und die japanische Verteidigungsministerin Inada. Im Gegensatz zu Trump betonte Mattis bei dieser Gelegenheit jedoch, dass die Vereinigten Staaten weiterhin »zu 100 % Schulter an Schulter« an Japans Seite stünden (NYT 03.02.2017), was die japanische Regierung zunächst einmal wieder etwas zuversichtlicher in die Zukunft sehen ließ. Nur eine Woche später reiste Abe und sein Außenminister Kishida zu einem Gipfeltreffen von Regierungschefs nach Washington. Abe war damit der erste Regierungschef, der den neugewählten Präsidenten Trump traf. Bei den Gesprächen im Weißen Haus ging es um die Sicherheitslage im Asiatisch-Pazifischen Raum und insbesondere um die Lage in Nordkorea und im Südchinesischen Meer, die US-japanische Sicherheitspartnerschaft, sowie deren Wirtschaftsbeziehungen. Abe hatte zu dem Zeitpunkt noch die Hoffnung, Trump davon überzeugen zu können, das TPP nicht zu verlassen. Obwohl sich Trump im Wahlkampf wesentlich kritischer zur Sicherheitspartnerschaft geäußert hatte, machte er beim Treffen mit Abe deutlich, dass sie den Kern der japanisch-amerikanischen Beziehungen bilde und Trump an ihnen nicht rütteln wolle (MOFA 2017a, 2017b; YS 11.02.2017). Am 10. Februar 2017 flogen Abe und Trump dann gemeinsam mit der Airforce One nach Florida, um in Trumps Anwesen in Mar-a-Lago in Palm Beach gemeinsam zu dinieren und die Gespräche fortzusetzen (MOFA 2017c). Die gemeinsame Abschlusserklärung betonte die »unerschütterlichen US-japanischen Beziehungen« und Verpflichtung der USA, Japan weiterhin zu verteidigen. Somit war für Abe dieser Gipfel und die Aufmerksamkeit, die er in den USA und Japan erhielt, ein großer Erfolg (MOFA 2017d).

Vertreter der japanischen Wirtschaft sahen die Anbieterung Abes an einen unberechenbaren US-amerikanischen Präsidenten, dem Abe in kontroversen Verhandlungen allerdings unterlegen sein könnte, jedoch kritischer (JT 10.02.2017, 18.02.2017).

Bestärkt wurde Abes Vertrauen in die Fortsetzung der US-amerikanischen Sicherheitsgarantien dann beim Besuch des neuen US-Außenministers Rex Tillerson in Tōkyō am 16. März 2017. Für Tillerson war Japan der erste Stopp in Asien, bei

dem er betonte, dass die USA seine Militärpräsenz in Asien noch stärken wolle. Japan und die USA wollen demnach gemeinsam der wachsenden Bedrohung von Nordkorea begegnen und die Reaktion auf den Vormarsch Chinas im Südchinesischen Meer koordinieren (MOFA 2017e). Im April 2017 hielten die USA und Japan dann eine gemeinsame Militärübung zur Raketenverteidigung mit Schiffen, die mit dem Aegis-System ausgestattet sind, im Japanischen Meer ab, für Japan ein mögliches Zeichen für einen Neubeginn der US-Japanischen Beziehungen unter der Führung von Abe und Trump (*JT* 25.04.2017, 27.04.2017). Am 26. Mai 2017 trafen sich Abe und Trump dann ein weiteres Mal am Rande des G7-Gipfels im italienischen Taormina, wo es vor allem um Nordkorea und die wachsenden Spannungen im Südchinesischen Meer ging. Abe versuchte Trump darüber hinaus von den Vorteilen des internationalen Freihandels zu überzeugen, um ihn eventuell zu einer Rückkehr zum TPP zu bewegen (MOFA 2017f).

2.2 VR China

Die Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China haben sich auch 2016 und bis Mitte 2017 nicht wesentlich verbessert. Im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen weiterhin die Territorialstreitigkeiten um die Senkaku Inseln, Chinas Expansion im Südchinesischen Meer, sowie Chinas Unterstützung des Regimes in Nordkorea. Obwohl es bis Mitte 2017 weiterhin zu keinem Staatsbesuch der Regierungschefs gekommen ist, gab es einige Gelegenheiten zu meist kürzeren Gesprächen zwischen Abe und dem chinesischen Präsidenten Xi als auch der beiden Außenminister.

Am 17. Juli 2016 traf sich Abe mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Ke-qiang am Rande des ASEM-Gipfels im mongolischen Ulan-Bator, bei dem es neben dem Austausch von Absichtserklärungen zur engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu keinen konkreten Ergebnissen kam (MOFA 2016d). Beim Gespräch der beiden Außenminister Kishida und Wang Yi am 25. Juli 2016 kam es zu keiner Annäherung um die Streitthemen Senkaku und dem Vorstoß Chinas im Südchinesischen Meer, wie dem Bau von militärischen Landebahnen auf künstlichen Inseln und Atollen (MOFA 2016e).

Im August drangen dann über Wochen wiederholt Schiffe der chinesischen Küstenwache in das Territorium Japans um die Senkaku Inseln ein. Obwohl die japanische Regierung über Wochen wiederholt Protestnoten an die chinesische Regierung schickte und um Unterlassung bat, zeigte sich die chinesische Regierung wenig be-

eindrückt und setzte die Maßnahmen bis Ende August fort (MOFA 2016f, 2016g, 2016h, 2016i).

Bei einem Treffen am Rande des G20-Gipfels in China am 5. September 2016 betonten Premierminister Abe und Präsident Xi zwar zunächst die lange Zeit der friedlichen Koexistenz beider Länder und die Absicht, diese weiter zu vertiefen, Abe sprach bei dieser Gelegenheit jedoch auch das Eindringen chinesischer Schiffe in japanische Hoheitsgebiete um die Senkaku Inseln an. Xi ging aber nicht im Einzelnen auf diese Kritik ein, sondern betonte, dass China auch weiterhin an einer friedlichen Zusammenarbeit mit Japan interessiert sei und wiederholte auch bei Themen des Südchinesischen Meers die bekannten chinesischen Positionen (MOFA 2016j). Japan ist wirtschaftlich zu stark von China abhängig, um direkt Druck auf China ausüben zu können.

Am Rande des G20-Gipfels in Hamburg trafen sich Abe und Xi am 8. Juli 2017 zu einem kurzen Gespräch, in dem beide Seiten das Versprechen, die Beziehungen 45 Jahre nach der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zur Erhaltung von Frieden und Wohlstand weiter zu verbessern und die Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen, wiederholten. Abe und Xi betonten aber auch, dass Japan und China eine ausgesprochene Führungsposition in Ostasien haben und diese zum gemeinsamen Nutzen weiter stärken sollten. Einvernehmen bestand auch in der weiteren Vereinfachung der Reisemöglichkeiten ihrer Bürger, auch im Hinblick auf die Olympischen und Para-Olympischen Spiele in Tōkyō 2020. Chinas größtes Infrastruktur- und Investitionsprojekt, die sogenannte »Ein Band, eine Straße« (*One belt, one road*)-Initiative und Japans Rolle darin war auch Gegenstand der Gespräche (MOFA 2017g). Japan sieht diese Initiative eher als Herausforderung und Bedrohung der eigenen Wirtschaftsbeziehungen mit Europa. In gewisser Hinsicht ist es eine späte Reaktion auf den 2007 von Japan initiierten »Bogen der Freundschaft und Wohlstand« (*Arc of freedom and prosperity*), der einen Bogen zwischen Japan, Indien, dem Mittleren Osten und Europa spannen sollte, und vor allem auch die geteilten Werte wie Demokratie betonte.

2.3 Südkorea

Auch das japanisch-südkoreanische Verhältnis ist seit Jahren nicht nur von dem Territorialstreit um die von Japan beanspruchten, aber von Südkorea verwaltete Insel Takeshima (Dokdo) (MOFA 2016k), sondern seit Jahren auch vom Streit über ein Mahnmal für die sogenannten Trostfrauen vor der japanischen Botschaft in Seoul belastet. In der Vereinbarung über den Umgang mit den Trostfrauen im Jahr

2015 wurde neben einem Finanzfond für die überlebenden Frauen auch vereinbart, dass das Mahnmal vor der japanischen Botschaft beseitigt wird. Bei Gesprächen der beiden Außenminister Kishida und Yun Byung-se am 25. Juli 2017 in Laos ging es daher neben den Schwierigkeiten, die Vereinbarung umzusetzen, vor allem um eine koordinierte Reaktion auf die Raketentests Nordkoreas. Kishida bestätigte in diesem Zusammenhang, dass Japan den Aufbau des THAAD (Terminal High-Altitude Area Defense) Raketenschabwehrsystems in Südkorea unterstützt (MOFA 2016l).

Am 7. September 2016 trafen sich Abe und die südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye am Rande des ASEAN-Gipfels zu einem kurzen Gespräch. Beide Seiten bestätigten hierbei zum wiederholten Mal eine engere Zusammenarbeit bei der Implementierung der o.g. Vereinbarung zu den Trostfrauen, aber auch in Reaktion zu den Raketentests Nordkoreas (MOFA 2016m). Trotz vieler Treffen, in denen es in der Regel nur um den Austausch der immer gleichen Floskeln und Versprechen zu einer engeren Zusammenarbeit geht, kam es trotz der Nähe der beiden Regime und zu einer engen Partnerschaft mit den USA bis zum Ende von Parks Amtszeit im März 2017 nicht zu einem Staatsbesuch der beiden Regierungsführer. Nachdem Park Geun-hye nach einem Amtsenthebungsverfahren am 10. März 2017 aus dem Amt geschieden war und Hwang Kyo-ahn kommissarisch die Amtsgeschäfte übernommen hatte, gewann Moon Jae-in am 9. Mai 2017 die Wahl zum neuen südkoreanischen Präsidenten. Moon Jae-in war der Kandidat der Demokratischen Partei, der anders als Park die Beziehungen zu Nordkorea durch Dialog wieder verbessern will. In ihren Glückwunschschreiben bezeichneten der japanische Außenminister Kishida und Premierminister Abe Südkorea als Japans wichtigsten Nachbarn, mit dem Japan viele strategische Interessen teile und man daher in Zukunft noch enger zusammenarbeiten wolle (MOFA 2017h, 2017i).

2.4 Nordkorea

Die Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea haben sich vor allem wegen der Militarisierung Nordkoreas und seiner Nuklearwaffen- und Raketentests weiter verschlechtert. Am 9. September 2016 hatte Nordkorea seinen zweiten Atomwaffentests im Jahr 2016 durchgeführt. Premierminister Abe und Außenminister Kishida verurteilten den Test umgehend in einer Pressekonferenz und kündigten an, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen (PMOJ 09.09.2016). Am 30. November 2016 verurteilte der UN-Sicherheitsrat den nordkoreanischen Atomwaffentest in Resolution 2321 (2016) als Provokation und Bedrohung für Frieden und Sicherheit (UN 2016). Die japanische Seite zeigte sich in einer Presseerklärung

erleichtert, dass die Weltgemeinschaft die nordkoreanische Politik mit diesen klaren Worten verurteilt und zur Einhaltung des nuklearen Testmoratoriums drängt (MOFA 2016n).

Nachdem Nordkorea im Frühjahr 2017 eine Reihe von Raketentests durchgeführt hatte, deren Überreste im Japanischen Meer niedergegangen waren, feuerte Nordkorea am 22. Juni 2017 in Richtung Japan eine Mittelstreckenrakete ab, die eine Höhe von 1000 km erreichte und dann in das Japanische Meer fiel. Dieser erfolgreiche Test machte der Welt klar, dass Nordkorea bei der Raketenentwicklung trotz jahrelanger Sanktionen große Fortschritte gemacht hatte und es nun möglich schien, dass diese Hawaii und eventuell sogar Alaska erreichen können.

Am 2. Juni 2017 hatte der UN-Sicherheitsrat Resolution 2346 (2017) verabschiedet, in der er seine besondere Besorgnis über die nordkoreanischen Nuklear- und Raketentests zum Ausdruck brachte, die eine inakzeptable Bedrohung für Frieden und Sicherheit seien. Nordkorea hatte alle bis dahin verabschiedeten UN-Resolutionen, die seit 1993 gegen das Land verabschiedet worden waren, missachtet. Das gleiche wird auch mit dieser Resolution erwartet (UN 2017). In einer Stellungnahme am 3. Juni 2017 zeigten sich Premierminister Abe und Außenminister Kishida zufrieden mit der Resolution und betonten noch einmal, dass das nordkoreanische Verhalten völlig inakzeptabel sei und Japan mit allen Ländern zusammenarbeiten werde, um Gegenmaßnahmen zu koordinieren (MOFA 2017j, 2017k).

Trotz dieser UN-Resolutionen und Drohungen der USA, auch militärisch auf diese Provokationen Nordkoreas zu reagieren, feuerte Nordkorea am 4. Juli 2017 und dann wieder am 29. Juli 2017 erfolgreich Langstreckenraketen ab. Die Raketen erreichten eine Höhe von 2500 km (am 4. Juli 2017) und 3500 km (am 29. Juli 2017), flogen etwa 40 Minuten und landeten dann etwa 900 km östlich der Abschussstelle im Japanischen Meer innerhalb der japanischen ausschließlichen Wirtschaftszone (EEZ), am 29. Juli 2017 sogar nur etwa 150 km westlich der Insel Okushiri (Präfektur Hokkaidō). In beiden Fällen bezeichnete die japanische Regierung die Tests als inakzeptabel und berief den nationalen Sicherheitsrat ein (MOD 2017a, 2017b). Zeigte der Raketentest am 4. Juli 2017 bereits, dass diese jetzt zumindest Hawaii und möglicherweise Alaska erreichen können, zeigte der Raketentest am 29. Juli 2017, dass Nordkorea jetzt in der Lage ist, auch Städte wie San Francisco und Chicago zu erreichen. Für die Trump-Regierung ist damit eine Grenze überschritten, die die Sicherheitslage in Nordostasien und damit Japan grundlegend verändern könnte.

2.5 ASEAN

Für die japanische Regierung ist eine enge Zusammenarbeit mit ASEAN und vielen seiner Mitgliedsstaaten weiterhin ein wichtiges Fundament seiner Sicherheits- und Handelspolitik, aber auch, um den gestiegenen Einfluss Chinas in der Region auszubalancieren. Am 7. September 2016 nahm Premierminister Abe, wie in jedem Jahr, am ASEAN plus 3-Gipfel in Vientiane (Laos) teil. Abe betonte dabei, dass Japan ASEAN als gleichwertigen Partner betrachtet und angesichts des anstehenden 50. Gründungstags der ASEAN und dem 20. Jahrestags der ASEAN plus 3-Treffen seine Zusammenarbeit noch weiter ausbauen und vertiefen möchte. Im Mai 2017 hatte Japan eine »Ausgedehnte Partnerschaft für Qualitative Infrastruktur« (Expanded Partnership for Quality Infrastructure)-Initiative verkündet, die Infrastrukturinvestitionen von etwa 200 Milliarden US-Dollar über die nächsten fünf Jahre vorsieht. Weitere Themen der Gespräche waren Lebensmittellieferungen in die Philippinen und Kambodscha, den Ausbau des Tourismus zwischen Japan und den ASEAN-Staaten, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus, die Bedrohung durch das nordkoreanische Waffenprogramm, sowie Zusammenarbeit für die Sicherheit auf hoher See, gerade in Anbetracht der wachsenden Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer (MOFA 2016o). Die Konflikte und das Vordringen Chinas im Südchinesischen Meer, die Situation in Nordkorea und der Kampf gegen den Terrorismus waren auch die zentralen Themen beim 23. Ministertreffen des ASEAN Regional Forums (ARF) am 26. Juli 2016 in Vientiane (Laos) gewesen, bei dem Außenminister Kishida betonte, dass sich Japan durch seine pro-aktive Friedenspolitik nun aktiver und weitreichender an ARF-Initiativen beteiligen kann (MOFA 2016p). Japan hat in den letzten fünf Jahren aber auch seine Sicherheitsbeziehungen zu einzelnen Staaten in Südostasien in entscheidender Weise intensiviert. Besondere Beispiele sind die Beziehungen zu Vietnam und den Philippinen.

Abe nutzt jede Gelegenheit, um sich mit den Regierungschefs der beiden Länder zu treffen, wobei es neben dem Ausbau der Handelsbeziehungen auch immer um die regionale Sicherheit und die Bedrohung Chinas geht. Beispiele hierfür sind Abes Gespräche mit dem vietnamesischen Premierminister Nguyen Xuan Phuc am 7. September 2016 am Rande des ASEAN-Gipfels (MOFA 2016q), vom 16. Januar 2016 bei Abes Besuch in Vietnam (MOFA 2017l) oder zum Anlass von Nguyen Xuan Phucs Arbeitsbesuch in Japan am 6. Juni 2017 (MOFA 2017m). Vom 28. Februar 2017 bis zum 6. März 2017 reiste sogar das japanische Kaiserpaar zu einem Besuch nach Vietnam (MOFA 2017n).

Nach der Wahl von Rodrigo Duterte zum Präsidenten der Philippinen im Mai 2016, der bereits in seinem Wahlkampf gefordert hatte, dass die US-Truppen die

Philippinen verlassen und sich die Philippinen der VR China annähern sollten, sah es zunächst danach aus, als ob sich mit Duterte auch die Beziehungen zu Japan verschlechtern könnten. Nach den ersten Treffen zwischen Duterte und Abe wurde aber schnell deutlich, dass sich die beiden recht gut verstanden. Nach seinem Staatsbesuch in Beijing war Duterte vom 25. bis 27. Oktober 2016 zu einem Staatsbesuch in Japan (MOFA 2016r). Duterte betonte, dass er gemeinsam mit China eine Lösung für die Territorialstreitigkeiten im Südchinesischen Meer finden wolle und diese auf internationalem Recht basieren sollte. Für Japan reichte diese Erklärung für die Zusage von Niedrigzins-Krediten über 5 Billionen Yen für die landwirtschaftliche Entwicklung in den Philippinen (NAR 02.11.2016).

Vom 12. bis 13. Januar 2017 war Abe dann zu einem Besuch in den Philippinen, wo Abe und Duterte in freundlicher Stimmung die Fortsetzung der Sicherheitspartnerschaft mit den Philippinen besprachen (MOFA 2017o). In den Augen vieler Beobachter versucht Duterte, die USA und die VR China zum Vorteil der Philippinen gegeneinander auszuspielen.

2.6 Russland

Aufgrund der sehr guten persönlichen Beziehungen zwischen Abe und Putin kann man trotz des weiterhin ausstehenden Friedensvertrages und der Uneinigkeit über die von Japan beanspruchten Inseln nördlich von Hokkaidō und der westlichen Sanktionen gegenüber Russland das Verhältnis der beiden Länder insgesamt nur als relativ positiv beschreiben. Abe und Putin haben sich auch im letzten Jahr regelmäßig und oft zu sehr langen Gesprächen getroffen. Am 3. September 2016 sprachen sie am Rande des Eastern Economic Forums in Wladiwostok für mehr als drei Stunden (MOFA 2016s).

Am 21. September 2016 und am 3. Dezember 2016 traf Außenminister Kishida nicht nur seinen russischen Amtskollegen Lavrov, sondern auch den russischen Präsidenten Putin, um den Besuch Putins im Dezember 2016 in Japan vorzubereiten. Wie immer ging es dabei um ein mögliches Friedensabkommen der beiden Länder, das aber weiterhin an einer ausstehenden Einigung über die Inselgruppe nördlich von Hokkaidō scheitert. Am 3. Dezember 2016 zeigte sich Kishida beunruhigt über die russische Ankündigung, Boden-Luft-Raketensysteme in Etorofu und Kunashiri zu stationieren (MOFA 2016t, 2016u).

Vom 15. bis 16. Dezember 2016 war Putin zu einem Arbeitsbesuch in Tōkyō. Abe versucht seit Jahren die Beziehungen zu Russland zu verbessern, um am Ende alle vier oder zumindest zwei der nördlichen Inseln von Russland zurückzubekommen.

Angesichts der westlichen Sanktionen, an denen sich auch Japan beteiligt, gestaltet sich dieses allerdings weiterhin schwierig. Abe betonte gegenüber Putin daher, dass es nur nach einer Implementierung des Minsker Abkommens zu einer Verbesserung der Beziehungen kommen kann (MOFA 2016v). Am 27. April 2017 trafen Abe und Putin in Moskau ein weiteres Mal aufeinander, um die Gespräche fortzusetzen. Man kam zu einer vorläufigen Einigung über die Möglichkeit für Japaner, die Gräber ihrer Angehörigen auf der Insel Habomai zu besuchen. Was die Zusammenarbeit bei der Durchsetzung von Wirtschaftssanktionen gegenüber Nordkorea und die Durchsetzung der UN-Resolutionen betrifft, kam es jedoch zu keiner Einigung. Im Spätsommer 2017 wurde deutlich, dass Russland weiterhin Nordkorea mit Lebensmitteln versorgt (MOFA 2017p).

2.7 Australien

Australien bleibt weiterhin einer der wichtigsten Partner Japans im asiatisch-pazifischen Raum und beide Länder arbeiten auch in diesem Jahr daran, nach dem erfolgreichen Freihandelsabkommen ihre Sicherheitsbeziehungen zu intensivieren. Im September 2016 einigten sich Außenminister Kishida und seine australische Amtskollegin Julie Bishop darauf, die Zusammenarbeit zwischen den japanischen Selbstverteidigungstruppen und der australischen Armee zu überarbeiten und auszubauen. Im Zentrum stand dabei die Erweiterung des seit 2010 bestehenden Abkommens über Beschaffung und gegenseitige Dienstleistungen (Acquisition and Cross-Servicing Agreement, ACSA) (YS 21.09.2016). Am 14. Januar 2017 wurde das Abkommen dann in Sydney von den beiden Verteidigungsministern in Anwesenheit der beiden Premierminister Turnbull und Abe unterzeichnet (AUS-DOD 14.01.2017). Abe und Turnbull bestätigten bei dieser Gelegenheit, dass Japan und Australien eine »strategische Partnerschaft« haben, die mit diesem Abkommen die Beschaffung von Waffensystemen noch besser koordiniert (MOFA 2017q). Viele Experten halten dieses ACSA-Abkommen für einen entscheidenden Schritt, der die Japan-Australische strategische Partnerschaft zu einem wichtigen Player in der Region macht. Turnbull betonte in einem Artikel in der Zeitung »The Australien«, dass die Beziehungen nun tiefgreifender sind denn je, und es eine Zukunft nach der japanischen Enttäuschung über das Nichtzustandekommen des U-Boot-Auftrags im Jahr 2016 gibt (Parameswaran 18.01.2017).

Bei den jährlich stattfindenden Zwei-plus-zwei-Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister am 20. April 2017 ging es auch um die Situation in Nordko-

rea sowie die chinesische Militarisierung des Südchinesischen Meeres. Beide Seiten betonten, dass alle »Optionen auf dem Tisch liegen« und man gemeinsam auf die Bedrohung reagieren und darüber hinaus in Zukunft auch enger mit Indien zusammenarbeiten wolle (AFR 20.04.2017, 21.04.2017; JT 19.04.2017, 20.4.2017; MOFA 2017r).

2.8 EU

Der Schwerpunkt der EU-Japan-Beziehungen seit 2014 waren die Verhandlungen über ein wirtschaftliches Partnerschaftsabkommen (EPA) und das gleichzeitig verhandelte Strategische Partnerschaftsabkommen (SPA). Beide Verhandlungen wurden geheim geführt und bis Mitte 2017 waren nur wenige Details an die Öffentlichkeit gelangt. Am 21. März 2017 fand der EU-Japan-Gipfel in Brüssel statt. In den kurzen Gesprächen zwischen Abe und dem EU-Ratspräsidenten Donald Tusk sowie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ging es um die möglichen Folgen des Brexit sowie den Fortschritt der EPA, aber auch um die Sicherheitslage in Asien und insbesondere im Südchinesischen Meer (MOFA 2017s). Die Gespräche wurden am Rande des G7-Gipfels im italienischen Taormina am 27. Mai 2017 fortgesetzt (MOFA 2017t).

Am 6. Juli 2017 verkündete die EU-Kommission dann überraschend, dass sich Japan und die EU in allen wesentlichen Punkten geeinigt haben, das EPA und SPA abschließen zu können (EUC 06.07.2017). Die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen Federica Mogherini sagte dazu in Brüssel, dass das Strategische Partnerschaftsabkommen die Partnerschaft in vielen Gebieten, wie etwa bei der Cyber-Sicherheit und beim Katastrophenschutz entscheidend vertiefen werde. Das Abkommen sei ein wichtiger Schritt für die europäisch-japanische Partnerschaft angesichts zunehmender internationaler Bedrohungen (DEU-J 06.07.2017a). Angesichts der US-amerikanischen Politik des »Amerika zuerst« und deren einseitigem Rückzug aus dem TPP-Prozess zeigen die EU und Japan mit diesen beiden Abkommen, dass sie die Zukunft weiterhin in internationaler Zusammenarbeit und dem Abbau von Handelsbarrieren sehen. Auch wenn es bis zum Inkrafttreten des EU-Japan-EPA wegen der nötigen Zustimmung in allen EU-Ländern noch einige Zeit dauern kann, wird dieses als großer Erfolg gesehen, der die internationale Rolle der EU und Japans wieder stärken werde.

2.9 Indien

Neben Australien standen auch die Beziehungen zu Indien im Zentrum des Interesses der Außenpolitik der Abe-Regierung. Abe und der indische Premierminister Modi sind sich in den letzten Jahren nicht nur politisch nähergekommen, sondern haben auch eine Art politische Freundschaft entwickelt. Gerade wegen der gestiegenen Vormachtstellung Chinas nicht nur im Südchinesischen Meer, sondern auch im Indischen Ozean, wird dieses von Japan als auch von Indien als Bedrohung und Unterwanderung des Hochseerechts wahrgenommen. Am 7. September 2016 trafen sich Abe und Modi zu einem kurzen Gespräch am Rande des ASEAN-Gipfels in Vientiane (Laos). Neben Fragen der technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit ging es dabei aber auch um Japans »Free and Open India and Pacific Strategy«-Initiative, die Indien als wichtigstes Verbindungsland zwischen Asien und Afrika sieht (MOFA 2016w). Zwischen dem 10. und 12. November 2016 war Modi dann zu einem Arbeitsbesuch in Japan, bei dem eine große Zahl von Themen besprochen und Verhandlungen abgeschlossen wurden. Abe betonte zu Beginn, dass er eine »neue Ära der Japanisch-Indischen Beziehungen« sieht und hofft, dass diese zu mehr Stabilität und Wohlstand in der Indisch-Pazifischen Region beitragen kann. Im Zentrum sollte eine erweiterte Koordination der »Freien und Offenen Indien- und Pazifik-Strategie« (Free and Open India and Pacific Strategy) und Indiens »Act East«-Politik stehen. Modi lobte Abes Engagement, das zur Unterzeichnung des Japanisch-Indischen Nuklear-Abkommens (Japan-India Nuclear Cooperation Agreement) geführt hat, das am 11. November 2016 in Tōkyō unterzeichnet wurde (MOFA 2016x). Dieser Vertrag war lange in Japan umstritten, da Indien eine Atommacht ist und den Atomwaffensperrvertrag (NPT) nicht unterzeichnet hat. Die Abe-Regierung stellt daher nach Ansicht von Kritikern ökonomischen Profit über Abrüstung (JT 12.11.2016). Für Japan eröffnet das Abkommen Zugang zu einem großen Markt für seine Produkte der zivilen Nutzung von Nukleartechnologie. Die Abe-Regierung argumentiert, dass der Vertrag den verantwortungsvollen Umgang mit nuklearer Technologie sichert und daher nicht zur Verbreitung von Atomwaffen beitragen wird. Viele Kritiker in Japan wie der Bürgermeister von Hiroshima sehen die Gefahr, dass Japan es Indien ermöglicht, die zivile Technik auch für seine Waffensysteme zu nutzen.

Japan und Indien haben in den letzten Jahren aber auch ihre direkte militärische Zusammenarbeit ausgebaut. Zum Beispiel nahm Japan vom 10. bis 17. Juli mit dem neuen Helikopter Flugzeugträger JS Izumo (DDH 183) und dem Zerstörer JS Sazanami (DD1 13) an der von Indien und den USA in der Bucht von Bengalen abgehaltenen Marineübung Malabar teil (Indian Navy 10.07.2017). Japan nimmt nach

2007, 2009 und 2011, seit 2014 jedes Jahr an dieser Übung teil, die inzwischen nicht nur für die indisch-japanischen Beziehungen, sondern auch für die MSDF zu einem wichtigen Teil der jährlichen Militärübungen geworden sind.

2.10 Afrika

Auch die Beziehungen zu Afrika haben nicht nur wegen des wirtschaftlichen Potentials des Kontinents, sondern auch wegen der wachsenden Rolle Chinas für Japan in den letzten zehn Jahren an Gewicht gewonnen. Bereits Anfang der 1990er Jahre hatte die japanische Regierung das TICAD (Tōkyō International Conference for African Development) initiiert und alle fünf Jahre Vertreter vieler afrikanischer Staaten und Institutionen nach Tōkyō eingeladen oder Regierungsvertreter nach Afrika geschickt. Am 26. August 2016 nahm Premierminister Abe persönlich am TICAD VI Treffen in Mosambik teil, wo er sich auch mit Filipe Jacinto Nyusi, dem Präsidenten der Republik Mosambik, traf (MOFA 2016y), um neben dem japanischen Engagements in Afrika konkret auch über die Lebensmittelhilfe für den Nacala Corridor zu sprechen. Am 15. März 2017 wurden die Gespräche dann beim Arbeitsbesuch von Filipe Jacinto Nyusi in Tōkyō fortgesetzt. Am Ende unterzeichneten Abe und Nyusi eine gemeinsame Stellungnahme (Joint Statement between Japan and the Republic of Mozambique), in der die Bedeutung weiterer Infrastrukturprojekte vor allem im Bereich des Straßenbaues in Mosambik und eine Reihe anderer Möglichkeiten der Zusammenarbeit vereinbart wurden (MOFA 2017u, 2017v). Abe nutzte den TICAD Gipfel am 27. August 2016 auch zu einer Reihe von Gesprächen mit Vertretern anderer afrikanischer Staaten, wie etwa mit dem südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma (MOFA 2016z).

3 Politikfelder

3.1 Sicherheitspolitik

Seit Jahren sieht die japanische Regierung zum einen die steigenden Militärausgaben Chinas und Chinas Vordringen im Südchinesischen Meer, sowie die Territorialstreitigkeiten über die Senkaku Inseln und zum anderen das Atomwaffen- und Raketenprogramm Nordkoreas als die beiden größten Bedrohungspotentiale für Japan. Obwohl in Japan die Frage, inwiefern die USA japanische Gebietsansprüche im Krisenfall verteidigen würde, immer wieder diskutiert wird, hatten alle US-Präsi-

denten kaum eine Gelegenheit ausgelassen, die US-Japanischen Beziehungen als die wichtigsten der USA im Asiatisch-Pazifischen Raum zu bezeichnen und seine Sicherheitsgarantien zu erneuern. Bereits während seines Wahlkampfes 2015 und 2016 hatte der Kandidat Donald Trump wiederholt deutlich gemacht, dass er das US-Japanische Bündnis in Frage stellt und Japan nur verteidigen würde, wenn Japan sein finanzielles und militärisches Engagement erhöhen würde. Das hatte in Japan 2016 große Unsicherheit ausgelöst. Für Abe, der bereits in seiner ersten Amtszeit 2006–2007, insbesondere aber nach seiner Rückkehr ins Amt des Premierministers im Dezember 2012 deutlich gemacht hatte, dass er die japanische Verfassung und vor allem Artikel 9 reformieren will, waren die Äußerungen Trumps ein willkommenes Argument für den Ausbau der militärischen Kapazität Japans. Bereits kurz nach der Wahl Trumps in den USA forderte Shigeru Ishiba, ein einflussreicher Verteidigungspolitiker der LDP, die Allianz mit den USA zu überdenken und eine noch »aktivere Verteidigungspolitik« (*more proactive approach*) zu verfolgen (*JT* 21.11.2016).

Ein anderes Dauerthema in Japan sind die US-Militärbasen in Okinawa und insbesondere die US-Flugbasis Futenma. Nach einer US-Japanischen Vereinbarung aus dem Jahr 2006 sollte Futenma vom jetzigen Standort in Ginowan nach Henoko im Norden Okinawas verlegt werden, was in der Bevölkerung weiterhin auf großen Widerstand stößt und das Verteidigungsministerium vor große Probleme stellt. Am 8. September 2016 hatte die damalige Verteidigungsministerin Inada bei einem Besuch in Okinawa versucht, Tōkyōs Position zu erläutern und die Präfekturregierung zur Zusammenarbeit bei der Verlegung von Futenma zu bewegen, jedoch ohne viel Erfolg (*JT* 08.09.2016). Im August 2016 erklärte sich die japanische Regierung bereit, 5,6 Billionen Yen (etwa 43 Millionen Euro) für die Reparaturen von zwanzig Gebäuden in Futenma bereit zu stellen (*AS* 20.08.2016).

Seit 1992 sind die UN-Friedenseinsätze der japanischen Streitkräfte zu einem wichtigen Symbol für Japans Engagement für Frieden und Sicherheit geworden. Über die letzten beiden Jahrzehnte sind die Mandate und die Einsatzmöglichkeiten der SDF zwar leicht ausgebaut worden, Artikel 9 der Verfassung schränkte allerdings den Schutz und die Hilfe für die Truppen von Drittstaaten ein, da die Verfassung bis 2014 so interpretiert wurde, dass es kollektive Sicherheitsmaßnahmen verbietet. Nach der Neu-Interpretation der Verfassung durch das Kabinett 2014 revidierte das Außenministerium am 25. Oktober 2016 die Einsatzmöglichkeit für die SDF-Truppen, die an der UNMISS (United Nations Mission in the Republic of South Sudan) Mission im Südsudan teilnehmen insofern, dass es japanischen Kräften nunmehr ermöglicht, Truppen anderer Länder zu schützen und besser als bisher selbst zu verteidigen (*MOFA* 2016ab).

Im Zentrum des japanischen Verteidigungshaushalts für 2017 steht der fortgesetzte Ausbau der Verteidigungskapazitäten, um das seit 2014 bestehende Konzept der »gemeinsamen dynamischen Verteidigungskräfte« (Dynamic Joint Defense Force) umzusetzen. Darüber hinaus will Japan seine Abschreckungskraft zur Stabilität in der Asiatisch-Pazifischen Region verbessern. Im Detail bedeutet dieses die Verbesserung der Nachrichtengewinnung, Überwachung und Aufklärung (ISR), Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Intelligenz (C3I) sowie die Reaktion auf Angriffe auf entlegene Inseln, Reaktion auf ballistische Raketenangriffe und die Verbesserung der IT-Sicherheit. Im März beschloss die Regierung, den Verteidigungshaushalt sehr moderat um 0,8 % auf 4,9 Billionen Yen (etwa 37,6 Milliarden Euro) zu erhöhen. Seit dem Amtsantritt Abes haben sich die Verteidigungsausgaben von 4,68 (2013) auf 4,9 Billionen Yen (2017) um 4,7 % erhöht. Die Truppenstärke von knapp 160.000 für die Bodentruppen (GSDF), 45.000 für die Marine (MSDF) und 45.000 für die Luftwaffe (ASDF) haben sich seit Jahren kaum verändert. Die Gesamttruppenstärke der japanischen Selbstverteidigungskräfte betrug im März 2017 247.185 (MOD 2016a, 2017c).

Kurz nach der Wahl Trumps trafen sich der Vorsitzende des japanischen Sicherheitsrates (Japan's National Security Council), Shotaro Yachi, und Trumps neuer Sicherheitsberater H.R. McMaster und kamen darin überein, die US-Japanische Sicherheitszusammenarbeit angesichts der wachsenden Bedrohung durch die VR China und Nordkorea noch besser zu koordinieren und zu intensivieren. Nun war nicht mehr die Rede von einem möglichen Rückzug der USA und es sah eher danach aus, als ob sich die Sicherheitsbeziehungen nicht wesentlich verändern werden (NAR 01.03.2017).

In den letzten Jahren haben die gemeinsamen Militärübungen zwischen der SDF und den Truppen von Partnerstaaten entscheidend zugenommen. Dieses betrifft vor allem Übungen oder gemeinsame Einsätze auf hoher See. Beispiele sind die US-Japanischen Marineübungen im Südchinesischen Meer mit dem neuen japanischen Flugzeugträger (nur für Hubschrauber) Izumo und dem US-amerikanischen Flugzeugträger USS Ronald Reagan im Oktober 2015 oder das Begleitmanöver im Pazifischen Ozean im Mai 2017, das erste Mal, dass ein MSDF-Zerstörer beauftragt war, ein Schiff der US Marine zu beschützen. Die japanische Marine steht voll und ganz hinter dem Recht der Freiheit auf hoher See im Südchinesischen Meer, was in der VR China auf Widerstand stößt (Panda 19.06.2017).

3.2 Handelspolitik

Nach dem drastischen Rückgang der japanischen Exporte im Jahr nach der weltweiten Finanzkrise 2008 waren diese zwischen 2009 und 2015 wieder von 54 Billionen Yen (2009) auf 75 Billionen Yen (2015) sukzessive angestiegen. Auch die japanischen Importe wuchsen zwischen 2009 und 2014 noch stärker von 51 Billionen Yen (2009) auf fast 86 Billionen Yen (2014), was in den Jahren nach der Dreifachkatastrophe 2011 besonders wegen des Anstiegs der Erdöl- und Gaseinfuhren zu einem Handelsdefizit in den Jahren von 2011 bis 2015 geführt hatte. In den Jahren 2013 und 2014 lag das Handelsdefizit zwischen 11 und 12 Billionen Yen (etwa 90 Milliarden Euro). Auch wegen günstigerer Öl- und Gaspreise sind Japans Importe im Jahr 2016 aber erheblich zurückgegangen, nämlich auf 66 Billionen Yen. Gleichzeitig sind aber auch Japans Exporte auf 70 Billionen Yen (etwa 1,3 Billionen Euro) gefallen, was nach fünf Jahren negativer Handelsbilanzen wieder zu einem Handelsüberschuss von fast 4 Billionen Yen führte (alle Daten: japanisches Finanzministerium).

Den Schwerpunkt der japanischen Handelspolitik im letzten Jahrzehnt bildeten der Ausbau von Freihandelsabkommen. Nach dem Inkrafttreten der sogenannten Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen mit den ASEAN-Staaten und Australien lag der Schwerpunkt seit 2013 auf dem Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) mit den USA im Zentrum, sowie dem EU-Japan-Handelsabkommen. Die TPP-Verhandlungen waren im Oktober 2015 abgeschlossen und wurden im Februar 2016 unterzeichnet. In den folgenden Monaten haben erste Staaten das Abkommen bereits ratifiziert. Das japanische Parlament ratifizierte das TPP-Abkommen im Dezember 2016, nur wenige Wochen nachdem Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt worden war. Donald Trump hatte sowohl im Wahlkampf als auch nach seiner Wahl betont, dass er das TPP-Abkommen für einen »schlechten Deal« halte und sich die USA sofort nach seiner Amtseinführung aus dem Vertrag zurückziehen werden (*JT* 22.11.2016). Nur Stunden vor Trumps Amtseinführung am 20. Januar 2017 hat die japanische Regierung das TPP ratifiziert (*JT* 20.01.2017). Die japanische Regierung ging davon aus, dass das TPP in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren zu einem Wirtschaftswachstum von 2 % führen und 800.000 Arbeitsplätze schaffen wird (*JT* 14.12.2016). Da das TPP aber erst in Kraft tritt, wenn mindestens sechs der zwölf Mitglieder, die mindestens 85 % der gesamten Wirtschaftskraft repräsentieren, den Vertrag ratifiziert haben, müssen sowohl Japan als auch die USA den Vertrag ratifizieren. Da das TPP eines der Grundpfeiler der Wirtschaftspolitik Shinzo Abes ist, stellt der Rückzug der USA einen herben Rückschlag für das so genannte »Abenomics« dar. Einige Partnerstaaten wie Neu-

seeland brachten den Gedanken eines TPP ohne die USA ins Spiel. Abes erste Reaktion war jedoch, dass das TPP ohne die USA »keinen Sinn macht«. Abe versuchte daher bereits kurz nach Trumps Wahl bei einem Besuch im Trump Tower in New York Trump davon zu überzeugen, seine Position noch einmal zu überdenken. Im Juli 2017 sieht es so aus, als ob Japan zusammen mit Neuseeland und anderen TPP-Ländern versuchen wird, das TPP wieder zu beleben und bis November 2017 zu einem neuen Vertrag zu kommen. Premierminister Abe hoffte im Mai 2017 darauf, dass sich die USA letztendlich wieder anschließen werden (Hamada 03.07.2017; JT 21.05.2017).

Das zweite wichtige internationale Handelsabkommen ist das Japan-EU-EPA, das beide Seiten seit März 2013 verhandeln. Noch bei der 13. Verhandlungsrunde am 13. Juni 2017 in Brüssel sah es so aus, als ob die Verhandlungen trotz vielfacher Absichtserklärungen noch nicht unmittelbar vor einem Abschluss stehen würden. Am 6. Juli 2017 verkündete die EU-Kommissarin dann allerdings überraschend, dass es bei den Verhandlungen zu einem Durchbruch gekommen und das EPA in Kürze unterzeichnungsreif sei (DEU-J 06.07.2017b). Für Japan und die EU ist dies ein weiterer sehr wichtiger Schritt der Zusammenarbeit. Nach dem erfolgreichen Abschluss werden viele europäische Produkte (inklusive Agrarprodukte wie etwa Käse aus Frankreich) in Japan wesentlich günstiger werden. Nach dem Rückzug der USA aus dem TPP-Prozess ist das EU-Japan-EPA das umfangreichste und wichtigste Handelsabkommen für Japan.

3.3 Entwicklungspolitik

Während das Entwicklungshilfebudget zwischen 1996 und 2014 von 11,6 (1996) auf 5,4 Billionen Yen mehr als halbiert wurde, wurde es 2016 wieder sehr leicht auf 5,5 und 2017 auf 5,52 Billionen Yen angehoben (MOFA 2016ac). Premierminister Abe hatte im September 2015 vor der UN-Vollversammlung angekündigt, dass sich Japan aktiv für die Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) einsetzen werde. Am 20. Mai 2016 hatte Japan eine SDG-Förderungszentrale (SDGs Promotion Headquarters) unter dem Vorsitz Abes eröffnet, in der die Richtlinien (SDG Implementation Guiding Principles) festgelegt wurden. Am 12. September 2016 und am 22. Dezember 2016 fanden dazu die ersten Sitzungen unter Abes Vorsitz statt. Japan möchte demnach eine führende Nation für die Verbesserung der Wirtschaft, der Wohlfahrt und der Umwelt werden (MOFA 2016ad) und durch sogenanntes »mainstreaming« die Forderung der SDG-Ziele in der japanischen Gesetzgebung und Zukunftsplanung umsetzen.

Japan hat seit 2003 seine Entwicklungshilfe daraufhin abgestellt, dass sie Japan von strategischem Nutzen sind. Ein weiteres Beispiel für diese Politik ist ein erneuter ODA-Kredit für die Philippinen, zum einen zur Förderung des Unternehmertums im Agrarbereich in Mindanao, zum anderen zur Verbesserung der philippinischen Küstenwache (MOFA 2016ae), was nicht nur für die Philippinen, sondern auch für Japan im Hinblick auf die Ausweitung des chinesischen Einflusses im Südchinesischen Meer von strategischer Bedeutung ist.

4 Ausblick

Durch die auch in diesem Jahr zunehmenden Provokationen durch chinesische Schiffe und Flugzeuge, die in den japanischen Luftraum um die Senkaku Inseln eindringen und die japanische Küstenwache dazu zwingen, ihre Flugzeuge zur Abschreckung in die Luft zu bringen, die Atomwaffen- und Langstreckenraketenstarts Nordkoreas, als auch die Unsicherheit, die durch die schwankenden Positionen des neuen US-amerikanischen Präsidenten Trump in sicherheits- und handelspolitischen Fragen entstanden sind, ist Japan zunehmend gezwungen, selbstständiger zu agieren und Sicherheits- und Handelspartnerschaften mit anderen Ländern wie Australien, Indien und die EU, sowie einigen ASEAN-Staaten wie den Philippinen oder Vietnam zu vertiefen. Die Zukunft der liberalen Weltordnung steht Mitte 2017 mehr denn je in Frage, was ein Land wie Japan, das bisher sehr von diesem System profitiert hat, vor neue Herausforderungen stellt.

Referenzen

- AS (*Asahi Shinbun*) (20.08.2016), »Japan to Pick Up the Tab to Make Hugely Costly Futenma Repairs«.
- AS (*Asahi Shinbun*) (30.08.2016), »Retired SDF Officers Counter Trump's Remarks on Security Ties«.
- AUS-DOD (Australian Government, Department of Defense) (14.01.2017), *Signing of the Australia-Japan Acquisition and Cross-Servicing Agreement* | *Department of Defence Ministers*, <https://www.minister.defence.gov.au/minister/marise-payne/media-releases/signing-australia-japan-acquisition-and-cross-servicing> (30.07.2017).
- AFR (*Australian Financial Review*) (20.04.2017), »Japan and Australia Seek to Restart Security Grouping with India and US«.

- AFR (*Australian Financial Review*) (21.04.2017), »Plan to Revive Indo-Pacific Security Grouping Irks China«.
- EUC (European Commission), (06.07.2017), *EU – Japan Summit: Leaders Give Green Light to Landmark Economic and Strategic Partnership Agreements*, http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1927_en.htm (30.07.2017).
- DEU-J (Delegation of the European Union to Japan) (06.07.2017a), *EU – Japan Strategic Partnership Agreement Given Green Light at Summit in Brussels*, https://eeas.europa.eu/delegations/japan/29418/eu-%E2%80%93-japan-strategic-partnership-agreement-given-green-light-summit-brussels_en (30.07.2017).
- DEU-J (Delegation of the European Union to Japan) (06.07.2017b), *EU and Japan Reach Political Agreement on Landmark Trade and Partnership Deals*, https://eeas.europa.eu/delegations/japan/29450/eu-and-japan-reach-political-agreement-landmark-trade-and-partnership-deals_en (30.07.2017).
- Hamada, Koichi (03.07.2017), »The Rebirth of the Trans-Pacific Partnership«, in: *Japan Times*.
- Indian Navy (10.07.2017), *Exercise Malabar Commences in Bay of Bengal / North Indian Ocean*, <https://www.indiannavy.nic.in/content/exercise-malabar-commences-bay-bengal-north-indian-ocean> (30.7.2017).
- JT (*Japan Times*) (17.08.2016), »Abe Tells U.S. of Japan's Concerns over no ›First Use‹ Nuke Policy Being Mullied by Obama«.
- JT (*Japan Times*) (08.09.2016), »Inada to Visit Okinawa amid Ongoing Tensions over U.S. Bases«.
- JT (*Japan Times*) (12.11.2016), »Japan-India Pact Puts Economic Gain before Disarmament: Critics«.
- JT (*Japan Times*) (19.11.2016), »With Trump Coming to Power, Japan Could Pivot away from U.S.-Centric Policy«.
- JT (*Japan Times*) (21.11.2016), »Powerful Japanese Lawmaker Urges Re-evaluation of U.S. Relationship with Trump Taking Office«.
- JT (*Japan Times*) (22.11.2016), »Trump Vows to Quit TPP ›on Day One««.
- JT (*Japan Times*) (14.12.2016), »Editorial: Japan's Ratification of the TPP«.
- JT (*Japan Times*) (20.01.2017), »Japan Ratifies TPP Despite Bleak Outlook under Trump«.
- JT (*Japan Times*) (06.02.2017), »East Asia in the Trump Era«.
- JT (*Japan Times*) (10.02.2017), »Business Leaders Critical of Abe's Overtures to Trump«.
- JT (*Japan Times*) (18.02.2017), »Abe Walks a Fine Line between Trump and Asia«.
- JT (*Japan Times*) (19.04.2017), »Japan, Australia Eye Deeper Defense Ties amid North Korea Tension«.
- JT (*Japan Times*) (20.04.2017), »Japan and Australia Move to Bolster Defense Ties in Asia«.
- JT (*Japan Times*) (25.04.2017), »Japan, U.S. Hold Missile Defense Drill in Sea of Japan«.

- JT (Japan Times)* (27.04.2017), »For Japan and U.S., Joint Drills Could Signal the Start of a New »Normal«.
- JT (Japan Times)* (21.05.2017), »Led by Japan, Pacific Rim Nations Agree to Pursue Revival of TPP«.
- Kohara, Masahiro (08.01.2017), »East Asia in the Trump Era«, in: *Japan Times*.
- Maxie, Jeremy und Grant Newsham (06.02.2017), »Japan's Regional Strategy Reveals an Ally at Risk«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2017/02/japans-regional-strategy-reveals-an-ally-at-risk> (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016a), *Prime Minister Shinzo Abe Receives a Courtesy Call from the Vice President of the United States*, http://www.mofa.go.jp/na/na1/us/page4e_000531.html (29.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016b), *Prime Minister Abe Held a Meeting with the President-Elect of the United States*, http://www.mofa.go.jp/mofaj/na/na1/us/page3e_000622.html (29.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016c), *Visit by Prime Minister Abe to Hawaii*, http://www.mofa.go.jp/na/na1/us/page4e_000571.html (29.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016d), *Japan-China Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/a_o/c_m1/cn/page3e_000509.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016e), *Japan-China Foreign Ministers' Meeting*, http://www.mofa.go.jp/a_o/c_m1/cn/page3e_000517.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016f), *Protest against China regarding Chinese Coast Guard Vessels in the Surrounding Waters of the Senkaku Islands*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001228.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016g), *Intrusion of Chinese Government Vessels into Japan's Territorial Waters Surrounding the Senkaku Islands*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001240.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016h), *Confirmation of Chinese Government Vessels in Japan's Maritime Areas Surrounding the Senkaku Islands*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001245.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016i), *Intrusion of Chinese Government Vessels into Japan's Territorial Waters Surrounding the Senkaku Islands*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001253.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016j), *Japan-China Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/a_o/c_m1/cn/page3e_000558.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016k), *Protest Regarding the Visit to Takeshima by Members of the National Assembly of the ROK*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001242.html (30.07.2017).

- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016l), *Japan-ROK Foreign Ministers' Meeting*, http://www.mofa.go.jp/a_o/na/kr/page3e_000524.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016m), *Japan-ROK Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/a_o/na/kp/page4e_000535.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016n), *The Adoption of a Resolution by the United Nations Security Council concerning the Nuclear Test conducted by North Korea and Other Provocations (Statement by Foreign Minister Fumio Kishida)*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001373.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016o), *ASEAN Plus Three (Japan-China-Republic of Korea) Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/a_o/rp/page3e_000587.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016p), *23rd ASEAN Regional Forum (ARF) Ministerial Meeting*, http://www.mofa.go.jp/fp/nsp/page3e_000528.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016q), *Japan-Viet Nam Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/mofaj/s_sa/sea1/vn/page3e_000624.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016r), *President of the Republic of the Philippines to Visit Japan (October 25–27, 2016)*, http://www.mofa.go.jp/s_sa/sea2/ph/page3e_000603.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016s), *Japan-Russia Summit Meeting on the Occasion of the 2nd Eastern Economic Forum*, http://www.mofa.go.jp/erp/rss/page3e_000566.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016t), *Foreign Minister Fumio Kishida Visits Russia*, http://www.mofa.go.jp/erp/rss/northern/page4e_000574.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016u), *Japan-Russia Foreign Ministers' Meeting*, http://www.mofa.go.jp/erp/rss/northern/page3e_000611.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016v), *President of Russia Visits Japan*, http://www.mofa.go.jp/erp/rss/northern/page1e_000130.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016w), *Japan-India Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/s_sa/sw/in/page4e_000515.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016x), *Agreement between the Government of Japan and the Government of the Republic of India for Cooperation in the Peaceful Uses of Nuclear Energy*, <http://www.mofa.go.jp/files/000202920.pdf> (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016y), *Japan-Mozambique Summit Meeting (Working Lunch)*, http://www.mofa.go.jp/afr/af2/mz/page3e_000564.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016z), *Japan-South Africa Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/afr/af2/za/page3e_000563.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016ab), *Revision of the Implementation Plans for International Peace Cooperation Assignment for United Nations Mission in the Republic of South Sudan*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001319.html (30.07.2017).

- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016ac), *ODA (Seifu Kaihatsu Enjo)*, <http://www.mofa.go.jp/mofaj/gaiko/oda/shiryo/yosan.html> (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016ad), *Japan's Efforts to Mainstream the 2030 Agenda in National Context*, <http://www.mofa.go.jp/mofaj/gaiko/oda/files/000242962.pdf> (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2016ae), *Signing and Exchange of Notes concerning Japanese ODA Loans to the Philippines*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001323.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017a), *Prime Minister Abe and Foreign Minister Kishida Visits the United States of America (February 9–13, 2017)*, http://www.mofa.go.jp/na1/us/page3e_000647.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017b), *Japan-U.S. Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/na/na1/us/page3e_000652.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017c), *Prime Minister Abe and Mrs. Abe Attend Dinner with President Trump and Mrs. Trump*, http://www.mofa.go.jp/na/na1/us/page4e_000582.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017d), *Joint Statement (February 10, 2017)*.
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017e), *Japan-U.S. Foreign Ministers' Meeting*, http://www.mofa.go.jp/na/na1/us/page3e_000661.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017f), *Japan-U.S. Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/na/na1/us/page3e_000689.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017g), *Japan-China Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/a_o/c_m1/cn/page4e_000636.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017h), *Statement by Foreign Minister Fumio Kishida on the Republic of Korea's Presidential Election*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press1e_000042.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017i), *Statement by Prime Minister Shinzo Abe on the Republic of Korea's Presidential Election*, http://www.mofa.go.jp/a_o/na/kr/page4e_000624.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017j), *The Adoption of a Resolution by the United Nations Security Council Concerning a Series of Ballistic Missile Launches and other Activities Conducted by North Korea (Statement by Foreign Minister Fumio Kishida)*, http://www.mofa.go.jp/press/release/press4e_001614.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017k), *Comment by Prime Minister Shinzo Abe, on the Adoption of a Resolution by the United Nations Security Council Concerning a Series of Ballistic Missiles Launches and other Activities Conducted by North Korea*, http://www.mofa.go.jp/fp/unp/page4e_000618.html (30.07.2017).

- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017l), *Prime Minister Abe Visits Southeast Asia (Philippines, Indonesia, Viet Nam) and Australia (January 12–17, 2017)*, http://www.mofa.go.jp/s_sa/sea1/page3e_000639.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017m), *Japan-Viet Nam Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/s_sa/sea1/vn/page4e_000626.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017n), *Their Majesties the Emperor and Empress Visits the Viet Nam (February 28-March 6, 2017)*, http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/vietnam/visit_201702/index.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017o), *Prime Minister Abe Visits Southeast Asia (Philippines, Indonesia, Viet Nam) and Australia (January 12–17, 2017)*, http://www.mofa.go.jp/s_sa/sea1/page3e_000639.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017p), *Japan-Russia Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/erp/rss/northern/page4e_000603.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017q), *Prime Minister Abe's Visit to Australia*, http://www.mofa.go.jp/a_o/ocn/au/page3e_000640.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017r), *Seventh Japan-Australia Foreign and Defence Ministerial Consultations (»2+2«)*, http://www.mofa.go.jp/a_o/ocn/au/page3e_000692.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017s), *Japan-EU Leaders Meeting*, http://www.mofa.go.jp/erp/ep/page1e_000143.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017t), *Japan-EU Leaders Meeting*, http://www.mofa.go.jp/erp/ep/page4e_000615.html (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017u), *Joint Statement between the Republic of Mozambique and Japan on the Occasion of the Official Visit to Japan by President of the Republic of Mozambique, H. E. Mr. Filipe Nyusi, from 13 To 16 March, 2017*, <http://www.mofa.go.jp/files/000237249.pdf> (30.07.2017).
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2017v), *Japan-Mozambique Summit Meeting*, http://www.mofa.go.jp/afr/af2/mz/page4e_000590.html (30.07.2017).
- MOD (Ministry of Defense) (2016a), *Defense Programs and Budget of Japan: Overview of FY 2016 Budget Request*, http://www.mod.go.jp/e/d_budget/pdf/281025.pdf (30.07.2017).
- MOD (Ministry of Defense) (2017a), *Press Releases: North Korea's Missile Launch (2nd) (July 4, 2017)*, <http://www.mod.go.jp/e/press/release/2017/07/04b.html> (30.07.2017).
- MOD (Ministry of Defense) (2017b), *Statement by the Ministry of Defense*, <http://www.mod.go.jp/e/press/release/2017/07/29b.pdf> (30.07.2017).
- MOD (Ministry of Defense) (2017c), *Defense Programs and Budget of Japan: Overview of FY2017 Budget*, http://www.mod.go.jp/e/d_budget/pdf/290328.pdf (30.07.2017).
- NAR (*Nikkei Asian Review*) (02.11.2016), »The Philippines' Duterte Burns US Bridges while Wooing China and Japan«.

- NAR (*Nikkei Asian Review*) (01.03.2017), »Abe, Trump Aides Agree to Boost Japan-US Alliance«.
- NYT (*New York Times*) (03.02.2017), »Jim Mattis Says U.S. Is ›Shoulder to Shoulder‹ with Japan«.
- Panda, Ankit (19.06.2017), »South China Sea: Japan's Izumo Helicopter Carrier Conducts Drill with US Navy Carrier: The Izumo Additionally Escorted U.S. Navy Vessels in the South China Sea«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2017/06/south-china-sea-japans-izumo-helicopter-carrier-conducts-drill-with-us-navy-carrier/> (30.07.2017).
- Parameswaran, Prashanth (18.01.2017), »Why the New Japan-Australia Military Pact Matters«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2017/01/why-the-new-japan-australia-military-pact-matters/> (30.07.2017).
- PMOJ (Prime Minister of Japan and His Cabinet) (09.09.2016), *Statement by the Prime Minister of Japan (on the Nuclear Test by North Korea), Friday, September 9, 2016*, http://japan.kantei.go.jp/97_abe/statement/201609/statement.html (30.07.2017).
- UN (United Nations) (2016), *Resolution 2321 (2016), Adopted by the Security Council at Its 7821st Meeting, on 30 November 2016*, [http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2321\(2016\)](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2321(2016)).
- UN (United Nations) (2017), *Resolution 2356 (2017), Adopted by the Security Council at Its 7958th Meeting, on 2 June 2017*, http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/2356%282017%29
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (30.12.2016), »Yomiuri Survey: 85% Support Abe's Visit to Pearl Harbor«.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (11.02.2017), »Japan Used 3 of Trump's Key Men to Arrange Abe Trip«.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (21.09.2016), »Japan, Australia Eye Expanding Acquisition, Cross-servicing Pact«.

Tōkyō's strategische Neuausrichtung in der asiatischen Pazifikregion: Eine komparative Analyse aktueller Entwicklungen in Japans regionaler Sicherheitspolitik

David Adebahr

Tōkyō's New Strategy in the Asia-Pacific Region: A Comparative Analysis of Current Developments in Japan's Regional Security Policy

Since Prime Minister Abe has announced his new foreign policy strategy for the Asia-Pacific in mid-2014, Japan has been deepening its bilateral security cooperation and has attempted to implement a new strategic vision for regional security by introducing its ›Pivot South‹ strategy. While the US-Japan bilateral alliance has been exhaustively examined by existing research – both against the backdrop of the changing global security posture since 9/11 and with respect to Japan's role in the Pivot to Asia strategy announced by President Obama in 2012 – there remains a lack of comprehensive comparative and empirical studies about current Japanese security efforts in Southeast Asia.

Thus, the objective of this article is to clarify to what extent the strategic focus of Japan's security policy in Southeast Asia has shifted under the Abe administration and to identify the new strategy areas that Japan is increasingly pursuing in its cooperation with regional actors, outside of the bilateral alliance with the United States.

Using a small-N case study design, the analysis detailed here focuses on several variables (such as ministerial and military exchanges and exercises between the Japan Self-Defense Forces and Southeast Asian countries) to determine whether the hypothesis of an increased Japanese security awareness towards the region can be supported. An analysis of the accumulated data, which considers the timespan, intensity, place and content of the cooperation measures, demonstrates that Japan is trying to increase and

further diversify its military engagement within the bilateral alliance with the US in the region. On the other hand, including a wider data sample, this analysis contributes to the evolving research discourse on Japan's alleged new ›Pivot South‹ strategy by providing an extended empirical assessment for the first time.

Finally, even though it may seem that Japan has been implementing a new strategic focus in its foreign policy posture, when considering this shift against the backdrop of the US' Pivot to Asia strategy, the results show that rather than presenting a ›new regional strategy‹ this policy instead serves to reassure and emphasize Tokyo's commitment to the bilateral alliance with Washington in the Pacific Century.

1 Einleitung

In der politikwissenschaftlichen Literatur zu aktuellen Entwicklungen der japanischen Sicherheitspolitik wird seit einigen Jahren vermehrt die These vertreten, Tōkyō versuche durch die Etablierung neuer Sicherheitskooperationen mit Staaten in Südostasien sein außenpolitisches Konzept regional zu diversifizieren. Corey Wallace und Michael Green bewerten beispielsweise Japans gestiegene Kooperation mit asiatischen Staaten in der Pazifikregion im Bereich Sicherheitstechnik und militärischen Materiallieferungen (*capacity assistance building*) als Versuch, ein stärkeres sicherheitspolitisches Profil in Südostasien zu etablieren (Green und Cooper 2015; Wallace 2013). Tatsächlich hat Japan seine Unterstützung an südostasiatische Staaten auch auf militärische Bereiche ausgedehnt und durch die Belieferung mit technischem Gerät sowie Personalaustausch und gemeinsame Trainings militärischer Einheiten diese Kooperation intensiviert (De Castro 2016: 44–45; JT 18.12.2015; Lee und Lee 2016: 7). Japans Kernpartner innerhalb dieses regionalen Fokus sind Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Vietnam (Lee 2016: 31).

Obwohl kontemporäre Forschungsarbeiten zu dem Schluss kommen, dass die Versuche Japans, seine regionale sicherheitspolitische Rolle zu diversifizieren, einen Wandel in Tōkyōs außenpolitischer Strategie symbolisieren, sind umfassendere empirische Untersuchungen bisher nicht vorhanden.¹ Ein Großteil der Forschungsliteratur verweist auf die gestiegene Bedeutung der südostasiatischen Region für Japans sicherheitspolitische Strategie, ohne jedoch neue Daten im Rahmen von komparativen Studien oder *small-n* Forschungsdesigns zu generieren, die eine bessere

¹ Zu dieser Bewertung kamen beispielsweise die Untersuchungen von Kyoko Hatakeyama (Kansai Gaidai University) und Elena Atanassova-Cornelis (University of Antwerp), Gespräch des Autors am Rande der ISA International Conference in Hong Kong am 15. Juni 2017; Vgl. hierzu auch die Analysen von Green und Cooper (2015) sowie Hughes (2015).

Einschätzung dieser Hypothese ermöglichen würden (De Castro 2016; Dalpino 2015; Envall und Hall 2016; Kitaoka 2013; Kitaoka und Kubo 2016; Miyamoto und Watanabe 2014; Shoji 2014; Tow und Limaye 2016; Wallace 2013; Watanabe und Tow 2007).

Die vorliegende Untersuchung möchte diese Lücke schließen und liefert hierzu eine empirische Analyse aktueller japanischer Sicherheitspolitik in Südostasien seit Premierminister Shinzō Abes Wiederwahl im Dezember 2012 bis Ende 2016. Hierbei wird zunächst eine Bewertung der tatsächlichen militärischen und sicherheitspolitischen Dimensionen des neuen regionalen Sicherheitskonzepts vorgenommen. Anschließend soll die Hypothese des *Pivot South* in der japanischen Sicherheitspolitik, d. h. die strategische Neuorientierung der Selbstverteidigungsstreitkräfte in Einsatzgebieten »südlich« von Japans traditionellem Sicherheitsfokus, wie beispielsweise Nordkorea und China, geprüft werden.

Einerseits steht diese Untersuchung vor der Problematik, dass die verfügbaren Daten zu Japans sicherheitspolitischem Engagement in Südostasien in Anbetracht des – vergleichsweise kurzen – Zeitraums von 2012 bis 2016 nur begrenzt belastbare Ergebnisse zur Hypothesenprüfung liefern können.

Andererseits fehlen jedoch im aktuellen Diskurs um Japans Sicherheitspolitik in der asiatischen Pazifikregion umfassendere komparative Untersuchungen, welche die Hypothese nicht bloß durch Einzelfallstudien, sondern im Rahmen eines breiteren Samples prüfen. Schließlich wurde im bisherigen Diskurs die Hypothese des *Pivot South* hauptsächlich affirmativ übernommen, ohne sich jedoch auf statistische Untersuchungen zu stützen oder hierzu empirisch nachvollziehbare Daten zu generieren (Dalpino 2016; Kawakami 2012; O'Shea 2014; Sakaki 2016). Vielmehr vertreten die vorliegenden Einzelfallstudien die Hypothese eines *Strategiewandels*, ohne die jeweilige bilaterale Sicherheitspolitik Japans in ihrem regionalen Kontext ausreichend komparativ zu prüfen. Eine breitere Analyse unter größerer Berücksichtigung der Partnerstaaten im Kontext regionaler, japanischer Sicherheitspolitik ist daher notwendig, um die gewandelte Bedeutung Südostasiens im außenpolitischen Konzept Japans zu verstehen. Die knappe zeitliche Begrenzung der Datenanalyse ist vor dem Hintergrund des identischen Referenzzeitraumes des wissenschaftlichen Diskurses im Hinblick auf ihre Generalisierbarkeit zwar zu berücksichtigen. Der ausgewählte Zeitrahmen erscheint dem Autor jedoch als Grundlage für die folgende Untersuchung als gerechtfertigt.

Die Auswertung der empirischen Daten verdeutlicht, dass Japans intensivierten Partnerschaften in der asiatischen Pazifikregion sehr selektiv aufgestellt sind. Einerseits zeichnen sie sich durch eine intensive Ausweitung der militärischen Kooperation (beispielsweise durch gemeinsame Übungen, eine koordinierte Kommando-

struktur etc.) mit einigen Staaten aus, andererseits weist die Kooperation mit anderen Staaten in der Region kaum Interaktion auf.

Die Daten zeigen, dass Japan seine Kooperation auf militärischer Ebene mit Vietnam und den Philippinen seit Dezember 2012 stark ausgebaut hat. Mit Thailand hingegen bleibt der diplomatische Austausch, wie beispielsweise durch Treffen von Spitzendiplomaten, konstant auf einem niedrigen Level. Als Indikator für einen grundlegenden Wandel soll für die vorliegende Untersuchung die Ausweitung von Kooperationsleistungen der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte (*jietai*, Self-Defense Forces, SDF) innerhalb von bi- oder multilateralen Beziehungen mit Nachbarstaaten untersucht werden. Die Analyse konnte einen Anstieg neu eingeleiteter Sicherheitsinitiativen zwischen Japan und seinen südostasiatischen Kooperationspartnern von über 30 % feststellen. Die Analyse betrachtet hierfür die, nach 2012 eingeleitete, Kooperation zwischen der japanischen Regierung und Staaten in der Region, um die gewonnenen Daten mit politischen Maßnahmen der Abe-Administration in Beziehung setzen zu können.

Dieser Artikel gliedert sich in vier Abschnitte. Zunächst soll anhand der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur die Hypothese einer strategischen Verschiebung japanischer Sicherheitspolitik Richtung Südostasien nachvollzogen werden. Daran schließt sich eine empirische Auswertung des militärischen und außenpolitischen Engagements Tōkyōs in der Region an, die verdeutlicht, dass die *Pivot South*-Hypothese nur bedingt und nur sehr begrenzt bestätigt werden kann. Dem statistischen Teil folgt im dritten Abschnitt eine process tracing Analyse der eingeleiteten politischen Maßnahmen Japans. Abschließend soll die Intensivierung bilateraler Sicherheitspolitik mit südostasiatischen Staaten, beispielhaft an Japans Kooperation mit den Philippinen und Vietnam, verdeutlicht werden.

2 Forschungsliteratur zu Japans Sicherheitspolitik in Südostasien

Michael Green und Zack Cooper vom Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington sehen in Premierminister Abes Südostasienpolitik eine *balancing*-Strategie, welche durch die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats (National Security Council, NSC) zur Koordinierung von Japans sicherheitspolitischer Strategie und die Ausweitung von Sicherheitskapazitäten der Marine Selbstverteidigungsstreitkräfte (*kaijō jietai*, Maritime Self-Defense Force, MSDF) versucht, Japans nationale Sicherheitsinstitutionen zu stärken. Daneben forcieren Japan eine Ausweitung der Aufgaben bzw. Befugnisse der Küstenwache und eine Lockerung des Waffenexportverbots.

Japans neuer Fokus auf die asiatische Pazifikregion stellt für Tōkyō demzufolge eine Möglichkeit dar, durch eine engere Beziehung zu einzelnen südostasiatischen Staaten eigene Kooperationsleistungen innerhalb der bilateralen Allianz mit den USA auszubauen (Green 2013; Green und Cooper 2015: 2; Kotani 2015: 49–52). In der Ausweitung gemeinsamer Manöver der MSDF mit Marineeinheiten südostasiatischer Staaten könne Japan einerseits einen Beitrag zur regionalen Sicherheit leisten und gleichzeitig die Aufgaben im Rahmen der bilateralen Allianz mit den USA entlasten. Ein weiterer Ausbau von Japans militärischer Kooperation mit südostasiatischen Staaten biete zugleich die Möglichkeit, Chinas Einflussnahme in der Region zu begegnen. Die Intensivierung bilateraler Kooperationen trägt vor dem Hintergrund regionaler Stabilität zur Erhöhung von Japans relativen Sicherheitskapazitäten bei, indem es für Japan die Möglichkeiten erweitert, einerseits außerhalb der Allianz mit den USA zu agieren und andererseits hilft, die Kosten- und Lastenteilung mit regionalen Partnern für eigene Sicherheitskapazitäten effizienter zu etablieren.

Michael Green sieht beispielsweise in der Ausweitung der bilateralen Sicherheitskooperationen mit Australien und den Philippinen eine Möglichkeit, Japans sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Staaten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) zu betonen. Grund für die Intensivierung sicherheitspolitischer Aspekte in den Beziehungen zu südostasiatischen Partnern ist demzufolge vor allem ein Generationswechsel im Außenministerium (*gaimushō*, Ministry of Foreign Affairs, MOFA). Dieser Generationswechsel ist auch für eine Neujustierung des geostrategischen Konzepts verantwortlich. Beispielsweise wurden Posten im NSC und im MOFA von Abe mit jüngeren Diplomaten besetzt, die ihre akademische Ausbildung in Europa und den USA absolvierten und zudem über südostasiatische Sprachkenntnisse und Auslandserfahrung in der Region verfügen (Green und Cooper 2016: 2).

Neuere konstruktivistische Analysen zu Japans Beitrag im Rahmen des *Pivot to Asia*, des *Rebalancing to Asia* oder zur allgemeinen Stärkung der militärischen Präsenz im Pazifik, betonen den hohen Stellenwert internationaler Normen als Schlüsselement für Abes Asienpolitik. Neorealistische Arbeiten gehen davon aus, dass Japan seine militärischen Kapazitäten ausbaut, um in einem anarchisch organisierten internationalen System Machtungleichgewichte auszubalancieren und die bilaterale Allianz mit den USA zu stärken bzw. der Gefahr eines Aufkündigens dieser Kooperation zu begegnen (Kliman 2006; Samuels 2007, 2007/2008).

Während neorealistische Ansätze in der Regel von der Einheitlichkeit staatlicher Außenpolitik ausgehen und Unterschiede von Macht- bzw. Sicherheitskapazitäten international vergleichen, nehmen konstruktivistische Arbeiten im Unterschied hierzu an, dass innerstaatliche Akteure vor dem Hintergrund ihrer eigenen kultu-

rellen und gesellschaftlichen Sozialisation um ein, im öffentlichen Diskurs bestimmtes, sicherheitspolitisches Konzept streiten und hierdurch die Grundlage für getroffene außenpolitische Entscheidungen begründen. Diese Konzepte aufgreifend, argumentiert Rikki Kersten (2016: 7), anknüpfend an die Arbeiten von Thomas Berger (2003, 2007) und Peter Katzenstein (2008; Katzenstein und Okawara 1993), dass die von Abe eingeführte Politik des »proaktiven Pazifismus« (*sekkyoku teki heiwa shūgi*) eine Abkehr von Japans bisheriger pazifistischer Nachkriegspolitik darstellt.

In der Ankündigung Abes im Januar 2014, zukünftig die Entsendung der SDF im Rahmen kollektiver Selbstverteidigung in Betracht zu ziehen, identifiziert Kersten den Versuch, die pazifistischen Normen japanischer Sicherheitspolitik weiter auszuweihen. Abe hat zwar mehrfach betont, dass sich die grundlegende Interpretation des Artikels 9 der japanischen Verfassung, der den Einsatz der SDF strikt eingrenzt, nicht geändert habe. Allerdings sieht Kersten in Abes Neuinterpretation der Verfassung, die demnach die Entsendung der SDF im Rahmen kollektiver Selbstverteidigung beinhaltet, Indizien dafür, dass neue Normen etabliert wurden. Diese veränderten Normen der japanischen Außenpolitik seien nun wichtiger Katalysator für den Ausbau einer engeren Sicherheitskooperation zwischen Japan und regionalen Partnern. Der neue Fokus auf die Pazifikpolitik der USA im Rahmen einer Verschiebung (*Pivot to Asia*) oder einer Rückkehr zum strategischen Fokus auf Ostasien (*Rebalance to Asia*) definiere hierbei den Rahmen, in dem Abe Japans Außenpolitik weiter normalisieren könne (Kersten 2016: 6–23).²

Corey Wallace (2013) liefert in seiner Analyse neuer Sicherheitspartnerschaften zwischen Japan und Staaten südlich von Tōkyōs traditionellem sicherheitspolitischem Fokus, d. h. einer Strategie, die sich nicht auf die Bedrohung durch Nordkorea oder Territorialkonflikte mit Peking bezieht, einen ersten umfassenderen Beitrag zu Japans *Pivot South*. Wallace interpretiert die Orientierung nach Südostasien als Versuch, der Anfälligkeit gegenüber dem traditionell in Japans Sicherheitspolitik bestehenden Dilemma zu entfliehen, durch eine zu enge Bindung an die USA in internationalen Konflikten zu Kooperationsleistungen verpflichtet zu werden. Eine Nichtbeteiligung an Kooperationsleistungen, oder nur sehr rudimentäre, vorwiegend finanzielle Hilfen – wie beispielsweise in der Golfkrise 1990–91 – berge hierbei die

² Andrew Oros (2009) beschränkt den Begriff »normalisieren« auf die Durchsetzung politischer Maßnahmen in den Bereichen Rüstungsexport, der militärischen Nutzung des Weltraums und bei der Raketenabwehr. Andere verwenden eine weitergehende Begriffsdefinition und verstehen die »Normalisierung japanischer Außenpolitik« als offizielle Anerkennung eigener sicherheitspolitischer Interessen, welche mit militärischen Mitteln in Koordination mit den USA verfolgt werden und in Opposition zur Hegemonialpolitik Chinas stehen (Hughes 2015: 55; Kliman 2006: 38–39; 42–63).

Gefahr eines Abwendens der USA von Japan als Bündnispartner. Ein möglicher Rückzug der USA aus der asiatischen Pazifikregion potenziere zudem Risiken, denen sich Japan in Form von Territorialstreitigkeiten mit China und einer möglichen atomaren Bedrohung aus Pjöngjang gegenüber sieht. Durch die neuen Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen Umsetzung des *Pivot to Asia* in Washingtons verteidigungspolitischen Strategie ist Japans Sicherheitspolitik mit schwer kalkulierbaren Variablen konfrontiert (Tow und Limaye 2016). Tōkyōs Bemühungen, seine Sicherheitskooperationen mit Staaten in Südostasien zu pluralisieren, stellen daher einen Versuch dar, Japans sicherheitspolitisches Profil innerhalb der Allianz mit Washington regional zu stärken.

Wallace führt als Beleg für Tōkyōs neuen geostrategischen Fokus drei Beispiele an: a) Japans Beteiligung an Peacekeeping Operationen in Kambodscha und Ost-Timor; b) die Entsendung der SDF nach dem verheerenden Sumatra-Andamanen-Beben und anschließendem Tsunami im Indischen Ozean im Dezember 2004; sowie c) die Kooperation zwischen einzelnen SDF-Einheiten (*unit-level cooperation*) im Rahmen des Nichtverbreitungsregimes für Massenvernichtungswaffen (*Non-Proliferation and Disarmament*) (Wallace 2013: 492). Da sich die Grundlage für Japans Beteiligung an Peacekeeping Operationen im Rahmen der UNO bereits einschlägig nach Gesetzesreformen in den 1990er Jahren³ geändert und sich der Einsatz von SDF-Einheiten zur Katastrophenhilfe ebenfalls seit den 1990er Jahren kontinuierlich erhöht hat, ist die Auswahl von Wallaces Fallbeispielen jedoch kaum geeignet, um einen sicherheitspolitischen Strategiewandel zu belegen (De Castro 2016; Envall und Hall 2016; Kitaoka 2011; Maslow 2015; Miyamoto und Watanabe 2014; O'Shea 2014; Shoji 2014; Tow und Limaye 2016; Wallace 2013).

Insgesamt identifiziert die große Mehrheit der vorliegenden Untersuchungen zur japanischen Außenpolitik im Pazifikraum einen grundlegenden oder zumindest relevanten strategischen Wandel (De Castro 2016; Envall und Hall 2016; Shoji 2014). Oftmals wird in der proaktiven Intensivierung bilateraler Sicherheitskooperationen die Gefahr einer ineffizienten Multilateralisierung und dem Schüren von Argwohn bei China und anderen kleineren Nachbarstaaten angemerkt (Morris 2017: 103–104; Tan 2015: 309). Die überwiegende Mehrheit der Beobachter sieht als Gründe einer proaktiveren Sicherheitspolitik Japans in Südostasien den Versuch, einer ver-

³ Beispiele sind hierfür die neu eingeführten Gesetze *kokusai rengō heiwa iji katsudō nado ni taisuru kyōryoku ni kansuru hōritsu* (Gesetz für die Beteiligung an UN legitimierten Internationalen Friedenseinsätzen), 19. Juni 1992; *National Defense Program Outline* von 1995; *Clinton-Hashimoto Abkommen*, 17. April 1996, welche den Einsatz der SDF im Rahmen von UN-Friedensmissionen (United Nation Peace Keeping Operations, UNPKO) sowie die Unterstützungsmöglichkeiten von US-Einheiten erweiterten.

mehrt aggressiveren Außenpolitik Chinas zu begegnen (De Castro 2016: 145; Hughes 2015; Miyamoto und Watanabe 2014: 99–110).

Empirische *small-n* Forschungsdesigns in Form von Fallstudien zur Bedeutung einzelner bilateraler Sicherheitskooperationen zwischen Japan und südostasiatischen Staaten sind trotz der Fülle des Materials selten. Die Mehrheit der Untersuchungen zum *Pivot South* lässt empirische Tiefe in der Analyse einzelner Untersuchungseinheiten vermissen. Beispiele hierfür sind Studien von Envall und Hall (2016), Lee (2016), Lee und Lee (2016), Tow und Limaye (2016) sowie Wallace (2013).

Der kurze Vergleich existierender Forschungsliteratur verdeutlicht, dass breiter angelegte Studien zu Trends in Japans bi- und multilateral ausgerichteter Sicherheitspolitik in Südostasien notwendig sind. Dieser Artikel versucht durch eine Analyse der Weißbücher des japanischen Verteidigungsministeriums (*bōeisho hakusho, nihon no bōei*) diese Lücke zu schließen und empirische Daten zu generieren, um die Bedeutung des *Pivot South* für Tōkyōs außenpolitische Strategie besser einschätzbar zu machen.

3 Japans sicherheitspolitisches Engagement in Südostasien: Eine empirische Analyse der *Pivot South*-Hypothese

Die folgende empirische Analyse des strategischen Wandels japanischer Sicherheitspolitik in der Region evaluiert zunächst Tōkyōs Beziehungen mit Südostasien seit der zweiten Amtszeit Abes (ab 26. Dezember 2012). Das Datensample stützt sich dabei ausschließlich auf die Weißbücher des japanischen Verteidigungsministeriums. Der Autor ist sich der möglichen Unvollständigkeit bzw. Abweichung von den realen Gegebenheiten bewusst, die sich zwischen den publizierten offiziellen Dokumenten und der tatsächlichen Durchführung militärischer Manöver etc. ergeben können. Offizielle Publikationen der Regierung, von einzelnen Ministerien und anderen Behörden, können in ihren Darstellungen einem gewissen Bias unterliegen und sind von wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu unterscheiden. Die Jahrbücher des Verteidigungsministeriums werden vor ihrer Publikation nicht durch externe Fachleute oder die Opposition begutachtet und sind daher mit dem nötigen kritischen Abstand zu bewerten.

Als Auflistung von Daten zu Ereignissen und Tatsachen, wie der Entsendung von SDF-Einheiten, präsentieren diese Dokumente jedoch keine »verfälschten« Daten und können daher als Grundlage des Datensamples zur Einordnung der japanischen Verteidigungspolitik herangezogen werden. Die Auswertung dieses Materials kann somit dabei helfen, die tatsächliche Manifestation des *Pivots* besser zu beurteilen.

Die Konzentration auf das oben genannte Untersuchungsmaterial hat zwei Hauptgründe: zum einen unterliegen konkretere Strategiepapiere sowie Memos und Korrespondenzen des Außen- und Verteidigungsministeriums in der Regel einem Geheimhaltungszeitraum von dreißig Jahren. Zum anderen beabsichtigt dieser Teil der Untersuchung durch ein Datensample aus wenigen Fällen, also eine *small-n case study*, ein breiteres Bild der qualitativen, militärischen bzw. sicherheitspolitisch relevanten Veränderungen in Japans Südostasienpolitik zu zeichnen. Hierfür sind Datenmengen erforderlich, die einfach zu quantifizieren sind und in einer komparatistischen Untersuchung Vergleichbarkeit erlauben. Bei der Erfassung von Daten durch narrative Interviews wäre die Zuweisung von Variablen um vergleichbare Werte zu generieren ungleich schwieriger.

In einem zweiten Schritt soll die Analyse an einem extremen Fall durchgeführt werden. Ein solcher *extreme*, bzw. *crucial case* bestätigt in seinen Werten die Hypothese überdurchschnittlich (George und Bennett 2005: 9–10; Seawright und Gering 2008: 301–302). Die vietnamesisch-japanische Sicherheitskooperation verdeutlicht, dass der von Abe anvisierte geopolitische Schwerpunkt Richtung Südostasien neue strategische Partnerschaften generiert bzw. die bestehende bilaterale Kooperation in der Region verändert. Diese Veränderungen sollen anhand der Beziehungen mit Vietnam durch eine empirische process tracing Analyse nachvollzogen werden. Eine process tracing Analyse unterscheidet sich vom Großteil der neorealistic und konstruktivistischen Analysen zur japanischen Außenpolitik, indem sie die zu einer politischen Veränderung führenden Entwicklungen genauer nachzeichnet. Da zu Japans sicherheitspolitischer Kooperation mit Vietnam Daten in einem belastbaren Maße generiert werden konnten und die Hypothese am Beispiel dieses Falles in überdurchschnittlichem Maße bestätigt wird, kann auch die Hypothese eines *Strategiewandels* in der japanischen Sicherheitspolitik ausreichend geprüft werden (George und Bennett 2005: 81).

3.1 Statistische Analyse japanischer Sicherheitspolitik in Südostasien

Wie Lebovic und Saunders (2016: 110–118) bereits demonstriert haben, kann der Austausch von Chefdiplomaten im Rahmen bi- und multilateraler Foren als Indikator für die Abnahme oder den Anstieg des Interaktionslevels zwischen Staaten und die Bedeutung von strategischen Faktoren bestimmter Regionen für sicherheitspolitische Strategien einzelner Länder dienen.

Eine Analyse der diplomatischen Interaktionen zwischen Japan und südostasiatischen Staaten auf Grundlage von Treffen der Staats- und Regierungschefs, Kabi-

nettsmitgliedern und dem Austausch auf diplomatischer Ebene zeigt, dass die sicherheitspolitische Kooperation mit Vietnam seit 2012 stark angestiegen ist. Im Vergleich der zehn Kooperationspartner in der Pazifikregion, die sich im Zeitraum von 2012 bis Mitte 2016 im Bereich *capacity building assistance* der SDF mit regionalen militärischen Einheiten austauschten, weist Vietnam den höchsten Wert auf.⁴ Bei einem Gesamtwert von 42 sicherheitspolitischen Interaktionen mit zehn südostasiatischen Staaten ergibt sich ein Median von vier Manövern pro Entsendeland für Einheiten der MSDF, der japanischen Luftstreitkräfte (Air Self-Defense Forces, ASDF, *kōkū jieitai*) oder des Bodenpersonals (Ground Self-Defense Forces, GSDF, *rikujō jieitai*) (MOD 2016: 442–459).⁵ Die deutliche Diskrepanz zwischen dem hohen Wert der Interaktion zwischen japanischen SDF und vietnamesischen Einheiten im Vergleich zum Median deutet daraufhin, dass die sicherheitspolitische Interaktion zwischen Tōkyō und Hanoi überproportional intensiv entwickelt ist.

Auf der anderen Seite ist die Interaktion der japanischen SDF mit Malaysia und Thailand am wenigsten ausgeprägt; beide Länder weisen mit jeweils »eins« den niedrigsten Wert auf. Diese Diskrepanz deutet nicht nur auf einen Bedeutungszuwachs Vietnams als strategischer Partner in Japans Südostasien-Strategie hin. Die Daten demonstrieren zudem einen generellen Anstieg japanischer Kooperationsleistungen, die militärische Komponenten umfassen. Bei der Untersuchung der Weißbücher des Verteidigungsministeriums wurden zunächst die Angaben zu bilateralen Verteidigungsabkommen, sicherheitspolitischen Dialogen und militärischen Übungen überprüft. Diese Datenreihen wurden anschließend in drei Kategorien eingeteilt, sodass sie zwischen diplomatischen/traditionellen Entwicklungsleistungen, *know-how*-Vermittlung (*capacity building*) und tatsächlich militärischen

⁴ Insgesamt umfasst die Auflistung Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, die Mongolei, Myanmar, Ost-Timor, Papua-Neuguinea, die Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam. Bei der Berechnung wurde aufgrund missverständlicher Daten auf die Berücksichtigung der Mongolei und Papua-Neuguineas verzichtet. Weil mit Singapur im berücksichtigten Zeitraum keine militärische Kooperation, sondern lediglich Interaktion auf diplomatischem Level stattfand, wurde auch Singapur bei der Berechnung nicht berücksichtigt (MOD 2015: 382–396, 2016: 448–451). Da die empirischen Daten aus den Angaben der japanischen Weißbücher stammen, ist die Untersuchung in ihrer geographischen Einordnung an die Daten des Verteidigungsministeriums gebunden. Die Auflistung des Verteidigungsministeriums nimmt keine genaue Einordnung der länderspezifischen Daten vor, sodass der Bereich »Asien« teilweise Länder wie Papua-Neuguinea und Indien gemeinsam umfasst. Ferner werden akkumulierte Daten für »ASEAN«-Staaten angeführt, deren Berechnungsgrundlage jedoch unklar bleibt, da die genauen Übungen und teilnehmenden Staaten nicht explizit angeführt werden. Durch die wechselnde Teilnahme von ASEAN-Staaten an Übungen über einen Zeitraum von mehreren Jahren entstünden durch eine Berücksichtigung dieser Daten bei der Analyse starke Verzerrungen.

⁵ Der Median stellt eine Mittelwertberechnung dar, deren Vorteil gegenüber dem arithmetischen Mittel (umgangssprachlich *Durchschnitt*) darin besteht, dass diese weniger anfällig gegenüber extrem abweichenden, d. h. überdurchschnittlich großen oder kleinen, Werten ist (Diekmann 2008: 675).

Inhalten unterscheidbar sind. Als »militärische« Kooperation wurden hierbei der Ausbau von Verteidigungskooperation (*bōei kyōryoku*) sowie Kooperationsleistungen, deren logistische Komponente klar als militärisch identifizierbar ist, und gemeinsame Manöver (*joint military exercises*) klassifiziert. Daneben wurde der Einsatz der SDF für eindeutig zivile Hilfsleistungen, wie beispielsweise Asphaltierung und andere Infrastrukturmaßnahmen, unterschieden. (Auf den möglichen Einwand, dass auch Asphaltierungen und andere Infrastrukturmaßnahmen sicherheitsrelevante Komponenten aufweisen können, wie nicht zuletzt aus der deutschen Geschichte ersichtlich wurde, soll hier nicht weiter eingegangen werden.)

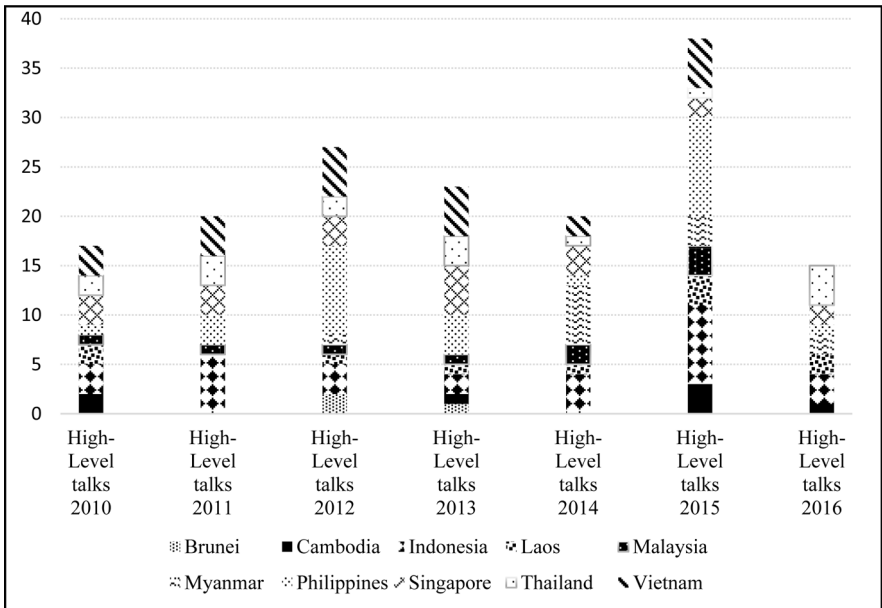
Von allen 69 untersuchten Abkommen, die im Untersuchungszeitraum vom 1. Dezember 2012 bis zum 20. September 2016 abgeschlossen wurden, weisen 43 (62,3 %) eine militärische Komponente auf. Diese Kooperationsvereinbarungen beinhalten die Beteiligung der SDF an multilateralen Militärmanövern, oder involvieren in anderer Weise SDF-Personal, etwa im Rahmen von Ausbildungs-, Versorgungs- und Trainingsleistungen. Etwas mehr als ein Viertel (27,9 %) aller sicherheitspolitischen Interaktionen mit den untersuchten Staaten im berücksichtigten Zeitraum sind »neue« Initiativen. D. h., sie knüpfen nicht an bestehende, periodische Übungen an, sondern wurden neu implementiert. 75 % dieser neuen Initiativen weisen eine militärische Komponente auf und beinhalten entweder die Koordination von Einheiten auf Militär-zu-Militär-Ebene (z. B. der Besuch des japanischen Verteidigungsministers Gen Nakatani in Thailand im Juli 2016) oder konkrete Trainingsübungen unter Beteiligung der Marine oder des Bodenpersonals (GSDF) (MOD 2016: 456).

Eine Analyse aller sicherheitspolitischen Initiativen in Südostasien zwischen 2012 und Mitte 2016 zeigt, dass 46,4 % dieser Initiativen bereits vor der Amtszeit Abes implementiert wurden. Dieses Ergebnis verweist darauf, dass die These einer starken strategischen Fokussierung auf die asiatische Pazifikregion in Abes sicherheitspolitischem Konzept nicht eindeutig bestätigt werden kann. Allerdings wurde ein wesentlicher Teil dieser bereits bestehenden Zusammenarbeit, nämlich 36,2 %, zwischen Ende 2012 und Mitte 2016 weiter ausgebaut und in ihrer sicherheitspolitischen Komponente intensiviert (MOD 2016: 454–457).

Neben der militärischen Kooperation im Rahmen von gemeinsamen Übungen können auf politischer Ebene *high-level talks*, also Spitzengespräche zwischen Mitarbeitern von Außen- und Verteidigungsministerium bzw. dem militärischen Planungsstab, als Beleg für außenpolitische Interaktion dienen (vgl. Abb. 1). Eine Variation der Häufigkeit dieser Gespräche sowie neu eingerichtete bilaterale Dialoge können als Indikator für einen Anstieg bilateralen Austausches fungieren. Sicherheitspolitische Spitzengespräche umfassen in der Regel Mitglieder der bürokrati-

schen Elite des Verteidigungs- und Außenministeriums und dienen zur Abstimmung der Kooperation, Vorbereitung militärischer Abkommen und der weiteren Konkretisierung politischer Zusammenarbeit. Vorher gefasste, informelle Zusagen werden im Rahmen dieses Dialogs in Regeln gefasst und am Politikfeld orientiert bearbeitet. Eine Analyse der sicherheitspolitischen Spitzengespräche zwischen Tōkyō und südostasiatischen Staaten zeigt ein gemischtes Bild. Die Anzahl der Gespräche stieg 2015 im Vergleich zum Vorjahr stark um 90 % an und verzeichnete im Fünfjahresvergleich (2011 – Mitte 2016) eine Zunahme von 40,7 % (MOD 2015: 271, 2016: 312, 452–460).

ABBILDUNG 1: *High-Level Talks between heads of states and defense Japan and SE Asian countries 2010 – mid-2016*



Quelle: MOD (2014: 266, 2016: 454–459)

Diese Messungen umfassen Dialoge mit Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, den Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Der hohe Anstieg lässt sich zum einen durch eine veränderte Sicherheitsarchitektur in Südost- und Ostasien erklären. Ein Ausdruck davon sind die Spannungen im Zusammenhang mit einer veränderten Bedrohungsperzeption gegenüber China, die 2012

zu einem Anstieg der Gespräche mit den Philippinen und Vietnam führte. Das Jahr 2012 stellte im Streit um die Senkaku Inseln einen Höhepunkt an militärischer und politischer Konfrontation dar (Schultz 2015: 172–202).⁶ Einen starken Anstieg der Dialoge verzeichnet zudem das Jahr 2015, in dem Gespräche zwischen Mitgliedern des japanischen Verteidigungsministeriums auf der einen und philippinischen (zehn Meetings) sowie indonesischen Offiziellen (acht Meetings) auf der anderen Seite die Mehrheit ausmachten. Eine Analyse der Daten zeigt einen deutlichen Anstieg der militärischen Dialoge zwischen Japan und südostasiatischen Staaten.

Im Zeitraum zwischen Januar 2012 und September 2016 führten die japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte unter Beteiligung von Luftwaffe-, Militär- und Marineeinheiten insgesamt zwanzig multilaterale Trainingsübungen mit südostasiatischen Staaten durch. Von diesen Trainingseinheiten umfassten 90 % eine Weiterführung bereits implementierter, regelmäßig in Vorjahren durchgeführter Manöver. Knapp 25 % der Übungen wurden intensiviert, modifiziert und in ihren Inhalten im Vergleich zu Vorjahren ausgeweitet. Subtrahiert man von den multilateralen Übungen jene, die unter Beteiligung oder Führung der USA – wie beispielsweise die größte, jährlich stattfindende Übung im Pazifik, COBRA GOLD, oder die Manöver im Rahmen der *Rim of the Pacific Exercises* (RIMPAC) und die Marineübung MALABAR – abgehalten wurden, partizipierten Einheiten der SDF an dreizehn Missionen. Bi- und multilaterale Übungen der SDF, MSDF und der ASDF, die ohne eine Beteiligung der USA in der Region durchgeführt wurden, stiegen konstant an und erreichten bis Mitte 2016 einen Wert von 28,6 % (MOD 2014: 442–450, 2015: 385–390, 2016: 315–373).

Eine Analyse der Interaktion zwischen Spitzendiplomaten des japanischen Verteidigungsministeriums und südostasiatischen Staaten zeigt ein gemischtes Bild. Die Anzahl der Gespräche in bilateralen Sicherheitsdialogen stieg 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 90 % an und verzeichnete im Fünfjahresvergleich eine Zunahme von 40,7 %. Der leichte Anstieg der Sicherheitskoordinationsgespräche mit Nachbarn in der Region lässt sich durch Spannung im Zusammenhang mit dem Senkaku-Konflikt erklären, der 2012 mit seinen politischen »Schocks« einen Höhepunkt erlebte und der zu einer Reorganisation und Intensivierung der regionalen

⁶ Die Senkaku Inseln (*Diàoyú Dǎo jíqí (bùfen) fùshǔ dǎoyǔ*) bezeichnen eine unbewohnte Inselgruppe, die circa 400 km von Okinawa und 330 km vom chinesischen Festland entfernt ist. Seit 1972 befindet sich das Gebiet unter japanischer Verwaltung, China und Taiwan beanspruchen jedoch Teile des Gebietes. Im Sommer 2012 verschärfte sich der Konflikt, als die japanische Regierung bekannt gab, bisher gepachtete Gebiete offiziell von den Privatbesitzern zu erwerben. Zurzeit befinden sich die Inseln unter japanischer Verwaltung. In dem Gebiet um die Inseln werden größere natürliche Gasvorkommen und andere Bodenschätze vermutet.

Sicherheitskooperation zwischen Tōkyō und anderen südostasiatischen Staaten führte (Schultz 2015: 172–202).

Japans sicherheitspolitische Interaktion mit Malaysia verzeichnet den niedrigsten Wert bei der geringsten Variation, was darauf zurückzuführen ist, dass die Regierung in Kuala Lumpur seit 2009 besonders bemüht ist, seine Beziehungen zu China zu stabilisieren und keine Partei in Territorialkonflikten zu unterstützen. Malaysia verfolgt momentan in seiner Außenpolitik gegenüber China eine Politik der Stabilisierung, die auf die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Etablierung einer bevorzugten Partnerschaft (*special relationship*) abzielt. Da China für Malaysia den größten Handelspartner und wichtigsten Touristikmarkt außerhalb der ASEAN darstellt, würden Konflikte zwischen Japan und China das Risiko bergen, sich mit einer Seite zu verbünden. Die außenpolitischen Spannungen könnten sich negativ auf Malaysias Wirtschaft und Handelsbilanz auswirken. Der Appell des malaysischen Premierministers Najib Razak beim Shangri-la Dialog 2011, an einer »gemeinsamen Lösung im Rahmen der ASEAN zu arbeiten, welche die Handelsbeziehungen beider Staaten nicht beeinträchtigen sollte«, verdeutlicht daher, wie sehr Malaysia zu vermeiden versucht, seine Beziehungen zu China durch außenpolitische Regionalkonflikte zu beeinträchtigen. Auch ist generell in der sicherheitspolitischen Elite Malaysias eine geringe Bedrohungsperzeption gegenüber China vorhanden (Parameswaran 2015). Während diese Faktoren für die Konstituierung der sicherheitspolitischen Strategie Japans in Südostasien immanent sind, sieht Washington in einer Intensivierung seiner sicherheitspolitischen Beziehungen mit Malaysia weniger Risiken. Präsident Obama hatte unter anderem eine engere Kooperation mit Malaysia im Rahmen der US-amerikanischen *Pivot to Asia* Strategie forciert (Hiebert et al. 2012: 14–21).

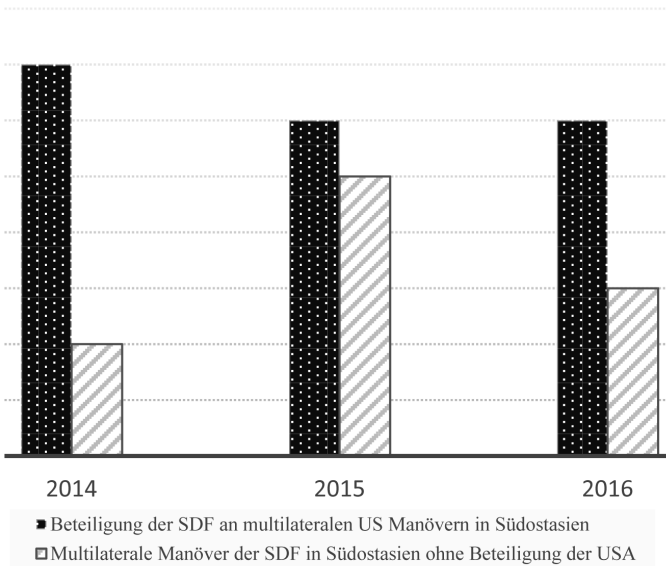
Eine Analyse der Beteiligung von SDF-Einheiten an multilateral koordinierten Manövern kann Aufschluss über die Bedeutung dieser Manöver für Japans sicherheitspolitische Strategie in Südostasien geben. Gleichzeitig kann sie dabei helfen, das Verhältnis der Kooperation Japans mit anderen südostasiatischen Allianzpartnern der USA in multilateralen Netzwerken *ohne* die Beteiligung der USA einzuschätzen. Da die USA mit einer Vielzahl ost- und südostasiatischer Staaten militärische Partnerschaften unterhalten und als Teil dieser Kooperation gemeinsame militärische Übungen im Pazifischen Ozean abhalten, kann eine Beteiligung Japans an diesen multilateralen Übungen die Analyse verfälschen.

Besonders unter der Obama-Administration wurde der strategische Fokus auslandsbasierter, militärischer US-Operationen in Südostasien intensiviert. Daher muss zwischen der Beteiligung von SDF-Einheiten an multilateralen Übungen im Rahmen von Kooperationsleistungen innerhalb der Sicherheitsallianz mit den USA

einerseits und der Partizipation japanischer Einheiten an Übungen mit ausschließlich südostasiatischen Staaten andererseits, unterschieden werden (Carter 01.08.2012; Wallace 2013).

Eine Auswertung der Daten über die Beteiligung der SDF an multilateralen Manövern bestätigt die These eines umfassenden Strategiewandels japanischer Sicherheitspolitik in Südostasien. Allerdings zeigt die Datenanalyse, dass eine Beteiligung der SDF an multilateralen Manövern in Südostasien bis Mitte 2016 im Vergleich zu 2014 leicht abnimmt. Die Anzahl von Übungen der SDF, die mit südostasiatischen Partnerstaaten und ohne Beteiligung der USA durchgeführt wurden, stieg hingegen im Jahr 2015 stark an, um dann in der ersten Hälfte 2016 nur leicht abzunehmen, jedoch immer noch 30 % über dem Wert von 2014 liegen (siehe Abb. 2).

ABBILDUNG 2: *SDF Partizipation an multilateralen Manövern in Südostasien 2014 – Juli 2016*



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von MOD (2014, 2015, 2016).

Wenngleich die Werte insgesamt auf eine Intensivierung des sicherheitspolitischen Fokus auf Südostasien hindeuten, so unterscheiden sich die untersuchten Initiativen und Kooperationsarrangements hinsichtlich ihrer Intensität und inhaltlichen

Ausgestaltung stark. Insgesamt intensivierte Japan seine militärische Kooperation neben dem Ausbau von administrativen Kommunikationskanälen oder bilateralen Treffen auf Ministerebene mit südostasiatischen Staaten wie folgt:

MSDF-Einheiten kooperierten in den Jahren 2012–2016 vermehrt in Übungen zum Ausbau von Kampfaktiken und nahmen gemeinsam mit den USA im Rahmen der Pacific Partnership Initiative von »Malabar 2014–2016« an trilateralen Übungen in Sasebo und Okinawa teil (MOD 2016: 449–451).

Mit Kambodscha wurde die bestehende außenpolitische Kooperation durch die Zusammenarbeit auf militärischer Ebene erweitert. Im Januar 2013 wurden *capacity building*-Projekte in Zusammenarbeit mit kambodschanischen Einheiten eingeleitet. Im März 2014 nahmen MSDF-Einheiten an der *Komodo*-Übung, einem gemeinsamen Marinetraining der ASEAN mit 16 anderen Staaten teil. Im Februar partizipierten hundert Mitglieder des Verteidigungsministeriums und der GSDF, MSDF und ASDF sowie des Joint Staff Office an der *Cobra Gold 15*-Übung in Thailand unter Führung der USA (MOD 2015: 80).

Weitere Beteiligung von MSDF im Rahmen von Entscheidungen in multilateralen Manövern fand durch Übungen im Pazifik (RIMPAC 2016) im Juni 2016 sowie gemeinsam mit philippinischen Einheiten im November 2013 und im Mai 2015 im Rahmen von ASEAN Regional Forum Disaster Relief Exercise (ARF-FiREx)-Übungen in Malaysia statt. Darüber hinaus wurden Einheiten zur Ausbildung von Soldaten nach Ost-Timor zwischen 2013 und 2015 entsendet (MOD 2016: 448).

Ein Großteil der neu eingerichteten Initiativen resultierte aus Vereinbarungen, die auf dem Japan-ASEAN-Vizeaußenminister-Treffen am 7. Oktober 2014 in Yokohama getroffen wurden. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, die Kooperation in den Bereichen Equipment- und Technologieentwicklung sowie *capacity building* und maritimer Sicherheit zu intensivieren (Koh 14.12.2015; METI 2014). Ergebnis der Beratungen war eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Kambodscha, Malaysia, Myanmar und Vietnam in den letzten fünf Jahren (MOD 2016: 445–459).

Die These, dass Japans Sicherheitspolitik seit Beginn von Abes zweiter Amtszeit vermehrt eine Koordination mit südostasiatischen Nachbarstaaten und eine Intensivierung der militärischen Komponente in bestimmten Fällen aufweist, kann bestätigt werden. Die Daten unterstützen die Einschätzung, dass die Sicherheitskooperation zwischen Japan und Vietnam ein besonders gutes Beispiel für Tōkyōs ausgedehnten Fokus Richtung Südostasien darstellt. Ferner deuten sie darauf hin, dass Japan nicht nur durch Entwicklungsmaßnahmen und Strukturhilfeeleistungen versucht, die bilaterale Beziehung zu Myanmar auszubauen, sondern auch die Vernetzung von Kommandostrukturen mit dem Verteidigungsministerium in

Naypyidaw stärker vorantreibt. Belege sind hierfür gemeinsame Übungen zwischen SDF und myanmarischen Einheiten innerhalb eines neu formulierten strategischen Rahmens, der auf stabilere bilaterale Verteidigungsstrukturen in der Mekong-Region abzielt (MOD 2016: 454–456; Koga 2016).

Insgesamt bestätigt die Datenanalyse eine moderate Tendenz der Intensivierung des sicherheitspolitischen Fokus Japans auf die asiatische Pazifikregion. Zudem weist die gestiegene Anzahl der Übungen unter Führung der USA daraufhin, dass Tōkyō insbesondere seine militärische Beteiligung an Washingtons *Pivot to Asia* ausgebaut hat. Dies wird auch dadurch verdeutlicht, dass die SDF in der bilateralen Zusammenarbeit mit südostasiatischen Staaten, etwa mit Thailand oder den Philippinen, häufig Kooperationsleistungen der USA übernimmt. Da somit ein Großteil dieser neuen Kooperationsleistungen innerhalb des organisatorischen Konzepts der Allianz zwischen Washington und Tōkyō stattfindet, ist es fraglich, ob eine Diversifizierung von Sicherheitspartnerschaften Japan tatsächlich mehr Handlungsspielraum in seiner sicherheitspolitischen Strategie einräumen wird (Wallace 2013: 484). Womöglich werden die Optionen japanischer Außenpolitik durch die verstärkte Beteiligung an multilateralen Sicherheitsdialogen unter Führung der USA sogar eher eingeschränkt. Japans regionaler sicherheitspolitischer Ansatz scheint daher ein Versuch zu sein, im Hinblick auf die Demonstration eines verlässlichen außenpolitischen Partners für Washington, Tōkyōs militärisches Engagement im asiatischen Pazifikraum stärker zu definieren.

Im folgenden Abschnitt sollen politische Entwicklungen nachvollzogen werden, die zu diesem »moderaten« *Pivot South* führten. Anschließend sollen diese Mechanismen konkret am Beispiel von Japans Sicherheitskooperation mit Vietnam verdeutlicht werden.

3.2 Inhaltliche Analyse von Japans regionalen Sicherheitspartnerschaften am Beispiel ausgewählter Kooperationen

Im Mai 2014 verdeutlichte Abe in seiner Rede auf dem Asian Security Summit (Shangri La Dialogue) Japans Bestreben, zukünftig mehr sicherheitspolitische Verantwortung in Südostasien zu übernehmen. Als Schlüsselemente dieser Strategie wurde die Kooperation mit ASEAN-Staaten unterstrichen, die Abe bereits im ersten Jahr seiner Wiederwahl zum Premierminister besuchte (Lee 2016: 31). Kernelement dieses proaktiven Beitrags zur Sicherheit in Südostasien ist Japans neues Selbstverständnis, zukünftig nicht mehr nur eine untergeordnete Rolle in einer bi- oder multilateralen Allianz mit den USA einzunehmen, sondern auch eigenständig Sicher-

heitsinteressen zu artikulieren. Ein wichtiger Schritt zu einer umfassenderen Zusammenarbeit zwischen Japan und den ASEAN-Staaten war das Treffen der ASEAN-Außenminister im November 2014, auf dem neben erhöhter Präsenz der MSDF in der Region auch die qualitative Intensivierung der Zusammenarbeit in militärischen Bereichen beschlossen wurde. Im Zentrum stehen hierbei *joint military exercises*, die z. B. im Rahmen von gemeinsamen Übungen der GSDF und ASDF mit der philippinischen Luftwaffe im Februar 2015 durchgeführt wurden (MOD 2016: 449).

Abes Antrittsbesuch aller zehn südostasiatischen ASEAN-Mitgliedsstaaten innerhalb seines ersten Amtsjahres 2013 hatte bereits die neue regionale Gewichtung in Japans sicherheitspolitischer Strategie erkennen lassen (Lee 2016: 31). Bei seiner ersten Amtsreise nach Thailand, Vietnam und Indonesien hatte Abe unterstrichen, dass die Durchsetzung der *Rule of Law* in internationalen maritimen Gewässern sowie die Umsetzung und Verbreitung einer auf Menschenrechten und westlichen Werten basierenden Außenpolitik Japans Südostasienstrategie determinieren werde (JT 20.01.2013). Neben der von Abe forcierten Intensivierung politischer Kooperation zeigt jedoch auch die steigende sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Bereich maritimer Sicherheit, dass das Verteidigungsministerium seit 2013 mit *capacity building*-Programmen durch SDF-Einheiten vor allem die Erweiterung der Verteidigungskapazitäten von südostasiatischen Kooperationspartnern forciert.

Malaysia

Wie bereits die Datenanalyse gezeigt hat, weist Malaysia sowohl im Bereich der sicherheitspolitischen Kooperation in Form von bilateralen Militärübungen mit Japan, als auch im Bereich des strategischen Austausches auf Spitzenebene der Planungsstäbe von Außen- und Verteidigungsministerium den niedrigsten Wert bei der geringsten Variation auf. Die im März 2016 von der MSDF und Verbänden der Royal Malaysian Navy durchgeführten Übungen waren eine Konsequenz der Verbesserung der bilateralen Beziehungen durch die Einrichtung eines Abkommens über eine strategische Partnerschaft im Mai 2015. Obwohl der malaysische Premierminister Najib Razak und Abe die Notwendigkeit der Sicherung von *sea lines of communication* (SLOC) zwischen Südostasien und dem Indischen Ozean betonten, blieb die tatsächliche Kooperation vergleichsweise rudimentär. Die reine Neudefinition sogenannter »strategischer Partnerschaften«, wie beispielsweise mit Kambodscha 2013 und Laos 2015, als Indikator für die Messung intensivierter Kooperation, erscheint daher ungeeignet (Koga 2016).

Inwieweit die Ausweitung von einer erweiterten (*enhanced*) hin zu einer strategischen Partnerschaft im Mai 2015 die Sicherheitskooperation zwischen beiden Staaten tatsächlich empirisch messbar beeinflussen wird, bleibt abzuwarten. Die Kooperation befindet sich erst im Anfangsstadium, indem zunächst die Grundzüge der Zusammenarbeit – insbesondere im Bereich maritimer Sicherheit und Katastrophenhilfe – weiter definiert werden müssen. Andere Bereiche umfassen dezidiert wirtschaftliche Abkommen, wie beispielsweise Japans Beteiligung am Ausbau einer Schnellbahnstrecke zwischen Malaysia und Singapur (Parameswaran 10.05.2015). Die Ergebnisse der Analyse der bisherigen Kooperationsabkommen sowie die empirischen Befunde zur Zusammenarbeit im militärischen Bereich zwischen 2012 und Mitte 2016 aus Teil 3.1 verdeutlichen jedoch, dass die Kooperation zwischen Japan und Malaysia die Hypothese des Ausbaus von Tōkyōs Sicherheitsstrategie in Südostasien (noch) kaum bestätigt. Vielmehr muss im Bezug auf Malaysia von einem *Einleiten* erster Maßnahmen gesprochen werden, die das *Potential* aufweisen, sich in Zukunft zu einer *proaktiven* Allianz zu entwickeln. Erstes Anzeichen hierfür ist die Entsendung eines MSDF-Kreuzers im März 2016 nach Malaysia, welche die Kooperation zwischen Tōkyō und Malaysia nach dreijähriger Pause wiederbelebte (JT 30.08.2016). Die *Pivot*-Hypothese kann jedoch nicht, wie von Wallace (2013: 491–492) behauptet, am Beispiel Malaysias bestätigt werden.

Philippinen

Premierminister Abe hat in den letzten drei Jahren insbesondere die Kooperation mit den Philippinen und Vietnam gestärkt. Für die Philippinen stellt Japan, neben den USA, den einzigen militärischen Allianzpartner dar. Daher war bereits unter dem ehemaligen Präsidenten Benigno Aquino III und Abe eine Ausdehnung der Kooperation durch gemeinsame Truppenübungen fokussiert worden (JT 28.02.2016). Ein wichtiger Schritt war in diesem Zusammenhang die Unterzeichnung eines Verteidigungsabkommens zwischen Japan und den Philippinen am 29. Januar 2015 sowie die anschließende Ausformulierung einer gemeinsamen Strategie für Südostasien (MOFA 29.01.2015, 04.06.2015). Kernelemente dieser Strategie stellen die Stärkung der philippinischen Küstenwache durch japanische Rüstungsexporte, günstige Kreditkonditionen beim Kauf von Patrouillenbooten der japanischen Küstenwache und die Einrichtung regelmäßiger Konsultationen auf Verteidigungsministerebene dar (MOFA 04.06.2015; NKS 27.07.2013).

Beim Besuch des im Juni 2016 neugewählten philippinischen Präsidenten im Oktober 2016 unterstrich Rodrigo Duterte die engen Beziehungen beider Staaten und lud Abe als ersten ausländischen Regierungschef nach Davao City ein. Im Rahmen

dieses Treffens wurde die Teilnahme japanischer Flottenverbände an der bilateralen Seeübung *Balikatan* zwischen den Philippinen und der US Navy im Juni 2017 bestätigt (*PDI* 14.01.2017; Philstar 19.07.2017). Die Fortführung der trilateralen Zusammenarbeit im Rahmen von Seeübungen in Südostasien ist ein Ergebnis der bilateralen Außenpolitik der letzten drei Jahre.

Eine Analyse der Weißbücher des japanischen Verteidigungsministeriums zeigt, dass die Kooperation beider Staaten zwischen 2013 und 2016 kontinuierlich intensiviert wurde. Auf die am 12. November 2013 beschlossene Ausweitung des Personalaustausches von Militäreinheiten und der stärkeren Vernetzung der Kommandostrukturen folgten im Februar 2015 gemeinsame Trainingseinheiten zwischen den ASDF und der philippinischen Luftwaffe. Am 2. Mai 2016 wurde die Auslieferung von fünf TC-90-Maschinen an die philippinische Navy zu Trainingszwecken sowie deren Wartung durch die ASDF beschlossen (Koga 2016; MOD 2016: 455). Der philippinische Präsident hatte in dieser Zeitspanne mehrfach darauf hingewiesen, dass die ebenfalls gestiegene Kooperation mit Peking rein wirtschaftlich sei. Die bilaterale Kooperation zwischen Japan und den Philippinen zeichnet sich – im Gegensatz zu anderen – durch ihre ausgeprägte militärische Komponente aus (*PDI* 28.10.2016).

Tōkyō verfolgt beim Ausbau der militärischen Kapazitäten seiner Kooperationspartner in Südostasien die Strategie, militärisches Gerät zunächst entweder per leasing zur Verfügung zu stellen bzw. an einzelne Staaten, wie die Philippinen und Vietnam, in Form von Niedrigzinskrediten zu »verleihen«. Dass dieses »Überlassen« militärischer Gerätschaften häufig ältere Modelle umfasst, ist kein Grund, dem Export dieser, sicherheitspolitisch immanenten und für die Partizipationsmöglichkeiten kleinerer südostasiatischer Staaten an gemeinsamen Übungen wichtigen, Lieferungen kein Gewicht beizumessen. Dementsprechend sollte das Abkommen über Technologietransfer mit den Philippinen, ebenso wie die Überstellung von MSDF-TC-90-Maschinen an die philippinische Navy als Intensivierung der Kooperation interpretiert werden.

Das Datensample der untersuchten Kooperation zeigt, dass gerade mit Vietnam und den Philippinen zwischen 2013 und Mitte 2016 der militärische Austausch im Bereich »regionaler Sicherheit« signifikant angestiegen ist. Zwischen November 2013 und Mai 2016 beinhaltete Tōkyōs Kooperation mit den Philippinen die Entsendung von MSDF-Einheiten zu Katastrophen- und anderen Rettungsübungen (November 2013), den Besuch von Vize-Verteidigungsminister Nishi Masanori (Januar 2014) sowie die Unterzeichnung eines Abkommens zur Etablierung eines regulären Sicherheitsdialoges zwischen dem japanischen Verteidigungsministerium und dem philippinischen Department of National Defense (*Kagawaran ng Tanggulang Pambansa*) (MOD 2016: 440–455).

Außerdem führten im Februar 2015 Einheiten der ASDF zur Verbesserung der militärischen Koordination im Südchinesischen Meer Übungen zu militärischer Luftverlastung (Airlift) mit philippinischen Einheiten durch.⁷ Darüber hinaus trainierte die ASDF im Mai 2016 philippinische Piloten an zuvor überstellten ASDF-TC-90-Maschinen (MOD 2015: 385–386, 2016: 93–94, 440–450). Verglichen mit der Kooperation mit anderen südostasiatischen Staaten – wie beispielsweise Thailand – zeigt dieses Beispiel, dass der Austausch auf Ministerialebene weiterentwickelt ist und sich bereits feste Strukturen etablieren konnten. Im Gegensatz zu Vietnam besteht hingegen zwischen dem japanischen und thailändischen Verteidigungsministerium kein direkter militärischer Sicherheitsdialog.

Durch die genannten Abkommen wurden die Betankungs- und Stationierungsmöglichkeiten von MSDF-Einheiten auf die Philippinen ausgedehnt, sodass die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme von ASDF und MSDF an bilateralen Manövern mit den USA über einen längeren Zeitraum als bisher ausgeweitet wurde (De Castro 2016: 145–146). Die Intensivierung einer gemeinsamen Strategie im Jahr 2015 schlug sich auch in einem Anstieg von *high-level talks* nieder (siehe Abb. 1). Diese Korrelation weist darauf hin, dass die Verknüpfung einer empirischen Analyse des Anstiegs bilateraler Kooperation auf Grundlage von Materialien des Außen- oder Verteidigungsministeriums, verbunden mit einer process tracing Analyse, durchaus für die Beschreibung des Wandels von sicherheitspolitischen Prozessen hilfreich sein kann.

Eine Analyse der Hypothese am Beispiel vietnamesisch-japanischer Kooperation

Die Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Vietnam geht auf das, von Abe und Premierminister Nguyen Tan Dung bereits im Oktober 2006 formulierte, Joint Statement zur Etablierung einer strategischen Partnerschaft zurück (Thayer 14.10.2014). Der Sicherheitsdialog zwischen beiden Staaten war zwischen 2010 bis 2015 auf konstantem Niveau (vgl. Abb. 1). Allerdings weist die Kooperation die inhaltlich größte Varianz auf, da sie neben dem regelmäßigen Austausch von Verteidigungsministern auch Dialoge zwischen den Stabschefs, Service Chiefs, auch den Austausch von Sicherheitsexperten und die gegenseitige Entsendung von Marineschiffen, Pilotentraining, sowie die Zusammenarbeit in der Luft-

⁷ Luftverlastung (*air lift*) beschreibt i. d. R. den Transport von militärischem Gerät und Einheiten durch den Einsatz von Luftfahrzeugen in regional eng begrenzten Gebieten (keine Interkontinentalstrecken). Häufiger als der Transport durch Flugzeuge ist der Einsatz von Boeing CH-47 Chinook Hubschraubern durch die ASDF.

abwehr und den Austausch von Informations- und Militärtechnologie umfasst (MOD 2016: 445–463).

Seit Anfang 2011 wurde Japans sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Vietnam innerhalb des trilateralen Sicherheitsdialogs mit den USA stark ausgebaut. Der Fokus lag hierbei auf der Intensivierung von Dialogen zwischen politischen Offiziellen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren, die hauptsächlich die Themenbereiche maritime Sicherheit, humanitäre Hilfsleistungen und Katastrophenschutz umfassen. Insgesamt sind 187 Bereiche sicherheitsrelevanter Zusammenarbeit definiert. Diese Bereiche wurden beim ersten bilateralen Treffen der Vizeverteidigungsminister am 26.11.2012 näher konkretisiert und resultierten 2013 in der Belieferung Vietnams mit weiteren Patrouillenbooten sowie der Unterstützung beim Ausbau der Küstenwache durch japanisches und US-amerikanisches Personal (Koga 2016: 3; Mori und Nishihara 2013; Parameswaran 2015). Die Berücksichtigung von Küstenwachen als Teil nationaler Verteidigungsstrategien ist hierbei von großer Bedeutung. Richard Samuels hat bereits darauf hingewiesen, dass der Ausbau der japanischen Küstenwache (*kaijō hoanchō*) durch die Ausweitung ihrer Befugnisse und ihres Umfangs de facto als »vierte Einheit« der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte interpretiert werden kann (Samuels 2007/2008: 95). Dabei kommt die *kaijō hoanchō* vor allem im Bereich von Anti-Terroreinsätzen in Südostasien zum Einsatz und muss als integraler Bestandteil einer Ausdehnung des sicherheitspolitischen Fokus des japanischen Verteidigungsministeriums verstanden werden (Fouse und Sato 2006: 1). Trotz ihrer eingeschränkten, nicht-militärischen Funktion nehmen aktuell Mitglieder der *kaijō hoanchō* an regulären Antiterror-Übungen zusammen mit den MSDF im Pazifik teil (Samuels 2007/2008: 91–92). Samuels' Einwand zeigt, dass auch bei der Auswertung jener bi- und multilateralen Übungen zwischen Japan und Vietnam, die auf die maritime Sicherheit, Katastrophenübungen und den Bereich humanitärer Hilfeleistungen ausgerichtet sind, nicht von einer ausschließlich zivilen Funktion ausgegangen werden darf. Trotz bisweilen andersartiger Einschätzungen sind diese *capacity building* Maßnahmen im humanitären Sektor somit durchaus als Teil der Ausweitung von Tōkyōs sicherheitspolitischer Strategie in Südostasien zu verstehen.

Im Hinblick auf die Territorialkonflikte mit China zeigt die Analyse, dass Japan zunächst bemüht war, die vietnamesischen Kapazitäten im Bereich maritimer Sicherheit auszubauen. Erst ab Anfang 2014 begannen die Außenministerien in Tōkyō und Ho Chi Min City mit dem personellen Austausch zwischen japanischen ASDF und vietnamesischer Luftwaffe. Erste gemeinsame Übungen im Bereich der (zivilen) Luftüberwachung wurden schließlich im März 2014 durchgeführt (MOD 2016: 448–449). Hieran schloss sich am 7. Oktober 2014 ein Treffen der ASEAN-

Vizeverteidigungsminister an, bei dem sich Vietnam mit Japan auf die Ausweitung der Kooperation im Bereich des Technologietransfers verständigten. Anfang 2015 wurde dieser bestehende Austausch bei einem Treffen von Außenminister Kishida und dem vietnamesischen Vizepräsidenten Nguyen Thi Doan durch einen beginnenden *strategischen* Dialog im Bereich maritimer Sicherheit erweitert (Dalpino 2015: 7).

Premierminister Abes Kommentare zur gemeinsamen militärischen Kooperation beim Besuch von Hanoi am 16. Januar 2017 deuten darauf hin, dass die MSDF im Rahmen der »Free and Open Indo-Pacific«-Strategie ihre Kooperation mit der vietnamesischen Marine weiter ausbauen werden. Ergebnis des Treffens war die Ergänzung der bestehenden strategischen Partnerschaft durch einen 44-Punkte-Plan, der die schrittweise Intensivierung der Partnerschaft detailliert kodifiziert. Dieser Plan beinhaltet den Austausch von Militärpersonal sowie Treffen von High-Level-Diplomaten und die Entsendung von MSDF-Einheiten nach Vietnam im Rahmen von sogenannten Hafengesuchen (»Port Call«) oder Freundschaftsbesuchen (»Good Will«-Entsendungen) (Thayer 14.10.2014). Bei einem Treffen zwischen dem japanischen Verteidigungsminister Nakatani Gen und Vietnams Verteidigungsminister General Phung Thanh wurde neben dem Ausbau der Kooperation im Bereich der UN-Friedensmissionen (United Nation Peacekeeping Operation, UNPKO) auch die Ausweitung im Bereich der Luftsicherung und des Trainings der Luftabwehr in sensiblen Regionen, wie dem Südchinesischen Meer, beschlossen (*Thanh Nien News* 06.11.2015; Nguyen 2016: 32; MOD 2016: 456).

Die Intensivierung der bilateralen Sicherheitskooperation mit Vietnam bestätigt die Hypothese einer gestiegenen Intensität der bilateralen Zusammenarbeit mit südostasiatischen Staaten überdurchschnittlich. Die eingeleiteten strategischen Foren und die Ausweitung der sicherheitspolitischen Dialoge deuten neue Akzente in Abes regionaler Sicherheitspolitik in Südostasien an.

4 Fazit

Die vorliegende Untersuchung beabsichtigte, durch eine eingehendere empirische Analyse japanischer Sicherheitspolitik in Südostasien neue Daten zu generieren, um die Hypothese eines verstärkten Fokus auf Südostasien in Tōkyōs außenpolitischer Strategie zu testen. Hierdurch sollte das vergleichsweise junge Forschungsfeld um eine komparative Analyse neuer empirischer Daten erweitert werden, sodass die, im Forschungsdiskurs vertretene, Hypothese erstmals anhand eines umfassenderen Datensamples überprüft werden kann.

Die gesammelten Daten bestätigen eine überdurchschnittlich gestiegene Intensität der sicherheitspolitischen Kooperation mit Vietnam und den Philippinen. Im Fall von Tōkyōs Kooperation mit Malaysia, Myanmar und Brunei konnte die Hypothese jedoch nicht bestätigt werden. Die Daten zur militärischen Kooperation verwiesen in diesen Fällen nicht auf einen Ausbau militärisch relevanter Kooperationsfelder. Eine genauere Untersuchung der Variable gemeinsam abgehaltener Manöver bestätigte die Annahme eines intensiveren militärischen Engagements Japans in Südostasien im Falle der Philippinen und im Rahmen der japanisch-vietnamesischen Kooperation überdurchschnittlich. Im Falle von Malaysia und Thailand konnte die getestete Hypothese nicht bestätigt werden.

Die Untersuchungsergebnisse verdeutlichen zudem die Notwendigkeit der Konkretisierung von Variablen. Japans sicherheitspolitisches Engagement in Südostasien bietet eine große Anzahl möglicher Fallstudien zum Ausbau von bilateraler Kooperation. Weitere Untersuchungen, die sich nicht nur auf die in dieser Analyse vorgeschlagenen Variablen beschränken, sind wünschenswert, um den sicherheitspolitischen Fokus japanischer Außenpolitik genauer beurteilen zu können. Eine politische Agenda, eine außenpolitische Strategie und ein möglicher Wandel derselben weist schließlich wesentlich mehr Facetten auf, als hier berücksichtigt werden konnten. Die Berücksichtigung von Spitzengesprächen und gemeinsamen Militärübungen erschien im Rahmen dieser Analyse zur Erweiterung des strategischen, sicherheitspolitischen Fokus von Japans Südostasienpolitik als dienlich. In den diplomatischen und entwicklungspolitischen sowie handelspolitischen Sektoren, die ebenfalls Bestandteil außenpolitischer Strategien sein können, sind weitere Untersuchungen zur *Pivot South*-Hypothese begrüßenswert. Die bisherigen Initiativen der Abe-Administration, multilaterale Foren und bilaterale Dialoge auszubauen, um sicherheitspolitische Komponenten zu erweitern oder zu intensivieren, verweisen insgesamt auf eine gestiegene Diversifizierung in Japans regionaler außenpolitischer Strategie.

Literatur

- Berger, Thomas U. (2003), *Cultures of Antimilitarism: National Security in Germany and Japan*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Berger, Thomas U. (2007), »The Politics of Memory in Japanese Foreign Relations«, in: Thomas U. Berger, Mike Mochizuki und Jitsuo Tsuchiyama (Hg.), *Japan in International Politics: The Foreign Policies of an Adaptive State*, Boulder: Lynne Rienner, S. 179–211.

- Carter, Ashton (01.08.2012), *The U. S. Strategic Rebalance to Asia: A Defense Perspective*, <http://archive.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1715> (25.04.2017).
- Dalpino, Catharin (2015), »Japan-Southeast Asia Relations: Abe Opens New Fronts«, in: *Comparative Connections*, 17 (1), <http://cc.csis.org/2015/05/abe-opens-new-fronts/> (25.04.2017).
- Dalpino, Catharin (2016), »Japan-Southeast Asia Relations: Incremental, But Groundbreaking Steps«, in: *Comparative Connections*, 18 (1): 139–148.
- De Castro, Renato Cruz (2016), »The Strategic Balance in East Asia and the Small Powers: The Case of the Philippines in the Face of the South China Sea Dispute«, *Pacific Focus*, 31 (1): 126–149.
- Diekmann, Andreas (2008), *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, Reinbek: Rowohlt.
- Envall, H. D. P. und Ian Hall (2016), »Asian Strategic Partnerships: New Practices and Regional Security Governance«, in: *Asian Politics and Policy*, 8 (1): 87–105.
- Fouse, David und Yoichiro Sato (2006), *Enhancing Basic Governance: Japan's Comprehensive Counterterrorism Assistance to Southeast Asia*, <http://apcss.org/Publications/APSSS/JapanCTCooperation.pdf> (25.04.2017).
- George, Alexander und Andrew Bennett (2005), *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, Cambridge: MIT Press.
- Green, Michael J. (2013), »Japan Is Back: Unbundling Abe's Grand Strategy«, Lowy Institute Analysis, December 17, 2013, <https://www.lowyinstitute.org/publications/japan-back-unbundling-abe-s-grand-strategy> (26.04.2017).
- Green, Michael J. und Zach Cooper (2015), *Strategic Japan: New Approaches to Foreign Policy and the U. S.-Japan Alliance*, Lanham: Rowman & Littlefield.
- Hiebert, Murray, Elina Noor, Gregory Poling und Tham Siew Yean (Hg.) (2012), *From Strength to Empowerment the Next Generation of U. S.-Malaysia Relations*, Washington: Center for Strategic and International Studies.
- Hughes, Christopher (2015), *Japan's Foreign and Security Policy under the »Abe Doctrine«: New dynamism or New Dead End?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- JT (Japan Times)* (20.01.2013), »Abe Bolsters Southeast Asia Ties in Bid to Counter China's Rising Threat«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2013/01/20/national/abe-bolsters-southeast-asia-ties-in-bid-to-counter-chinas-rising-threat> (28.04.2017).
- JT (Japan Times)* (18.12.2015), »Japan and the »Maritime Pivot« to Southeast Asia«, <http://www.japantimes.co.jp/opinion/2015/12/18/commentary/japan-commentary/japan-and-the-maritime-pivot-to-southeast-asia/> (28.04.2017).
- JT (Japan Times)* (28.02.2016), »Japan to Supply Philippines with Military Equipment«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2016/02/28/national/japan-to-supply-philippines-with-military-equipment/> (28.04.2017).

- JT* (*Japan Times*) (30.08.2016), »Japan's Defense Diplomacy with ASEAN Member-states«, <http://www.japantimes.co.jp/opinion/2016/08/30/commentary/japan-commentary/japans-defense-diplomacy-asean-member-states/> (28.04.2016).
- Katzenstein, Peter und Nobuo Okawara (1993), *Japan's National Security: Structures, Norms and Policy Responses in a Changing World*, Ithaca: Cornell University Press.
- Katzenstein, Peter (2008), *Rethinking Japanese Security: Internal and External Dimensions*, Oxon: Routledge.
- Kawakami, Takashi (2012), »Beikoku no Senraku Kijiku no Ajia Shifuto to Nichibei Dōmei«, in: *Kaigai Jijō*, 60 (1): 55–72.
- Kawasaki, Tsuyoshi (2001), »Postclassical Realism and Japanese Security Policy«, in: *The Pacific Review*, 14 (2): 221–240.
- Kersten, Rikki (2016), »Contextualising Australia-Japan Security Cooperation: The Normative Framing of Japanese Security Policy«, in: *Australian Journal of International Affairs*, 70 (1): 6–23.
- Kitaoka, Shinichi (2011), »Atarashii Ajia no Chitsujo to Nihon no Yakuwari« [Die neue Ordnung Asiens und Japans Rolle], in: *Gaikō*, 8: 95–101.
- Kitaoka, Shinichi (2013), »2032-nen no Higashi Ajia to Nihon no Yakuwari« [Ostasien im Jahre 2032 und Japans Rolle], in: *Gaikō*, 17: 20–26.
- Kitaoka, Shinichi und Fumiaki Kubo (2016), *Kibō no Nichibei Dōmei: Ajia Taiheiyō no Kaijō Anzen Hoshō* [Erwartungen an die japanisch-amerikanische Allianz: Maritime Sicherheit im asiatischen Pazifik], Tōkyō: Chuō Kōron Shinsha.
- Kotani, Tetsuo (2015), »U. S.-Japan Allied Maritime Strategy: Balancing the rise of Maritime China«, in: Green, Michael J. und Zach Cooper (2015), *Strategic Japan: New Approaches to Foreign Policy and the U. S.-Japan Alliance*, Lanham: Rowman & Littlefield. pp. 35–59.
- Kliman, Daniel (2006), *Japan's Security Strategy in the Post-9/11 World: Embracing a New Realpolitik*, Washington: Praeger.
- Koga, Kei (2016), »Japan's ›Strategic Coordination‹ in 2015: ASEAN, Southeast Asia, and Abe's Diplomatic Agenda«, in: *Southeast Asian Affairs*, 1: 67–79.
- Koh, Swee Lean Collin (14.12.2015), »Japan and the ›Maritime Pivot‹ to Southeast Asia«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2015/12/japan-and-the-maritime-pivot-to-southeast-asia/> (14.12.2015).
- Lebovic, James und Elizabeth Saunders (2016), »The Diplomatic Core: The Determinants of High-Level US Diplomatic Visits, 1946–2010«, in: *International Studies Quarterly*, 60 (1): 107–123.
- Lee, John (2016), »In Defense of the East Asian Regional Order: Explaining Japan's Newfound Interest in Southeast Asia«, in: *Geopolitics, History, and International Relations*, 8 (1): 30–53.

- Lee, John und Lavina Lee (2016), »Japan-India Cooperation and Abe's Democratic Security Diamond: Possibilities, Limitations and the View from Southeast Asia«, in: *Contemporary Southeast Asia*, 38 (2): 284–308.
- Maslow, Sebastian (2015), »A Blueprint for a Strong Japan? Abe Shinzo and Japan's Evolving Security System«, in: *Asian Survey*, 55 (4): 739–765.
- METI (Japanese Ministry of Economy, Trade and Industry) (2014): *Dainanakai Nichi-Asean Jōhō Sekyuriti Seisaku Kaigi o Kaisai shiamsu* [7. ASEAN-Japan Konferenz zur Informationssicherheit eröffnet], <http://www.meti.go.jp/press/2014/10/20141008002/20141008002.pdf> (26.04.2017).
- Miyamoto, Shiguenoli und Paulo Watanabe (2014), »Towards an Uncertain Future? The Strengthening of Japan's Autonomy in Asia-Pacific«, in: *Revista Brasileira de Política Internacional*, 57 (1): 98–116.
- MOD (Ministry of Defense) (2012), *Heisei 24-nenban Nihon no Bōei: Bōei Hakusho* [Weißbuch des japanischen Verteidigungsministeriums 2012], Tōkyō: Bōeishō.
- MOD (Ministry of Defense) (2013), *Heisei 25-nenban Nihon no Bōei: Bōei Hakusho* [Weißbuch des japanischen Verteidigungsministeriums 2013], Tōkyō: Bōeishō.
- MOD (Ministry of Defense) (2014), *Heisei 26-nenban Nihon no Bōei: Bōei Hakusho* [Weißbuch des japanischen Verteidigungsministeriums 2014], Tōkyō: Bōeishō.
- MOD (Ministry of Defense) (2015), *Heisei 27-nenban Nihon no Bōei: Bōei Hakusho* [Weißbuch des japanischen Verteidigungsministeriums 2015], Tōkyō: Bōeishō.
- MOD (Ministry of Defense) (2016), *Heisei 28-nenban Nihon no Bōei: Bōei Hakusho* [Weißbuch des japanischen Verteidigungsministeriums 2016], Tōkyō: Bōeishō.
- MOFA (Japanese Ministry of Foreign Affairs) (29.01.2015), *Memorandum on Defense Cooperation and Exchanges between the Ministry of Defense of Japan and the Department of National Defense of the Republic of the Philippines*, http://www.mod.go.jp/j/press/youjin/2015/01/29a_memo_e.pdf (15.04.2017).
- MOFA (Japanese Ministry of Foreign Affairs) (04.06.2015), *Japan-Philippines Joint Declaration. A Strengthened Strategic Partnership for Advancing the Shared Principles and Fools of Peace, Security, and Growth in the Region and Beyond*, http://www.mofa.go.jp/s_sa/sea2/ph/page4e_000280.html (25.04.2017).
- Morris, Lyle J. (2017), »Blunt Defenders of Sovereignty: The Rise of Coast Guards in East and Southeast Asia«, in: *Naval War College Review*, 70 (2): 75–112.
- Nguyen, Manh Hung (2016), »New Context of Vietnam's National Security Challenges«, ISEAS Yusof Ishak Institute, Mainland Press, Singapore, https://www.iseas.edu.sg/images/pdf/TRS17_16%20rev.pdf (28.04.2017).
- NKS (*Nihon Keizai Shinbun*) (27.07.2013), »Kaijo Keibi Kyoka de Junshitei 10-seki o Kyoko: Nichi-Hi Shunokaidan« [Japanisch-Philippinische Gipfelkonferenz: Überlassung von 10

- Patrouillenbooten], http://www.nikkei.com/article/DGXNASFS27009_X20C13A7MM0000/ (25.04.2017).
- Oros, Andrew (2009), *Normalizing Japan: Politics, Identity, and the Evolution of Security Practice*, Stanford: Stanford University Press.
- O'Shea, Paul (2014), »Overestimating the ›Power Shift: The US Role in the Failure of the Democratic Party of Japan's ›Asia Pivot«, in: *Asian Perspective*, 38 (3): 435–459.
- Parameswaran, Prashanth (2015), *Playing It Safe: Malaysia's Approach to the South China Sea and Implications for the United States*, Washington: Center for New American Security, https://www.files.ethz.ch/isn/189746/CNAS_Maritime_6_Parameswaran_Final.pdf (28.04.2017).
- Parameswaran, Prashanth (10.05.2015), »Japan and Malaysia's New Strategic Partnership: The Two Countries Elevate Their Bilateral Relationship«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2015/05/japan-and-malysias-new-strategic-partnership/> (29.04.2017).
- PDI (Philippine Daily Inquirer)* (28.10.2016), »Philippine Daily Inquirer ›Closer than a Brother«, <http://opinion.inquirer.net/98773/closer-than-a-brother> (28.04.2017).
- PDI (Philippine Daily Inquirer)* (14.01.2017), »Japan to join PH-US military exercises«, <http://globalnation.inquirer.net/151630/japan-join-ph-us-military-exercises> (26.04.2017).
- Philstar Global* (19.06.2017), »Philippines, US navies hold joint maritime training in Cebu«, <http://www.philstar.com/headlines/2017/06/19/1711557/philippines-us-navies-hold-joint-maritime-training-cebu> (26.09.2017).
- Sakaki, Alexandra (2016), »Keeping the Dragon at Bay: The South China Sea Dispute in Japan's Security Strategy«, in: Enrico Fels und Truong-Minh Vu (Hg.), *Power Politics in Asia's Contested Waters: Territorial Disputes in the South China Sea*, Cham: Springer, S. 425–440.
- Samuels, Richard (2007), *Securing Japan: Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia*, Ithaca: Cornell University Press.
- Samuels, Richard (2007/2008): »›New Fighting Power!‹ Japan's Growing Maritime Capabilities and East Asian Security«, in: *International Security*, 32 (3): 84–112.
- Seawright, Jason und John Gerring (2008), »Case Selection Techniques in Case Study Research: A Menu of Qualitative and Quantitative Options«, in: *Political Research Quarterly*, 61 (2): 294–308.
- Schultz, Franziska (2015), »Die Auswirkungen politischer Schocks auf die sino-japanischen Wirtschaftsbeziehungen: Beispiele von 2005, 2010 und 2012«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.): *Japan 2015: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 172–202.
- Schulze, Kai (2016), »Japan's New Assertiveness: Institutional Change and Japan's Securitization of China«, in: *International Relations of the Asia-Pacific*, lcw01, <https://doi.org/10.1093/irap/lcw018> (26.04.2017).

- Shoji, Tomotaka (2014), »The South China Sea: A View from Japan«, in: *NIDS Journal of Defense and Security*, 15 (12): 127–141.
- Tan, See Seng (2015), »Asian Multilateralism in the Age of Japan's ›New Normal‹: Perils and Prospects«, in: *Japanese Journal of Political Science*, 16 (3): 296–314.
- Thanh Nien News* (06.11.2015), »Japan to strengthen defence ties with Vietnam«, <http://www.thanhniennews.com/politics/japan-to-strengthen-defence-ties-with-vietnam-53372.html> (28.04.2017).
- Thayer, Carl (14.10.2014), »Vietnam's Extensive Strategic Partnership with Japan«, in: *The Diplomat*, <http://thediplomat.com/2014/10/vietnams-extensive-strategic-partnership-with-japan/> (26.04.2017).
- Tow, William und Satu Limaye (2016), »What's China Got to Do with It? U.S. Alliances, Partnerships in the Asia-Pacific«, in: *Asian Politics & Policy*, 8 (1): 7–26.
- Wallace, Corey (2013), »Japan's Strategic Pivot South: Diversifying the Dual Hedge«, in: *International Relations of Asia-Pacific*, 13 (3): 479–517.
- Watanabe Taizo und William Tow (2007), »Trilateralism, Southeast Asia and Multilateralism«, in: William Tow, Mark Tohmson, Yoshinobu Yamato and Satu Limaye (Hg.), *Asia-Pacific Security: US, Australia and Japan and the New Security Triangle*, London: Routledge, S. 125–138.

Japan im ökonomischen Gesundheitscheck: Krise der Wirtschaft oder Krise der Wissenschaft?

Frank Rövekamp

Japan, an Economic Health Check: A Crisis of the Economy or a Crisis of Economics?

Current indicators point to the positive performance of the Japanese economy: moderate but steady real growth rate, very low unemployment, low (but positive) inflation, a positive current account balance and healthy balance sheets in the private sector. Nevertheless, analyses of and commentary on the Japanese economy often reach contradictory conclusions. For some economists, the historically high public debt and expanded monetary base are not sustainable; this will have dire consequences such as spiraling inflation or a fiscal and bond crisis (although other experts consider these ›anomalies‹ as fully controllable). Depending on the point of view, very different economic policy recommendations have been put forward.

This paper looks at the arguments and evidence for the first- and then the second-hand view and also tries to identify their respective underlying convictions. It further argues that the current state of economic theory is not able to provide clear guidance when deciding the issues, and lags behind actual developments instead of being able to positively influence the direction they take. Economic policy makers need to move on, but they may be comforted by the fact that the economy has performed better than expected. Whether this positive economic development is sustainable, however, remains to be seen.

1 Einführung

Berichte und Analysen zur Verfassung der japanischen Wirtschaft fallen häufig widersprüchlich aus. Einige Ökonomen schätzen die aktuelle Entwicklung positiv ein, während andere mit Blick auf die Risiken das Land eher nahe am Abgrund sehen. In diesem Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, was dies über die wirtschaftliche Lage Japans einerseits, aber auch über die Verfassung der Fachwissenschaft, der Volkswirtschaftslehre, andererseits besagt. Dazu soll das Analyseschema aus einer anderen Wissenschaft, der Medizin, herangezogen werden.

2 Symptome und Befunde

Unter Berücksichtigung allgemeiner Merkmale für die gesundheitliche Verfassung kann geschlossen werden, dass es dem Patienten momentan weitgehend gut geht.

Ein von der Vergangenheit unverstellter Blick auf die aktuelle wirtschaftliche Verfassung Japans fällt fast durchweg positiv aus: Die Wirtschaft wächst im moderaten Tempo ohne große Schwankungen. Die Zinsen sind niedrig und der Geldwert ist stabil. Die Arbeitslosenquote ist so niedrig wie in keinem anderen Industrieland. Die Gewinne der Unternehmen sind hoch und deren Bilanzen gesund. Die Leistungsbilanz ist nachhaltig positiv. Auffallend sind lediglich eine ungewöhnlich hohe Staatsverschuldung und eine große von der Zentralbank ausgegebene Geldmenge, was allerdings das Leben der Menschen nicht unmittelbar berührt. Im Einzelnen kann zu diesen Punkten noch folgendes ausgeführt werden:

Im 2. Quartal 2017 ist die Wirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), deutlich über den Erwartungen um real 1 % gewachsen. Auf Jahresbasis entsprach dies einem Wachstum von 4 %. Dieses Wachstum wurde vor allem von der Inlandsnachfrage, d. h. von privatem Konsum und von Investitionen der Unternehmen, getragen. Es handelt sich um das siebte Quartal in Folge und damit die längste Periode positiven Wachstums seit elf Jahren. Dieser Trend soll bis zum Jahresende und, in leicht abgeschwächter Form, auch in 2018 anhalten (NKS 14.08.2017).

Mit einem Anstieg des Verbraucherpreisindex um etwa 0,6–0,7 % in 2017 und 2018 ist der Geldwert ausgesprochen stabil, obwohl die Geldbasis, die Menge des von der Zentralbank geschaffenen Geldes, Jahr für Jahr um einen deutlichen zweistelligen Prozentsatz wächst. Auffällig niedrig sind weiterhin die Zinssätze, 10-jährige japanische Staatsanleihen rentieren mit 0,1 % (IMF 2017b).

Die Arbeitslosenquote ist mit ca. 3 % so niedrig, dass vielerorts Fachkräftemangel befürchtet wird oder schon eingetreten ist. Der Anteil von Menschen an der Gesamtbevölkerung, die bereits das Erwerbsalter (15–64 Jahre) überschritten haben, ist jedoch mit 27 % im internationalen Vergleich sehr hoch (MIAC 2017: 59).

Der Überschuss der Leistungsbilanz ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und soll bis Ende 2017 US \$ 199 Mrd. erreichen. Der wesentliche Teil davon sind Kapitaleinkünfte, die aus dem hohen japanischen Auslandsvermögen herrühren. Aber seit 2016 trägt auch die Handelsbilanz wieder zu diesen Überschüssen bei, die zuvor aufgrund hoher Energieimporte für einige Jahre negativ war (EIU 2017: 11).

Die Unternehmensgewinne haben sich über die meisten Branchen hinweg ausgesprochen positiv entwickelt. Dieser Trend hält bereits seit zwei Jahren an und soll sich auch 2018 fortsetzen (NAR 13.05.2017). Beim aktuellen Stand der Aktienkurse – der Aktienindex Nikkei 225 schwankt 2017 um die 20.000er-Marke – empfehlen viele Wertpapierhäuser ihren Anlegern einen Einstieg in den Markt (Deutsche Bank 2017).

Außergewöhnlich hoch ist die (Brutto-)Verschuldung des japanischen Staates, die 2017 wieder 240 % des BIP überschreiten wird. Da auch 2017 und in den Folgejahren ein hohes Haushaltsdefizit erwartet wird, wird die Verschuldung weiter ansteigen (IMF 2017b). Unter den ansonsten weitgehend positiven Merkmalen der japanischen Wirtschaft springt dieser pathologische Befund besonders ins Auge, der aber dadurch gemildert wird, dass die Verschuldung nahezu vollständig auf eigener Währung und weitgehend (zu etwa 90 %) auf inländischen Gläubigern basiert (MOF 2017). Bei näherer Analyse wird deutlich, dass insbesondere die Sozialausgaben, d. h. vor allem Aufwendungen für Renten und Gesundheit, den Staatshaushalt belasten (MIAC 2017: 143).

3 Anamnese

Ein Blick in die Vorgeschichte des Patienten zeigt, dass dieser bis heute durch eine nachhaltige Episode exzessiver Lebensführung geprägt ist, die insbesondere auch psychologische Spuren hinterlassen hat.

Von bis heute prägender Bedeutung sind die Folgen der *Bubble Economy* der 1980er Jahre. Die immensen Aktien- und Grundstücksspekulationen zogen eine Verschuldungskrise und eine tiefe Rezession nach sich. Die Aufräumarbeiten in den 1990er Jahren haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingebrannt: Banken schränkten drastisch ihre Kreditvergabe ein, Industrieunternehmen setzten ihren Schwerpunkt auf Entschuldung statt Wachstum und die privaten Konsumenten agierten mit

äußerster Zurückhaltung. Deflation setzte ein. Der Staat steuerte mit Fiskalprogrammen gegen und die Bank of Japan (BOJ) flankierte die Maßnahmen zunächst durch Zinssenkungen. Die Maßnahmen wirkten nur langsam, so dass schon bald vom »verlorenen Jahrzehnt« gesprochen wurde. In dieser Periode machte sich auch verstärkt der demographische Wandel bemerkbar, d. h. die geringe Kinderanzahl und die steigende Lebenserwartung führten zur Abnahme der Erwerbsbevölkerung und zur Zunahme der Menschen im Rentenalter. Dies belastete zunehmend die staatlichen Sozialkassen. Auf diese Periode gehen die hohe Staatsverschuldung und eine tief sitzende Deflationspsychologie der Bevölkerung zurück (Wakatabe 2015: 21–49).

In den ersten fünf Jahren des neuen Millenniums gelang eine weitgehende Überwindung der Verschuldungskrise und eine Bereinigung des Finanzsektors. Flankiert wurde das von einem Einstieg der BOJ in den Ankauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren (*Quantitative Easing*), um durch die Ausweitung der Geldbasis die Deflation zu bekämpfen (Ueda 2012: 191–193). Bevor jedoch eine nachhaltige Erholung einsetzen konnte, wurde Japan von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich ab 2007 entfaltete, getroffen. Insbesondere nach dem »Lehmann-Schock« im Herbst 2008 rutschte die Wirtschaft wieder in eine tiefe Rezession. Zwar war der inzwischen weitgehend gesundete Bankensektor nicht so stark betroffen wie in anderen Ländern, aber die weltweite Krise setzte insbesondere den stark exportorientierten japanischen Unternehmen zu, deren Geschäfte einbrachen (Hilpert 2009).

Im Jahre 2011 erfuhr die Wirtschaft einen weiteren Schock durch das schwere Erdbeben vor der japanischen Ostküste und das sich anschließende Atomunglück in Fukushima. Die Verwundbarkeit des Landes durch Naturkatastrophen wurde damit noch einmal klar vor Augen geführt (Waldenberger und Eilker 2011).

Der Regierungswechsel nach den Wahlen Ende 2012 markierte den Beginn der sog. *Abenomics* und damit eine neue Phase der Wirtschaftspolitik.¹ Zunächst wurde die geldpolitische Lockerung in eine völlig neue Dimension gehoben. Mit ihrem Programm des *QQE* (*Qualitative and Quantitative Easing*) weitete die BOJ den Ankauf von Staatsanleihen massiv aus und erhöhte damit die Geldbasis auf historische Größen.² Damit wird das Ziel verfolgt, eine stabile Inflationsrate von 2 % zu erreichen, um die hartnäckigen deflatorischen Tendenzen endgültig auszumerzen.

Trotz der hohen Staatsverschuldung sehen die *Abenomics* auch den weiteren aktiven Einsatz von Fiskalpolitik vor. Das letzte große Paket im Gesamtumfang von 28

¹ Einen ausgezeichneten analytischen Überblick über die Grundannahmen, geplanten Maßnahmen und erhofften Wirkungen zu Beginn des Programms gibt Wakatabe (2013).

² Von 2012 bis 2016 ist die Geldbasis um mehr als 300 % auf 437 Billionen Yen gewachsen. Der Wert entsprach 81 % des BIP (BOJ 2017).

Billionen Yen wurde im August 2016 beschlossen und beinhaltet Infrastrukturausgaben, Lohnsubventionen, Kreditbürgschaften u. v. m. (EIU 2016: 42).

Ein Bündel weiterer Maßnahmen wird unter die Überschrift »strukturelle Reformen« gestellt. Hier ergibt sich kein einheitliches Bild. So werden Reformen der Unternehmensverfassung, der Corporate Governance, genauso unter diese Maßnahmen gefasst wie Innovationsförderung und Deregulierung. Eine weitere wichtige Stoßrichtung der strukturellen Reformen ist eine Verbesserung des Umfeldes für den Außenhandel. In diesem Zusammenhang strebt die Regierung den Abschluss von Handelsabkommen mit wichtigen Ländern und Regionen an. Hier liegen bisher gemischte Ergebnisse vor. Einen Rückschlag gab es bei der *Trans-Pacific Partnership (TPP)*, mit dem sich zwölf pazifische Anrainerstaaten³ auf eine umfassende Reduzierung von tarifären und vor allem nicht-tarifären Handelshemmnissen verständigen wollten. Im Januar 2017 erklärten die USA ihren Rückzug von der Vereinbarung, nachdem der neugewählte Präsident Trump dies bereits kurz nach seiner Wahl im November 2016 angekündigt hatte. Zwar haben sich die verbliebenen elf Staaten im Mai 2017 darauf verständigt, einen Abschluss auch ohne die USA erreichen zu wollen, kurzfristige Ergebnisse werden jedoch nicht erwartet (EIU 2017: 21). Ein Erfolg konnte dagegen beim angestrebten Handelsabkommen zwischen Japan und der EU vermeldet werden. Beide Partner verkündeten im Juli 2017 ihre grundsätzliche Einigung und wollen noch offene Punkte bis Jahresende abschließend klären (Hilpert 2017: 7).

Nach fast fünf Jahren ist zu konstatieren, dass die *Abenomics* – trotz viel begleitender Skepsis in Japan und im Ausland – gute Erfolge bei der Verstetigung des Wachstums, bei der Überwindung der Deflation und beim Außenhandel vorweisen können, auch wenn insbesondere das Inflationsziel noch nicht erreicht wurde. Vor allem das inzwischen von inländischer Nachfrage getragene positive Geschäftsklima bei den Unternehmen und deren gesunde Bilanzen lassen darauf schließen, dass die Erfolge nicht nur oberflächlicher Natur sind.

Keine Fortschritte gibt es bisher jedoch bei der Haushaltskonsolidierung. Die Ausgaben steigen ungebremst weiter. Entlastung sollte durch steigende Steuereinnahmen geschaffen werden, aber die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 8 % auf 10 % ist (zunächst) auf den Oktober 2019 verschoben worden. Das Ziel, bis 2020 einen Primärüberschuss⁴ im Staatshaushalt zu erzielen, erscheint inzwischen illusorisch (JT 25.01.2017).

³ Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, USA und Vietnam.

⁴ Primärüberschuss = Positives Saldo von Staatseinnahmen und -ausgaben ohne Berücksichtigung des Schuldendienstes.

4 Diagnose

Als schwierig erweist sich die Stellung der Diagnose. Die Fachexperten sind sich uneinig. Die einen meinen, der Patient sei schwer krank, während ihn andere durch seine Schwächen kaum beeinträchtigt sehen.

Nur zwei Stimmen bekannter Ökonomen verdeutlichen bereits die Spannweite der Auffassungen zur wirtschaftlichen Lage in Japan.

Paul Krugman (20.10.2015) schreibt:

»[W]hile Abenomics has been a favorable surprise, it's far from clear, that it's aggressive enough.«

Hans-Werner Sinn (28.04.2016) dagegen führt aus:

»Abenomics war im Grunde nichts anderes, als mehr von dem Aufputschmittel zu geben, das man der japanischen Wirtschaft schon seit mehr als zwei Jahrzehnten verabreicht hatte ... Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass Japan nun schon ein Vierteljahrhundert herumlaboriert, ohne vom Fleck zu kommen.«

Hinter dieser Kontroverse steckt zunächst die klassische Auseinandersetzung um die Frage, ob das Grundübel in Japan ein Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage ist, oder aber ob es verzerrte und unzureichende Angebotsbedingungen sind, die eine positivere wirtschaftliche Entwicklung zurückhalten.

Dabei herrscht weitgehende Einigkeit über die Probleme, die der demographische Wandel in Japan mit sich bringt: Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung geht zurück, und gleichzeitig steigt der Anteil der Bevölkerung, der nicht mehr am Erwerbsprozess beteiligt und auf Transferleistungen angewiesen ist. Die Folgen davon sind einerseits potentieller Fachkräftemangel. Andererseits steigen bei gegebenen Renten- und Gesundheitssystemen die Belastungen für die Sozialkassen, da das Gesamtvolumen der Rentenzahlungen stetig steigt, und da ältere Menschen deutlich mehr und aufwendigere Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen als jüngere.

Die Meinungen gehen jedoch auseinander, wo es um möglicherweise noch weitergehende Konsequenzen aus dem demographischen Wandel geht, die im Rahmen der These von der »säkularen Kontraktion« diskutiert werden. Demnach sinkt die Konsumneigung in einer alternden Bevölkerung, während die Sparneigung wächst. Das hohe Angebot an Ersparnissen hat zur Folge, dass diese bei positiven realen Zinssätzen (= nominale Zinssätze abzgl. Inflationsrate) nicht mehr vollständig für

Investitionen nachgefragt werden. Das hat chronische Deflation und Wachstumsschwäche zur Folge, wenn der reale Zinssatz nicht in den negativen Bereich fällt (Bernanke 14.04.2005; von Weizsäcker 2015).

Die Beurteilung der japanischen Wirtschaftspolitik fällt somit je nach ökonomischer Denkrichtung unterschiedlich aus. Dies kann idealtypisch in folgender Weise kategorisiert werden⁵:

Klassische angebotsorientierte Ökonomen lehnen eine über einen längeren Zeitraum lockere Geldpolitik und Fiskalprogramme ab und plädieren dagegen für Maßnahmen wie den Abbau öffentlicher Schulden, die Rückkehr zu »normalen Zinssätzen«, die Deregulierung des Arbeitsmarktes etc.

Klassische nachfrageorientierte Ökonomen sehen in geldpolitischer Lockerung und Fiskalprogrammen durchaus probate Mittel gegen Konjunkturschwäche. Es sind jedoch Instrumente, die eher vorübergehend zum Einsatz kommen, bis der Normalzustand wieder erreicht ist.

Nachfrageorientierte Ökonomen, die auch die Überzeugung teilen, dass sich Japan im Zustand »säkularer Kontraktion« befindet, sehen eine lockere Geldpolitik und Staatsausgabenprogramme dagegen als weitgehend dauerhafte wirtschaftspolitische Erfordernisse. Denn negative Realzinssätze verlangen nach Inflation aber unter der Inflationsrate liegenden nominellen Zinssätzen und nach Staatsverbrauch, der die schwachen Konsumausgaben ergänzt.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung überrascht es nicht, dass insbesondere kein Konsens über die Bewertung der aktuellen Geldpolitik auszumachen ist. Denn die Dimension der geldpolitischen Lockerung sprengt alle Erfahrungen eines Industrielandes zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg.⁶ Die massive Ausweitung der Geldbasis durch den Ankauf der Staatsanleihen soll die Geschäftsbanken dazu bewegen, großzügig Kredite an Unternehmen und Konsumenten zu vergeben. Dies erhöht entsprechend die im Umlauf befindliche Geldmenge und führt, so die Theorie, zum gewünschten inflatorischen Druck. Die »Deflationspsychologie« der Bevölkerung soll damit nachhaltig überwunden werden.

Ursprünglich wollte die BOJ eine Inflationsrate von 2 % bereits für das Jahr 2015 herbeiführen, das Ziel wurde aber bis heute nicht erreicht. Dennoch ist festzuhalten, dass die hartnäckige Deflation in Japan inzwischen überwunden erscheint.

⁵ Wakatabe (2015: 52) trifft hier die Unterscheidung zwischen »structural view« und »macroeconomic view«.

⁶ In den frühen 1930er Jahren jedoch gab es eine Periode erfolgreicher »Reflation« der japanischen Wirtschaft unter Führung des damaligen Finanzministers Korekiyo Takahashi. Die verantwortungsvolle Steuerung dieses Prozesses endete mit der Ermordung Takahashis am 26. Februar 1936 (Wakatabe 2015: 99–111).

Auch ist zu konstatieren, dass viele Ökonomen zunächst verkannt haben, dass die Geldpolitik über derartig große Spielräume bei der Ausweitung der Geldbasis verfügt, ohne dass es schnell zu negativen Auswirkungen auf andere Bereiche der Wirtschaft kommt (Kono und Shiraishi 2013).⁷

Die Kritiker der Geldpolitik weisen jedoch noch darauf hin, dass die BOJ mit diesem Programm de facto Staatsfinanzierung betreibt, denn laut Stand vom 31. März 2017 befinden sich 40 % der Staatsanleihen in ihrem Besitz (BOJ 30.06.2017), und über 50 % der neu ausgegebenen Anleihen werden weiter von ihr aufgekauft.⁸ Diese Tatsache relativiert sich auch dadurch nicht, dass die BOJ das Programm strikt mit dem Inflationsziel begründet und die indirekte⁹ Staatsfinanzierung lediglich als automatischen Nebeneffekt betrachtet.

So bleibt das QQE-Programm umstritten. Einige Ökonomen, wie Krugman, sehen dieses als notwendiges Mittel zur »Reflation« der Wirtschaft an, und plädieren ggf. sogar für eine Ausweitung. Andere hingegen sehen große und weiter wachsende Risiken, da die aufgeblähte Geldbasis das Potential birgt, dass es irgendwann zu einem kaum mehr kontrollierbaren Überschießen der Inflation kommt, und dass der Staat weitgehend von fiskalpolitischer Disziplin entbunden wird.¹⁰

Die große geldpolitische Debatte verstellt schließlich zuweilen den Blick dafür, dass es auf der einen Seite auch Konsens in wichtigen Bereichen gibt, und dass auf der anderen Seite Problemfelder existieren, die momentan gar nicht Gegenstand der Diskussion zu sein scheinen.

Weitgehende Einigkeit besteht über die Mängel im japanischen Steuersystem, und damit über die Schwäche der Einnahmenseite im japanischen Staatshaushalt. Hier lautet der Befund, dass die indirekten Steuern, namentlich die Mehrwertsteuer, einen zu geringen Beitrag am Steueraufkommen leisten (Flath 2014: 246–249). Die Einkommensteuersätze dagegen zählen zu den höchsten der Welt und

⁷ Auch der Verfasser konnte sich das nicht so recht vorstellen; 2010 schrieb er (Rövekamp 2010: 219): »Sicher könnte die Bank of Japan die nominellen Verschuldungsprobleme des Staates lösen, indem sie unbeschränkt japanische Staatsanleihen aufkauft, was praktisch dem Drucken von Geld gleichkäme. Dies würde jedoch zu einer galoppierenden und im weiteren Verlauf zu einer Hyperinflation mit entsprechend desaströsen volkswirtschaftlichen Effekten führen.«

⁸ Für das Fiskaljahr 2017 plant die Regierung die Ausgabe von Staatsanleihen in Höhe von 154 Billionen Yen (MOF 2017). Die BOJ plant, ihr Portfolio um 80 Billionen Yen aufzustocken (BOJ 21.09.2017).

⁹ Die BOJ kauft die Anleihen nicht direkt beim Staat, was gesetzlich untersagt ist, sondern auf dem Sekundärmarkt, d. h. bei anderen Marktteilnehmern, i. d. R. privaten Finanzinstitutionen, die die Anleihen zuvor erworben hatten.

¹⁰ So schreibt der ehemalige Governor der Bank of England Mervin King (2016: 363): »In the absence of any serious structural reforms, Japan is on a path to inflation as the only means of reducing the burden of its growing national debt.«

eine Erhöhung der Körperschaftsteuern würde sich negativ auf die Investitionsneigung der Unternehmen auswirken. Hier bestehen daher keine wesentlichen Spielräume.

Ein besonders wichtiges Merkmal Japans wird in den aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussionen nur selten aufgegriffen, vermutlich aufgrund des Gewöhnungseffekts: Der Großraum Tōkyō nimmt eine so überragende Stellung in wirtschaftlicher (wie natürlich auch politischer und kultureller) Hinsicht ein, dass dies nur als Überkonzentration diagnostiziert werden kann. Mit 36 Millionen Menschen lebt mehr als ein Viertel der Bevölkerung im Hauptstadtgebiet,¹¹ Tendenz wachsend. Der überwiegende Teil aller überregionalen Unternehmen führt in Tōkyō seinen Hauptsitz. Fast alle anderen Gegenden in Japan kämpfen dagegen mit einer schrumpfenden Bevölkerung und tragen so die Hauptlast des demographischen Wandels (MIAC 2017: 46–47). Dies lässt kaum Raum für eine vielversprechende wirtschaftliche Regionalentwicklung. Die 47 japanischen Präfekturen sind zu klein und verfügen auch nicht über die administrativen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen, um sich wirksam dagegen stemmen zu können. Vielmehr sind sie auf erhebliche Zuwendungen von der Zentralregierung angewiesen, was ebenfalls eine erhebliche Belastung für den Staatshaushalt darstellt. Die verschiedenen Programme zur regionalen »Revitalisierung« wirken angesichts der Probleme wie ein Feigenblatt. Die Überkonzentration ist weiterhin mit einem offensichtlichen erheblichen Risiko verbunden: Der Großraum Tōkyō zählt zu den seismisch aktivsten Regionen in Japan und kann jederzeit von einem zerstörerischen Erdbeben heimgesucht werden.

5 Therapien mit Risiken und Nebenwirkungen

Wenn es schon bei der Diagnose höchst unterschiedliche Auffassungen gibt, so verwundert es nicht, dass das Meinungsbild hinsichtlich der angemessenen Therapien noch bunter ausfällt. Denn hier ist zu berücksichtigen, dass selbst Fachexperten, die zur gleichen Diagnose gelangt sind, durchaus noch unterschiedlicher Meinung bei der anzuwendenden Therapie sein können.

Die diversen Therapievorschläge zur japanischen Wirtschaft kreisen wesentlich um folgende Fragen: Wie kann das Wachstum verstetigt und erhöht werden? Wie können die Staatsverschuldung und die Risiken im Zusammenhang mit dem QQE-Pro-

¹¹ Neben Tōkyō zählen die Präfekturen Saitama, Chiba und Kanagawa zum Hauptstadtgebiet.

gramm der BOJ unter Kontrolle gebracht werden, ohne dass ein Rückfall in Rezession und Deflation erfolgt? Die Prioritäten und Rezepte unterscheiden sich dabei je nach ökonomischer Denkrichtung. Aber auch, wo grundsätzliche Einigkeit über zu ergreifende Maßnahmen besteht, gehen oft die Meinungen über Timing und akzeptable Nebenwirkungen auseinander.

So führte die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 5 % auf 8 % im Jahre 2014 just zu einem Wachstumsrückgang (Burgschweiger 2014). Für die einen war dies ein akzeptabler Preis für den Schritt, andere jedoch sahen dies als Beleg an, dass die Maßnahme zu früh kam. Diese Auffassung machte sich auch die Regierung zu eigen, so dass die für Juni 2016 geplante weitere Erhöhung auf 10 % zunächst auf Oktober 2019 verschoben wurde (*JT* 01.06.2016). Um den Anteil der indirekten Steuern auf ein im internationalen Vergleich normales Maß zu erhöhen, wird häufig deren mittelfristige Erhöhung bis auf 15 % vorgeschlagen. Aber schlüssige Konzepte für eine Umsetzung dafür fehlen bisher.

Viel Hoffnung wird weiter auf die strukturellen Reformen gesetzt, die vor allem das Wachstum weiter befördern sollen. Im Idealfall soll nachhaltig um die 3 % reales Wachstum erzielt werden. Dann, so die Hoffnung, werden automatisch so hohe Steuereinnahmen generiert, dass die Sanierung des Staatshaushalts auch ohne schmerzhaftes Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen in Angriff genommen werden könnte. Zu den bisher erfolgten Strukturmaßnahmen zählen im Wesentlichen eine Corporate Governance Reform sowie Liberalisierungsschritte im Energie- und Agrarmarkt (Tiefenbach 2015: 212–213). Der Agrarsektor ist zwar gesamtwirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung, aber es besteht ein Zusammenhang zum wichtigen Außenhandel. Denn oft scheitern weitere Handelsliberalisierungen am Widerstand des Agrarbereichs (Hilpert 2017: 31–37). Wenn dieser insgesamt stärker dereguliert wird, nimmt dagegen auch sein Einfluss auf die Gestaltung von Handelsverträgen ab. Diese Reformen sind positiv, allerdings noch nicht der erhoffte »große Wurf«. Der IWF und andere fokussieren sich bei weiteren Reformvorschlägen insbesondere auf den Arbeitsmarkt. Die Unterschiede bei den Beschäftigungsbedingungen zwischen festangestellten und »nicht-regulären« Arbeitskräften sollen verringert und der Anteil von Frauen in verantwortungsvollen Positionen soll erhöht werden. Die Produktivität soll steigen (IMF 2017a). Das mögen vernünftige Vorschläge sein, allein fehlt die Phantasie, wie dadurch angesichts der Vollbeschäftigungssituation ein Wachstumsschub im angestrebten Ausmaß erreicht werden soll.

Es erscheint unrealistisch anzunehmen, dass die Staatsverschuldung allein durch Wachstum eingedämmt werden kann. Dazu wäre vielmehr neben Steuererhöhungen eine tiefgreifende Reform der Sozialversicherungssysteme, insbesondere der

Renten- und Krankenversicherung erforderlich, die u. a. eine Absenkung des Rentenniveaus, Erhöhungen des Renteneintrittsalters, Karenztage sowie höhere Beiträge im Krankheitsfall umfassen müsste. Ein solch umfassender Reformansatz ist momentan jedoch nicht in Sicht.

Nicht überraschend betreffen viele »Therapievorschläge« die Geldpolitik (Tiefenbach 2016: 128–132). Zum einen birgt die außerordentliche Ausweitung der Geldbasis, für die es in der jüngeren Vergangenheit keinen Präzedenzfall gibt, schwer einschätzbare Risiken. Bisher hat diese Ausweitung nicht zu einer entsprechenden Vermehrung der im Umlauf befindlichen Geldmenge geführt, da die Geschäftsbanken das Geld vornehmlich auf Konten bei der Zentralbank halten und nicht durch »liberale« Kreditvergabe in den Umlauf bringen. Das mag sich jedoch in Zukunft ändern. Dann würde nicht nur sehr schnell das Inflationsziel von 2 % erreicht, sondern die Geldentwertung mag uberschieen und sich sehr schnell zu einer galoppierenden Inflation entwickeln. Der gleiche Effekt könnte eintreten, wenn die Wirtschaftssubjekte aufgrund der ultralockeren Geldpolitik das Vertrauen in die Währung verlieren, verstärkt eine Flucht in Sachwerte antreten und durch eine erhöhete Geldumlaufgeschwindigkeit die Inflation über das gewünschte Ausmaß hinaus beschleunigen. In diesem Zusammenhang könnte sich dann die de facto geschaffene Verbindung zwischen Geld- und Fiskalpolitik als fatal erweisen. Denn im Fall einer überschießenden Inflation müsste die BOJ eigentlich durch eine kontraktive Geldpolitik gegensteuern, d. h. die Zinsen erhöhen und die Geldbasis durch den Verkauf von Staatsanleihen verringern. Dies hätte jedoch eine Haushaltskrise zur Folge, die auch in einen Staatsbankrott münden könnte.

Um diesem Szenario vorzubeugen, wird zum einen vorgeschlagen, dass die BOJ nach US-amerikanischem Vorbild den Rückzug aus der ultralockeren Geldpolitik antritt, indem sie bspw. die Ankäufe von Staatsanleihen nach und nach reduziert und ganz einstellt, bevor die negativen Effekte zum Tragen kommen. Wenn dies aber geschieht, bevor das Inflationsziel erreicht ist, und bevor eine Haushaltssanierung eingeleitet wurde, könnten alle bisherigen wirtschaftspolitischen Erfolge der letzten Jahre ad absurdum geführt werden (Kuwabara 24.07.2017).

Ein radikalerer Vorschlag ist dagegen die Umstellung des Geldsystems auf sog. »Vollgeld«. In einem Vollgeldsystem sind die Geschäftsbanken der Möglichkeit beraubt, durch Kredite Geld zu schaffen, da alle Kredite zu 100 % durch bei der Zentralbank gehaltene Reserven gedeckt sein mussen¹². Die Anhänger dieses Systems

¹² Das Konzept geht auf den US-amerikanischen Ökonomen Irving Fisher zurück, der es zu Zeiten der Großen Depression entwickelt hatte (Fisher 1936).

argumentieren, dass damit eine hohe Finanzstabilität gewährleistet sei, da den Geschäftsbanken, die auf eine ganz andere Rolle reduziert wären als heute, die Möglichkeit genommen würde, Spekulationsmasse durch unkontrollierte Geldmengen- ausweitung zu produzieren (Benes und Kumhof 2012). In einem Vollgeldsystem entspricht die im Umlauf befindliche Geldmenge der Geldbasis. Letztere muss entsprechend so weit ausgeweitet werden, dass sie den Liquiditätsbedürfnissen der Wirtschaft entspricht. Der Ansatzpunkt für eine entsprechende Reform in Japan wäre nun die Tatsache, dass Japans Geschäftsbanken bereits über 50 % der Sichteinlagen von privaten Haushalten und Unternehmen als Reserve bei der Zentralbank halten.¹³ Würde nun der Bankensektor veranlasst werden, die Sichteinlagen zu 100 % als Zentralbankreserve zu halten, wäre der Übergang bereits vollzogen. Dies könnte dadurch geschehen, dass die Zentralbank den Geschäftsbanken in Höhe der Differenz weitere Staatsanleihen abnimmt und den Kaufpreis als Reserve »gutschreibt«. Im Ergebnis hätte dann die Zentralbank die volle Kontrolle über den Geldumlauf gewonnen und gleichzeitig einen Großteil der Staatsschulden als »Vermögen« in ihren Büchern stehen. Diese müssten aber nie beglichen werden, da ja die Geldbasis erhalten werden soll. Proponenten dieses Modells wie Waldenberger (2017) argumentieren also, dass Japan damit – gleichsam wie durch einen Zaubertrick – in den allgemeinen Genuss der Vorteile eines Vollgeldsystems kommen und sich damit gleichzeitig weitgehend seiner Staatsschuldenproblematik entledigen könnte.

Natürlich wäre eine solche Reform, die schon einer finanzwirtschaftlichen Revolution gleichkäme, mit ganz eigenen Risiken verbunden, da ein Vollgeldsystem zu einer völligen Neuordnung des gesamten Finanzsystems führen würde und in der Praxis noch nirgendwo getestet wurde. Die Kontrolle des Geldwesens wäre vollständig in die Hand staatlicher Institutionen gegeben. Dies könnte etwa dazu führen, dass der Staat nun vollständig jegliche fiskalische Disziplin fallen lässt. Geht dann das allgemeine Vertrauen in die Währung verloren, könnte ein Schattengeldsystem ganz außerhalb der staatlichen Kontrolle entstehen. Aber auch mit besten Intentionen bestände die Möglichkeit, dass in einem Vollgeldsystem die Liquiditätssteuerung misslingt, und damit die Konjunktur starken Schwankungen ausgesetzt wird. Abgesehen davon besteht völlige Unklarheit, wie der Prozess der Umstellung vom heutigen auf ein Vollgeldsystem praktisch überhaupt zu bewerkstelligen wäre, ohne dass es zu massiven Verwerfungen auf den Finanzmärkten und damit letztlich auch in der Realwirtschaft käme. Eine solche Umstellung entspräche einer schweren und

¹³ Stand 31. März 2017 betragen die Reserven der Geschäftsbanken bei der BOJ 343 Billionen Yen (BOJ 13.04.2017), und die Sichteinlagen des Nichtbankensektors bei den Geschäftsbanken 605 Billionen Yen (BOJ 30.06.2017).

komplizierten Operation am lebenden und wachen Körper, die noch nie zuvor irgendwo durchgeführt wurde. Auch die Deutsche Bundesbank steht einem Vollgeldsystem aus den genannten Gründen skeptisch gegenüber (Deutsche Bundesbank 2017).

Weitere weitreichende Reformideen stehen zur Diskussion:

So schlägt Stiglitz (15.09.2016) die Einführung einer Carbonsteuer vor, die den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid belastet. Je nach Höhe und Ausgestaltung könnte dies umfängliche industrielle Restrukturierungen nach sich ziehen. Dies, so die Idee, würde zu beträchtlicher wirtschaftlicher Dynamik führen, die Steuereinnahmen würden den Staatshaushalt entlasten, und insgesamt könnte damit die Transformation hin zu einer grünen und nachhaltigen Ökonomie eingeleitet werden.

Ein hohes Dynamikpotential hätte auch eine Gebietsreform mit dem Ziel, die Überkonzentration auf den Großraum Tōkyō abzubauen oder zumindest zu lindern. Eine solche Reform könnte sich nicht nur auf das alte, aber seit langem auf Eis gelegte Projekt der Hauptstadtverlagerung beschränken, sondern auch eine Kompetenzverlagerung zugunsten der Präfekturen oder neuer regionaler administrativer Strukturen beinhalten. Wahrscheinlich ergäben sich auch positive Impulse auf die demographische Entwicklung und der Umfang der durch ein mögliches Großbeben im Raum Tōkyō ausgelösten Folgeschäden könnte beträchtlich reduziert werden. Seit den Zeiten von Kakuei Tanaka in den frühen 1970er Jahren hat es jedoch keinen ernstzunehmenden großen Entwurf für ein solches Reformprogramm mehr gegeben.¹⁴

Nun wird zurecht vielfach darauf hingewiesen, dass angesichts des institutionellen Gefüges in Japan, mächtiger Interessengruppen und politischer Prioritäten, die nicht im wirtschaftspolitischen Bereich liegen mögen, die Umsetzung einschneidender Reformen sehr unwahrscheinlich ist, solange nicht akute Krisenlagen dazu zwingen (Tiefenbach 2015: 212–215).

Daher muss schließlich überdacht werden, wie mögliche Szenarien aussehen, wenn überhaupt keine besondere »Therapie« angewendet wird. Sollte dann das angestrebte hohe Wachstum um 3 % ausbleiben, wird als Konsequenz oft angenommen, dass Japan auf eine Haushalts- und Verschuldungskrise oder eine unkontrollierte Inflation zusteuert.¹⁵ Beides hätte nachhaltig negative Auswirkungen auf die mittel- und langfristigen Wachstumsaussichten.

¹⁴ Kakuei Tanaka, Premierminister Japans von 1972–1974, verfolgte einen umfassenden Plan zur geographischen und ökonomischen Dekonzentration Japans (Sargent 1975), der jedoch nie umgesetzt wurde.

¹⁵ So etwa die Auffassung der Rating-Agentur Fitch (BMI Research 2017).

Möglich ist jedoch auch, dass der Staat vor einer krisenhaften Zuspitzung auf verstärkte finanzielle Repression¹⁶ setzt, oder auch drastische Maßnahmen ergreift wie die Umstellung der mit festen Laufzeiten ausgestatteten Anleihen auf ewige Anleihen, die zwar verzinst aber nicht zurückgezahlt werden (Stiglitz 15.09.2016). Denkbar ist weiterhin, dass sich der Staat in der Zukunft durch eine einmalige aber ausreichend hohe Vermögenssteuer Entlastung verschafft.¹⁷ Das Staatsverschuldungsproblem ist wesentlich ein innerjapanisches, was die Möglichkeit eines solchen Zwangstransfers grundsätzlich eröffnet. Die japanische Bevölkerung würde es sicher nicht mit Wohlgefallen sehen, aber wenn sie darauf verzichtet, sich nachhaltig dagegen zu stemmen, und sich schließlich fügt, könnte die vielbeschworene »Krise« vielleicht ausfallen.

6 Abschließender ärztlicher Rat und Fazit

Der Patient sollte sich nicht verrückt machen lassen. Einerseits geht es ihm momentan besser, als viele ihm einreden wollen, andererseits ist die Fachwissenschaft damit überfordert, einheitliche und konsistente Empfehlungen abzugeben. Von radikalen Therapien mit unklarem Nutzen und hohem Risiko ist daher abzuraten. Die chronischen Leiden sind aber im Auge zu behalten.

Die meisten Prognosen gehen momentan davon aus, dass die japanische Wirtschaft in den kommenden Quartalen weiter moderat wächst, und kein Rückfall mehr in die Deflation erfolgt. Krisenhafte Zuspitzungen werden momentan nicht erwartet. Das eröffnet Spielräume, die genutzt werden sollten, um eine Haushaltssanierung einzuleiten, was letztlich auch einen Exit aus der ultralockeren Geldpolitik ermöglichen würde.

Es muss jedoch konstatiert werden, dass die Volkswirtschaftslehre zu keiner einheitlichen Auffassung kommt, was die tieferliegenden Probleme in Japan und entsprechend zu treffende Maßnahmen betrifft. Ein solcher Dissens ist nicht neu. Schon die Reaktionen auf den Zusammenbruch der *Bubble Economy* fielen sehr un-

¹⁶ Offene aber oft auch versteckte staatliche Einflussnahme des Staates auf die Finanzmärkte mit dem Ziel, negative Begleiterscheinungen zu hoher Staatsverschuldung zu unterdrücken, werden als »finanzielle Repression« bezeichnet. Dazu zählen die Manipulation von Zinssätzen, nicht marktkonforme Beziehungen zu Finanzinstitutionen, Einschränkungen im Zahlungsverkehr etc. (Reinhart und Sbrancia 2011: 6).

¹⁷ Es gibt diverse Vorbilder für die Ausgestaltung hoher einmaliger Vermögenssteuern. Deutschland etwa hat solche auf Basis des 1952 verabschiedeten »Lastenausgleichsgesetz« erhoben. Die Abgaben beliefen sich auf 50 % der berechneten Vermögenswerte (Hauser 2011).

terschiedlich aus. Für die einen haben die Fiskalprogramme in den 1990er Jahren und die schon damals einsetzende Geldpolitik Schlimmeres verhindert, für die anderen wurden dadurch die Probleme nur verschleppt.¹⁸ Die Auseinandersetzungen zwischen eher angebots- und eher nachfrageorientierten Ökonomen haben sich im Verlauf der weiteren Jahre noch verschärft. Dafür scheinen die folgenden beiden Gründe maßgeblich sein:

- Die moderne unkonventionelle ultralockere Geldpolitik, die mit dem *Quantitative Easing* Programm der BOJ ab 2001 ihren Anfang nahm, im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 auch in den USA und in Europa zu Prominenz gelangte und durch die *Abenomics* auf eine neue Stufe gehoben wurde, hat die Wirtschaftstheorie kalt erwischt. Dafür existierten keine Präzedenzfälle und keine allgemein akzeptierten Modelle.¹⁹ Der Diskurs über die Wirksamkeit und Risiken dieser Politik muss daher auf absehbare Zeit weitgehend theoretisch geführt werden und ohne fundierte Empirie auskommen.
- Ebenfalls dem gesicherten empirischen Zugriff entzieht sich die These von der säkularen Kontraktion. Ob sie der Realität entspricht oder nicht, hat jedoch, wie gesehen, weitgehende Implikationen und führt daher zu unterschiedlichen Politikempfehlungen.

Wie immer kann die Wirtschaftspolitik jedoch nicht auf gesicherte volkswirtschaftliche Erkenntnisse warten, sondern muss sich unter großer Unsicherheit und im Rahmen des politisch Opportunen fortbewegen. Wenige Chancen haben daher momentan größere Vorhaben wie eine grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme. Es ist daher weiter mit eher inkrementalen »strukturellen Reformen« zu rechnen. Ob dann ein Produktivitätssprung ausreichendes Wachstum kreiert, oder ob es am Ende zu einer Haushalts- und Kapitalmarktkrise und/oder zu einer unkontrollierbaren Inflation kommt, oder ob die Situation durch eine »schlichte« Maßnahme wie der Umstellung der Staatsschuld auf ewige Anleihen bereinigt werden kann, muss momentan offen bleiben. In jedem Fall wird die Volkswirtschaftslehre anschließend die Ursachen für das eine oder das andere Ergebnis erforschen.

¹⁸ Wakatabe (2015: 51–79) gibt einen sehr guten Überblick vor allem über den innerjapanischen Diskurs.

¹⁹ Diese Misere wird durch den renommierten Makroökonom Stefan Homburg dadurch auf den Punkt gebracht, dass er erst jetzt, im August 2017, feststellen kann (Homburg 2017: 278): »For an extended period, Japan's monetary conduct was unique in the world. Many expected that the country would return to normality at some point, making major revisions of macro textbooks unnecessary. This attitude is beginning to change.«

Literatur

- Benes, Jaromir und Michael Kumhof (2012), *The Chicago Plan Revisited*, IMF Working Paper WP/12/202, Washington: IMF (International Monetary Forum).
- Bernanke, Ben S. (14.04.2005), *The Global Savings Glut and the U. S. Current Account Deficit*, Homer Jones Lecture, St. Louis, <https://www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/200503102> (23.09.2017).
- BMI Research (Business Monitor International Research) (2017), *Japan Country Risk Report: Executive Summary*, <https://store.bmiresearch.com/japan-country-risk-report.html> (19.09.2017).
- BOJ (Bank of Japan) (2017), <https://www.boj.or.jp/statistics/pub/sk/data/sk1.pdf> (23.09.2017).
- BOJ (Bank of Japan) (13.04.2017), *Money Stock*, <https://www.boj.or.jp/en/statistics/money/ms/ms1703.pdf> (23.09.2017).
- BOJ (Bank of Japan) (30.06.2017), *Flow of Funds for the 1st Quarter of 2017*, <https://www.boj.or.jp/en/statistics/sj/sjexp.pdf> (23.09.2017).
- BOJ (Bank of Japan) (21.09.2017), *Statement on Monetary Policy*, https://www.boj.or.jp/en/announcements/release_2017/k170921a.pdf (19.09.2017).
- Burgschweiger, Nadine (2014), »Abenomics weiter auf Erfolgskurs? Japans Wirtschaft vor und nach der Anhebung der Konsumsteuer 2014«, in: David Chiavacci und Iris Wiczorek (Hg.), *Japan 2014: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 123–145.
- Deutsche Bank (2017), *Markt & Meinung: Sonnenaufgang an Japans Aktienmarkt?*, https://www.deutsche-bank.de/pfb/content/markt-und-meinung_sonnenaufgang-an-japans-aktienmarkt.html (20.09.2017).
- Deutsche Bundesbank (2017), »Die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess,« in: *Deutsche Bundesbank Monatsbericht*, April: 15–36, https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichts-aufsaeetze/2017/2017_04_geldschoepfungsprozess.pdf?__blob=publicationFile (23.09.2017).
- EIU (The Economist Intelligence Unit) (2016), *Country Report Japan: September 2016*, London: EIU.
- EIU (The Economist Intelligence Unit) (2017), *Country Report Japan: June 2017*, London: EIU.
- Fisher, Irving (1936), »100 % Money and the Public Debt«, in: *Economic Forum*, Spring: 406–420.
- Flath, David (2014), *The Japanese Economy: Third Edition*, Oxford: Oxford University Press.
- Hauser, Richard (2011), »Zwei deutsche Lastenausgleiche: Eine kritische Würdigung«, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 80 (4): 103–122.

- Hilpert, Hanns Günther (2009), »Japans konjunktureller Einbruch in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2009: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung, S. 135–148.
- Hilpert, Hanns Günther (2017), *Japans multiple Handelspolitik: Die Chancen des europäisch-japanischen Freihandelsabkommens*, SWP-Studien 2017/S 15, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).
- Homburg, Stefan (2017), »Understanding Benign Liquidity Traps: The Case of Japan«, in: *German Economic Review*, 18 (3): 267–282.
- IMF (International Monetary Fund) (2017a), *Japan: Staff Concluding Statement of the 2017 Article IV Mission*, <http://www.imf.org/en/News/Articles/2017/06/19/MS061917-Japan-Staff-Concluding-Statement-of-2017-Article-IV-Mission> (19.09.2017).
- IMF (International Monetary Fund) (2017b), *IMF Executive Board Concludes 2017 Article IV Consultation with Japan*, <https://www.imf.org/en/News/Articles/2017/07/31/pr17307-japan-imf-executive-board-concludes-2017-article-iv-consultation> (19.09.2017).
- JT (*Japan Times*) (01.06.2016), »Abe Delays Tax Hike Weeks before Election«, <https://www.japantimes.co.jp/news/2016/06/01/national/politics-diplomacy/abe-delays-tax-hike-weeks-election/> (24.09.2017).
- JT (*Japan Times*) (25.01.2017), »Japan's Fiscal 2020 Primary Budget Deficit Put at Yen 8.3 Trillion«, <https://www.japantimes.co.jp/news/2017/01/25/business/economy-business/japans-fiscal-2020-primary-budget-deficit-put-%c2%a58-3-trillion/> (24.09.2017).
- King, Mervin (2016), *The End of Alchemy: Money, Banking and the Future of the Global Economy*, London: W. W. Norton.
- Kono, Ryutaro und Hiroshi Shiraiishi (2013), »Japan: »Abenomics««, in: *ConsensusEconomics*, http://www.consensuseconomics.com/News_and_Articles/Japan_Abenomics109.htm (24.09.2017).
- Krugman, Paul (20.10.2015), »Rethinking Japan«, in: *The New York Times*, <https://krugman.blogs.nytimes.com/2015/10/20/rethinking-japan/?mcubz=1> (19.09.2017).
- Kuwabara, Minoru (24.07.2017), »Seeking an Exit Strategy from the Bank of Japan's Extreme Monetary Easing«, in: *Nippon.com: Your Dorway to Japan*, <http://www.nippon.com/en/currents/d00338/> (07.10.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications, Statistics Bureau) (2017), *Japan Statistical Yearbook 2017*, Tōkyō: MIAC.
- MOF (Ministry of Finance) (2017), *Highlights of FY2017 Government Debt Management*, http://www.mof.go.jp/english/jgbs/debt_management/plan/e161222set_overview.pdf
- NKS (*Nihon Keizai Shinbun*) (14.08.2017), »Tenken Nihon Keizai« [Die japanische Wirtschaft unter der Lupe], https://www.nikkei.com/article/DGXLASF14H2Z_U7A810C1I00000/ (20.09.2017).

- NAR (*Nikkei Asian Review*) (13.05.2017), »Japan Inc. Heading for Second Straight Record Profit«, <https://asia.nikkei.com/Business/Trends/Japan-Inc.-heading-for-second-straight-record-profit> (20.09.2017).
- Reinhart, Carmen M. und Sbrancia M. Belen (2011), *The Liquidation of Government Debt*, NBER Working Paper 16893, Cambridge: National Bureau of Economic Research (NBER).
- Rövekamp, Frank (2010), »Japans öffentliche Verschuldung: Droht der Staatsbankrott?«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2010: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung, S. 205–220.
- Sargent, John (1975), »Regional Development Policy in Japan: Some Aspects of the Plan for Remodeling the Japanese Archipelago«, in: W. G. Beasley (Hg.), *Modern Japan: Aspects of History, Literature and Society*, Tōkyō: Charles E. Tuttle, S. 227–243.
- Sinn, Hans-Werner (28.04.2016), »Man schaue sich Japan an«, in: *Die Zeit*, <http://www.zeit.de/2016/17/zinsen-japan-verschuldung-nullzins-ezb> (19.09.2017).
- Stiglitz, Joseph (15.09.2016), »A New Economic Plan for Japan«, in: *World Economic Forum*, <https://www.weforum.org/agenda/2016/09/joseph-stiglitz-a-new-economic-plan-for-japan> (19.09.2017).
- Tiefenbach, Tim (2015), »Eine Frage der Zeit: Das Scheitern von Abenomics«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2015: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 203–221.
- Tiefenbach, Tim (2016), »Erwartungsbildung unter Unsicherheit: Der blinde Fleck von Abenomics«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2016: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 116–136.
- Ueda, Kazuo (2012), »Deleveraging and Monetary Policy: Japan since the 1990s and the United States Since 2007«, in: *Journal of Economic Perspectives*, 26 (3): 177–202.
- Wakatabe, Masazumi (2013), *Abenomikkusu Kaibō* [Sezierung der Abenomics], Tōkyō: Nihon Keizai Shinbun Shuppansha.
- Wakatabe, Masazumi (2015), *Japan's Great Stagnation and Abenomics: Lessons for the World*, New York: Palgrave Macmillan.
- Waldenberger, Franz und Jens Eilker (2011), »Das Tōhoku-Erdbeben: Wirtschaftliche Auswirkungen«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.): *Japan 2011: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung, S. 187–226.
- Waldenberger, Franz (2017), »Fully Reserve-Backed Money: A Solution to Japan's Fiscal and Monetary Challenges«, in: Frank Rövekamp, Moritz Bälz und Hanns Günther Hilpert (Hg.), *Cash in East Asia*, Cham: Springer, S. 77–98.
- von Weizsäcker, Carl Christian (2015), »Kapitalismus in der Krise? Der negative natürliche Zins und seine Folgen für die Politik«, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 16 (2): 189–212.

Das japanische Modell der Arbeitsplatzsuche: Historische Entwicklung und gegenwärtige Situation

Adam Jambor¹

The Japanese Job-Hunting Model: Historic Development and the Current Situation

This paper takes a close look at the transition process from university to labor market (shūshoku katsudō) that Japanese students undergo in their last year of study. Based on the premise that Japanese students are supposed to finish their job-hunting while still enrolled at university, countless rules were established that standardized the time-frame of this transition process and defined the function of all those involved. This formalized transition process, which sees undergraduate students committing themselves to employment well before beginning work, was thought to be so effective that labor market expert Hamaguchi called Japan a society without youth labor issues. However, following the long recession, caused by the burst of the so called 'bubble economy', and the world financial crisis, belief in the functionality of the transition process became undermined. This change saw several institutional actors (the Ministry of Health, Labor and Welfare, prefectures, and universities) intensify the career support provided to students during the job-hunting process, but not to question the system itself. Based on field studies in the prefecture of Okinawa, this paper examines and evaluates the historical development of university-based career support and its most recent changes. I argue that these structural adjustments may lessen the burden on universities, but do not solve the problems inherent in the transition process itself.

¹ Die vorliegende Forschungsarbeit wurde durch Stipendien des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) und des Deutschen Instituts für Japanstudien (DIJ) gefördert.

1 Einleitung

Dieser Aufsatz beschäftigt sich mit dem Übergangsprozess in den Arbeitsmarkt (*shūshoku katsudō*), den japanische Studierende in ihrem letzten Universitätsjahr durchlaufen. Da die Arbeitsplatzsuche in Japan bereits während der universitären Ausbildung stattfindet und als Ziel der kontinuierliche und kollektive Übergang in den Arbeitsmarkt im April des Abschlussjahres gilt, haben sich unzählige Regelungen etabliert, die sowohl der Vereinheitlichung des zeitlichen Ablaufs dienen, als auch die Funktion der jeweiligen Akteure bestimmen. Dieses System des Übergangs galt als so funktional, dass der Arbeitsmarktforscher Hamaguchi (2013: 108–110) vom Japan der Nachkriegszeit als einer Gesellschaft ohne Probleme bezüglich der Beschäftigung junger Menschen spricht.

Der Übergangsprozess vom Bildungssystem in die Beschäftigung wurde von westlichen Soziologen aufgrund seiner hohen Effektivität bis in die 1990er für vorbildlich gehalten (Brinton 2011: 48). Im Zuge der langjährigen Rezession seit dem Platzen der *bubble economy* und insbesondere der Weltfinanzkrise wurde der Glaube an diese Funktionalität erschüttert, was zahlreiche institutionelle Akteure (Arbeitsministerium, Präfekturen und Universitäten) dazu veranlasste, die Betreuung von Studierenden im Prozess der Arbeitsplatzsuche seit den 2000er Jahren zu intensivieren, ohne das Modell der frühzeitigen Festlegung auf einen Arbeitsplatz an sich in Frage zu stellen.

Der vorliegende Beitrag ist gegliedert in zwei Abschnitte: erstens einen historischen Überblick, und zweitens eine eigene Fallstudie in der Präfektur Okinawa. Der historische Überblick dient dabei der Kontextualisierung der Fallstudie. Es soll deutlich werden, wie und warum sich das System des Übergangs mit den damit verbundenen Institutionen in Japan entwickelt hat. Hierauf aufbauend zeigt die Fallstudie den Bewusstseinswandel der Institutionen und die hierauf anschließenden strukturellen Anpassungen seit den 2000ern. Es wird argumentiert, dass das Aufkommen neuer Institutionen die universitäre Karriereberatung entlastet, systemimmanente Probleme, die durch die frühzeitige Festlegung auf einen Arbeitsplatz entstehen, jedoch nicht angegangen und gelöst werden.

2 Das japanische Modell der Arbeitsplatzsuche

»Shūshoku katsudō is closely tied to ›lifetime employment‹« (Mathews 2007: 105). Ein Einstieg in den vergleichsweise sicheren, primären Arbeitsmarkt mit den Privilegien des »japanischen Beschäftigungsmodells« ist ohne die Teilnahme am Prozess

der Arbeitsplatzsuche unmöglich. Auch aus diesem Grund beschreiben Teicher und Teichler (2000: 9) den Übergang von der Universität in ein Unternehmen als »Knotenpunkt in der Festlegung des sozio-ökonomischen Status«. Relevante Akteure in diesem Übergangsprozess sind neben den Arbeitssuchenden die Personalabteilungen in Unternehmen, Verantwortliche für Fragen der Beratung und Vermittlung an Hochschulen, die öffentliche Arbeitsverwaltung und gegebenenfalls noch private Arbeitsvermittlungen bzw. Beratungsstellen (Teicher und Teichler 2000: 13, 70–71).

Teicher und Teichlers Betonung der zentralen Rolle, die der Übergang in die Beschäftigung spielt und spielte, ist jedoch keinesfalls eine neue Erkenntnis, wurde sie doch schon von Vogel (2013) beschrieben. Die außergewöhnliche, gesellschaftliche Bedeutung der Erstanstellung in Japan muss demzufolge über Jahrzehnte stabil gewesen sein. So stabil die gesellschaftliche Verortung der Erstanstellung auch war, bedeutet dies aber keineswegs, dass sich der Übergangsprozess nicht verändert hätte. In diesem Abschnitt wird daher die historische Entwicklung der Arbeitsplatzsuche in Japan beschrieben, um die Bedeutung der Institutionen für den Übergangsprozess von der Universität in die Beschäftigung zu veranschaulichen.

2.1 Anfänge der Arbeitsplatzsuche

Während Beruf und Lebensmittelpunkt in der Edo-Zeit (1603–1868) durch das Ständesystem vorbestimmt waren, sorgte dessen Abschaffung im Zuge der Meiji-Restauration und die damit verbundenen, neuen Möglichkeiten sozialer und regionaler Mobilität dafür, dass Individuen potenziell alle Beschäftigungsformen offenstanden (Yamada 2007: 40–45). Die freie Berufswahl erweiterte die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen, zwang Unternehmen aber gleichzeitig dazu, neue Evaluierungsmethoden zu entwickeln.

Während bereits Ende des 19. Jahrhunderts Einstellungsprüfungen für Beamte durchgeführt wurden, war der Übergang von der Universität in den Privatsektor weder einheitlich noch transparent (Fukui 2008: 204). Anfang des 20. Jahrhunderts änderte sich die Anstellungspraxis dahingehend, als dass einerseits Einstellungsprüfungen eingeführt wurden, der Großteil der Studierenden aber über Vermittlung durch Dritte einen Arbeitsplatz fand. Die Empfehlungen durch Professoren waren oftmals jedoch an akademische Leistungen geknüpft (Fukui 2008: 204–207; Nanba 2014: 33, 53). Die Anfänge der Arbeitsplatzsuche waren also abhängig von Vertrauen in die vorstellende Person (Professoren, Mitarbeiter) und die akademische Bewertung (Vertrauen in die Funktion des Bildungssystems) (Fukui 2008: 208).

Diese vertrauensbasierte Anstellungspraxis, in der der Bewerber de facto nicht präsent war, sondern allein durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Universität bzw. ein Empfehlungsschreiben eine Anstellungsprüfung umgangen werden konnte, wurde zunehmend als Finden einer Beschäftigung durch den Hintereingang (*uraguchi*) kritisiert. In der späten Taishō- und frühen Shōwa-Zeit (1920er/1930er) führten Unternehmen Bewerberinterviews ein und rückten so das Individuum und seine Fähigkeiten in den Vordergrund. Die Zahl der potenziellen Bewerber wurde so erweitert und es etablierte sich die Ansicht, dass ein Arbeitsplatz basierend auf individuellen Fähigkeiten und nicht auf dem Vertrauen in die Bewertung durch Dritte zu vergeben sei (Fukui 2008: 209–210). Der nahtlose Übergang von der Universität in den Arbeitsmarkt war in der Vorkriegszeit jedoch keinesfalls selbstverständlich. Der Film *Daigaku deta keredo* (»Ich habe einen Universitätsabschluss, aber...«) des japanischen Regisseurs Ozu Yasujirō von 1929 thematisierte das Problem der Arbeitslosigkeit trotz Universitätsabschluss und wurde während der Weltwirtschaftskrise nach 1929 zum geflügelten Wort, um die prekären Beschäftigungsverhältnisse trotz Hochschulbildung zu beschreiben (Nanba 2014: 37–38; Nomura 2007: 209–211).

2.2 Etablierung des Modells der Massenanstellungen

Die Praxis der frühzeitigen Arbeitsplatzsuche während des Studiums, die mit dem Erhalt eines *naitei* (informelle Arbeitsplatzzusage) endete, ist das hervorstechende Charakteristikum des japanischen Übergangsmodells. Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshof im Jahr 1979 setzte den *naitei* mit einem regulären Arbeitsvertrag unter Kündigungsvorbehalt gleich. Die Begründung für diese Besonderheit lag darin, dass der Bewerber mit dem Erhalt des *naitei* der Möglichkeit beraubt wird, einen anderen Arbeitsplatz zu finden. Abgesehen von der Tatsache, dass Studierende mit *naitei* noch nicht im Unternehmen arbeiten, unterscheidet sich ihr Status nicht von der Stellung eines Arbeitnehmers in der Probezeit (Hamaguchi 2011: 65–67). Diese rechtliche Legitimierung der frühzeitigen Arbeitsplatzsuche weit vor Ende des Studiums zeigte, wie fest dieses Übergangsmodell zu diesem Zeitpunkt bereits in der japanischen Gesellschaft verankert war. Da das Prinzip, Studierende vor Ende des Studiums einzustellen, teilweise bereits in den 1920er/1930ern angewandt wurde, war diese Praxis im Bewusstsein der Unternehmen und Universitäten bereits so stark verwurzelt, dass alternative Konzepte nicht in Frage kamen (Nomura 2007: 66–67).

Der zunehmende Fachkräftemangel in Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Nachkriegszeit und die Ausweitung der Universitätsbildung führten dazu, dass die Bedeutung des Übergangsprozesses für die Universitäten und für die Unternehmen zunahm (Tanitagawa 2012: 162–164).

Vogel (2013: 38) bemerkte schon in den 1960ern die enorme Bedeutung des Übergangsprozesses in Japan:

»[...] one's station in life is not predetermined by birth but it is determined by the time one has his first job. For those who aspire to the new middle class, the opportunities for mobility are highly compressed into one period of life, late adolescence«.

Um die neuen Arbeitskräfte in das Unternehmen zu integrieren und letztlich auch zu halten, etablierte sich aufbauend auf dem Prinzip der zeitgleichen Massenanstellungen von Neu-Absolventen das japanische Beschäftigungsmodell mit lebenslanger Beschäftigung, Senioritätsprinzip und betrieblicher Wohlfahrt.² Die Praxis des nahtlosen Übergangs vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt ist damit aufs Engste mit dem japanischen Beschäftigungsmodell verbunden (Honda 2010; Nomura 2007: 393).

Von der Ausweitung der Personalrekrutierung profitierten jedoch nicht alle Studierenden. An die Stelle des vertrauensbasierten Systems der Personalrekrutierung über individuelles und institutionsbedingtes Sozialkapital in der Vorkriegszeit trat das *shiteikō seidō* (Vorauswahl anhand der Bildungseinrichtung). Der Bildungsgang bzw. die besuchte Universität kanalisieren dabei die Studierenden in bestimmte Unternehmen, da Unternehmen ihre Stellenanzeigen nur an bestimmte Universitäten verschickten (Kosugi 2007: 118–119; Nomura 2007: 37–39; Takeuchi 2016: 128–134). Bei 90 % der Unternehmen war diese selektive Ausgabe von Jobangeboten bereits im Jahr 1966 verbreitet und wurde als Diskriminierung von regionalen und nicht so bekannten Universitäten kritisiert (YS 21.06.1966). Der Grund für die Fokussierung der Großunternehmen auf Absolventen besonders prestigeträchtiger Universitäten war die enorme Lernfähigkeit (*gakuryoku*) und das Durchhaltevermögen, die aus Sicht der Personalabteilungen durch die Universitätszugehörigkeit signalisiert wurden (Ōta 2010: 236). Eine spezielle Vorbildung wird auch in heutiger Zeit außerhalb der naturwissenschaftlichen Berufe kaum erwartet, da die Ausbildung innerbetrieblich erfolgt (Alexander 2011: 160–176; Metzler 1999; Ōta 2010:

² Das Prinzip der Massenanstellungen in direktem Anschluss an einen schulischen oder universitären Abschluss ermöglichte die Etablierung des betriebsinternen Arbeitsmarktes, den Nomura als plausibelste Erklärung für die Etablierung des japanischen Beschäftigungsmodells betrachtet. (Nomura 2007: 393).

123–126), um die Arbeitskräfte langfristig an ein einziges Unternehmen zu binden. Takeuchi (1997: 194) ist daher der Ansicht, dass nicht von *shūshoku*, »Finden einer Anstellung«, sondern von *shūsha*, »Finden eines Unternehmens«, gesprochen werden muss.

Die Universitäten nahmen bei der Arbeitsplatzsuche in der Nachkriegszeit eine zentrale Rolle ein. Absatz 33 Artikel 2 des Arbeitsplatzsicherungsgesetzes ermöglicht es Bildungseinrichtungen, als (kostenlose) Arbeitsplatzvermittler zu fungieren (MHLW 2017). Für die Schüler bzw. Studierenden waren und sind ihre jeweiligen Bildungseinrichtungen und nicht etwa das öffentliche Arbeitsamt die erste Anlaufstelle bei der Arbeitsplatzsuche. Die Institutionalisierung der Universitäten als unterstützende Akteure im Übergangsprozess von der Universität in die Beschäftigung unterließ dabei, laut Tanitagawa (2012), verschiedene Phasen:

1. Arbeitsplatzvermittlung als Teil der Studierendenberatung (1950er)
2. Landesweite Etablierung und Vereinheitlichung der Arbeitsplatzvermittlung als Teil der Studierendenberatung (1960er)
3. Eigenständige Abteilungen für Arbeitsplatzsuche (*shūshokubu*) (1970er)
4. Studentenzentrierte Beratung und Unterstützung, Karrieretraining (1980er)
5. Eingliederung des Karrieretrainings in den Lehrplan (1990er)

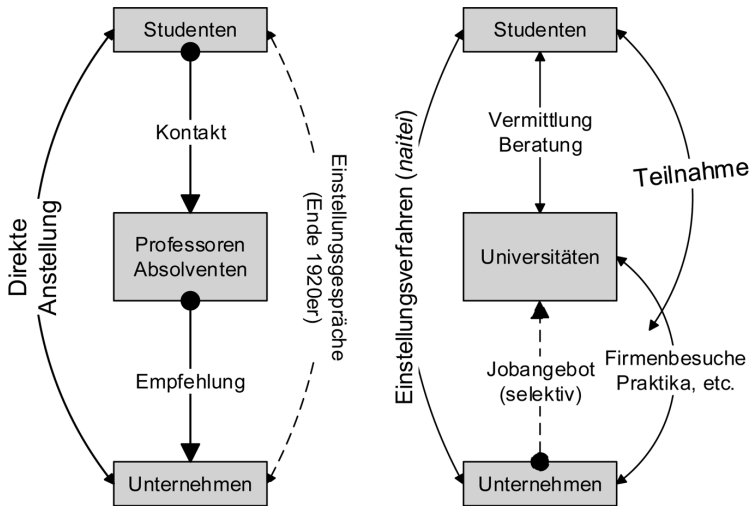
Neben der institutionellen Ordnung, in der den Universitäten eine zentrale Rolle bei der Arbeitsplatzsuche ihrer Studierenden zukam, etablierte sich in der Nachkriegszeit auch ein zeitlicher Rahmen, um den Übergangsprozess zu vereinheitlichen. Dieser zeitliche Rahmen wurde durch das Anstellungsabkommen (*shūshoku kyōtei*, 1953–1996) zwischen den Universitäten und den Unternehmensverbänden unter Aufsicht des Bildungs- und des Arbeitsministeriums verhandelt und trat 1953 in Kraft (Nomura 2007: 67–68). Obgleich der zeitliche Rahmen vorsah, dass Bewerbungen erst ein halbes Jahr vor Abschluss des Studiums stattfinden sollten, missachteten viele Unternehmen angesichts des enormen Fachkräftebedarfs in den 1960ern den zeitlich vereinbarten Rahmen, sodass Studierende im Jahr 1966 mehr als ein Jahr vor Universitätsabschluss einen *naitei* erhielten (Nomura 2007: 67–68). Diese Praxis wurde als *aotagai*³ bezeichnet und vom am Abkommen beteiligten Bildungs- und Arbeitsministerium kritisiert, setzte sich jedoch bis in die 1980er und darüber hinaus fort (AS 09.12.1985). Angesichts mangelhafter Sanktionsmöglichkeiten hielten sich die meisten Unternehmen nicht an den zeitlich festgelegten Rahmen, der auch von den Unternehmensverbänden mitbestimmt wurde, und fanden

³ Ursprüngliche Bedeutung: Reis kaufen, bevor er reif ist. Der Begriff bezeichnet seit den 1960ern jedoch die besonders frühe Rekrutierung von Studierenden (Tanitagawa 2012: 162).

zudem immer wieder Möglichkeiten, das Verbot der Personalanwerbung zu umgehen. Die Firmen traten oftmals über ehemalige Studierende (*old boys/old girls*; OB/OG) in Kontakt mit potenziellen Kandidaten und umgingen die Universitäten durch die eigenständige Organisation von Firmenbesuchen (*kaisha hōmon*), Seminaren und Praktika. Die mangelhafte Funktionalität des Anstellungsabkommens führte 1996 dazu, dass es von Unternehmensseite einseitig gekündigt wurde (AS 20.12.1996).

Auch wenn wirtschaftliche Krisen wie der Öl-Schock 1973 die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Studierende beeinträchtigten, kann in der Nachkriegszeit nicht von einer Beschäftigungskrise der Universitätsabsolventen gesprochen werden, da Stellengesuche von prestigereichen Großunternehmen zwar abnahmen, diese Ausfälle bedeuteten für Universitätsabsolventen jedoch nicht, dass sie in die Arbeitslosigkeit abrutschten, sondern lediglich, dass sie nicht in die gewünschten Unternehmen kamen (Ozeki 1979 nach Tanitagawa 2012: 163). Den nahtlosen Übergangsprozess von einer Institution (Universität) in eine andere (Unternehmen), bezeichnete Yamada (2007: 103–107) daher als »Pipeline-System«.

ABBILDUNG 1: *Studentische Arbeitsplatzsuche in der Vorkriegszeit (1900 bis 1930er; links) und in der Nachkriegszeit (1960er–1990; rechts)*



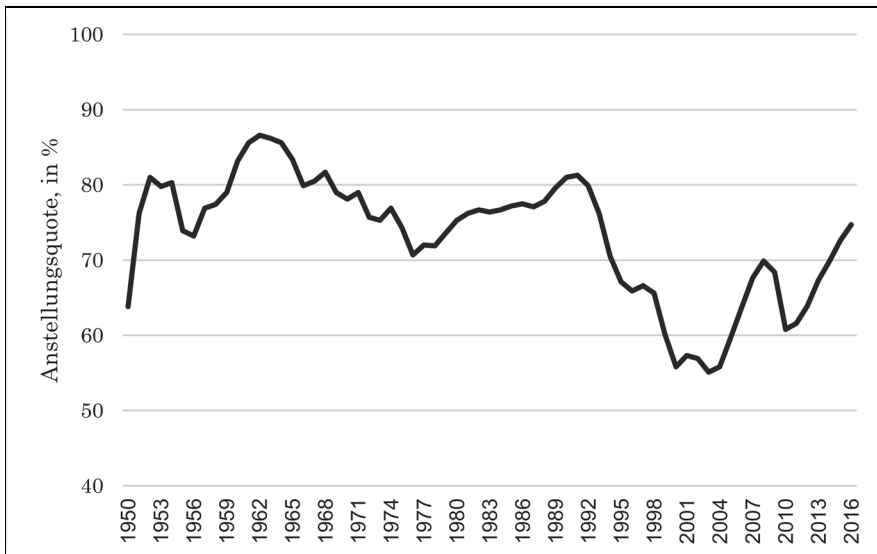
Quelle: Eigene Darstellung nach Fukui (2008) und Tanitagawa (2012).

2.3 Die ›Eiszeit‹ des Arbeitsmarktes für Universitätsabsolventen (1990er –)

Nach Platzen der *bubble economy* Anfang der 1990er bekam diese Pipeline die ersten Risse und die »Eiszeit auf dem Arbeitsmarkt« (*shūshoku hyōgaki*) begann.

Abbildung 2 zeigt den Anteil der Studierenden, die nach dem Studium den nahtlosen Übergang in den Arbeitsmarkt geschafft haben. Deutlich wird, dass die Anstellungsquote in den 1990ern auf einem historisch niedrigen Niveau verharrte und nach kurzfristiger Erholung Mitte der 2000er im Zuge der Weltfinanzkrise 2010 erneut auf ca. 60 % fiel.

ABBILDUNG 2: Anstellungsquote der Universitätsabsolventen in Japan



Quelle: Eigene Darstellung nach *gakkō kihon chōsa* (E-Stat 2016).

In den japanischen Medien finden sich auch Anstellungsquoten von über 90 %, die somit von den Ergebnissen der *gakkō kihon chōsa* (s. Abb. 2) stark abweichen. Diese extrem hohe Anstellungsquote, die das öffentliche Bild eines reibungslosen Übergangs in den Arbeitsmarkt stützt, basiert jedoch auf einer anderen Umfrage des Bildungsministeriums, der *naitei jōkyō chōsa*. Die *naitei jōkyō chōsa* ist aus Sicht Uedas jedoch nicht repräsentativ, da durchschnittlich lediglich 56 Personen/Universität befragt werden und staatliche Universitäten mit hohen Anstellungsquoten überproportional vertreten sind, während Studierende, die die Arbeitsplatzsuche aufgege-

ben haben, komplett aus der Statistik fallen. Die *gakkō kihon chōsa* hingegen erfasst die Situation der Studierende nach ihrem Abschluss wesentlich differenzierter und hat als Zielgruppe grundsätzlich alle Studierenden des Abschlussjahrgangs. Studierende, die keinen *naitei* erhalten, fallen nicht aus der Statistik und es wird nach Beweggründen bezüglich der erfolglosen Arbeitsplatzsuche gefragt (Ueda 2012: 143–144).

Uenishi (2011: 85–89) sieht drei Gründe für die Schwierigkeiten, denen Universitätsabsolventen beim Übergang in den Arbeitsmarkt seit den 1990ern ausgesetzt sind: (1) Die Ausweitung der Universitätsbildung, (2) damit zusammenhängend die zunehmende Bedeutungslosigkeit der Vorselektion durch die Universitäten und (3) die Reduzierung von Neuanstellungen durch Unternehmen.

Die Abschaffung des Anstellungsabkommens im Jahr 1996, das den zeitlichen Rahmen für den Übergangprozess setzte, sorgte dafür, dass Unternehmen immer früher mit der Personalsuche begannen. Ungeachtet dieser zeitlichen Vorverlegung der Arbeitsplatzsuche, die für Studierende mittlerweile bereits im dritten Studienjahr beginnt, umgehen die Unternehmen nach wie vor die selbst gestellten zeitlichen Vorgaben, da sie sich dadurch einen Vorteil gegenüber anderen Unternehmen bei der Anwerbung besonders talentierter und fähiger Studierenden versprechen (AERA 04.01.2016). Diese zeitliche Vorverlegung kann für Studierende, die nicht frühzeitig einen *naitei* erhalten, die Arbeitsplatzsuche unnötig in die Länge ziehen, sodass die Arbeitsplatzsuche bis zu anderthalb Jahre andauern kann (Uenishi 2011: 90–91).

Infolge der öffentlichen Kritik an der selektiven Ausgabe von Stellenbeschreibungen an bestimmte Universitäten (*shiteikō seidō*) nimmt die Zahl der Unternehmen zu, die Stellen offen ausschreiben. Diese Praxis der offenen Ausschreibung (*jiyū ōbo*) schwächt die zentrale Position, die Universitäten bei der Arbeitsplatzvermittlung in der Nachkriegszeit hatten. Großunternehmen beauftragen im Zuge der zunehmenden Digitalisierung Personaldienstleister, die über Onlineportale die Stellenanzeigen für registrierte Studierende zur Verfügung stellten (z. B. Rikunabi, Mainabi; s. 3.4). Insbesondere finanzstarke Großunternehmen können so die potenzielle Anzahl an Bewerbern erhöhen (Hamanaka 2007: 27–28). Waren die Universitäten bisher über ehemalige Absolventen mit den Unternehmen vernetzt, sorgt die Ausweitung der Ausschreibungen über das Internet dafür, dass sich auch Studierende bewerben können, deren Universitäten keinen Bezug zum Unternehmen haben.

Die Ausweitung der offenen Stellenausschreibungen, die zunehmende Akademisierung der japanischen Jugend und die gleichzeitige Verknappung von Anstellungen in den Großunternehmen führten dazu, dass der emotionale Stress im Zuge der

Arbeitsplatzsuche zunahm. Im Jahr 2011 nahmen sich nach offiziellen Angaben 41 Studierende im Zuge der Arbeitsplatzsuche das Leben (AERA 30.07.2012). Diese Selbstmorde zeigen als Extrembeispiele die unveränderte gesellschaftliche Bedeutung der Erstanstellung auch in Zeiten, in denen es keinesfalls selbstverständlich ist, von einem prestigereichen Unternehmen eingestellt zu werden. Die genannten Probleme, die den Übergang in die Beschäftigung zunehmend erschwerten, und der damit einhergehende emotionale Stress führten seit den 2000ern zur Intensivierung der Karriereberatung an den Universitäten. Die universitäre Karriereberatung integrierte zunehmend Karrieretraining in das Curriculum, um das studentische Bewusstsein bezüglich der Arbeitsplatzsuche zu erhöhen. Auch Kosugi befürwortet eine Ausweitung des Karrieretrainings, da die Forschung zu irregulär Beschäftigten mit Universitätsabschluss zu dem Schluss gekommen sei, dass diese Personen bestimmte Merkmale aufwiesen: schlechte Noten, keine aktive Unterrichtsteilnahme und eine spät einsetzende, wenig aktive Arbeitsplatzsuche (Kosugi 2007: 120–122).

Einhergehend mit dem Wandel der universitären Karriereberatung von der aktiven Stellenvermittlung zu einer eher passiven allgemeinen Beratung, wird die Eigenverantwortung der Studierenden in den Vordergrund gestellt. Diese Betonung der Eigenverantwortung verfestigt die Ansicht, dass eine missglückte Arbeitsplatzsuche Produkt mangelhafter Vorbereitung und unzureichender Bemühungen des Individuums sei (Kudō 2012: 12–16).

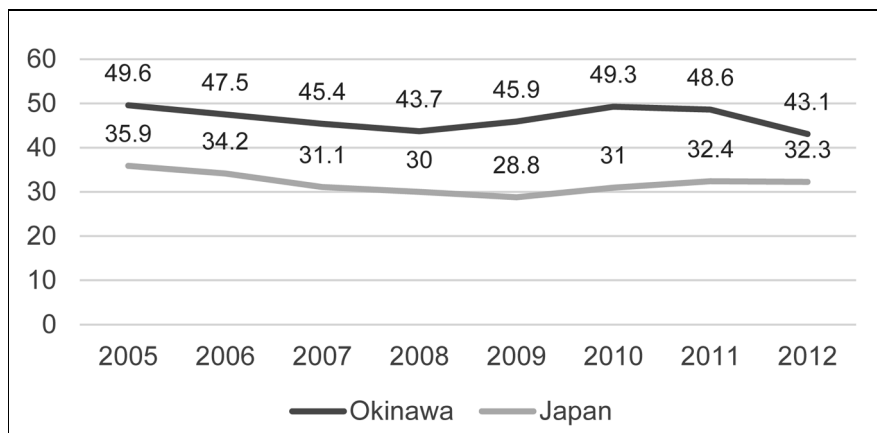
Tatsächlich ist selbst ein nahtloser Übergang in den Arbeitsmarkt, der die Grundvoraussetzung für das japanische Beschäftigungsmodell der Nachkriegszeit war, keine Versicherung für die Zukunft. Das zeigt beispielsweise der Fall einer Neugestellten, die trotz einer vermeintlich erfolgreichen Arbeitsplatzsuche mit einer Anstellung beim prestigereichen Großunternehmen Dentsū aufgrund unzähliger Überstunden den Freitod wählte (AERA 24.10.2016). Neben der Zunahme von jungen Absolventen, die keine Arbeit finden und oftmals ungewollt als Freeter oder NEET⁴ ein prekäres Dasein fristen, stieg auch der Anteil der Absolventen, die trotz erfolgreichen Übergangs in den Arbeitsmarkt innerhalb von 3 Jahren ihre Arbeit aufgaben (s. Abb. 3).

Problematisch bei diesen jungen Menschen war, dass sie außerhalb der Zuständigkeit der Universitäten lagen, zugleich jedoch keine ausreichende Qualifikation besaßen, um sich auf Stellengesuche für Arbeitnehmer mit Berufserfahrung (*chūtō*

⁴ Als Freeter werden junge Menschen zwischen 18 und 34 Jahren bezeichnet, die als *arubaito* oder *pāto* arbeiten und weder Studenten noch Hausfrauen sind. Von dieser Definition sind jedoch Zeitarbeiter und Vertragsarbeiter (ebenfalls irreguläre Beschäftigte) ausgenommen.

Der Begriff NEET bezeichnet wiederum junge Menschen in Japan, die zudem keiner temporären *arubaito* oder *pāto* nachgehen und auch keine Arbeit suchen (Ito 2011: 191–194).

ABBILDUNG 3: *Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses innerhalb von drei Jahren nach Universitätsabschluss, in Prozent aller Neuanstellungen*



Quelle: OLB (2015).

saiyō) zu bewerben. Metzler (1999: 12–13) bezeichnet diese dreijährige Phase als Erstqualifizierung und definiert diese wie folgt:

Erstqualifizierung währt also so lange, wie der Beschäftigte noch nicht als »vollwertiger Mitarbeiter« (*ichinimae*) [sic!] anerkannt ist. Die Grenze hierzu ist in Japan fließend und wird von Unternehmen zu Unternehmen sehr unterschiedlich angesetzt; es läßt sich jedoch erkennen, daß in den meisten japanischen Unternehmen die neuen Universitätsabsolventen etwa drei Jahre lang noch nicht als »vollwertig« betrachtet werden.

3 Die Rolle der Institutionen beim Übergang in den Arbeitsmarkt in Okinawa

Der methodologische Ansatz der vorliegenden Forschung ist die *case study* (Berg 2004: 251–264; Yin 2009). Eine *case study* ist als Forschungsansatz dann zu empfehlen, wenn es sich um ein aktuelles gesellschaftliches Phänomen handelt, dessen Gründe und Wirkung beschrieben und analysiert werden sollen und die Komplexität durch eine statistische Erhebung nicht abgebildet werden kann (Yin 2009: 18).

Die zentrale Fragestellung der vorliegenden Forschung ist, wie individuelle Entscheidungsprozesse innerhalb der Arbeitsplatzsuche stattfinden und wie die bera-

tenden Institutionen diese Entscheidungsprozesse beeinflussen. Durch die Erörterung dieser Prozesse soll die Frage geklärt werden, warum Okinawa landesweit die niedrigste Anstellungsquote aufweist.⁵ Die Eingrenzung des Falles erfolgte lokal (Präfektur Okinawa) und thematisch/zeitlich (Prozess der Arbeitsplatzsuche). In Okinawa als *outlier case* treten die Probleme und Herausforderungen, mit denen Institutionen bezüglich der Arbeitsplatzsuche konfrontiert sind, besonders offensichtlich hervor. Die außergewöhnlich prekäre Situation der jungen Menschen in dieser Region hat die Präfektur Okinawa zudem zum Vorreiter bei der Etablierung der außeruniversitären Karriereberatung gemacht, und damit eine Entwicklung vorweggenommen, die später auch die nationalen Maßnahmen prägte (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Regionale und nationale Maßnahmen bezüglich der Arbeitsplatzsuche

Jahr	
2003	Präfektur Okinawa: Errichtung des Career Centers (Job Café)
2004	METI: Job Cafés in einigen Präfektoren als Modellprojekt MHLW: Errichtung einer Abteilung für Maßnahmen bezüglich Jugendarbeit ⁵
2007	Landesweit: Präfektoren errichten und finanzieren Job Cafés Präfektur Okinawa: <i>Minna de gujjobu undō</i> (Bewegung »Good Job mit allen«)
2008	Universitäten: <i>Okishūken</i> (Informationsaustausch und Zusammenschluss der Universitäten in der Präfektur Okinawa)
2010	MHLW: Errichtung der <i>shinsotsu hello work</i> (Arbeitsamt für Neuabsolventen)
2011	Präfektur Okinawa: <i>Pawāfuru Sapōto</i> (Powerful Support)

Quelle: Eigene Darstellung.

Wie bereits die historische Entwicklung der Arbeitsplatzsuche gezeigt hat, wird den Universitäten die maßgebliche Rolle bei der Arbeitsplatzvermittlung der eigenen Studierenden zugesprochen. Gleichzeitig wurden regionale durch nationale Maßnahmen ergänzt und Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren etabliert.

Das MHLW und die Präfektur Okinawa sind die neuen Akteure, die sich seit 2003 zunehmend um die Betreuung der studentischen Arbeitsplatzsuche bemühen, zudem findet auch eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen den unterschied-

⁵ Eine mögliche Erklärung zu diesem Themenkomplex liefert zwar Ōta (2010), indem er die Heimatorientierung (*jimoto shikō*), ergo das Nicht-Abwandern junger Menschen in wirtschaftsstarke Regionen mit hoher Arbeitskräftenachfrage (regionales *mismatch*), als eine Hauptursache hoher Jugendarbeitslosigkeit in wirtschaftlich schwachen Regionen beschreibt. Dieser Erklärungsansatz kann jedoch nicht hinreichend verdeutlichen, welche sozioökonomischen Prozesse und individuellen Entscheidungen die Heimatorientierung und damit das *mismatch* bedingen.

⁶ *Wakamono koyō taisaku shitsu* (Hamaguchi 2013: 19).

lichen Akteuren in Form der *Okishūken* (Austausch zwischen den Universitäten) und des *Minna de gujjobu undō* (Austausch zwischen Universitäten, Arbeitsamt und der Präfektur) statt. Um über eine rein deskriptive Darstellung der Akteure hinaus das Verständnis bezüglich dieser Akteure und ihrer Zusammenarbeit zu vertiefen, wurden in teilstrukturierten Tiefeninterviews Fragen zu Funktion, Arbeitsinhalten und zwischeninstitutionellen Beziehungen gestellt.

3.1 Die universitäre Karriereberatung in Okinawa

In Okinawa wurden fünf universitäre Beratungsabteilungen im Zeitraum von Mai 2014 bis Dezember 2014 besucht und interviewt (Tabelle 2; Angaben der Universitäten). Hierbei handelt es sich um alle Universitäten mit einem Vierjahres-Bachelor (*gakushi*), mit der Ausnahme der Universität für Krankenpflege der Präfektur Okinawa, deren Absolventen aufgrund des Fachkräftemangels im Pflegesektor selbst ohne Karriereberatung problemlos eine Anstellung finden. Zwar sind die öffentlichen Universitäten am schlechtesten ausgestattet, wenn man die hohe Anzahl an Studierenden, die hier studieren, miteinberechnet, jedoch geben alle Universitäten ausnahmslos die gleiche Anstellungsquote an. Private Universitäten können also den Mangel an Bekanntheit und Prestige durch eine bessere Betreuung der Studierenden wieder ausgleichen.

Tabelle 2: Forschungsüberblick universitäre Beratungseinrichtungen in Okinawa

Universität	A	B	C	D	E
Status	öffentlich	öffentlich	privat	privat	privat
feste Mitarbeiter (davon Externe ⁶)	7 (- ⁷)	8 (3)	10 (3)	7 (2)	6 (2)
Karriereberatung	nur Berater	nur Berater	alle beraten	alle beraten	nur Berater
Akquisition von Stellenanzeigen	keine	Bittschreiben	Bittschreiben	keine	keine
Karrieretraining	Kurse, Pflicht	nicht im Curriculum	Kurse, freiwillig	Kurse, freiwillig	Kurse, freiwillig
finanzieller Etat	sinkt	nimmt zu	gleich	gleich	sinkt leicht
Anstellungsquote	70 %	70 %	70 %	70 %	70 %

Quelle: Eigene Darstellung.

⁷ Externe sind Mitarbeiter, die nicht über den Etat der Universität angestellt sind, sondern über das Powerful Support-Programm der Präfektur Okinawa querfinanziert werden.

⁸ Die Zahl der externen Karriereberater konnte nicht genannt werden.

3.1.1 *Inhalt der Karriereberatung*

Die Frage nach dem Inhalt der Karriereberatung beantworteten alle Universitäten in Okinawa gleich: 1. Karriereorientierung, 2. Konkrete Beratung und 3. Psychologische Betreuung.

Ziel der Karriereorientierung ist, herauszufinden, welchen Beruf sich die Studierenden in Zukunft vorstellen können. Studierende, die diesbezüglich die Karriereberatung aufsuchen, hätten in den letzten Jahren nach Ansicht der Verantwortlichen zugenommen (Universität E 2014–2015):

Studierende, die ein klares Ziel haben, die sind gar kein Problem. Problematisch ist, dass es immer mehr Studierende gibt, die überhaupt nicht wissen, was sie eigentlich machen sollen.

In diesem Bereich zeigt sich eine zunehmende Verunsicherung der Studierenden, aber auch universitäre Beratungseinrichtungen müssen einen Drahtseilakt bewältigen. Einerseits suchen Studierende die Karriereberater auf, um Orientierung zu erhalten, gleichzeitig ist es nicht mehr die Aufgabe der Karriereberater, als Arbeitsplatzvermittler zu fungieren, wie es Absatz 33 Artikel 2 des Arbeitsplatzsicherungsgesetzes ursprünglich vorgesehen hatte. Alle Beratungsgespräche sollen im Idealfall auf dem Willen und der persönlichen Neigung der Studierenden basieren (Universität E 2014–2015; Universität C 2014–2015):

Wenn wir den Studierenden sagen, diese Arbeit sei gut oder diese sei schlecht, dann sind sie bereits voreingenommen. [...] Zum Beispiel sagt der Student ›Ich will ein gutes Einstiegsgehalt‹, dann sagen wir ›Diese Firma hier hat ein gutes Einstiegsgehalt, vielleicht ist das schon nah an deinem Ideal.‹ Grundsätzlich glaube ich, dass es das Beste ist, auf Grundlage des individuellen Wunsches Informationen bereitzustellen.

Zu allererst ist es wichtig, sich anzuhören, welche Probleme die Studierenden haben. Auch wir [Mitarbeiter ohne Fachbildung] können zumindest zuhören. Für diese Probleme gibt es dann keine Patentlösung, die Studierenden müssen sich weiterhin über dieses Problem den Kopf zerbrechen.

Von den Studierenden wird verlangt, dass sie ihre Arbeitsplatzsuche eigenverantwortlich durchführen: »Unsere Aufgabe ist es, die Studierenden selbstständig zu machen« (Universität E 2014–2015). »Wir geben nur Tipps. Die Studierenden müssen selbst suchen« (Universität D 2014–2015). Die ausschließlich beratende Funktion der universitären Karriereberatung setzt Eigenverantwortung und Eigeninitia-

tive für die Arbeitsplatzsuche voraus. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sind Yamada (2007: 60) zufolge jedoch zwei Seiten einer Medaille:

Die Entscheidungen, die einen persönlich betreffen, selbst zu treffen, das ist die Grundregel der Selbstbestimmung. Die Folgen dieser Entscheidungen zu tragen und selbst zu verantworten, ist die Grundregel der Eigenverantwortung.

Die Forderung nach Selbstbestimmung und Eigenverantwortung ist Ausdruck eines Zeitgeistes, der die individuelle gegenüber der institutionellen Verantwortung stärkt.

Die konkrete Karriereberatung besteht meist darin, dass Anschreiben und Lebensläufe begutachtet und korrigiert werden. In der fortgeschrittenen Phase der Arbeitsplatzsuche bieten die Karriereberatungen darüber hinaus Übungsinterviews an, bei denen der Berater in die Rolle des Personalers wechselt. Ziel ist es, den Studierenden bewusst zu machen, was das jeweilige Unternehmen von ihnen erwartet und dass sie dementsprechend ihre Eigenwerbung anpassen. Die Studierenden sind also gefordert, sich mit einem Unternehmen gezielt auseinanderzusetzen und die Vorzüge, die ihre Anstellung mit sich bringt, zu betonen. Bei unzureichender Vorbereitung kommt es demzufolge zu einer Diskrepanz zwischen den Wünschen des Unternehmens und dem Eindruck, die die Studierenden hinterlassen: »Das Unternehmen will einen Dribbler, aber die Studierenden betonen, dass ihre Kopfbälle gut sind.« (Universität C 2014–2015)

Da die Studierenden als »Rohmaterial« angestellt werden, und erst durch die Zugehörigkeit im Unternehmen eine firmeninterne Ausbildung durchlaufen, ist es für viele Studierende jedoch schwierig, bestimmte Qualifikationen oder Fähigkeiten in die Waagschale zu werfen. Die Personalabteilungen messen aber den sogenannten *soft skills* große Bedeutung bei. Laut Untersuchungen des Wirtschaftsministeriums spielen drei Formen von Wissen/Fähigkeiten für die Personalabteilungen der Unternehmen eine entscheidende Rolle bei der Bewerberauslese: 1. Die Fähigkeit, Herausforderungen anzunehmen, 2. Analyse- und Lösungsfähigkeit, 3. Teamwork (Kosugi 2007: 118).

Dass für japanische Unternehmen Fachwissen eine untergeordnete Rolle spielt, hängt mit dem Prinzip des *jisha jinzai* (firmeneigenes Talent) zusammen, welches unter der Prämisse der lebenslangen Beschäftigung die betriebsinterne Ausbildung der universitären Ausbildung vorzieht (Ōta 2010: 146). Durch dieses firmenspezifische Ausbildungsmodell sollte ursprünglich verhindert werden, dass besonders fähiges Personal das Unternehmen verlässt, gleichzeitig ermöglicht die Festlegung auf unscharfe Einstellungskriterien den Unternehmen, ihren Bewerberkreis auszuweiten. Die einseitige Betonung der *soft skills* bzw. der individuellen Persönlichkeit bei

der Arbeitsplatzsuche bringt jedoch ein Problem mit sich (Universität C 2014–2015):

Wenn Studierende von den Unternehmen dann zu viele Absagen erhalten, glauben die Studierenden, dass sie nicht benötigt werden und fühlen sich als Individuum abgelehnt. [...] Bei den japanischen Einstellungsgesprächen erzählen die Studierenden oft von ihren eigenen Erfahrungen und Fähigkeiten. Wenn diese persönlichen Erfahrungen dann von den Unternehmen als nicht notwendig betrachtet werden, verlieren die Studierenden ihr Selbstwertgefühl. [...] Studierende, die ihr Selbstwertgefühl im Zuge der Arbeitsplatzsuche verlieren, haben in den letzten Jahren enorm zugenommen.

Der Verlust an Selbstwertgefühl und der zeitliche Druck, der durch viele Absagen immer weiter zunimmt, führen dazu, dass viele Studierende ihre Arbeitsplatzsuche gänzlich aufgeben, da der »emotionale Schaden«, der mit der Ablehnung des Selbst einhergeht, nicht alleine bewältigt werden kann. Die Ausweitung der Beratung durch die Universitäten ist insofern folgerichtig und wichtig, um auf die Ausweitung der offenen Bewerbungen durch die Unternehmen zu reagieren. Die Notwendigkeit der psychosozialen Betreuung ist also Folge der sinnhaften Überhöhung des unmittelbaren Übergangs in den Arbeitsmarkt. Obgleich sich die Universitäten bemühen, den emotionalen Druck der Arbeitsplatzsuche durch die Beratung abzufedern und eine selbstbestimmte Arbeitsplatzsuche zu ermöglichen, fordern sie zugleich das Prinzip der Eigenverantwortung, was dazu führen kann, dass sich die Studierenden bei Problemen und Rückschlägen gar nicht mehr an die Karriereberatung wenden.

Alle Universitäten bieten neben der konkreten Karriereberatung auch Karrieretraining an. Bis auf Universität B ist dieses Karrieretraining auch in das Curriculum eingebettet, es können also Teilnahmepunkte erworben werden, auch wenn das Karrieretraining kein Pflichtkurs ist. Da die Bestimmung des Curriculums nicht in der Entscheidungsgewalt der Karriereabteilungen, sondern bei den jeweiligen Fakultäten liegt, scheitert eine Implementierung von Karrieretraining als Pflichtkurs oftmals am Widerstand der Lehrenden.

Neben diesen Angeboten innerhalb des Curriculums werden Seminare bezüglich der Arbeitsplatzsuche eigenständig durch die Karriereberatung konzipiert und mit Hilfe von auswärtigen Kräften durchgeführt. Bei diesen auswärtigen Kräften handelt es sich oftmals um Führungskräfte aus regionalen Unternehmen, aber auch um Mitarbeiter der Internet-Jobportale Rikunabi, Mainabi oder des Modeunternehmens AOKI, die den Studierenden das richtige Tragen eines Anzugs beibringen und dabei Werbung für ihr Unternehmen machen. Die Teilnahme an diesen themenorientierten Seminaren ist jedoch rückläufig und es finden sich nur wenige Studierende, die

freiwillig teilnehmen wollen. Die rückläufige Teilnahme begründen die Universitäten mit einem fehlenden Problembewusstsein bezüglich der Arbeitsplatzsuche und damit, dass die Studierenden in Okinawa vom Charakter her »schüchtern« seien.

Die Einbindung des Karrieretrainings in den Lehrplan als Angebot für die Studierenden bedeutet weiterhin, dass eine Erhöhung des Bewusstseins bezüglich der Arbeitsplatzsuche als Allheilmittel für die Erosion des Pipeline-Systems gilt. Japanische Studierende müssten sich demnach nur besser auf die Arbeitsplatzsuche vorbereiten, damit das historisch gewachsene System des nahtlosen Übergangs auch weiterhin funktionsfähig sei. Die Studierenden flicken die Pipeline gewissermaßen selbst, das Material (Wissen) liefert das Karrieretraining.

3.1.2 Organisationsprinzip der Karriereberatung

Während der Inhalt der Karriereberatung bei allen untersuchten Universitäten gleich ist, zeigt sich bei der Frage, wer diese Beratungen durchführt, ein deutlicher Unterschied. Während Universitäten A, B und E die Beratung an erfahrene Karriereberater delegieren und die hauptamtlichen Mitarbeiter in erster Linie für die Organisation von Seminaren, Informationsveranstaltungen und administrative Tätigkeiten zuständig sind, sehen sich bei den Universitäten C und D sowohl Karriereberater als auch administrative Mitarbeiter für die Beratung zuständig. Es kann in der Durchführung der Karriereberatung demnach zwischen Delegationsprinzip und einem ganzheitlichen Ansatz (»alle machen alles«) unterschieden werden.

Während die Universitäten mit Delegationsprinzip die Unterteilung in administrative und beratende Tätigkeiten mit dem Job-Rotationsprinzip⁹ begründen, sehen die Universitäten mit ganzheitlichem Ansatz die Jobrotation und das Fehlen von Aus- und Fortbildungen nicht als Hindernis für die Betreuung der Studierenden. Im Gegenteil, die Universitäten C und D betonen, dass es wichtig sei, dass die Studierenden mit unterschiedlichen Erwachsenen (*shakaijin*) reden, um mit anderen Wert- und Lebensvorstellungen konfrontiert zu werden (Universität C 2014–2015):

Ich habe das Gefühl, dass die Welt, in der sie [die Studierenden] leben, immer kleiner wird. Sie versammeln nur Freunde um sich, die im gleichen Alter sind und die die gleichen Hobbys und Interessen haben. Viele Studierende haben eine starke Tendenz, sich lediglich unter ihresgleichen zu bewegen.

⁹ Die hauptamtlichen Mitarbeiter sind im Zuge des Rotationsprinzips, das auch in vielen japanischen Großunternehmen und im Beamtenwesen verankert ist, lediglich drei bis fünf Jahre in der universitären Karriereberatung tätig, bevor sie wieder in eine andere Abteilung wechseln.

Das Rotationsprinzip wird nur an Universität A (2014–2015) in Frage gestellt: »Wenn wir [Mitarbeiter der Karriereberatung] uns dann im dritten Jahr an die Arbeit in der Karriereabteilung gewöhnt haben, werden wir wieder in eine andere Abteilung versetzt«. Konkret zeigt sich das Problem der Diskontinuität, die das Rotationsprinzips mit sich bringt, bei der Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Akteuren. In Anbetracht der Arbeitsmarktkrise ausgelöst durch die Weltfinanzkrise schlossen sich die regionalen Universitäten in der *Okishūken*¹⁰ zusammen. Gemeinhin sind die Universitäten Konkurrenten bei der Akquirierung von Stellenanzeigen und bei der Vermittlung ihrer Studierenden an die Unternehmen, da sich die regionale Arbeitsmarktlage aber für alle Universitäten verschlechterte, entschloss man sich dazu, regelmäßig Besprechungen durchzuführen und über Verbesserungen und Probleme bezüglich der Karriereberatung und Arbeitsplatzvermittlung zu sprechen. Konkret werden beispielsweise gemeinsam Seminare und Veranstaltungen geplant und durchgeführt, um Ressourcen zu schonen. Die Universitäten führen also nicht mehr alle Karriereseminare selbstständig durch, sondern öffnen diese auch für Studierende anderer Universitäten.

Das Rotationsprinzip erschwert den Aufbau von Expertise und die Etablierung dauerhafter Vertrauensbeziehungen zwischen den Universitäten. Wechselt die verantwortliche Person der jeweiligen universitären Karriereberatung, führt das de facto zu einem kompletten Neuanfang, die Zusammenarbeit muss wieder auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Die universitäre Karriereberatung ist außerdem hochgradig abhängig von auswärtigen Karriereberatern, um eine umfassende Betreuung der Studierenden zu gewährleisten. Insbesondere die Universitäten mit Delegationsprinzip, die die individuelle Beratung fast ausschließlich in die Hände von Karriereberatern mit einschlägiger Fachkenntnis legen, konnten lange Zeit das studentische Bedürfnis nach individueller Beratung nur unzureichend erfüllen. Während die Ausweitung und Fokussierung auf die Beratungsfunktion von allen universitären Karriereabteilungen als wichtig betrachtet wurde, hat sich die hierfür notwendige finanzielle Ausstattung nicht verändert.

Interviewer: Das heißt, mit dem ursprünglichen Etat konnte nur ein Karriereberater angestellt werden?

Universität E: Genau. Nur ein Berater. Ein furchtbarer Zustand. Letztlich fehlt es uns an Power. Das sollte bei den anderen Universitäten jedoch auch so sein.

¹⁰ Kurzform für *Okinawaken Daigaku Shūshoku Shidō Kenkyū Kyōgikai* (Forschungskonferenz bezüglich der Karriereberatung der Universitäten in Okinawa)

Dass sich die finanzielle Ausstattung der Karriereabteilungen nicht verändert, sondern mitunter geringer wird, hängt mit den begrenzten Budgets der Universitäten insgesamt zusammen. Die Karriereabteilungen sind jedoch nicht unzufrieden mit der finanziellen Ausstattung bzw. bestreiten, dass ein höherer Etat notwendig sei. Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich nur durch das Aufkommen außeruniversitärer Akteure in Folge der Arbeitsmarktkrise seit den 2000ern erklären.

3.2 Die Präfektur Okinawa

Der erste außeruniversitäre Akteur, der sich der zunehmend schwierigen Lage junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt und der Probleme der universitären Karriereberatung annahm und dementsprechend Gegenmaßnahmen einleitete, war die Präfektur Okinawa, die 2003 das Okinawa Career Center (OCC) errichtete, welches als alternative Anlaufstelle für junge Menschen auf Arbeitsplatzsuche gedacht war. Die Präfektur Okinawa reagierte mit dem OCC auf die hohe regionale Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen und war damit landesweit Vorreiter. Im Jahr 2004, also nach der Gründung des OCC, wurden in einigen Präfekturen unter Beteiligung des Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI) sogenannte Job Cafés errichtet. Nach einer dreijährigen Probephase gab das METI im Jahr 2007 die Verantwortung an die Präfekturen ab, die so mit dem Unterhalt und der Leitung der Job Cafés betraut waren. Die Einrichtungen können von Region zu Region unterschiedliche Bezeichnungen tragen, Zielgruppe und Aufgabenstellung sind jedoch ähnlich.

Gegenwärtig unterhält die Präfektur Okinawa zwei Career Center, das erste findet sich im gleichen Gebäude wie das Arbeitsamt Okinawa in Naha wieder. Eine zweite Anlaufstelle befindet sich ebenfalls in Naha, jedoch kann das OCC auch über das Internet erreicht werden, sodass auch junge Menschen in eher entlegenen Gebieten der Präfektur Okinawa eine (virtuelle) Karriereberatung in Anspruch nehmen können.

Um die Rolle der Präfektur Okinawa bei der Arbeitsplatzsuche junger Menschen zu untersuchen, wurden im Juli 2014 und Januar 2015 Leitfadeninterviews mit Mitarbeitern des OCC durchgeführt.

3.2.1 Das Okinawa Career Center

Aufgabe des OCC ist die Beratung und Betreuung junger Menschen (im Alter zwischen 16 bis Mitte 40) bei der Arbeitsplatzsuche. Ungefähr die Hälfte der Personen, die eine Beratung in Anspruch nehmen, sind Studierende auf Arbeitsplatzsuche

oder Universitätsabsolventen, die keinen nahtlosen Übergang in den Arbeitsmarkt geschafft haben. Anders als die universitäre Karriereberatung mit ihrem Rotationsprinzip werden die hauptamtlichen Mitarbeiter aufgrund von Qualifikation ausgewählt, was heißt, dass der Großteil der Mitarbeiter bereits Erfahrung in der Karriereberatung oder im Personalwesen hat. Das OCC kann daher auch als professionalisierte Alternative zur universitären Karriereberatung bzw. den Arbeitsämtern betrachtet werden. Um eine Überschneidung der Funktionen von Arbeitsamt und OCC zu vermeiden, ist es dem OCC jedoch verboten, Stellenanzeigen zu schalten und Arbeitsplätze zu vermitteln. Da sich OCC und Arbeitsamt im gleichen Gebäude in Naha wiederfinden, werden häufig Stellenanzeigen im Arbeitsamt herausgesucht und das Schreiben einer Bewerbung bzw. die Vorbereitung auf das konkrete Bewerbungsgespräch (konkrete Karriereberatung) im OCC durchgeführt.

Wie an den Universitäten werden in Eigenregie Seminare und Informationsveranstaltungen abgehalten, die sich mit der Arbeitsplatzsuche beschäftigen. Da die Karriereberatung am OCC starke Überschneidungen mit der universitären Karriereberatung aufweist, werden die Berater des OCC auf Anfrage der Universitäten temporär an die Universitäten entsendet und Seminare im Rahmen des universitären Karrieretrainings geplant. Das OCC entlastet damit punktuell die Universitäten im Bereich der konkreten Karriereberatung.

Zwei selbstständig durchgeführte Events sind das *Life Café* und der *Job Channel*, bei denen sich Unternehmen vorstellen und mit den Arbeitssuchenden in Kontakt treten. Hier ist zumindest fraglich, ob nicht eine Arbeitsplatzvermittlung durch die Hintertür stattfindet, da die Unternehmer vor einer kleinen Gruppe Eigenwerbung machen und ein direkter Kontakt zu Arbeitssuchenden entsteht. Eine Anmeldung steht auch Studierenden offen und ist einfach über die OCC-eigene Homepage möglich.

3.2.2 *Powerful Support (pawāfuru papōto)*

Die Entlastung der Universitäten bei der Beratungsfunktion ist auch Ziel des Powerful-Support-Programms, in dessen Rahmen die Präfektur Okinawa seit 2011 eine dauerhafte Entsendung von Mitarbeitern an alle universitären Karriereberatungen in Okinawa finanziert, unabhängig davon, ob die Universitäten öffentlich oder privat sind. Diese externen Mitarbeiter verbessern die Beratungssituation an den Universitäten, die für Studierende nach wie vor die erste Anlaufstelle für die Arbeitsplatzsuche sind: »Wir konnten früher nur an drei Tagen der Woche eine Karriereberatung anbieten, mittlerweile haben wir jedoch jeden Tag zumindest einen Kar-

riereberater da« (Universität A 2014–2015). Auch an anderen Universitäten verbesserte sich die Beratungssituation (Universität E 2014–2015):

Bisher konnten wir mit dem universitätseigenen Personal die motivierten Studierenden beraten, die von sich aus kamen. Die zusätzlichen Mitarbeiter, die durch das Powerful-Support-Programm hinzukamen, riefen die Studierenden an, die nicht zur Karriereberatung kamen. Also konnten wir auch die unmotivierten Studierenden [für die Karriereberatung] erschließen.

Anders als der unregelmäßige Besuch durch Mitarbeiter des OCC, konnten die dauerhaft angelegten Beraterpositionen über das Powerful-Support-Programm die universitäre Karriereberatung nachhaltig entlasten, ohne dass die Universitäten das Budget für die Karriereberatung signifikant erhöhen müssten. Es findet also eine Ausgliederung von Aufgaben, die die universitäre Karriereberatung aufgrund von Personal- oder Geldmangel nicht durchführen kann, an die Präfektur statt.

Das Powerful-Support-Programm entsendet zudem ausschließlich Karriereberater, also fachlich vorgebildete Personen, die bereits Erfahrung im Bereich Personalwesen oder Karriereberatung haben. Neben der quantitativen Verbesserung der Beratungssituation an den Universitäten findet also auch eine qualitative Verbesserung statt, da die hauptamtlichen Mitarbeiter der Universitäten eine derartige Vorbildung nicht vorweisen können. Inhaltlich gehen die Maßnahmen der Präfektur Okinawa nicht über die Bereitstellung von Karriereberatung und -training hinaus. Hier zeigt sich, dass die seit den 1980er Jahren forcierte individuelle Beratung in den Universitäten auch die Maßnahmen der Präfektur Okinawa prägt.

3.3 Nationale Maßnahmen

Neben den regionalen Maßnahmen, die sowohl finanziell als auch personell zu einer spürbaren Entlastung der universitären Karriereberatung führten, machte sich in den 2000er Jahren auch ein Umdenken auf staatlicher Ebene bemerkbar. Die Errichtung einer Abteilung für Maßnahmen bezüglich Jugendarbeit 2004 im MHLW (Hamaguchi 2013: 19) und die Errichtung von regionalen Job Cafés als Modellprojekt durch das METI repräsentieren diesen Bewusstseinswandel auf staatlicher Ebene, während die Zeit vor 2000 noch geprägt war durch die Abwesenheit staatlicher Maßnahmen (Hamaguchi 2013: 108–110) und die alleinige Verantwortung für den erfolgreichen Übergang in die Beschäftigung bei den Universitäten lag. Das Modellprojekt der Job Cafés wurde nach einer dreijährigen Probephase in die alleinige Verantwortung der Präfekturen übergeben, sodass derzeit ein Job Café in jeder

Präfektur als Anlaufstelle für junge Menschen, die Karriereberatung und Karrieretraining benötigen, dient.

Während die Maßnahmen der Präfektur Okinawa die Karriereberatung fördern, lag der Fokus des MHLW auf der Betreuung von »gescheiterten« Neu-Absolventen, für die im Jahr 2010 landesweit das Shinsotsu Harō Wāku (SHW; Arbeitsamt für Neuabsolventen) etabliert wurde. Mit der Etablierung dieses Arbeitsamts wurde de facto eingeräumt, dass die bisherige Arbeitsteilung zwischen Universitäten, die für die Arbeitsplatzvermittlung von Universitätsabsolventen ohne Berufserfahrung zuständig waren, und den Arbeitsämtern, die in erster Linie bereits qualifizierte Arbeitnehmer in eine neue Beschäftigung bringen sollten, obsolet wurde. Insbesondere der Lehman-Schock des Jahres 2008 und die hieraus folgende restriktive Anstellungspraxis vieler japanischer Unternehmen gelten als ausschlaggebend für die Implementierung des SHW. Der Begriff *shinsotsu* bezeichnete ursprünglich die Studierenden, die während ihrer Studienzeit nach einer Anstellung suchten. Auch wenn dieser Begriff rechtlich bedeutungslos ist, spielt er bei der klassischen japanischen Anstellungspraxis eine gewichtige Rolle. Da jedoch immer mehr Studierende ohne eine Stellenzusage die Universität abschließen, gleichzeitig aber keinerlei verwertbare Arbeitserfahrung haben, befanden sie sich lange Zeit in einer Grauzone zwischen den studentischen Massenanstellungen (*shinsotsu saiyo*) und den Anstellungen von Arbeitnehmern mit Berufserfahrung (*chūto saiyo*). Die Zahl der Universitätsabsolventen, die innerhalb von drei Jahren die Arbeit aufgeben, ist seit den 1990ern auf einem hohen Niveau (s. Abb. 3).

Selbst wenn der Übergang in den Arbeitsmarkt also nahtlos gelingt, verlässt ein beträchtlicher Teil der Studierenden das Unternehmen noch vor Ende der dreijährigen Qualifizierungsphase. Sie fallen daher zurück in die Grauzone, in der sich auch die Neuabsolventen befinden, die den nahtlosen Übergang in den Arbeitsmarkt nicht geschafft haben.

Neben der Erosion des nahtlosen Übergangs in den Arbeitsmarkt wurde die dauerhafte und wiederholte Integration in den Arbeitsmarkt als weiteres Problem erkannt und sollte mit dem SHW angegangen werden. Die Aufgaben des SHW sind: (1) *Matching* von Unternehmen und Arbeitssuchenden, (2) die Erschließung von Stellenanzeigen, die den Bedürfnissen der Arbeitsplatzsuchenden entsprechen und (3) die Karriereberatung. Anders als die Universitäten oder die Präfektur Okinawa liegt der Fokus des SHW also auf der konkreten Arbeitsplatzvermittlung und der Erschließung neuer Stellenanzeigen.

Im SHW sind neben drei Beamten 17 Karriereberater auf Vertragsbasis angestellt, die die konkrete Karriereberatung und das Karrieretraining übernehmen. Die regionalen Arbeitsämter schicken wie das OCC temporär Karriereberater an die

Universitäten, um die universitäre Karriereberatung zu entlasten und Informationen auszutauschen (SHW 2014):

Ursprünglich bezog sich die Definition des Neuabsolventen (*shinsotsu*), auf Absolventen, deren Abschluss nicht länger als 3 Monate zurücklag, dann haben wir jedoch die Bezeichnung geändert zu Absolventen ohne Erstanstellung (*mishūshoku sotsugyōsha*). Diese Personen konnten dann bis zu einem Jahr von uns betreut und unterstützt werden. Im Jahr 2010 dann aber kamen immer mehr Absolventen zu uns, die keine Anstellung bei einem Großunternehmen ergatterten konnten, und als sie sich dann den kleinen und mittleren Unternehmen zuwandten, waren deren Stellen bereits belegt. Aus diesem Grund gab es immer mehr junge Leute, die keine Erstanstellung erhielten, weshalb wir die Betreuung von bis zu einem Jahr um zwei Jahre auf bis zu drei Jahre nach Abschluss verlängerten.

Diese Definition der Neuabsolventen, die bis zu drei Jahre nach Abschluss der Universität erneut die studentische Arbeitsplatzsuche durchlaufen, ist jedoch nicht bindend. Letztlich liegt die Entscheidung, ob junge Menschen auch noch nach einem länger zurückliegenden Abschluss der Universität für die Erstanstellungsprozedur zugelassen werden, bei den Unternehmen. Daher ist eine Aufgabe des SHW, Werbung für eine Ausweitung des Bewerberrahmens zu machen, um auch beim Übergang in die Beschäftigung »gescheiterten« Absolventen eine zweite Chance auf eine Anstellung zu geben.

Das Arbeitsministerium schuf mit dem SHW ein Auffangbecken für all jene Absolventen, die den nahtlosen Übergang zwischen Universität und Arbeitsmarkt nicht meistern konnten. Nach wie vor fällt es vielen Unternehmen jedoch schwer, sich vom Ideal des Neuabsolventen, der direkt in die Beschäftigung wechselt, zu verabschieden und jungen Menschen, die beim Übergang bzw. in ihrem ersten Job gescheitert sind, eine zweite Chance auf eine Neuanstellung mit anschließender Erstqualifizierung zu gewähren.

3.4 Privatwirtschaftliche Internet-Jobportale

Privatwirtschaftliche Internet-Jobportale konnten im Rahmen der Feldforschung nicht interviewt werden, jedoch wird deren Bedeutung für den gegenwärtigen Arbeitsplatzsuchprozess in den Interviews mit den universitären Karriereberatungen immer wieder betont. Bei Informationsseminaren zur Arbeitsplatzsuche erscheinen Mitarbeiter dieser Unternehmen, um im Rahmen eines Vortrags Werbung für ihre

Jobportale zu machen. Anschließend werden Anmeldebögen für die jeweiligen Internetangebote, die die Studierenden mit Informationen zur Arbeitsplatzsuche und Stellenanzeigen versorgen, ausgehändigt.

Im Aufkommen von Internet-Jobportalen zeigt sich wiederum die Betonung auf Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, die den institutionellen Wandel der universitären Karriereberatung ausmachen. Während in der Nachkriegszeit die Universitäten über das *shiteikō seidō* (vgl. 2.2, Vorauswahl anhand der Bildungseinrichtung) die Stellenanzeigen für die eigenen Studierenden kanalisieren konnten, führt die Ausweitung der freien (universitätsunabhängigen) Stellenanzeigen und der scheinbar unbeschränkte Informationszugang über die Internet-Jobportale zu größerer Unsicherheit. Zwar erhalten alle Universitäten noch direkt Stellenanzeigen zugeschickt, jedoch sehen die Universitäten es nicht mehr als ihre primäre Aufgabe an, bei Unternehmen um Stellenanzeigen zu bitten (Universität B 2014–2015; Universität C 2014–2015):

Wir versenden dieses Formular jedes Jahr an 4500 Unternehmen und fragen, ob wir nicht eine Stellenanzeige bekommen könnten. [...] Mit Rückumschlag. Aber es kommt so gut wie nichts zurück. (lacht) Wir hätten schon gern ein paar Stellenanzeigen hier, aber die Kosten sind enorm. Also von der Kosten-Nutzen-Rechnung her können die Studierenden über Rikunabi oder Mainabi einfach viel mehr Stellenanzeigen einsehen [als über die Universität].

Wir versenden jedes Jahr ein Schreiben an 300, 400 Unternehmen, mit der Bitte um Stellenanzeigen. Es wäre natürlich besser, wenn wir die Unternehmen persönlich besuchen würden, aber dafür fehlt uns einfach das Personal. Also eine aktive Erschließung von Stellenanzeigen machen wir nicht.

Die Universitäten A, D und E sind bei der Suche nach passenden Stellenanzeigen passiv und verlassen sich auf die Netzwerke, die sie über das *shiteikō seido* aufgebaut haben. Dass dieses System der Vorselektion nach wie vor Bestand hat, mag ob der Ausweitung der offenen Stellenausschreibungen verwundern, hat jedoch wirtschaftliche Gründe. Lediglich relativ große Unternehmen können sich die Ausschreibung über die unterschiedlichen Internet-Jobportale leisten, während kleine und mittlere Unternehmen die kostenlose Ausschreibung über die Universitäten präferieren. So entsteht eine Zweiklassengesellschaft, bei der Großunternehmen landesweit über das Internet nach den fähigsten Mitarbeitern suchen können, während sich kleine und mittelständische Unternehmen auf das universitätszentrierte System verlassen müssen. Für die Studierenden bieten die Internetportale jedoch nicht nur Vorteile. Mit der Wahlfreiheit nimmt auch die Orientierungslosigkeit zu (Universität A 2014–2015):

Zum Beispiel Mainabi, die haben über 10.000 Stellenanzeigen. Also die vielen Unternehmen, das ist sicherlich ein großer Vorteil. Andererseits gibt es aus Sicht der Studierenden zu viele Informationen. [...] Kurz gesagt, ist der Vorteil auch gleichzeitig ein Nachteil.

Die Informationsbeschaffung zu möglichen Arbeitsplätzen und das Aussortieren von Informationen, die für die individuelle Arbeitsplatzsuche unbedeutend sind, werden thematisch zwar im Rahmen des universitären Karrieretrainings behandelt, jedoch zeigt die Überforderung vieler Studierender, dass diese Kenntnisse nicht ausreichend vermittelt werden können bzw. dass das Karrieretraining als Angebot von vielen Studierenden erst gar nicht wahrgenommen wird.

4 Fazit

Während die Universitäten lange Zeit alleinverantwortlich für die Vermittlung der Studierenden waren und ihre Aufgabe insbesondere in der Nachkriegszeit gut erfüllten, zeigt der Fall Okinawa, dass die Etablierung neuer Institutionen bzw. Maßnahmen in den 2000er Jahren unmittelbar mit der Krise des Übergangsprozesses zusammenhängt. Deutlich wird, dass außeruniversitäre Akteure sich stärker an der Arbeitsplatzsuche von Studierenden beteiligen, die universitäre Karriereberatung jedoch nach wie vor die Hauptverantwortung für die Studierenden trägt. Obgleich die Betreuungssituation auch für Absolventen ohne Erstanstellung verbessert wurde, ein Problembewusstsein bezüglich des Übergangs in den Arbeitsmarkt also vorhanden ist, scheint eine Abschaffung der frühzeitigen Arbeitsplatzsuche während des Studiums unwahrscheinlich, da die Unternehmen seit Ende des Anstellungsabkommens von 1996 dazu tendieren, die Arbeitsplatzsuche vorzuverlegen. Dass die Unternehmen offen für die Verlagerung der Arbeitsplatzsuche in die Zeit nach dem Universitätsabschluss sind, wie sie beispielsweise Honda (2010: 32–35) vorschlägt, darf bezweifelt werden. Das Gegenteil ist der Fall, die Arbeitsplatzsuche wird früher begonnen und die Richtlinien der Keidanren (2016) werden in der Regel missachtet.

Inhaltlich können folgende Tendenzen beobachtet werden, die im Übergangsprozess der Nachkriegszeit nicht zu finden sind: 1. Ausweitung der Karriereberatung/Betonung der Eigenverantwortung der Studierenden; 2. Teilweise Ausgliederung und Querfinanzierung der universitären Karriereberatung; 3. Vernetzung und Informationsaustausch der Institutionen; 4. Nebeneinander von *shiteikō seido* und freier Anstellungspraxis.

Die Ausweitung der Karriereberatung muss auf den ersten Blick befürwortet werden, stellt sie doch die Wahlfreiheit der Studierenden in den Vordergrund und versucht diesen die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Gleichzeitig ist ein Teil der Studierenden mit der Informationsflut, die über die Jobportale über sie hereinbricht, überfordert und orientierungslos. Wenn sie dann trotz Arbeitsplatzsuche keinen *naitei* erhalten, bedingen die historisch gewachsene Erwartungshaltung, dass Studierende in jedem Fall einen Arbeitsplatz erhalten und der persönliche Eindruck, dass ein enormes Angebot an offenen Stellen vorhanden ist, psychischen Stress, der mit einem Abbruch der Arbeitsplatzsuche enden kann. 2. Hat sich die Betreuungssituation an den universitären Karriereberatungen zwar wesentlich verbessert, dies ist jedoch nicht auf die Universitäten selbst zurückzuführen. Viel mehr basiert die verbesserte Betreuungssituation auf der Unterstützung durch die Präfektur und das Arbeitsamt, die sich auch vermehrt um die »gescheiterten« Absolventen kümmern, die bislang keinen klaren Ansprechpartner hatten. 3. Die Vernetzung und der Informationsaustausch der Institutionen sind zwar wichtig, um Maßnahmen abzustimmen, gleichzeitig verhindert das Job-Rotationsprinzip an den Universitäten und auch im Arbeitsamt, dass langfristig Vertrauen zwischen den Institutionen und Expertise aufgebaut werden können. 4. Eine Abschaffung des *shiteikō seido* hat nicht stattgefunden, allerdings tendieren prestigereiche Großunternehmen dazu, die Universitäten zu umgehen und mit freien Ausschreibungen über die Internet-Jobportale die Zahl der potenziellen Bewerber zu erweitern. Der Erfolg der privatwirtschaftlichen Arbeitsvermittler und Jobportale zeigt zudem, dass die kostenlose Arbeitsplatzvermittlung durch Universitäten bzw. die Arbeitsämter für die Unternehmen so unattraktiv sind, dass sie den finanziellen Aufwand, Stellenanzeigen über privatwirtschaftliche Internetjobportale zu schalten, nicht scheuen.

Die verschiedenen Maßnahmen und Akteure hinterfragen das System der frühen Arbeitsplatzsuche nicht, auch wenn bei der Etablierung des SHW erste Ansätze zu finden sind, die die Absolutheit des nahtlosen Übergangs in den Arbeitsmarkt zumindest in Frage stellen. Zudem zielen alle Maßnahmen direkt oder indirekt darauf ab, das universitätszentrierte Beratungssystem zu entlasten und damit auch zu erhalten. Da im Zuge der sinkenden Geburtenrate viele Universitäten in Zukunft mit weniger Studierenden und wegbrechenden Einnahmen rechnen müssen, wird sich der bereits absehbare Trend zur Ausgliederung ursprünglich universitätseigener Aufgaben in Zukunft verstärken. Die Rigidität, mit der das historisch gewachsene Modell des Übergangs in den Arbeitsmarkt erhalten werden soll, ändert nichts an der Tatsache, dass ein Großteil der Probleme, die beim Übergang in den Arbeitsmarkt entstehen, systemimmanent ist und dauerhaft nur durch eine stärkere Orien-

tierung (z. Bsp. durch Betonung von Fachkenntnissen) und eine Abkehr vom starren zeitlichen Rahmen gelöst werden kann. Die Tatsache, dass immer weniger Studierende den nahtlosen Übergang in den Arbeitsmarkt schaffen und von diesen wiederum ein beträchtlicher Anteil frühzeitig den Arbeitsplatz aufgibt, lässt daran zweifeln, dass das japanische Modell des Übergangs in den Arbeitsmarkt, das sich über seine Funktion für die Etablierung des japanischen Beschäftigungsmodells legitimierte, diese Funktion auch heute noch hinreichend erfüllt.

Literatur

- AERA (30.07.2012), »Saigo no Kotoba ha ›mō dame da‹ ›Shūkatsu‹ o Riyū ni Jisatsu suru Daigakusei ga kyūzōchū [Die letzten Worte ›Ich kann nicht mehr‹: Die Zahl der Studierenden, die aufgrund der Arbeitsplatzsuche Selbstmord begehen, steigt rasant], S. 25.
- AERA (04.01.2016), »17-nen Nyūsha no Saiyō, mō hajimatte iru 16-nen Nyūsha no Saiyō Katsudō, Jittai ha ›3-gatsu Senkō Kaishi‹« [Die Anstellungen für 2017 beginnen bereits, die Anstellungspraxis für 2016 war in Wirklichkeit »Beginn der Anstellungen im März«], S. 72.
- AERA (24.10.2016), »Kakoku Dentsū ni ubawareta Inochi: Nyūsha Ichinenme Josei Shain ga Karōjisatsu suru made« [Ein Leben durch die unerbittliche Firma Dentsū geraubt: Weibliche Mitarbeiterin wird in ihrem ersten Jahr der Anstellung durch Überarbeitung in den Selbstmord getrieben], S. 58.
- Alexander, Peter-Jörg (2011), »Betriebliche Bildungswege in Japan«, in: Matthias Pilz (Hg.), *Vorbereitung auf die Welt der Arbeit in Japan. Bildungssystem und Übergangsfragen*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 153–184.
- AS (*Asahi Shinbun*) (09.12.1985), »Aotagai Bōshi ni Shinkyōtei: Bunshō, Rōshō ga Zaikai to Itchi« [Ein neues Abkommen zur Prävention von ›aotagai‹: Bildungs- und Arbeitsminister stimmen mit der Wirtschaft überein], S. 2.
- AS (*Asahi Shinbun*) (20.12.1996), »Shūshoku Kyōtei no Haishi o Seishiki Hyōmei: Kigyōgawa, Raishun kara Jiyū Kyōsō« [Offizielle Verkündung der Abschaffung des Abkommens zur Arbeitsplatzsuche: Ab nächstem Frühling freier Wettbewerb unter den Unternehmen], S. 3.
- Berg, Bruce L. (2004), *Qualitative Research Methods for the Social Sciences*, Boston: Pearson.
- Brinton, Mary C. (2011), *Lost in Transition: Youth, Work and Instability in Postindustrial Japan*, Cambridge: Cambridge University Press.
- E-Stat (2016), *Gakkō Kihon Chōsa* [School Basic Survey], <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/List.do?bid=000001015843> (28.04.2017).

- Fukui, Yasutaka (2008), »Shūshoku no Tanjō: Senzen Nihon no Kōtō Kyōiku Sotsugyōsha o Jirei toshite« [Die Geburt der Arbeitsplatzsuche: Am Beispiel von Hochschulabsolventen in der Vorkriegszeit], in: *Shakaigaku Hyōron*, 59 (1): 198–215.
- Hamaguchi, Keiichirō (2011), *Nihon no Koyō to Rōdōhō* [Beschäftigung und Arbeitsgesetzgebung in Japan], Tōkyō: Nihon Keizai Shinbun Shuppansha.
- Hamaguchi, Keiichirō (2013), *Wakamono to Rōdō: Nyūsha no Shikumi kara tokihogusu* [Jugend und Arbeit: Vom Mechanismus des Firmeneintritts aus veranschaulicht], Tōkyō: Chuō Kōron Shinsha.
- Hamanaka, Yoshitaka (2007), »Gendai Daigakusei no Shūshoku Katsudō Purosesu« [Der Arbeitsplatzsuchprozess der gegenwärtigen Studierenden], in: Reiko Kosugi (Hg.), *Daigakusei no Shūshoku to Kyaria: ›Futsū‹ no Shūkatsu Kobetsu no Shien*, Tōkyō: Keisōshobō, S. 17–49.
- Honda, Yuki (2010), »Daigaku to Shigoto to no Setsuzoku o toinaosu« [Die Verbindung zwischen Universität und Arbeit hinterfragen], in: *Gakujutsu no Dōkō*, 1 (Sonderausgabe): 28–35.
- Ito, Toshiko (2011), »Freeter und NEET: Die Unterstützung marginalisierter Jugendlicher im Arbeitsmarkt Japans«, in: Matthias Pilz (Hg.), *Vorbereitung auf die Welt der Arbeit in Japan. Bildungssystem und Übergangsfragen*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 185–215.
- Kawasaki, Tomotsugu (2006), »Problems in Career Services at Japanese Universities«, in: *Japan Labor Review*, 3 (2): 43–58.
- Keidanren (2016), *Saiyō Senkō ni kan suru Shishin* [Leitfaden bezüglich der Auswahl im Einstellungsprozess], http://www.keidanren.or.jp/policy/2016/081_shishin.pdf (28.04.2017).
- Kosugi, Reiko (2007), »Kigyō kara no Jinzai Yōsei to Daigaku Kyōiku, Kyaria Kessei shien« [Ansprüche der Unternehmen an Humankapital, Universitätsbildung und Karriereunterstützung], in: Reiko Kosugi (Hg.), *Daigakusei no Shūshoku to Kyaria: ›Futsū‹ no Shūkatsu Kobetsu no Shien*, Tōkyō: Keisōshobō, S. 117–154.
- Kudō, Kei (2012), *Daisotsu datte Mushoku ni naru: ›Hataraku‹ ni tsumazuku Wakamonotachi* [Auch Uniabsolventen werden arbeitslos: Junge Menschen, die über ›das Arbeiten‹ stolpern], Tōkyō: Entāburein.
- Mathews, Gordon (2007), »Seeking a Career, Finding a Job: How Young People Enter and Resist the Japanese World of Work«, in: Dolores P. Martinez (Hg.), *Modern Japanese Culture and Society, 2: Life Courses, Gender and Self*, London: Routledge, S. 104–119.
- Metzler, Manuel (1999), *Die vorläufige Qualifizierung: Erstqualifizierung von Universitätsabsolventen in japanischen Großunternehmen*, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- MHLW (Ministry of Health, Labor and Welfare) (2017), *Shokugyō Shōkai Jigyō no Gainen* [Die Definition der Berufsvermittlung], <http://www.mhlw.go.jp/general/seido/anteikyoku/jukyusyoukai/dl/01.pdf> (28.04.2017).

- Nanba, Kōji (2014), ›*Shūkatsu no Shakaishi. Daigaku ha Dēta keredo...* [Sozialgeschichte der Arbeitsplatzsuche – Ich habe einen Universitätsabschluss, aber...], Tōkyō: Shōdensha.
- Nomura, Masami (2007), *Nihon-teki Koyō Kankō: Zentaizō Kōchiku no Kokoromi* [Das japanische Beschäftigungsmodell. Versuch der Erstellung eines Gesamtbildes], Kyōto: Mine-ruva Shobō.
- OCC (Okinawa Career Center) (2014–2015), Interview im Juli 2014 und Februar 2015 in der Präfektur Okinawa.
- OLB (Okinawa Labour Bureau) (2015), *Shinkigakusotsusha no Rishoku Jōkyō* [Die Arbeitslosigkeit von Neuabsolventen nach der Erstanstellung], http://okinawa-roudoukyoku.jsite.mhlw.go.jp/library/okinawa-roudoukyoku/antei/H27/1228_risyokujoukyou_.pdf (28.04.2017).
- Ōta, Sōichi (2010), *Jakunensha Shūgyō no Keizaigaku* [Ökonomie der Arbeit junger Menschen], Tōkyō: Nihon Keizai Shinbun Shuppansha.
- SHW (Shinsotsu Harō Wāku) (2014), Interview im Juli 2014 in der Präfektur Okinawa.
- Takeuchi, Yō (1997), »The Self-Activating Entrance Examination System: Its Hidden Agenda and Its Correspondence with the Japanese ›Salary Man‹«, in: *Higher Education*, 34 (2): 183–198.
- Takeuchi, Yō (2016 [1995]), *Nihon no Meritokurashī: Kōzō to Shinsei* [Japans Meritokratie – Struktur und Wesen], Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.
- Tanitagawa, Rumi (2012), »Sengo Nihon no Daigaku ni okeru Kyaria Shien no rekishiteki Tenkai« [Die geschichtliche Entwicklung der universitären Karriereberatung in der Nachkriegszeit in Japan], in: *Nagoya Kōtō Kyōiku Kenkyū* 12: 155–174.
- Teicher, Kerstin und Ulrich Teichler (2000), *Der Übergang von der Hochschule in die Berufstätigkeit in Japan*, Opladen: Leske und Budrich.
- Ueda, Akemi (2012), »Daigakusei no Shūshokuritsu Chōsa no Genjō to sono Mondaiten« [Aktuelle Situation und Problem bezüglich der Befragungen zur Anstellungsquote von Universitätsabsolventen], in: *Kaetsu Daigaku Kenkyū Ronshū*, 54 (2): 137–151.
- Uenishi, Mitsuko (2011), »Career Support in Universities«, in: *Japan Labor Review*, 8 (1): 85–102.
- Universität A (2014–2015), Interview mit universitärer Karriereberatung zwischen Mai 2014 und Februar 2015 in der Präfektur Okinawa.
- Universität B (2014–2015), Interview mit universitärer Karriereberatung zwischen Mai 2014 und Februar 2015 in der Präfektur Okinawa.
- Universität C (2014–2015), Interview mit universitärer Karriereberatung zwischen Mai 2014 und Februar 2015 in der Präfektur Okinawa.
- Universität D (2014–2015), Interview mit universitärer Karriereberatung zwischen Mai 2014 und Februar 2015 in der Präfektur Okinawa.
- Universität E (2014–2015), Interview mit universitärer Karriereberatung zwischen Mai 2014 und Februar 2015 in der Präfektur Okinawa.

- Vogel, Ezra (2013 [1963]), *Japan's New Middle Class: The Salary Man and His Family in a Tokyo Suburb*, Lanham: Rowman & Littlefield.
- Yamada, Masahiro (2007), *Kibō Kakusa Shakai: »Makegumi« no Zetsubōkan ga Nihon o hikisaku* [Gesellschaft der Erwartungsdifferenzen: Die Verzweiflung der »Verlierer« zieht Japan herunter], Tōkyō: Chikuma Shobo.
- Yin, Robert K. (2009 [1984]), *Case Study Research: Design and Methods*, Thousand Oaks: Sage.
- YS (*Yomiuri Shinbun*) (21.06.1966), »Tsuyomaru Yūmeikōshugi: Ichiryū Kigyō no Shūshoku Chōsa« [Das stärker werdende Eliteuniversitäten-Prinzip: Eine Untersuchung der Arbeitsplatzsuche bei Eliteunternehmen], S. 7.

»Agri-Womenomics«: Ein neuer Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der japanischen Landwirtschaft?

Regine Dieth

»Agri-Womenomics«: A New Step towards Gender Equality in Japan's Agriculture?

In her celebratory speech on the occasion of the Nogyō Joshi (Women Farmers) Project Award in March 2017, the First Lady, Akie Abe, predicted that Japan's agriculture would have a ›shining future‹, provided that more women can get involved. Within the structural reforms of the Abe administration, measures increasing the competitiveness of the farming sector play an important role. Besides the promotion of farmland consolidation and de-regulation, the enhancement of the workforce is one of the key objectives, as rural areas are suffering from an aging and declining population. The government is focusing particularly on women because while they have been essential to Japan's farming sector, their share in the farmer's workforce is steadily decreasing, even falling below the 50 percent mark in 2016. Being aware of the potential of women farmers with regards to diversification, innovation and entrepreneurship, the Ministry of Agriculture, Fisheries and Forestry (MAFF) started new programs and initiatives to promote women in agricultural businesses and to improve their image; these programs have been active since 2014.

This article introduces these initiatives and strategies and analyses to what extent they differ from earlier MAFF-initiated policies to support the empowerment of women farmers since 1945. It also explores the extent to which the policy of ›Womenomics‹ influences current agricultural policies. This policy is intensely promoting women's advancement in the workplace, with the main target of increasing the workforce as a whole in order to boost the Japanese economy. Because agriculture in Japan

is dominated by small family farms, where production and family work is commonly closely linked and gender relations are traditionally different from those in urban societies, I argue that the concept of ›Womenomics‹ cannot fully be translated to rural areas. I will show that even if gender relations in rural areas are in the process of change and the involvement of women is diversifying, discrimination persistently exists, especially in regards to land ownership and political participation. Underscoring my argument is the claim that ›Agri-Womenomics‹ seems to be mainly a PR tool for the improvement of the image of agriculture in Japan.

1 Einleitung

In ihrer Glückwunschrede bei der Verleihung des Nōgyō Joshi (Landwirtinnen) Project Award am 9. März 2017 in Tōkyō prognostizierte die Ehefrau des japanischen Premierministers Akie Abe der Landwirtschaft Japans eine leuchtende Zukunft (*kagayaku mirai*), unter der Voraussetzung, dass sich viele junge Frauen an dieser beteiligten.¹

Im Rahmen des als »Abenomics« bekannten Programmes zur Wiederbelebung der japanischen Wirtschaft spielen Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des von Überalterung, Bevölkerungsrückgang und Ineffizienz geprägten Agrarsektors eine wichtige Rolle. Diese umfassen neben der Abschaffung bzw. Neuausrichtung von Subventionssystemen, Reformen zur Erleichterung der Zusammenlegung von Anbauflächen und zur Umstrukturierung der Agrarverbände auch Maßnahmen zur Förderung des personellen Nachwuchses in der japanischen Landwirtschaft. Hierbei wird insbesondere auf die Mobilisierung von weiblichen Arbeitskräften gesetzt, denn Frauen leisten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Räume. Insbesondere bei der Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe gehen entscheidende Impulse von Frauen aus. Ihr traditionell hoher Anteil an den in der Landwirtschaft Beschäftigten sinkt seit Mitte der 1970er Jahre jedoch kontinuierlich und betrug 2016 erstmals weniger als 50 %. Das Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei (MAFF) hat vor diesem Hintergrund seit 2013 verschiedene neue Programme zur Förderung von Frauen implementiert. Das Nōgyō Joshi Project beispielsweise unterstützt die Vernetzung unter Landwirtinnen und fördert deren Kooperationen mit japanischen Unternehmen. Dadurch soll die

¹ Die Preisverleihung wurde am 09. März 2017 live im Internet übertragen (<http://www.youtube.com/watch?v=NS-BgMqWOA4>).

Perspektive von weiblichen Landwirten in die Entwicklung neuer Produkte einfließen und das Image der Landwirtschaft als Beschäftigungssektor insgesamt verbessert werden.

Eine speziell auf die Förderung von Frauen im Erwerbsleben und in der Gesellschaft allgemein abzielende Säule der Strukturreformen im Rahmen von »Abenomics« bilden die unter »Womenomics« bekannten Programme. Ein wesentliches Ziel dieser von Premierminister Abe propagierten Gleichstellungsmaßnahmen ist die Sicherung der Verfügbarkeit einer gut qualifizierten ArbeitnehmerInnenschaft für die Unternehmen (Schad-Seifert 2015: 223). An der Schnittstelle von Landwirtschaftsreformen und »Womenomics« soll dieser Beitrag die auf die Förderung von Landwirtinnen bezogenen aktuellen Strategien und Maßnahmen der japanischen Regierung analysieren. Die zentrale Frage dabei ist, ob und inwiefern die Frauenförderpolitik im Rahmen von »Womenomics« neue Weichen im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit in der japanischen Landwirtschaft stellt. Dazu wird untersucht, in welchem Maße die Ideen der »Womenomics« Eingang in die Agrarpolitik finden und welche Ziele mit »Agri-Womenomics«² verfolgt werden. Haben die aktuellen Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Landwirtschaft das Potential, Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in ländlichen Entwicklungsprozessen zu beseitigen und damit zu einer Abmilderung des Arbeitskräftemangels im Agrarsektor beizutragen? Inwiefern kann »Womenomics« überhaupt auf die spezifischen Problemstellungen in der Landwirtschaft übertragen werden?

Zur Beantwortung der Ausgangsfragen werden im Folgenden zunächst die grundlegenden Problemstellungen skizziert, denen Frauen sich – auch infolge ungleicher Geschlechterverhältnisse – im ländlichen Raum in Japan gegenüber sehen. Anschließend wird die Entwicklung der Frauen- und Gleichstellungspolitik im Agrarbereich nach 1945 beschrieben. Um beurteilen zu können, wie sich diese Programme nach Bekanntgabe der Wachstumsstrategie von Premierminister Abe entwickelt haben, werden die sich auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum beziehenden Kapitel der im Fünfjahresrhythmus erneuerten Gleichstellungs-Rahmenpläne verglichen. Schließlich wird diskutiert, ob und inwieweit die aktuellen Maßnahmen im Rahmen der »Agri-Womenomics« dazu beitragen, bestehenden Benachteiligungen von in der Landwirtschaft tätigen Frauen, etwa beim Zugang zu Ressourcen und bei der politischen Partizipation, entgegenzuwirken.

² Der Begriff »Agri-Womenomics« wurde der Bezeichnung von Seminaren im Rahmen eines vom MAFF geförderten Weiterbildungsprogrammes für Landwirtinnen entnommen.

Der Aufsatz basiert auf der Auswertung von statistischem Material des MAFF und Strategiepapieren der Regierung,³ auf wissenschaftlichen Studien vorwiegend aus Japan sowie auf Interviews mit der Leiterin des Frauenreferates des MAFF und an aktuellen Programmen beteiligten Landwirtinnen.

2 Die japanische Landwirtschaft in der Krise

Die japanische Landwirtschaft befindet sich seit Jahrzehnten in einer strukturellen Krise. Zur Versorgung der hohen Bevölkerungszahl verfügt Japan über zu wenig Anbaufläche und kann sich nur zu 39 % selbst mit Nahrungsmitteln versorgen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist seit Jahren rückläufig und schrumpfte im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 22.000 Hektar auf insgesamt knapp 4,5 Millionen Hektar (1960 waren es noch 6,1 Millionen Hektar). Trotz des leichten Anstiegs bei den Anbauflächen pro Betrieb ist der Agrarsektor von einer kleinbäuerlichen Struktur mit durchschnittlich 2,4 Hektar Fläche pro Hof geprägt.⁴ Nur auf der nördlichen Hauptinsel Hokkaidō existieren größere Betriebsstrukturen mit durchschnittlich 24 Hektar Land, die auch im internationalen Wettbewerb als konkurrenzfähig gelten. Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ist zwischen 2005 und 2015 von 2,01 auf rund 1,38 Millionen gesunken (MAFF 2016a: 19).

Der demografische Wandel und die Entvölkerung des ländlichen Raums verstärkt die Krisensituation der Landwirtschaft. So ist die Zahl der im Agrarsektor Beschäftigten drastisch zurückgegangen, von 3,35 Millionen im Jahr 2005 auf 1,92 Millionen im Jahr 2016, während sich das Durchschnittsalter erhöhte: Inzwischen liegt es bei 67 Jahren. Die Zahl der hauptberuflichen Landwirtinnen und Landwirte sank im selben Zeitraum von 2,24 auf 1,75 Millionen. Hier liegt der Anteil der über 65-Jährigen sogar bei 65 %, derjenige der unter 40-Jährigen hingegen nur bei 10 % (MAFF 2015a: 10). Der Anteil der Haupterwerbsbetriebe an der Gesamtzahl der verkaufenden Bauernhöfe stagniert bei etwa 22 % (MAFF 2015a: 8, MAFF 2017a).⁵ In den Nebenerwerbsbetrieben wird der Großteil des Einkommens durch nichtlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit erzielt. Viele Familien geben ihren Betrieb auf, wenn er sich finanziell nicht mehr lohnt oder wenn keine Hofnachfolge gefunden wird. Dies hat zur Folge, dass immer mehr Agrarland brachliegt. So ist es ein zen-

³ Zwar beziehen sich viele der für diesen Beitrag untersuchten politischen Maßnahmen des MAFF auch auf Forstwirtschaft und Fischerei, aber da es sich teilweise um andere Problemstellungen handelt, werden diese Bereiche hier ausgeklammert und nur die Landwirtschaft betrachtet.

⁴ In Deutschland waren es 2013 58,6 Hektar (BMEL 2016: 6).

⁵ Würden auch die selbstversorgenden Höfe eingeschlossen, läge der Anteil bei nur 10 %.

trales Ziel der Landwirtschaftspolitik, die Zahl der Haupterwerbsbetriebe mit möglichst großen Anbauflächen zu erhöhen (Yamashita 2015).

Eine Hürde für dessen Umsetzung stellt einerseits der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs dar. Aber auch andere Faktoren tragen zum erschwerten Strukturwandel in der japanischen Landwirtschaft bei: Jahrzehntlang schlossen eine restriktive Agrarpolitik und hohe Subventionen die LandwirtInnen von Märkten und Wettbewerb aus (OECD 2015). Hierfür ist zu einem nicht unerheblichen Teil die Übermacht des Agrargenossenschaftsverbandes Nōkyō⁶ verantwortlich. Dessen Politik trug dazu bei, die Strukturen kleinteilig zu halten, denn hierdurch profitieren der Verband und seine Institutionen sowie zahlreiche nebenberufliche Reisbauern, die hohe Subventionen für ihren Reisanbau erhalten (George Mulgan 2000: 28; Yamashita 2015). Auf diese Problematik wird von ExpertInnen seit vielen Jahren hingewiesen. Aber erst die derzeitige Regierung schuf etwa mit der Reform des Agricultural Cooperatives Act (*nōgyō kyōdō kumiai hō*) im Jahr 2015 die Voraussetzung für eine Dezentralisierung des Nōkyō-Dachverbandes (JA Zenchū), die bis 2019 umgesetzt werden soll (Tiefenbach 2015: 213). Die derzeitige japanische Agrarpolitik forciert des Weiteren die Verkörperschaftung (*hōjinka*) von Familien- und Dorfbetrieben und die Vergrößerung und Zusammenlegung von Agrarland. Hierfür wurden sogenannte Farmland Banks eingerichtet, öffentliche Organisationen, die freie Anbauflächen pachten und an hauptberufliche LandwirtInnen unterverpachten (Jentzsch 2017: 32). Seit 2001 ist die von Körperschaften bewirtschaftete Fläche von 27,8 % auf 50,3 % der Gesamtagrarfläche angestiegen. Die Regierung plant, diesen Anteil bis 2025 auf 80 % auszuweiten. Neben steuerlichen und rechtlichen Reformen sollen auch neue Technologien dazu beitragen, die Effizienz des Agrarsektors zu steigern. Die Regierung fördert daher die Entwicklung und den Einsatz von Automations-, Informations- und Kommunikationstechnologien (ITC) zur Steigerung der Ernteerträge und zum Ausgleich von Arbeitskraftdefiziten. So werden derzeit mit Unterstützung des MAFF etwa zwanzig verschiedene Robotertypen, unter anderem fahrerlose Traktoren und Drohnen entwickelt (MAFF 2016b: 2–11). Japanische Technologiefirmen wie Mitsubishi, Fujitsu und Panasonic, aber auch kleinere Start-ups investieren stark in diesen Bereich und haben dabei nicht nur den eigenen Markt, sondern auch Auslandsmärkte in Asien im Blick.⁷

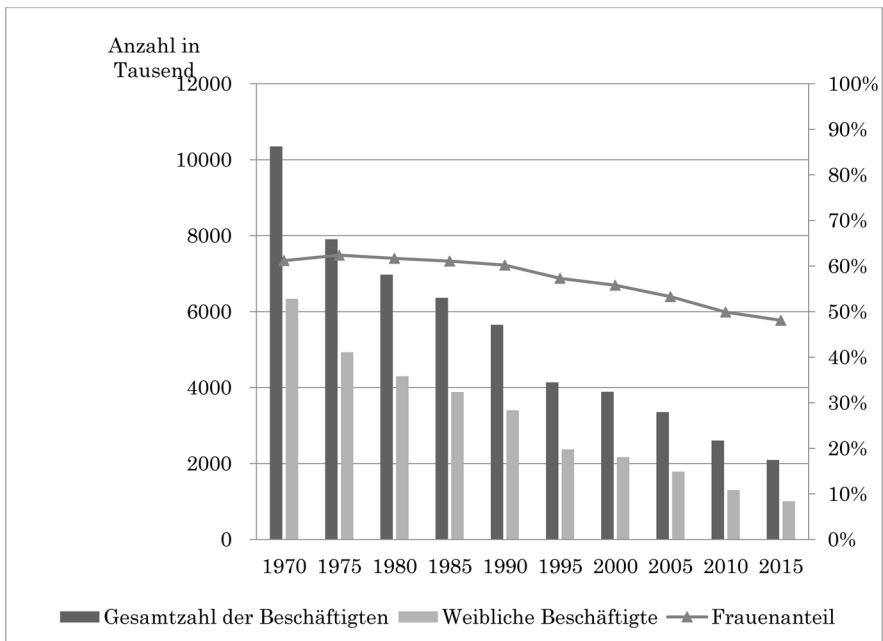
⁶ Nōgyō Kyōdō Kumiai (Japan Agricultural Cooperatives, kurz JA) hat etwa 10 Millionen Mitglieder, weniger als die Hälfte davon LandwirtInnen, und betreibt Banken-, Versicherungs- und Handelsgeschäfte (George Mulgan 2000: 27–30). Im Zentralverband JA Zenchū sind 659 regionale Genossenschaftsverbände zusammengeschlossen (<https://www.zenchu-ja.or.jp/about/organization>).

⁷ Inwiefern das Streben der japanischen Politik nach Größe und Effizienz in der Landwirtschaft unter anderem vor dem Hintergrund der internationalen Arbeitsteilung in der Nahrungsmittelproduktion, in der nur noch über Masse und auf Kosten der Umwelt kostengünstig produziert werden kann, kritisch zu sehen ist, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden.

3 Frauen in der japanischen Landwirtschaft und Entwicklung der Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum

Während die Entwicklung der ländlichen Räume Japans und die Problemstellungen in der Landwirtschaft in der westlichen Literatur verstärkt in den Fokus der Forschung genommen werden (u. a. Partner 2004; Matanle und Rausch 2011; Jentzsch 2017), fehlt ein spezieller Blick auf die aktuellen Geschlechterverhältnisse auf dem Land. Die Arbeitskraft von Frauen spielt eine tragende Rolle im japanischen Agrarsektor. Im Jahr 2016 waren 47 % der in der Landwirtschaft tätigen Personen weiblich. Bei den hauptberuflichen LandwirtInnen lag der Frauenanteil bei 41,3 %. Sowohl die absolute Zahl der Landwirtinnen als auch ihr Anteil an den Beschäftigten sind jedoch rückläufig (siehe Abbildung 1), 1990 betrug letzterer noch 59 % (MAFF 2017b).

ABBILDUNG 1: Anzahl der in der japanischen Landwirtschaft Beschäftigten und Frauenanteil



Quelle: Eigene Erstellung auf Grundlage von MAFF (2017c).

Japans Landwirtschaft wird hauptsächlich von Familienbetrieben getragen. Diese sind durch die Überschneidung von Produktionsstätte und Lebensraum gekennzeichnet.⁸ Die Arbeit in der landwirtschaftlichen Produktion ist eng mit der Familienarbeit verknüpft und Familienmitglieder erbringen oft Leistungen in beiden Bereichen. Allerdings sind Tätigkeiten an der Schnittstelle zwischen Familie und Betrieb insbesondere eine Domäne der Frauen. Trotz ihres Beitrags wird die Landwirtschaft in der Öffentlichkeit oft als männlich dominierte Branche wahrgenommen, da Frauen in landwirtschaftlichen Leitungspositionen stark unterrepräsentiert sind. Außerdem sind nur 6,7 % der Agrarflächen in ihrem Besitz, da die patri-lineare Übergabe des Betriebes vom Vater an den erstgeborenen Sohn nach wie vor gängige Praxis ist (Tsutsumi 2001). Die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten von Frauen spielen jedoch eine zentrale Rolle für die Vitalität der ländlichen Regionen Japans. So sind Frauen in vielfältigen Arbeitsfeldern und Beschäftigungsformen in der Landwirtschaft tätig, meist als Mitarbeiterinnen im Familienbetrieb ihres Ehemannes, als Besitzerin oder Pächterin eines Hofes, als Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigte in nicht der Familie gehörenden Landwirtschaftsbetrieben oder auf Verarbeitung bzw. Verwertung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse spezialisierten Unternehmen.

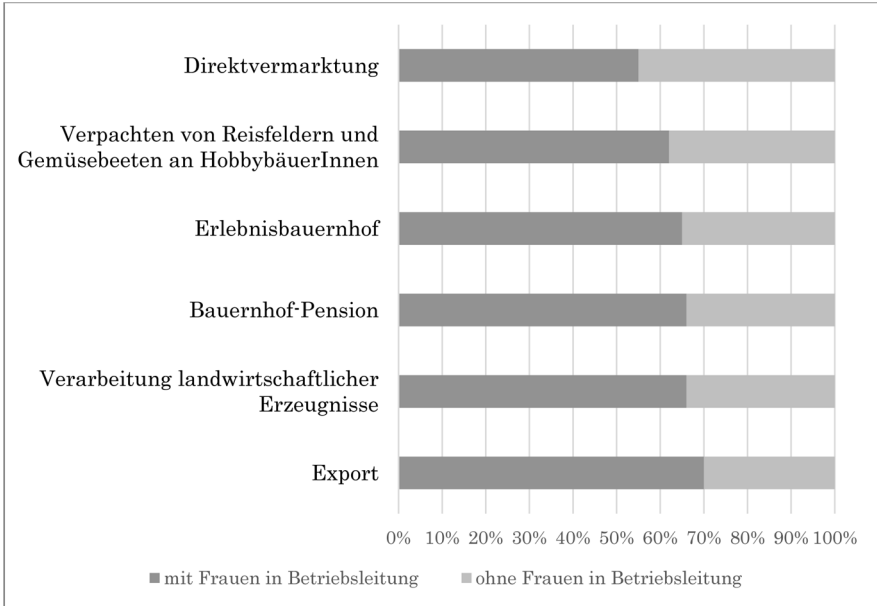
Die 2015 im Land- und Forstwirtschaftszensus unter 1,33 Millionen Betrieben erhobenen Daten ergaben, dass Bauernhöfe, in denen Frauen an betrieblichen Entscheidungen beteiligt sind (*keiei hōshin no kettei sankasha*), höhere Umsätze erwirtschafteten als ausschließlich männlich geführte Betriebe. So sind beispielsweise in 68 % der Betriebe, die jährlich Erzeugnisse im Wert von 50 bis 100 Millionen Yen umsetzen, Frauen Entscheiderinnen oder Ko-Entscheiderinnen, bei Betrieben mit bis zu drei Millionen Yen Umsatz sind nur in 43 % Frauen in die Führung involviert (MAFF 2017c). Eine Umfrage der Japan Finance Corporation (JFC) unter 5.997 Landwirtschaftsbetrieben im Juli 2016 kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Seit 2013 sind die Gewinne in Betrieben, in denen die Zahl weiblicher Mitarbeiter zunahm, gestiegen. Waren sie in der Leitung oder im Vorstand vertreten (in 53 % der befragten Betriebe war dies der Fall⁹), ist ein noch deutlicherer Zusammenhang zu den Gewinnen erkennbar: Innerhalb von drei Jahren sind sie um durchschnittlich 23,5 % gewachsen (JFC 2015: 9–17). Die Zahlen sollten allerdings mit Vorsicht behandelt werden, da neben anderen Faktoren z. B. der Einsatz von zusätzlichen Arbeitskräften unabhängig vom Geschlecht zu höheren Erträgen geführt und somit

⁸ Zu den Strukturen der ländlichen Gesellschaft Japans seit der Meiji-Zeit vgl. Fukutake (1972) und Partner (2004).

⁹ Der Zensus des MAFF (2015) kommt zu dem Ergebnis, dass in 47,1 % der Bauernhöfe Frauen an zentralen Managemententscheidungen beteiligt sind.

zur Erhöhung der Einnahmen beigetragen haben könnte. Gleiches gilt auch für die Schlussfolgerung aus oben zitiertem Zensus, dass Bauernhöfe, in denen Frauen leitende Funktionen innehaben, diversifizierter aufgestellt sind, wie in Abbildung 2 dargestellt:

ABBILDUNG 2: *Landwirtschaftliche Betriebe mit Diversifizierung mit und ohne Frauen in leitenden Positionen*



Quelle: Eigene Erstellung auf Grundlage MAFF (2017c: 2).

Es konnte jedoch in zahlreichen japanischen Forschungsarbeiten nachgewiesen werden, dass Frauen die treibenden Kräfte in den Geschäftsbereichen Direktvermarktung, Bauernhof-Tourismus, Verarbeitung von Erzeugnissen sowie Export sind (Sawano 2014: 27–32).¹⁰

¹⁰ Die Situation unterscheidet sich hier nicht erheblich von derjenigen in Deutschland oder Österreich, wo diese Zusammenhänge ebenfalls belegt sind (Oedl-Wieser, Rossier und Otomo 2015: 17, RLUWLL 2016).

3.1 Unternehmen von Frauen

Frauen sind in der Landwirtschaft auch als Unternehmerinnen aktiv und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum regionalen Wirtschaftsleben, zum Erhalt von Arbeit, zum Einkommen und zur Lebensqualität im ländlichen Raum. Die Zahl der Unternehmensgründungen durch Frauen (*nōson josei kigyō*¹¹) ist seit den 1990er Jahren kontinuierlich angestiegen, auf insgesamt 9.557 Unternehmen im Jahr 2014 (MAFF 2015b). Hinsichtlich der Geschäftsfelder, in denen Frauen unternehmerisch aktiv sind, zeichnet sich folgendes Bild: 75,2 % verarbeiten landwirtschaftliche Erzeugnisse, beispielsweise zu Marmelade, Saft, eingelegtem oder getrocknetem Gemüse oder Obst. An zweiter Stelle steht mit 59,7 % der Vertrieb und Verkauf von Produkten in Hofläden, im Internet, auf lokalen Märkten oder in sogenannten »Straßenbahnhöfen« (*michi no eki*), d. h. an Landstraßen gelegenen Läden. Der Austausch mit Menschen aus den Städten in Form von Tourismus, Gastronomie oder Obstplantagen zum Selbstpflücken folgt mit 20,5 % und die landwirtschaftliche Produktion mit 20,4 %. Vier Prozent der Unternehmen sind in sonstigen Bereichen tätig (Sawano 2014: 31).

Seit etwa 2005 nimmt die Zahl der von einzelnen Frauen geführten Unternehmen zu, und die der bis dahin dominierenden Gruppenunternehmen ab (MAFF 2015b), was sich auch auf die Geschlechterdynamik auswirkt: Während die zentrale Motivation zur Gründung von Gemeinschaftsunternehmen von Frauen der älteren Generation war, hierdurch andere Frauen zu treffen und gesellschaftlich aktiv zu werden, sehen jüngere Frauen, die zum Teil aus den Städten eingehiratet haben, in der Gründung von Einzelunternehmen eine Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu nutzen, Geld zu verdienen und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen (Nakamichi 2011: 10). Diese neue Grundhaltung hat Einfluss auf die Geschlechterbeziehungen in der Familie, aber auch auf die von starren Geschlechterrollenbildern geprägten dörflichen Sozialstrukturen. Weil die Frauenunternehmen häufig mit lokalen Gemeinschaftsbetrieben oder Agrargenossenschaften zusammenarbeiten, werden sie als wichtiger Teil des dörflichen Wirtschaftslebens wahrgenommen. Wo Frauen als Unternehmerinnen tätig sind, ist des Weiteren ein Anstieg der weiblichen Mitgliederzahlen in regionalen Entscheidungsgremien festzustellen (Nakamichi 2011: 10).

¹¹ Definition von »Frauen-Unternehmen im ländlichen Raum«: 1. Unternehmen, das mehrheitlich von Frauen im ländlichen Raum betrieben und geführt wird und im Bezug zur Land- und Forstwirtschaft oder Fischerei steht. Die verwendeten Erzeugnisse müssen aus der Region stammen; 2. Die wirtschaftlichen Aktivitäten sind mit einem Einkommen für die Frauen verbunden (Sawano 2014: 28).

Auch die zunehmende Vielfalt der Geschäftsfelder der Frauenunternehmen ist ein aktueller Trend. So ist sowohl die Zahl der von Frauen gegründeten Unternehmen in der landwirtschaftlichen Produktion leicht angestiegen, als auch die der von Frauen betriebenen Organisationen, die soziale Dienstleistungen im pflegerischen Bereich anbieten. Tätigkeiten, die bisher hauptsächlich von Frauen im Privaten geleistet wurden, werden so zunehmend ins Öffentliche verlagert (Sawano 2014: 35). Diese Entwicklung ist einerseits zu begrüßen, da die Arbeit von Frauen so sichtbar und entlohnt wird, birgt aber andererseits auch die Gefahr, dass – solange das Personal auf weibliche Mitarbeiter beschränkt bleibt – bestehende Geschlechterrollenbilder weiter gefestigt werden. Ähnliches gilt generell für die von Frauen gegründeten Unternehmen. Diese sind in der Mehrzahl in Bereichen aktiv, die traditionell von Frauen übernommen wurden, da Frauen hier über das notwendige Wissen und die entsprechenden Techniken verfügen (zum Beispiel die Produktion und Verarbeitung von Gemüse und Obst für den Eigenbedarf, Kochen, Nähen und Ausbesserung von Kleidung und Betreuung und Pflege). Auch sind Unternehmen von Frauen in der Mehrheit unprofitabel und werden daher ergänzend zur landwirtschaftlichen Produktion der Männer betrieben. Fast die Hälfte (48,4 %) der Unternehmen bleibt beim Umsatz unter drei Millionen Yen pro Jahr, nur 14,2 % nehmen mehr als zehn Millionen Yen ein (MAFF 2017c: 3).

Einen nicht zu unterschätzenden positiven Beitrag leisten die Frauenunternehmen dadurch, dass sie außerhalb der herkömmlichen Verkaufskanäle Wege zur Steigerung der Einkünfte des Familienbetriebes suchen, ihre Erzeugnisse, auch landwirtschaftliche Abfallprodukte, effizient verarbeiten, und zum nachhaltigen Schutz der Anbauflächen beitragen, indem sie zum Beispiel brachliegendes Ackerland für ihre Projekte nutzen. Außerdem engagieren sich viele Frauenunternehmen direkt oder indirekt für die Lebensmittelsicherheit, etwa durch die Zubereitung von Schulspeisungen mit regionalen Produkten. Weiterhin teilen insbesondere die jüngeren Frauen ihre Einstellung als »kritische Verbraucherinnen« mit den Konsumentinnen in den Städten, was ebenfalls zum Erfolg der ländlichen Frauenunternehmen beiträgt. Dass Frauen aus der ihnen lange Zeit zugeschriebenen, von ihnen aber auch aktiv gestalteten Rolle nun einen wirtschaftlichen Gegenwert erzielen, wird von japanischen Feministinnen positiv bewertet. Nakamichi bezeichnet diese Frauen als Unternehmerinnen mit einer »gesellschaftlichen Berufung« (*shakaiteki shimeikan*) und ist der Ansicht, soziale Unternehmen von Frauen hätten das Potential, den ländlichen Raum in Japan wiederzubeleben, allerdings unter der Voraussetzung, dass sie profitabel seien. Von der Agrarpolitik fordert sie deshalb, dass diese soziale Unternehmen so lange finanziell unterstützt, bis sie sich selbst tragen können (Nakamichi 2011: 10).

3.2 Geschlechterverhältnisse im ländlichen Raum

Wie in anderen hochentwickelten Industrienationen ist die Abwanderung aus dem ländlichen Raum geschlechterselektiv: Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen sinkt schneller als die der Männer. Viele jüngere Frauen suchen eine Anstellung außerhalb des Familienbetriebes und häufig in Städten. Auffällig ist in Japan jedoch, dass andererseits bei den NeueinsteigerInnen der Frauenanteil in der jüngeren Generation unter 44 Jahren ansteigt. Er lag 2015 bei 27 % im Vergleich zu 12,8 % fünf Jahre zuvor (bei unter 49-Jährigen) (MAFF 2017b). Immer mehr junge Frauen aus dem städtischen Umfeld, die nach einem Hochschulabschluss bereits in der Wirtschaft oder in anderen Bereichen berufliche Erfahrungen gesammelt haben, heiraten einen Landwirt und steigen ohne landwirtschaftliche Kenntnisse und familiäre oder dörfliche Beziehungen in den Betrieb ein. Der Anteil der Ehefrauen, die von einem Bauernhof stammen, betrug 2008 nur noch 20 % (Hara und Ōuchi 2012: 17) und dürfte inzwischen noch weiter gesunken sein. Dazu kommen Frauen, die den elterlichen Hof übernehmen und diejenigen, die allein, mit PartnerInnen oder ihrem Ehemann einen neuen Betrieb gründen. Die zunehmende Diversität unter den LandwirtInnen wirkt sich auf die ländlichen Gesellschaftsstrukturen aus und verändert auch die Art der Vernetzung und Organisation der landwirtschaftlichen Akteure. Die früheren Verbandsstrukturen des Nōkyō und seiner tendenziell als konservativ einzuordnenden Frauenorganisation¹² dürften für viele junge Frauen nicht mehr attraktiv sein. Neue Formen der Vernetzung etwa im Internet gewinnen demgegenüber an Bedeutung. Hier setzen auch die aktuellen Frauenmaßnahmen des MAFF an, die unten näher beschrieben werden.

Trotz der schrittweisen Veränderung der Situation von in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen und deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren, ist der ländliche Raum nach wie vor von einer starken Geschlechterasymmetrie geprägt. Diese äußert sich in erster Linie auf der Ebene der politischen Repräsentation. In regionalen agrarpolitischen Entscheidungsgremien sind Frauen kaum vertreten. Bei den Mitgliedern in den Landwirtschaftskomitees (*nōgyō iinkai*)¹³ lag ihr Anteil 2016 landesweit durchschnittlich bei 7,4 %, bei den Vorstandsmitgliedern der lokalen Agrar-genossenschaften bei 5,6 % (siehe Abbildungen 3 und 4) (MAFF 2017c: 5). Beide Institutionen spielen bei allen lokalen agrarpolitischen Entscheidungen eine zentrale Rolle.

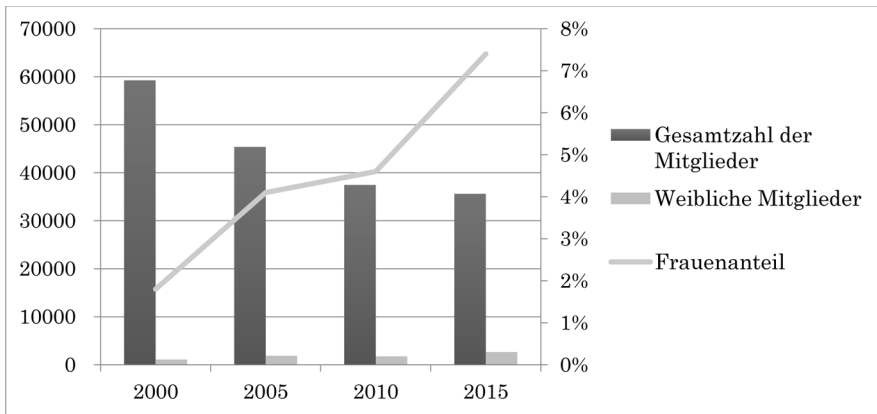
¹² In der Frauendachorganisation des Nōkyō (JA Zenkoku Josei Soshiki Kyōgikai) haben sich 681 regionale Mitgliedsorganisationen mit insgesamt etwa 600.000 Mitgliedern zusammengeschlossen (Dezember 2015). Auch hier gibt es eine Gruppe für junge Landwirtinnen »Fresh Miz« (*fureshu mizu*), vgl. <http://www.ja-zenjyokyo.jp/outline/freshms.php>.

¹³ Landesweit gab es im Jahr 2016 1.708 Landwirtschaftskomitees. Seit 1952 ist jeder Gemeinde die Einrichtung eines Landwirtschaftsausschusses gesetzlich vorgeschrieben (Jentzsch 2017: 36).

Sie bestimmen über die Aufteilung, Verpachtung oder den Verkauf von Anbauflächen sowie über Anbaupläne, und sie beraten und unterstützen junge LandwirtInnen und EinsteigerInnen. Die geringe Mitgliedschaft von Frauen weist auf deren mangelnde politische Partizipation und geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung im Agrarsektor hin. Eine Erhöhung der Mitgliedschaft von Frauen in den Agrargenossenschaften sowie den Landwirtschaftskomitees ist daher eine der zentralen Zielsetzungen der Gleichstellungsmaßnahmen im Rahmen der Frauenpolitik des MAFF.

Ein weiterer Aspekt der Diskriminierung von Landwirtinnen in Japan ist die gängige Praxis hinsichtlich des Eigentumsrechts. Obwohl Frauen und Männer gesetzlich gleichgestellt sind und sich Familienstrukturen denjenigen in den städtischen Räumen angeglichen haben, erbt in den meisten Fällen der älteste männliche Nachkomme den Hof und das zugehörige Agrarland. Diese Praxis geht auf das *ie*-System zurück, in der die Kontinuität der Familie, des Familiennamens und -besitzes, ihrer Werte und Ahnenrituale über die Generationen hinweg über die patrilineare Nachfolge gesichert wurde.¹⁴ Agrarfläche wird auch heute in der Regel nicht unter Erben

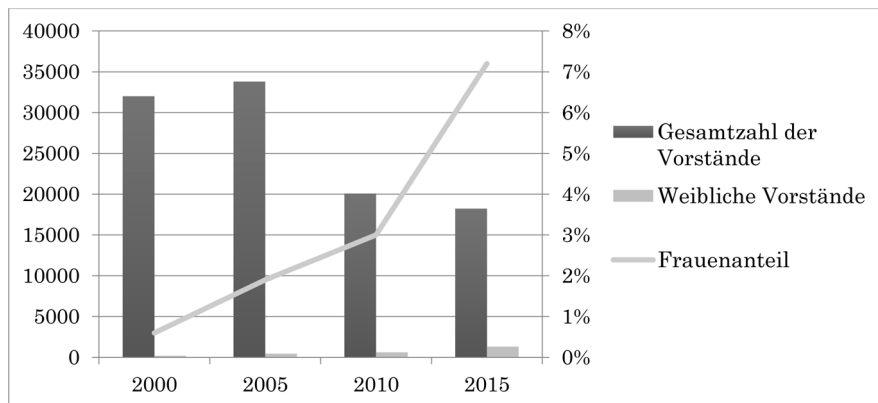
ABBILDUNG 3: Anzahl der Mitglieder der Landwirtschaftskomitees und Entwicklung des Frauenanteils seit 2000



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von MAFF (2017d, 2017e).

¹⁴ Im 1898 von der Meiji-Regierung im Zivilgesetz festgeschriebenen *ie seido* (Haus- oder Familiensystem) waren alle Mitglieder in familienrechtlichen Angelegenheiten den Interessen des Hauses und damit dem Diktat des Hausherrn unterworfen. In diesem System wurde der gesamte Besitz der Familie an den erstgeborenen Sohn vererbt. Seit 1947 ist es zwar gesetzlich vorgeschrieben, dass alle Nachkommen zu gleichen Teilen erben, aber in Bauernfamilien ist es auch heute noch gängige Praxis, dass die Geschwister des Nachfolgers auf Hof und Land verzichten, und dieser sie anderweitig finanziell entschädigt (Fukutake 1972; Kawate 2010; Tsutsumi 2001). Vom Hofnachfolger wird erwartet, dass er die Sorge für die Eltern im Alter übernimmt.

ABBILDUNG 4: Anzahl der Vorstandsmitglieder der regionalen Genossenschaftsverbände (nōkyō) und Entwicklung des Frauenanteils seit 2000



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von MAFF (2017d, 2017e).

aufgeteilt, da dies zu einer kleinteiligen Aufspaltung der Strukturen führen würde. Auch durch Heirat mit dem Betriebsinhaber erhält die Ehefrau kein Besitzrecht am Hof. Ohne Besitz ist die Mitbestimmung bei zentralen betrieblichen Entscheidungen nicht gewährleistet und nur mit Zustimmung des Inhabers möglich. Außerdem ist für eine Mitgliedschaft in wichtigen regionalen Gremien in der Regel der Grundbesitz Voraussetzung. Frauen werden also meist nicht als vollwertige Mitglieder der dörflichen Gemeinschaften wahrgenommen und anerkannt und von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Sie sind des Weiteren bei der Aus- und Weiterbildung benachteiligt. Wenn sie in einen Betrieb einheiraten, fehlen oft Vorkenntnisse, und zu Weiterbildungen insbesondere im technischen Bereich, aber auch in betriebswirtschaftlichen Fächern werden in den meisten Organisationen nur die Betriebsbesitzer oder Nachfolger zugelassen. Auch entstehen Nachteile für Frauen, wenn sie Maschinen bedienen müssen, die ihre physischen Merkmale nicht berücksichtigen, denn das Design von Landmaschinen ist grundsätzlich auf männliche Nutzer zugeschnitten. Frauen haben es des Weiteren in den dörflichen Gemeinschaften oft schwerer, weil sie nicht über dieselben lokalen Netzwerke verfügen wie die Männer, die dort aufgewachsen sind (Hara und Nishiyama 2015: 2). Schließlich sind Frauen oft einer Mehrfachbelastung ausgesetzt, weil sie neben der Landwirtschaft auch für den größten Teil der Haus- und Erziehungsarbeit sowie der Pflege von Familienmitgliedern zuständig sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Arbeit von Frauen im ländlichen Raum zwar sichtbar und die Möglichkeiten für ein berufliches Engagement in der

Landwirtschaft vielseitiger geworden sind. In der ländlichen Gesellschaft zeichnet sich seit den 2000er Jahren eine zunehmende Individualisierung (*koseika*) ab. Landwirtinnen können sich heute an zahlreichen Rollenmodellen orientieren. Es herrschen jedoch weiterhin ausgeprägte geschlechterhierarchische Beziehungsmuster und Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Familie, im Betrieb und bei der politischen und sozialen Partizipation in der Dorfgemeinschaft vor. Außerdem merken beispielsweise die Agrarsoziologinnen Hara und Ōichi (2012: 14) an, dass sich die Kluft zwischen gut ausgebildeten Frauen mit Zugang zu Technik und Knowhow und Frauen, die diese Chancen nicht haben, vergrößert habe. Es sind also auch neue Probleme entstanden, und die Geschlechterbeziehungen in ländlichen Räumen sind komplexer geworden. Wo setzt nun die Politik an, um die angeführten Problemstellungen zu lösen? Bevor auf die zentrale Fragestellung nach den aktuellen Veränderungen in der Frauenpolitik unter Abe eingegangen wird, wird im folgenden Kapitel ein chronologischer Überblick über die Maßnahmen und Programme seit der Nachkriegszeit gegeben.

4 Frauenpolitik im Agrarsektor seit 1947

4.1 Life Improvement Promotion Program

Nach dem Zweiten Weltkrieg legte die japanische Regierung mit der Agrarreform von 1947, durch die das bis dahin von reichen Grundbesitzern verpachtete Land auf unabhängige Bauernfamilien verteilt wurde, den Grundstein für die bis heute bestehende kleinteilige Struktur landwirtschaftlicher Familienbetriebe (Fukutake 1972). Auf die Verbesserung der Lebenssituation der Frauen im ländlichen Raum abzielende Maßnahmen wurden im Rahmen des Life Improvement Promotion Program (*seikatsu kaizen fukyū jigyo*) formuliert. Dieses Programm wurde 1948 vom damaligen Landwirtschaftsministerium unter dem Einfluss der US-amerikanischen Besatzungsbehörden GHQ (General Headquarters of the Allied Forces) als Teil des Agricultural Improvement Extension Programs eingeführt. Zielsetzung war die Bekämpfung der Armut auf dem Lande und die Förderung der Demokratisierung der ländlichen Bevölkerung.¹⁵ Um die hierarchisch-patriarchalen *ie*-Strukturen aufzubrechen und die Stellung der Frauen im bäuerlichen Haushalt zu stärken, wurde die

¹⁵ Das Programm knüpfte an ähnliche Kampagnen der 1920er und 30er Jahre wie z. B. die Life Improvement Campaign (*seikatsu kaizen undō*) an, die vom Innenministerium zur Rationalisierung der Lebensführung der Landbevölkerung und zur Modernisierung des Landes durchgeführt wurden (Garon 1997).

Ideologie der modernen (angloamerikanischen) Familie propagiert. Der gesellschaftliche Status der Frauen sollte in erster Linie durch Rationalisierung und Technisierung der traditionellen ländlichen Arbeitsweise erhöht werden (Ichida 1995: 15–16). Vorrangiges Ziel der Regierung war es, die Feldarbeit durch Vergrößerung der landwirtschaftlichen Einheiten und den Einsatz von Maschinen zu rationalisieren, so dass auf die Arbeitskraft der Frauen möglichst verzichtet werden konnte und diese sich auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter im häuslichen Bereich konzentrieren konnten. Diese Politik wurde auch von der wachsenden Verbrauchsgüterindustrie unterstützt, die mit massiven, auf Kundinnen im ländlichen Raum zugeschnittenen Werbekampagnen für ihre Haushaltsprodukte warb (Partner 2004: 129). Die Präfekturen stellten weibliches Personal ein, das ausschließlich für die Beratung der Bäuerinnen in Bezug auf die Verbesserung der Lebensführung zuständig war (*seikatsu kaizen fukyūin*). Die Auswirkung des Life Improvement Promotion Programs auf die Situation der Landwirtinnen wird unterschiedlich interpretiert. Einerseits wurden durch das neue Familienbild geschlechtsspezifische Rollenzuteilungen festgeschrieben. Andererseits trug das Programm zu einem Empowerment von japanischen Frauen bei, indem sie deren Beitrag zur landwirtschaftlichen Arbeit sichtbar machte und anerkannte (Amano 2001: 12–13; Ichida 2011: 4).

4.2 Vom Internationalen Jahr der Frauen zur »Vision«

Mit dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Jahr der Frauen im Jahr 1975 und dem damit verbundenen internationalen Druck auf Japan änderte die japanische Regierung den Kurs ihrer Frauenpolitik. Das von den Frauenbewegungen der 1970er Jahre verfolgte und auch von Teilen der japanischen Frauenbewegung vertretene Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern fand von nun an auch in der Landwirtschaftspolitik Niederschlag. Das Land- und Forstwirtschaftsministerium richtete im Referat für Life Improvement erstmals eine stellvertretende Referatsleiterstelle für Frauenfragen ein. Nach Inkrafttreten des Chancengleichheitsgesetzes im Jahr 1987 (CAO GEB 2016a) wurden erstmals Maßnahmen zur Stärkung der betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten von Frauen, zur Unterstützung der Teilnahme von Frauen an regionalen Aktivitäten (*chiiki katsudō no sankā*) und zur Förderung ihrer Vertretung in regionalen landwirtschaftspolitischen Gremien entwickelt (Kawate 2012: 34).

Im Jahr 1992 legte das MAFF mit der von seiner Frauenabteilung ausgearbeiteten »Mittel- und langfristige[n] Vision für Frauen in auf Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei basierenden ländlichen Räumen« (*nōsan gyoson no josei ni kan suru*

chūchōki bijon; ab hier kurz: »Vision«) den ersten konkreten politischen Leitfaden für Frauenförderung in der Landwirtschaft vor. Die »Vision« basierte zum einen auf Ideen des liberalen Feminismus: Frauen und Männer sollten gleiche Rechte sowie Anerkennung für ihre Arbeit im Haus und im Betrieb erhalten. Zum anderen beinhaltete sie Grundgedanken und Begriffe des Ökofeminismus, nach dem Frauen aufgrund ihrer biologischen Fähigkeit des Gebärens eine positive Beziehung zur Natur und dadurch ein besonderer Zugang zur ländlichen Lebensweise zugeschrieben wird. Dies wird durch die Verwendung von Begriffen wie »Symbiose mit der Natur« (*shizen to no kyōsei*), »menschliche Wärme« (*ningentekina atatakami*), »Freiraum« (*yutori*) und »Blickwinkel des Lebens« (*seikatsuno shiten*) deutlich. Frauen sollten also neben der Landwirtschaft nach wie vor für die naturnahen, »reproduktiven« Bereiche des Lebens zuständig sein, und eine aktive Rolle sowohl im landwirtschaftlichen Betrieb als auch in der Gesellschaft übernehmen (Ichida 2011: 5). Mit der »Vision« wurden aber auch neue Begriffe eingeführt, denen eine wichtige Bedeutung für die Sichtbarmachung der Arbeit von Frauen im ländlichen Raum zugesprochen wird und die inzwischen nicht nur in der Beamtensprache Verbreitung finden. Beispiele sind »Landwirtin« (*josei nōgyōsha*), »Landwirtschaftsbetreiberin« (*josei nogyō keieisha*), »partnerschaftliche Betriebsführung« (*pātonashippu gata keiei*), »Unternehmensgründung durch Frauen im ländlichen Raum« (*nōson josei kigyō*) oder »gleichberechtigte Betriebsführung« (*keiei sankaku*) (Kawate 2012: 41). Neben der Förderung der Partizipation von Frauen in der regionalen Agrarpolitik wurde mit der »Vision« erstmals auch die Unterstützung von Unternehmensgründerinnen in den Maßnahmenkatalog aufgenommen (Kawate 2012: 39–41).

Als Hintergrund für die Entstehung der »Vision« wird nicht nur der Einfluss internationaler feministischer Strömungen zur Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch die sich seit den 1980er Jahren durch den Rückgang der Zahlen männlicher Landwirte verschärfende Krise der japanischen Landwirtschaft gesehen. Des Weiteren erreichten zu Beginn der 1990er Jahre Studien über Landwirtinnen, die sich erfolgreich im Direktverkauf oder in der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen engagierten und damit einen wichtigen Beitrag zur Ertragskraft ihrer Familienbetriebe leisteten, eine breitere Öffentlichkeit. Das Potential von Frauen und ihrer »besonderen Fähigkeiten« für die Diversifizierung und Vitalisierung der Landwirtschaft wurde entdeckt (Nakamichi 2011: 8). Die Zunahme der Unternehmensgründungen durch Frauen in den 1990er Jahren wird in der japanischen Forschung in der Regel auf die mit der »Vision« von 1992 gestellten förderpolitischen Weichen zurückgeführt (Sawano 2014: 29).

4.3 Familienbetriebsabkommen

Als zentrale Säule der landwirtschaftlichen Frauenpolitik wurde schließlich 1995 das Familienbetriebsabkommen (*kazoku keiei kyōtei*) eingeführt. Dieses regelt die Arbeitsteilung der Familienmitglieder, in den meisten Fällen die des Betriebsbesitzers und seiner Ehefrau. Durch die Familienbetriebsabkommen soll die Position der Frauen im Betrieb gestärkt und die Hofnachfolge gesichert werden. Denn mit den Abkommen wird ein partnerschaftliches Familienmodell propagiert, das individuelle Bedürfnisse und Lebensmodelle innerhalb und zwischen den Generationen berücksichtigt (Ōtomo 2010: 198; Kawate 2010: 27). Bei dem Abkommen handelt es sich um eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Familienmitgliedern über Leitlinien zur Betriebsführung (in 88,6 % der Fälle), Arbeitszeiten und Urlaub (86,2 %), Arbeitsteilung in der landwirtschaftlichen Produktion (80 %), Löhne (71,2 %), Gewinnverteilung (außer Löhne) (61,2 %), Erbschaft inklusive Nachfolge (50,9 %) und Aufteilung der Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege (43,9 %) (MAFF 2016d). Das Dokument wird im Beisein der Mitglieder des örtlichen Landwirtschaftskomitees abgeschlossen und bekommt somit einen offiziellen Charakter. Durch den Abschluss ergeben sich jedoch keine gesetzlich bindenden Rechte oder Pflichten für die Unterzeichnenden. Die inhaltlichen Schwerpunkte werden von den Familien festgelegt und können beliebig oft erneuert und verändert werden.

Um Familienbetriebe zum Abschluss des Abkommens zu bewegen, wurde parallel das Rentenversicherungssystem für Landwirte (*nōgyōsha nenkin seidō*) reformiert. Voraussetzung dafür, dass nun auch Personen ohne Agrarlandbesitz, in der Regel Ehefrauen und potentielle Hofnachfolger, Mitglied werden können, wurde der Abschluss eines Familienbetriebsabkommens (Kawate 2012: 45). Da sich jedoch herausstellte, dass viele kleine Familienbetriebe den Versicherungsbeitrag für zwei Personen gar nicht aufbringen können, übernimmt der Staat bei Betrieben unter einem jährlichen Einkommen von 9 Millionen Yen seit 2002 einen Anteil des Beitrages (Nakamichi 2011: 11; NGNK 2017). Der Abschluss des Familienbetriebsabkommens ist des Weiteren Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Fördergeldern. So kann man als Ehepaar unter der Altersgrenze von 45 Jahren bei Nachweis des Familienbetriebsabkommens aus dem »Fonds für Investitionen in landwirtschaftliches Personal der nächsten Generation« (*nōgyō jisedai jinzai tōshi kikin*)¹⁶ des MAFF 150 % einer pro Betrieb vorgesehenen Fördersumme erhalten.

Bis 2016 unterzeichneten 56.397 Familien (19 % der Haupterwerbsbetriebe) ein Familienbetriebsabkommen. Die Mehrzahl dieser Familien ist im Besitz größerer

¹⁶ Bis 2016: »Beihilfen zum Einstieg des Nachwuchses in die Landwirtschaft« (*seinen shūnō kyūfukin*).

Betriebe im Gartenbau, in der Tierhaltung oder im Gemüse- und Obstanbau und erzielt vergleichsweise hohe Gewinne. Meist sind es die Besitzergenerationen, im Regelfall die Ehefrauen, die den Abschluss forcieren. Auf die Frage, was sich durch das Abkommen verändert hat, wurden in einer vom MAFF in Auftrag gegebenen Umfrage folgende Antworten gegeben: in der Familie wird mehr kommuniziert (44,6 %), die Rollen im Betrieb sind eindeutiger verteilt (31,8 %), die Betriebsziele sind klarer (28,8 %), das Selbstbewusstsein als PartnerIn in der Betriebsleitung ist gewachsen (25,3 %), die Familienmitglieder sind motivierter (23,6 %), Arbeitszeiten sind geregelter (20,2 %), das Einkommen hat sich verbessert (12,9 %) (NDKSSK 2013: 6). In einer von Kawate (2012: 48) zitierten Umfrage äußerten aber auch 34 % der Befragten, dass sich durch das Abkommen nichts geändert habe. Folgende Probleme kann auch das Abkommen nicht lösen, und sie gelten daher als Gründe dafür, dass die Zahl der Abschlüsse seit 2011 nur noch geringfügig ansteigt: Die Einnahmen des Hofes reichen nicht aus, um Löhne zu zahlen, und es fehlen die Zeit und die finanziellen Ressourcen, um Urlaub zu machen oder in neue Geschäftsfelder zu investieren. Außerdem werden die Besitzrechte von Frauen vom Abkommen nicht berührt. Als weiterer Kritikpunkt wird gesehen, dass mit Abschluss dieses Abkommens private Angelegenheiten auf eine öffentliche Ebene gehoben würden. Dies werde von vielen Familien als unerwünschte Einmischung des Staates in innerfamiliäre Angelegenheiten empfunden (Amano und Kasuya 2008; Ichida 2011; Kawate 2012; Nakamichi 2011). Ōtomo (2010) kommt in ihrer Studie zu Inhalten und Auswirkungen der Familienbetriebsabkommen zu dem Ergebnis, dass Arbeiten im Haushalt ausnahmslos weiblichen Familienmitgliedern zugewiesen wurden. Außerdem werde zwar die Position der Ehefrauen der Betriebsleitergeneration gestärkt, die Schwiegertöchter blieben davon aber weitgehend unberührt, da sie in der Regel den Haushalt und die Kinderbetreuung übernehmen müssten (Ōtomo 2010: 199).

4.4 Gesetzliche Gleichstellung und Backlash

Im Jahr 1999 wird mit Artikel 26 im Basisgesetz für Nahrungsmittel, Landwirtschaft und ländlichen Raum (*shokuryō nōgyō nōson kihon hō*) die Chancengleichheit der Geschlechter in der Landwirtschaft auch gesetzlich festgeschrieben. Hier heißt es (MAFF 1999):

In consideration of the importance of securing opportunities for both men and women to participate in all kinds of social activities as equal members of so-

ciety, the State shall promote the creation of an environment in which women's roles in farming operations are fairly assessed and women can be provided with opportunities to become involved in farm management and other relevant activities on a voluntary basis.

Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen, die es Frauen erleichtern, Führungspositionen in der Landwirtschaft zu übernehmen. Gleichzeitig soll ihr Beitrag zum Betrieb fair bewertet werden. Es wird jedoch nicht näher ausgeführt, auf welcher Grundlage und mit welchen Maßstäben die Arbeit von Frauen »fair« bewertet wird. So bleibt unklar, wie beispielsweise Beiträge zur Versorgungsarbeit oder bürgerschaftliches Engagement gemessen und ins Verhältnis zur landwirtschaftlichen Produktion gesetzt wird. Hierüber geben weder das Gesetz noch nachfolgende Maßnahmenkataloge Aufschluss.

Ein Jahr später wurde in den Ersten Gleichstellungs-Rahmenplan (*dai ichi danjo kyōdō sankaku kihon keikaku*), der auf der Grundlage des Gleichstellungsgesetzes von 1999 erstellt wurde, ein Kapitel zur »Gemeinsamen Beteiligung von Männern und Frauen an der Vitalisierung des ländlichen Raums« aufgenommen. Die alle fünf Jahre revidierten Rahmenpläne bilden bis heute zusammen mit den Rahmenplänen für Nahrungsmittel, Landwirtschaft und ländlichen Raum (*shokuryō nōgyō nōson kihon keikaku*) die Eckpfeiler für die Frauenpolitik des MAFF.¹⁷ Im Gleichstellungs-Rahmenplan werden wie bereits in der »Vision« die Erhöhung des Frauenanteils in den Landwirtschaftsausschüssen und bei den Vorstandsmitgliedern des Nōkyō sowie die Förderung von Unternehmensgründungen durch Frauen als konkrete Ziele formuliert. Des Weiteren werden folgende Maßnahmen erwähnt: Aufklärungskampagnen zur »Berichtigung traditioneller geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen« (*koteitekina yakuwaribuntan ishiki no zesei*), z. B. durch die Einführung eines »Tages der Landfrauen«, die Verbesserung der wirtschaftlichen Stellung von Frauen durch Weiterbildungsmaßnahmen, die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durch die Regulierung von Arbeitszeiten oder Einführung neuer Techniken zur Arbeitserleichterung, sowie die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen für ein ihre individuellen Lebenszyklen berücksichtigendes Umfeld, wie etwa die Ausweitung von Kinderbetreuungsdienstleistungen (CAO GEB 2016b). Vergleicht man die Maßnahmenkataloge zu Frauen in der Landwirtschaft in den drei Gleichstellungs-Rahmenplänen von 2000 bis 2010, so sind inhaltlich und begrifflich nur geringfügige Veränderungen festzustellen. So werden zum Beispiel

¹⁷ Da die Gleichstellungsrahmenpläne im Hinblick auf die Maßnahmen zur Chancengleichheit im ländlichen Raum detaillierter sind als die entsprechenden Kapitel in den Landwirtschaftsrahmenplänen, werden in diesem Beitrag erstere untersucht.

2005 die Erhöhung der Zahl der Abschlüsse von Familienbetriebsabkommen und der zertifizierten Landwirtinnen als Ziel ergänzt (CAO GEB 2016c) und die Begriffe »weibliche Führungskräfte« (*josei rīdā*) und »Netzwerkbildung von Führungskräften« (*rīdā no nettowākuka*) eingeführt. Im Dritten Rahmenplan von 2010 wird die Mitgliedschaft mindestens einer Frau in jedem regionalen Entscheidungsgremium bis 2013 als konkretes Ziel formuliert sowie verstärkt auf die Unterstützung von Unternehmerinnen fokussiert. Letzteres ist auch im Zusammenhang mit dem 2010 erlassenen Gesetz zur Entwicklung des 6. Industriesektors (*rokujisangyōka chisanchishō hō*) zu sehen, das die Diversifizierung von Verarbeitungs- und Vertriebsprozessen in Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei fördert.¹⁸ Des Weiteren wird die Unterstützung von Frauen, die neu in die landwirtschaftliche Produktion einsteigen (*shūnō*), als Punkt ergänzt (CAO GEB 2016b, 2016c, 2016d).

Ein weiterer wichtiger formeller Schritt zur Aufwertung des Status von Ehefrauen von Landwirten war die Revision des öffentlichen Zertifizierungssystems (*nintei nōgyōsha seidō unyō kaizen*) im Jahr 2003. Durch diese wurde es möglich, eine Zertifizierung als Paar zu beantragen (Amano und Kasuya 2008: 3). Das Zertifikat wird von den Kommunen auf Nachweis einer mindestens fünfjährigen hauptberuflichen Tätigkeit in der Landwirtschaft und der Vorlage zukunftsgerichteter Management- und Anbaupläne vergeben. Bis dahin wurde das Zertifikat nur Einzelpersonen, in der Regel den Betriebsbesitzern, ausgestellt (MAFF 2016c). 11.241 Landwirtinnen haben inzwischen eine Zertifizierung (*nintei nōgyōsha*) erworben, was einem Frauenanteil unter den zertifizierten Bauern von 4,6 % entspricht.

Obwohl sich die vom MAFF implementierten Gleichstellungsmaßnahmen seit 1975 erheblich erweiterten, wurde ab Anfang der 2000er Jahre im Zuge umfangreicher Verwaltungsreformen und Dezentralisierungsmaßnahmen die Frauenabteilung im Ministerium verkleinert und umbenannt (Amano und Kasuya 2008: 17). Auf Präfektur- und Gemeindeebene wurden Frauenförderorgane umstrukturiert oder abgeschafft, so dass Ausbildungs- und Förderprogramme teilweise nicht weitergeführt und für die Durchsetzung frauenpolitischer Leitlinien auf lokaler Ebene zuständiges Personal entlassen wurde. Diese Entwicklung wird von der japanischen Forschung zu Geschlechterverhältnissen im ländlichen Raum als Stagnation der Maßnahmen zur Förderung von Landwirtinnen interpretiert und auf einen generellen Backlash in der japanischen Gleichstellungspolitik zurückgeführt (Hara und Ōuchi 2012: 13). So habe die seit dem Jahr 2000 vor dem Hintergrund der Erstar-

¹⁸ Dieses Gesetz soll zur Wiederbelebung des ländlichen Raumes beitragen, indem ein neuer, sechster Wirtschaftsbereich erschlossen wird, der sich auf die Verarbeitung und den Vertrieb lokaler Produkte konzentriert.

kung neoliberaler Strömungen von konservativen Medien und Politikern betriebene Antifeminismus-Propaganda (Yamaguchi 2014: 542) dazu beigetragen, dass die Gleichstellungsmaßnahmen des MAFF an Vitalität einbüßten (Amano und Kasuya 2008; Ichida 2011; Kawate 2012; Nakamichi 2011).

Die jüngere Geschichte der Frauenpolitik im Landwirtschaftssektor zeigt eine deutliche Veränderung in der den Frauen zugeschriebenen Funktion in der landwirtschaftlichen Produktion. Wurden Frauen nach dem Krieg in die Rolle der für Wohlfahrt, Familie und dörfliches Leben Zuständigen gedrängt, so werden sie heute auch als Landwirtschaft Betreibende und Innovatorinnen wahrgenommen. Amano und Kasuya (2008: 13–14) zufolge hat sich seit den 1990er Jahren ein Politikwandel von »Schutz« zur »Förderung der Selbständigkeit« vollzogen. Trotz aller Bemühungen der Politik und des breiten Angebots staatlicher Unterstützung gehen aktuell die Zahlen der in der Landwirtschaft tätigen Frauen schneller zurück als die der Männer. Das MAFF versucht diesem Phänomen mit verschiedenen Maßnahmen entgegenzusteuern.

5 Die aktuelle Frauenpolitik in der Landwirtschaft: »Agri-Womenomics«?

5.1 »Womenomics«

Als wichtige Säule seiner Wachstumsstrategie von 2013 gab Premierminister Abe unter dem Motto »Eine Gesellschaft, in der alle Frauen leuchten« (*subete no josei ga kagayaku shakai*) Maßnahmen zur Förderung und »Aktivierung von Frauen« (*josei no katsuyaku*) bekannt. Neben der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen ist das zentrale Ziel dieses als »Womenomics« bezeichneten Programmes, mehr Frauen in Beschäftigung und in Führungspositionen zu bringen (Schad-Seifert 2015). Dies soll durch die Schaffung von 500.000 neuen Kinderbetreuungsplätzen bis 2019 und konkrete Vorgaben für japanische Unternehmen zur Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter auf allen Karrierestufen erreicht werden (30 % aller Führungskräfte bis 2020). Zur Unterstützung der gesteckten Ziele trat am 1. April 2016 das »Gesetz zur Förderung der Aktivierung von Frauen im Arbeitsleben« (*josei no shokugyō ni okeru katsuyaku no suishin ni kan suru hōritsu*, kurz: *katsuyaku shuishin hō*) in Kraft. Mit diesem Gesetz werden private Unternehmen und öffentliche Institutionen mit mehr als 300 Beschäftigten dazu verpflichtet, Ziele zur Förderung von Frauen am Arbeitsplatz zu bestimmen und konkrete Maßnahmenkataloge vorzulegen. Schritte und Zwischenergebnisse müssen regelmäßig veröffentlicht werden (CAO GEB 2016e). Auch Kampagnen zur

Verminderung von Überstunden, zu Lohnerhöhungen und zur Einführung von flexiblen Arbeitszeit- und Work-Life-Balance-Modellen, wie z. B. dem »Premium Friday«, an dem Unternehmen ihren MitarbeiterInnen einmal pro Monat den Freitagnachmittag freigeben können, sind Teil von »Womenomics« (JT 04.03.2017).

Als Hintergrund für diese fortschrittlich anmutende Politik des konservativen Premierministers ist in erster Linie der drastische Arbeitskräftemangel in der Wirtschaft zu sehen, der sich aufgrund der demographischen Entwicklung abzeichnet und weitreichende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung Japans haben wird. »Womenomics« ist ein vornehmlich ökonomisch motiviertes Programm. Laut der Politologin Tsuji basiert das Programm ursprünglich auf Vorschlägen, die während der Regierungszeit der Demokratischen Partei Japans vor 2012 von OppositionspolitikerInnen der liberaldemokratischen Partei entwickelt wurden. Initiatorin sei die damalige LDP-Politikerin Yuriko Koike gewesen, die seit 2016 Gouverneurin von Tōkyō ist. Aus diesen Vorschlägen hätte sich Abe die zu seinen Anliegen passenden Teile herausgesucht (Tsuji 2015: 362–365).¹⁹ Neben dem Ziel, Defizite auf dem Arbeitsmarkt durch die Nutzung weiblicher Ressourcen auszugleichen, dient »Womenomics« auch als Zugeständnis an die Mehrheit der japanischen WählerInnen angesichts zahlreicher unbeliebter politischer Entscheidungen,²⁰ die die Abe-Administration seit 2013 getroffen und teilweise umgesetzt hat (Tsuji 2015: 371). Seine frauenfreundliche Rhetorik soll offensichtlich insbesondere die weibliche Wählerschaft entschädigen.

Das Kabinettsbüro legte im September 2015 ein Papier mit ersten Ergebnissen der »Womenomics«-Maßnahmen vor: Danach ist die Zahl weiblicher Beschäftigter innerhalb von zweieinhalb Jahren um 900.000 Personen gewachsen und die Beschäftigungsrate der Frauen zwischen 25 und 44 Jahren von 67,7 % auf 70,6 % gestiegen (CAS 2015). Hier muss jedoch angemerkt werden, dass es sich bei der Mehrzahl der neu geschaffenen Stellen um Teilzeit- und Zeitarbeitsjobs im Niedriglohnssektor handelt (Matsui 25.05.2016).

5.2 Aktuelle Frauenfördermaßnahmen des MAFF

Da die Gleichstellungs-Rahmenpläne die Grundlage für die Gleichstellungspolitik in allen Ressorts bilden, lässt sich anhand des im Dezember 2015 veröffentlichten

¹⁹ Auch Strategie-Papiere der Goldman Sachs-Analystin Kathy Matsui wurden herangezogen (Schad-Seifert 2015).

²⁰ Z. B. Sicherheitsgesetz, Verfassungsänderung (Artikel 9) oder Gesetz über die Zulassung von Spielcasinos.

aktuellen Plans auch untersuchen, inwieweit sich die Frauenpolitik Abes im Agrarbereich niederschlägt. Aufschluss gibt hier vor allem das vierte Kapitel des neuen Rahmenplans, das sich der »Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen in den Regionen und im ländlichen Raum sowie im Umweltbereich« (*chiiki, nōsangyōson, kankyō bunya ni okeru danjo kyōdō sankaku no suishin*) widmet.²¹ Aus dem Vergleich mit dem entsprechenden Kapitel des vorhergehenden Rahmenplans von 2010 ergeben sich folgende neue Inhalte (CAO GEB 2016f: 38–45): In der Einleitung wird auf den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum sowie die Abwanderung junger Frauen hingewiesen und die sich daraus ableitende Notwendigkeit beschrieben, ländliche Regionen so zu gestalten, dass Frauen aktiv teilhaben können. Die Aktivierung von Frauen (*josei no katsuyaku*) sei der Schlüssel für eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Entwicklung der ländlichen Gesellschaft.

In Bezug auf die politische Partizipation von Frauen werden folgende konkrete Ziele bis zum Jahr 2020 benannt: die Veröffentlichung von Zielvorgaben und Maßnahmeplänen zur Erhöhung der Beteiligung von Frauen in allen Präfektur- und Stadtverwaltungen sowie in 70 % der Dorfverwaltungen entsprechend dem 2015 verabschiedeten Frauenfördergesetz, die Erhöhung der Zahl der Familienbetriebsabkommen von 54.190 (2013) auf 70.000 sowie die Erhöhung des Frauenanteils in den Landwirtschaftsausschüssen von 6,3 % (2013) auf 10 % (langfristig 30 %) und bei den Vorstandsmitgliedern der Nōkyō von 6,1 % (2013) auf 10 % (langfristig 15 %). Des Weiteren wird allen lokalen Gruppen, die Entscheidungen über die Verteilung von Agrarland und über Anbaupläne treffen, die Pflicht auferlegt, mindestens eine Frau einzubinden. Entsprechend dem neuen Antidiskriminierungsparagrafen im überarbeiteten Nōkyō-Gesetz von 2015 (*nōgyō kyōdō kumiai hō*) werden die BürgermeisterInnen der Gemeinden gesetzlich dazu angehalten, zur Gewährleistung der Diversität bei der Benennung der Mitglieder der Landwirtschaftsausschüsse Personen verschiedener Altersgruppen und verschiedenen Geschlechts zu berücksichtigen. Mitglieder des Nōkyō, die für die Aufstellung von KandidatInnen für den Vorstand verantwortlich sind, müssen über die neuen gesetzlichen Vorgaben informiert werden. Außerdem werden auf Basis des Frauenfördergesetzes Unternehmen im Agrarsektor dazu aufgefordert, einen Aktionsplan vorzulegen und anzuwenden.

Im Hinblick auf die Verbesserung der Bedingungen von Frauen in landwirtschaftlichen Familienbetrieben wird eine verstärkte Förderung des Abschlusses von Familienbetriebsabkommen angekündigt. Auch werden die Förderung von Projekten zur Verbesserung der Managementfähigkeiten und technischen Qualifikatio-

²¹ Die Bereiche Regionen (*chiiki*) und Umweltschutz (*kankyō mondai*) wurden 2015 neu in das Kapitel aufgenommen. Auf diese Punkte wird im Rahmen dieses Beitrages jedoch nicht eingegangen.

nen von Frauen, sowie Maßnahmen zur Förderung der Netzwerkbildung unter Frauen in Führungspositionen und mit Unternehmen zur Stärkung ihrer betriebswirtschaftlichen und Marketing-Fähigkeiten genannt. Des Weiteren soll die Öffentlichkeitsarbeit für den Erwerb und Besitz von Agrarland und Anlagen durch Frauen gestärkt werden.

Schließlich werden Maßnahmen zur Aufklärung (*keihatsu*) und zu verbesserten Arbeitsbedingungen gefordert. Dazu gehören die Ausweitung des Nōgyō Joshi Project zur Förderung der Berücksichtigung von Erfahrungen der Landwirtinnen bei der Entwicklung von Technologien durch Unternehmen, die Propagierung von Familienbetriebsabkommen sowie die Förderung der Verkörperschaftung von Familienbetrieben zur Verbesserung der Wohlfahrts- und Sozialleistungen für Frauen. Durch die Ausschreibung eines Preises soll die Einbindung von Frauen aller Altersstufen in die Betriebsführung unterstützt werden. Robotik (z. B. Assistenzanzüge) und Informationstechnologien sollen einen Beitrag zu verbesserten Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft leisten und die Integration von Personen aller Altersgruppen, Geschlechter und unterschiedlicher körperlicher Konstitution erleichtern. Die Einrichtung von Wasch- und Umkleieräumen für Frauen in landwirtschaftlichen Produktionsunternehmen und eine verbesserte Vorbeugung von Unfällen durch Maschinen und Anlagen durch Erhebung und Auswertung geschlechterspezifischer Daten sollen zu mehr Sicherheit und weniger Einschränkungen für in der Landwirtschaft beschäftigte Frauen führen.

Es ist unschwer zu erkennen, dass der Maßnahmenkatalog für den ländlichen Raum unter dem Einfluss der von der Regierung Abe initiierten »Womenomics«-Kampagne überarbeitet und erweitert wurde. Zentrale Begriffe wie *josei no katsuyaku* und *kagayaku josei* wurden aus der »Womenomics«-Terminologie übernommen. Neben quantitativen Zielen hinsichtlich der politischen Partizipation werden erstmals konkrete Maßnahmen zu deren Durchsetzung benannt. Weiterhin soll die Position von Betriebsbesitzerinnen und Hofnachfolgerinnen gestärkt werden, auch wenn hier außer Aufklärung keine gezielten Maßnahmen vorgeschlagen werden. Frauen in Führungspositionen sollen gestärkt und es sollen entsprechende Weiterbildungsprogramme, auch im technischen Bereich, angeboten werden. In Betrieben soll das im Rahmen von »Womenomics« verabschiedete Frauenfördergesetz zur Anwendung kommen, um mehr Frauen auf dem Land im Erwerbsleben zu halten. Technologische Innovationen sollen zukünftig dazu dienen, auch weniger kräftigen Menschen die Arbeit auf dem Feld und im Stall zu ermöglichen.

Für die Implementierung aller aufgeführten Maßnahmen ist das MAFF zuständig. Im Oktober 2015 wurde dort das seit 2001 existierende Referat für

Frauen- und Seniorenmaßnahmen in Women's Empowerment Office²² (*josei katsuyaku suishin shitsu*) umbenannt. Das Referat gehört zur Young Farmers and Women Division (*shūnō joseika*), die wiederum im Management Improvement Bureau (*keiei kyoku*) angesiedelt ist. Seit 2015 existiert also (wieder) ein ausschließlich auf Frauenförderung fokussiertes Referat im Landwirtschaftsministerium.²³ Der Leiterin des Referats zufolge ist das zentrale und übergreifende Ziel der Young Farmers and Women Division die Erhöhung der Zahl der hauptberuflich in der Landwirtschaft tätigen Personen.²⁴ Deshalb seien die Bereiche Nachwuchs und Frauen auch in einer Abteilung zusammengefasst.²⁵ Um die Position von Frauen in der Landwirtschaft zu stärken, müssten diese jedoch besonders gefördert werden. Dies sei die Aufgabe ihres Referates.²⁶ Schwerpunktmäßig wird daher zum einen verstärkt in die Weiterbildung investiert, um die Zahl der weiblichen Führungskräfte in den Betrieben und in regionalen Entscheidungsorganen zu erhöhen. Zum anderen werden Unternehmen und öffentliche Institutionen im Agrarsektor dazu angehalten, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und zu flexibilisieren, um Frauen in der Landwirtschaft zu halten und ihnen Karriereperspektiven zu bieten. Das MAFF initiierte vor diesem Hintergrund im Jahr 2014 zwei neue Programme, für deren Umsetzung das Women's Empowerment Office zuständig ist, das Nōgyō Joshi Project (Women Farmers Project) und das Josei Nōgyō Jisedai Ridā Ikuseijuku (Shining Women Farmer Training Program). Darüberhinaus wurde der Unternehmenspreis Nogyō no Mirai wo tsukuru Josei Katsuyaku Keitai 100 Sen (Women's Active Participation in Agricultural Management 100 – WAP 100) ausgelobt, mit dem jährlich Betriebe aus dem Agrarsektor ausgezeichnet werden, die sich bereits erfolgreich für die Förderung von Frauen einsetzen und Modellcharakter beispielsweise bei Weiterbildung oder bei flexiblen Arbeitszeitsystemen aufweisen (JACA 2017; NNGK 2017).

²² Projekte und Organisationen bzw. Organisationseinheiten, für die es offizielle englische Bezeichnungen oder Namen gibt, werden in englischer Sprache genannt und nicht ins Deutsche übersetzt.

²³ Im Jahre 2001 wurde die Frauenabteilung (*fujin seikatsuka*) aufgelöst und deren Zuständigkeiten auf andere Abteilungen und Referate verteilt.

²⁴ Mit der Leiterin des Women's Empowerment Office, Kayoko Kubo, führte ich am 16. März 2017 im MAFF in Tōkyō ein Interview zu den aktuellen frauenpolitischen Maßnahmen des Ministeriums und deren Ziele.

²⁵ Neben der Mobilisierung von Frauen würden derzeit auch Vorschläge geprüft, in Sonderzonen ausländische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft einzusetzen.

²⁶ Dieser Ansatz der Frauenförderung wird beispielsweise im deutschen Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft nicht mehr vertreten, da dessen Programme auf dem Gender Mainstreaming Prinzip basieren. Dieser Unterschied ist Kubo bewusst.

Nōgyō Joshi Project

An diesem Projekt beteiligen sich Landwirtinnen und japanische Unternehmen unterschiedlicher Branchen. Ziel ist es, Bäuerinnen in der Gesellschaft sichtbarer zu machen und ihr Image zu verbessern, wodurch man sich erhofft, mehr Frauen für eine Berufstätigkeit in der Landwirtschaft zu gewinnen. Durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen sollen das ökonomische Denken sowie die strategischen und unternehmerischen Fähigkeiten von Landwirtinnen gefördert werden. Gleichzeitig sollen Produkte entstehen, die zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen oder ihres Einkommens beitragen. Für die Unternehmen, die die Projekte auch finanzieren, besteht der Anreiz für eine Teilnahme darin, das Wissen und die Erfahrung von Bäuerinnen für die Entwicklung neuer Produkte zu nutzen und von der Öffentlichkeitsarbeit des MAFF zu profitieren. Die beteiligten 28 Firmen kommen schwerpunktmäßig aus den Bereichen Landmaschinen, Bekleidung, Handel, Nahrungsmittel, Haushaltselektronik und Tourismus. Im Februar 2017 waren 564 Frauen beteiligt, davon arbeitet etwa ein Drittel im Familienbetrieb des Ehemannes mit, ein Drittel führt einen Betrieb als Nachfolgerinnen und ein weiteres Drittel sind selbständige oder angestellte Neueinsteigerinnen. Alle Teilnehmerinnen, von denen etwa 80 % zwischen 30 und 49 Jahre alt sind, sowie die Kooperationen mit Unternehmen werden auf einer Website vorgestellt.²⁷ Zu den zur Arbeitsunterstützung bisher entwickelten Produkten gehören Landmaschinen, wie beispielsweise eine leichte, handliche Mähmaschine der Firma Maruyama und ein Traktor mit verstellbarem Sitz, spezieller Sitzfederung, Sonnendach und zusätzlichen Griffen zum einfacheren Aufsteigen des Landmaschinenherstellers Iseki. Der größte japanische Produzent von Unterwäsche, Wacoal, entwickelte Unterbekleidung, deren Form und Material auf die spezifischen Bewegungsabläufe bei der Arbeit auf dem Feld abgestimmt ist. Die Prototypen der schweißabsorbierenden und bewegungsunterstützenden Funktionsunterwäsche sind nach zahlreichen Messungen und Tests gemeinsam mit einer Gruppe von fünfzehn Landwirtinnen entstanden (Dieth 2016: 43) und im Frühjahr 2017 auf den Markt gekommen. Für das Unternehmen lohnt sich die Investition, denn die innovative Unterwäsche kann auch in anderen Branchen zum Einsatz kommen, in denen die körperliche Arbeit von ähnlichen Bewegungsabläufen bestimmt wird, wie beispielsweise im Pflegebereich (NKS 11.11.2016).

Im März 2017 wurde der erste Nōgyō Joshi Project Award für besondere Leistungen der Teilnehmerinnen in den Bereichen Marketing, Ausbildung, Gemeinwesen/Familie und Diversifizierung verliehen. Zu diesem Anlass hielt die Frau des Premi-

²⁷ <https://nougyoujoshi.maff.go.jp/>.

erministers, Akie Abe, die bei öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen des Projektes häufig eine repräsentative Rolle einnimmt, die Glückwunschrede. Das Interesse der japanischen Medien am Nōgyō Joshi Project ist auch aufgrund dieses Engagements groß, worauf laut der Referatsleiterin die hohe Zahl von Anfragen, Artikeln, Fernsehbeiträgen und Internetzugriffen schließen lässt. Auf die dem Projekt behafteten genderspezifischen Stereotype und den Begriff *joshi* (Mädchen, Mädels) im Namen des Projektes angesprochen, erläuterte sie, dass das MAFF bewusst ein frisches Image zeichnen und Beamtensprache vermeiden wollte. Die Gestaltung des Logos und der rosa Grundfarbgebung hätten sich bei der Zusammenarbeit mit Landwirtinnen ergeben und seien keine Vorgabe des Ministeriums gewesen.

Zu ihrer Motivation für die Teilnahme am Nōgyō Joshi Project befragt, antworteten zwei Landwirtinnen aus der Präfektur Shiga,²⁸ dass die Zusammenarbeit mit Unternehmen eine interessante Erfahrung sei und im Idealfall nützliche Produkte entstünden. Die Gelegenheit zum ortsübergreifenden Austausch und zur Vernetzung mit anderen Frauen sei jedoch der zentrale Beweggrund zur Teilnahme am Nōgyō Joshi Project gewesen.

Shining Women Farmer Training Program

2014 beauftragte das MAFF das Beratungsunternehmen Japan Management Association mit der Durchführung dieses Programmes zur Ausbildung von weiblichen Führungskräften für die Landwirtschaft. Die Zielgruppe sind junge Landwirtinnen, die die Effizienz ihres Betriebes steigern wollen und deshalb bereit sind, sich in einem neunmonatigen Kurs theoretisches und praktisches Management- und Marketing-Knowhow anzueignen. Das Programm schließt auch die gemeinsame Teilnahme mit einem eigenen Stand auf dem Hills Marché in Tōkyō ein.²⁹ Hier sollen die Teilnehmerinnen im direkten Kundenkontakt lernen, worauf die KonsumentInnen beim Kauf der Produkte achten. Auch besteht für einige Frauen die Möglichkeit, bei der jährlich stattfindenden internationalen Nahrungsmittelmesse Foodex auszustellen, und sich mit Fragen des Exports auseinanderzusetzen. Das Projekt wurde bereits drei

²⁸ Am 30. September 2016 führte ich am Rande eines Fototermins mit Wacoal Interviews mit den zwei Landwirtinnen Ryōko Minakuchi und Kana Takahashi, beide Mitte 30, in der Präfektur Shiga. Sie beteiligen sich u. a. an einem Projekt mit Wacoal. Der Kontakt zu den Interviewpartnerinnen wurde mit Unterstützung des MAFF hergestellt. Takahashi gründete 2013 gemeinsam mit ihrem Mann einen kleinen Betrieb für Biogemüse (Minori Nōen, ca. 50 Ar). Minakuchi heiratete vor einigen Jahren in den Betrieb für Biogemüseanbau ihres Mannes (Hofnachfolger) ein und betreibt diesen mit ihm gemeinsam (Minakuchi Farm, 1,4 Hektar). Beide Frauen sind (noch) kinderlos und arbeiten Vollzeit in der landwirtschaftlichen Produktion.

²⁹ Wochenmarkt in Ark Hills, Minato-ku, Tōkyō.

Mal mit je 30 Teilnehmerinnen durchgeführt. Bereits fünf Mal fanden »Agri-Womenomics Foren« (*aguri ūmanomikusu fōramu*) statt, bei denen Absolventinnen anderen Landwirtinnen und der japanischen Öffentlichkeit über ihre Erfahrungen und Lernerfolge berichteten (NNK 2016). Auf dem Forum in Nagoya im Februar 2017 referierte eine Absolventin aus Kagoshima³⁰ darüber, wie sich ihre Teilnahme auf die Ausrichtung ihres Familienbetriebes auswirkte (Emi Ōyoshi [eigene Übersetzung]):

In Kagoshima produzieren alle Kohl und liefern spottbillig an Nōkyō. Wir haben das auch gemacht, aber ich habe durch die Teilnahme bei Marché gelernt, wie ich unseren Kohl teurer verkaufen kann, nämlich im Direktverkauf an die Wohlhabenden in den Städten. Die haben mir gesagt, wie lecker unser Kohl ist, und wir investieren deshalb noch mehr in die Anbautechnik, um den Geschmack weiter zu verbessern.

Sie liefert mittlerweile direkt an KundInnen in ganz Japan und an Lebensmittelabteilungen der Kaufhäuser Takashimaya, Daimaru und Isetan. Eine andere Teilnehmerin aus Nara betonte, dass sich durch das Training nicht nur ihre eigene Einstellung zur Produktion, sondern auch die ihres Mannes positiv verändert habe. Sie beide gingen nun optimistischer und professioneller an die Arbeit.³¹ Die MAFF-Referatsleiterin Kubo bewertet den Erfolg des Programms positiv: das Selbstbewusstsein der Frauen, die an dem Ausbildungsprogramm teilgenommen haben, habe sich zum Teil enorm gesteigert. Es gebe zwar auch ein breites Angebot an Weiterbildungen von lokalen Organisationen wie Nōkyō, aber zu diesen seien in der Regel nur Männer beziehungsweise Betriebsbesitzer zugelassen.

Zu den zentralen Gleichstellungsmaßnahmen des MAFF zählt neben den beschriebenen neuen Instrumenten nach wie vor die Propagierung des Familienbetriebsabkommens. In den Webauftritten der oben beschriebenen Projekte und bei Veranstaltungen wird mit entsprechenden Informationsmaterialien aktiv für das Abkommen geworben. Das Budget für die Durchführung der zwei Projekte und des WAP 100-Preises beträgt mit 110 Millionen Yen pro Jahr nur etwa 0,5 % des Gesamtbudgets für »Frauenaktivierungsmaßnahmen«.³² Der größte Teil dieses Haus-

³⁰ Am 21.02.2017 nahm ich an diesem Forum teil und traf dort die Landwirtin Emi Ōyoshi. Sie führt seit 2007 mit ihrem Ehemann, der die Hofnachfolge seines Großvaters antrat, in Kagoshima einen Betrieb für den Anbau von Kohl (Ōyoshi Nōen, 22 Hektar).

³¹ Akie Takamatsu züchtet gemeinsam mit ihrem Mann auf einer Fläche von 100 Ar Lauchzwiebeln in Gewächshäusern. Ihr Mann übernahm den Hof seines Großvaters, nachdem er mehrere Jahre als Angestellter arbeitete. Akie folgte ihm in den Betrieb und ist neben der landwirtschaftlichen Produktion für Vertrieb und Verwaltung zuständig (Takamatsu Nōen, Nara).

³² Für die Unterstützung von Frauen in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei betrug das Gesamtbudget im Jahr 2016 37,16 Milliarden Yen (ca. 300 Millionen Euro) (MAFF 2016e).

haltspostens fließt in Subventionen für Maschinen und den Bau neuer Verarbeitungsanlagen und Verkaufsstellen. Hier werden Bedingungen gelockert oder BewerberInnen priorisiert, wenn die Unternehmen und Betriebe nachweislich von Frauen (mit)geführt werden.

5.3 »Agri-Womenomics« – ein Politikwandel?

Die inhaltlichen Entwicklungen der Gleichstellungs-Rahmenpläne, die vom MAFF neu initiierten Programme sowie die Aussagen der MAFF-Vertreterin legen nahe, dass das Landwirtschaftsministerium die Konzepte der »Womenomics« bewusst für die Agrarpolitik nutzt. Diese umfassen sowohl die Rhetorik von den »leuchtenden Frauen« als auch konkrete Maßnahmen zur Frauenförderung. In Bezug auf die Landwirtschaft bedeutet dies eine Mischung von Projekten zur Verbesserung des Images der japanischen Landwirtschaft und des Berufes der Landwirtin, Fördermaßnahmen zur Weiterbildung und Unternehmensgründung von Frauen sowie Aufklärungsmaßnahmen für eine gerechte Arbeitsteilung im Familienbetrieb. Des Weiteren werden, »Womenomics« entsprechend, quantitative Ziele für die Beteiligung in lokalen politischen Entscheidungsgremien und für Unternehmen im Agrarsektor vorgegeben.

Vergleicht man die Programme jedoch mit den Frauenförderungsprogrammen vor der Ära Abe, wird deutlich, dass es sich bei »Agri-Womenomics« nicht um eine grundsätzlich neue Politik handelt. Vielmehr werden seit den 1990er Jahren verfolgte Politikziele aufgegriffen und zum Teil mittels einer neuen Rhetorik und jugendlich-moderner Ästhetik präsentiert. Wirklich neu sind manche Instrumente, die eingesetzt werden, um Landwirtinnen und die Öffentlichkeit zu erreichen: Das Internet und soziale Netzwerke bilden inzwischen die zentrale Kommunikationsplattform nicht nur für die Landwirtinnen der jüngeren Generation, sondern auch für das Ministerium sowie die von ihm beauftragten Durchführungsorgane. Die Bedeutsamkeit der »zeitgemäßen« Vernetzungsmaßnahmen wird von Teilnehmerinnen des Nōgyō Joshi Project bestätigt. Auch die Instrumentalisierung der Ehefrau des Premierministers als Werbeträgerin für eine starke und von der Arbeits- und Innovationskraft der Frauen getragene Landwirtschaft lässt den Zusammenhang der aktuellen Maßnahmen mit »Womenomics« erkennen. Abe sprach sich im Rahmen seiner Wirtschaftsreformen nachdrücklich für die Partizipation von Frauen am Berufsleben aus, und es scheint, dass er durch den öffentlichkeitswirksamen Einsatz seiner Frau zeigen will, wie ernst es ihm mit diesem Thema ist. Dass er hier nicht selbst als Fürsprecher auftritt, sondern das Thema Landwirtschaft

»weiblich« besetzt, lässt vermuten, dass die Regierung Frauen ein hohes Potential für die Vitalisierung der japanischen Landwirtschaft zuschreibt.

Wie bei den Gleichstellungsmaßnahmen in der Wirtschaft werden die Erhöhung des Frauenanteils in agrarpolitischen Gremien aber lediglich angemahnt und entsprechende Empfehlungen an die Entscheidungsträger gegeben. Eine verbindliche Quote wird nicht gefordert. Der Anstieg der Anzahl weiblicher ordentlicher Mitglieder und Vorstandsmitglieder des Nōkyō und der Vertreterinnen in den Landwirtschaftskomitees lässt zwar einen positiven Trend bei der politischen Partizipation erkennen, diese Entwicklung begann aber bereits Anfang der 2000er Jahre. Nōkyō selbst stellt jedoch einen Zusammenhang zu »Womenomics« her und rühmt sich seines Erfolgs auf der Homepage seiner Frauenorganisation (JA ZJSK 08.12.2015 [eigene Übersetzung]):

Landesweit gibt es 1.306 weibliche Vorstandsmitglieder. Es wird oft missverständlich behauptet, dass Nōkyō im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen rückständig sei. Dabei liegt der Frauenanteil mit 7,2 % weitaus höher als bei den Vorständen der börsennotierten japanischen Wirtschaftsunternehmen, wo er nur 2,8 % beträgt.

Es bleibt offen, ob die im Gleichstellungs-Rahmenplan genannten Zielvorgaben ausreichen, um einen nachhaltigen Anstieg bei der Beteiligung von Frauen in den Gremien zu erreichen. Denn ohne gesetzliche Regelungen und Sanktionen bei Nichteinhaltung von Zielvorgaben kann von staatlicher Seite wenig Druck auf die Organisationen ausgeübt werden. Auch wird Abes Politik im Agrarbereich nicht wie in der Wirtschaft von mächtigen Verbänden flankiert.

Im Hinblick auf die familienpolitischen Ansätze in der Landwirtschaftspolitik ist kein unmittelbarer Bezug zu »Womenomics«-Ideen erkennbar. In den Gleichstellungs-Rahmenplänen wird zwar die Ausweitung von öffentlichen und privaten Einrichtungen für Kinderbetreuung und Pflege erwähnt und allgemein formuliert, dass die Beteiligung von Männern an häuslichen Tätigkeiten gefördert werden soll. Als konkrete Maßnahme zur gerechteren Arbeitsteilung in den Familien(betrieben) wird vom MAFF jedoch nur die Propagierung des bereits 1995 eingeführten Familienbetriebsabkommen genannt. An diesem Punkt zeigt sich, dass sich das »Womenomics«-Konzept mit seinem zentralen Ziel der Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte für die Wirtschaft nicht generell auf die Landwirtschaft übertragen lässt und dass es kaum Wirkung im Hinblick auf eine geschlechtergerechte ländliche Gesellschaft entfalten kann: Frauen spielen im ländlichen Raum traditionell eine tragende Rolle. Bäuerinnen stellen nahezu die Hälfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten, sie sind häufig in zentrale Entscheidungen von Familienbetrieben eingebun-

den, tragen maßgeblich zum Einkommen dieser bei und sind oft die treibenden Kräfte für zukunftsgerichtete Unternehmungen. In dieser Hinsicht gehen die Parolen »alle Frauen sollen leuchten« und »Aktivierung der Frauen« im Agrarbereich an den eigentlichen Problemstellungen vorbei. Gerade die Frauen der jüngeren Generation sind verstärkt einer Mehrfachbelastung ausgesetzt. Die von mir interviewte MAFF-Mitarbeiterin, die selbst aus einem Familienbetrieb in der Präfektur Ibaraki stammt, erläuterte, dass sie als Kind in den 1970er und 1980er Jahren von ihren Großeltern betreut wurde, da ihre Eltern in Vollzeit auf dem Feld arbeiteten. Durch die Entwicklung hin zu »modernen« Familienkonzepten mit getrennten Haushalten von Betriebsbesitzer- und Nachfolgergenerationen und dem Wunsch jüngerer Paare, Kinder nicht mehr bei den Großeltern abzugeben, sondern selbst großzuziehen, sei deren Arbeitsbelastung gestiegen. Hier reicht es jedoch nicht, mit Hilfe des Familienbetriebsabkommens Zuständigkeiten zu bestimmen, denn wie von Ötomo (2010) beschrieben, führt dies nicht automatisch zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Die Modernisierung von Familienbeziehungen wird also in der Agrarpolitik zwar propagiert, aber ohne dabei die Rolle der Männer zu diskutieren und Geschlechterrollenzuschreibungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Dies trifft auch auf die vormodernen patriarchalischen Strukturen der Hofnachfolge und Vererbungspraktiken zu, die von der derzeitigen Agrarpolitik nicht ernsthaft thematisiert werden. Kawate (2010: 32) zufolge müssten neue Strukturen für die Vererbung von Agrarland entwickelt werden, die gleichzeitig individuelle Rechte respektieren und sichere, stabile Übergänge ermöglichen.

Die Ergebnisse legen die Vermutung nahe, dass die Abe-Regierung und das Landwirtschaftsministerium mit »Agri-Womenomics« in erster Linie darauf abzielen, die Abwanderung von Frauen aus den ländlichen Räumen aufzuhalten, um die Krise der Landwirtschaft abzumildern. Denn mit der Abwanderung von Frauen geht nicht nur Arbeitskraft verloren, sondern aus Sicht der Politik wichtiges Potential, das Frauen aufgrund ihrer geschlechterspezifischen Erfahrungen zugeschrieben wird. Wie bei der Politik der »Womenomics«, die u. a. durch die Erhöhung der weiblichen Erwerbsquote zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum beitragen soll, scheint es sich um ein rein wirtschaftlich motiviertes Konzept und weniger um ein Programm zu handeln, mit dem eine rechtliche Gleichstellung der Geschlechter im Agrarsektor erreicht werden soll. Ein wirklicher Politikwandel ist also nicht zu erkennen, was auch an dem begrenzten Budgetrahmen für die neu aufgelegten Projekte zur Frauenförderung deutlich wird.

6 Fazit

Es konnte gezeigt werden, dass die aktuelle japanische Landwirtschaftspolitik von »Womenomics« beeinflusst und Abes Empowerment-Rhetorik auch für die Gleichstellungsmaßnahmen im ländlichen Raum genutzt wird. Entsprechend dem zentralen Ziel von »Womenomics« zielt auch »Agri-Womenomics« auf die Erhöhung der Anzahl und die Qualifizierung weiblicher Arbeitskräfte ab. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Trends der Abwanderung junger Menschen, insbesondere der Frauen, in die städtischen Räume, der sich im Zuge der demographischen Entwicklung Japans noch weiter verschärfen wird, ist diese Motivation nachvollziehbar. Zwar lassen sich Gegenbewegungen und eine zunehmende gesellschaftliche Diversität beobachten: Nicht wenig junge und ältere Menschen ziehen aufs Land, um beispielsweise ökologischen Landbau zu betreiben (MAFF 2013: 2), immer mehr Töchter übernehmen den elterlichen Betrieb, berufstätige Frauen aus den Städten heiraten Landwirte und arbeiten dann im Familienbetrieb mit, gründen Unternehmen, eröffnen Cafés oder Pensionen. Eine deutliche Trendwende jedoch ist nicht auszumachen und wird auch in der Zukunft unwahrscheinlich bleiben.

Die Abe-Regierung verschafft der Frauenförderung in der Landwirtschaftspolitik mit »Agri-Womenomics« eine größere Sichtbarkeit und einen höheren Stellenwert. Sie hilft dabei, die Landwirtschaft betreffenden Themen für die Massenmedien und die Öffentlichkeit interessant zu machen und unterstützt damit den sich vollziehenden Imagewandel. Durch die Einbindung von Unternehmen verschiedener Branchen, wie es im Nōgyō Joshi Project geschieht, entsteht auch bei diesen ein neues Bewusstsein für die Bedürfnisse von Frauen in der landwirtschaftlichen Produktion. Die Unterstützung von Netzwerken weiblicher Führungskräfte und Weiterbildungen stärkt die Position von Landwirtinnen und trägt zur Vitalisierung der Landwirtschaft insgesamt bei. Blickt man jedoch hinter die Fassade des neuen Erscheinungsbildes, das »Agri-Womenomics« zu zeichnen versucht, und betrachtet die Entwicklung der Frauenpolitik im Agrarsektor seit Beginn der 1990er Jahre, so wird deutlich, dass sich diese nicht grundlegend gewandelt hat. Es ist zwar beispielsweise eine langsame Verschiebung von Subventionen für Frauen-Gruppenunternehmen hin zur Entwicklung von weiblichen Führungskräften zu erkennen. Die inhaltliche Zielrichtung der frauenpolitischen Maßnahmen hat sich aber weder durch vergangene Regierungswechsel, noch durch »Agri-Womenomics« grundlegend geändert. Das schon 1992 in der »Vision« erstmals formulierte Ziel einer verstärkten Partizipation von Frauen in Landwirtschaftsausschüssen und Nōkyō-Vorständen beispielsweise ist auch nach 25 Jahren kaum realisiert worden.

Diese langsame Entwicklung ist teils darauf zurückzuführen, dass in Japans Agrarsektor, anders als beispielsweise in Deutschland, an reiner Frauenförderpolitik festgehalten wird. Anstatt im Sinne der gleichstellungspolitischen Strategie des Gender Mainstreamings (in Japan *jendā furī*, vgl. Yamaguchi 2014) Geschlechterungleichheiten und Diskriminierungen bei allen Organisationen, Instrumentarien, politischen Maßnahmen, Prozessen und Projekten zu identifizieren und damit die geschlechtsspezifische Rollenzuschreibung für beide Geschlechter zu thematisieren, wird in der politischen Praxis in Japan die gesellschaftliche Konstruktion der Geschlechterverhältnisse nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Damit wird Frauen weiterhin ein eindeutig bestimmbares biologisches Geschlecht zugeschrieben, dem zudem eine besondere Beziehung zur Natur unterstellt wird. Diese soziale Konstruktion der Geschlechterverhältnisse führt dazu, dass die Differenzen zwischen den Geschlechtern als »natürlich« gegeben erscheinen und nicht verhandelbar sind. Auch die aktuelle Politik des MAFF beteiligt sich an diesen Konstruktionsprozessen, indem sie Frauen bestimmte Fähigkeiten und Potentiale zuschreibt. Diese werden zwar durchweg positiv bewertet, fördern jedoch letztendlich die Stabilisierung von Geschlechterstereotypen. Dies unterstützte auch First Lady Akie Abe in ihrer eingangs erwähnten Rede, als sie auf das Potential hinwies, das sich aus der Kombination der unterschiedlichen Herangehensweisen der Geschlechter ergebe, nämlich die der auf Gewinne und Vergrößerung der Betriebe (*tate*) ausgerichteten Männer, und die der auf Netzwerke und kleine Fortschritte und Verbesserungen (*yoko*) ausgerichteten Frauen. Auch die beschriebenen neuen Projekte des MAFF und nicht zuletzt die am Nōgyō Joshi Project beteiligten Unternehmen tragen zu dieser Stereotypisierung bei, indem sie ausgeprägtes Gender Marketing betreiben.

Eine stärkere Einbindung der Männer in den familienwirtschaftlichen Bereich wird von der Politik kaum thematisiert. Vielmehr sollen außerfamiliäre Dienstleistungen für Versorgungsarbeit ausgebaut werden. Das Familienbetriebsabkommen dient zwar dazu, die (re)produktiven Arbeiten aller Mitglieder sichtbar zu machen, trägt dadurch aber nicht automatisch zu mehr Geschlechtergerechtigkeit bei. Landnutzungsrechte und -praktiken sind in Japan noch immer stark geschlechtsspezifisch gebunden und werden von einem zunehmend komplexen Geflecht an Zuschreibungen und Bewertungen charakterisiert. Nach wie vor ist es für Frauen nicht nur schwierig, Land zu erben, sondern auch zu kaufen oder zu pachten. Um diese Situation zu ändern, wird von der Politik zu wenig unternommen. Auch kann die zunehmende Liberalisierung und Technisierung von Arbeitsbereichen in der Landwirtschaft und die Ausrichtung auf Größe und Effizienz zu einer weiteren Ausweitung von Männern zugeschriebenen Arbeitsbereichen führen. Daher muss das zentrale Ziel sein, Frauen noch mehr in Entscheidungsprozesse einzubinden, um für

Frauen und Männer in verschiedenen Zuständigkeiten und gesellschaftlichen Rollen gleiche Möglichkeiten des Zugangs zu sichern. Dazu müssten aber auch alle Akteure bereit sein.

Literatur

- Amano, Hiroko (2001), *Sengo Nihon no Josei Nōgyōsha no Chii* [Die Stellung von Landwirtinnen in der japanischen Nachkriegszeit], Tōkyō: Domesu Shuppan.
- Amano, Hiroko und Misako Kasuya (2008), *Danjo Kyōdō Sankaku Jidai no Josei Nōgyōsha to Kazoku* [Landwirtinnen und Familie im Zeitalter der gemeinsamen Beteiligung von Männern und Frauen], Tōkyō: Domesu Shuppan.
- BMEL (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) (2016), *Landwirtschaft Verstehen: Fakten und Hintergründe*, Berlin: BMEL.
- CAS (Cabinet Secretariat) (25.09.2015), *Dainiji Abe Naikaku Hassoku ji kara no Josei Katsuyaku no Shinchoku* [Fortschritte bei der Aktivierung von Frauen seit Beginn des Zweiten Abe-Kabinetts], <http://www.cas.go.jp/jp/seisaku/kagayakujosei/dai3/sintyoku.pdf> (26.03.2017).
- CAO GEB (Cabinet Office, Gender Equality Bureau) (2016a), *Danjo Kyōdō Sankaku Shakai Kihonhō Seitei no Ayumi* [Schritte bis zur Verordnung des Gesetzes zur gemeinsamen Beteiligung von Männern und Frauen in der Gesellschaft], http://www.gender.go.jp/about_danjo/law/kihon/situmu1-2.html (26.03.2017).
- CAO GEB (Cabinet Office, Gender Equality Bureau) (2016b), *Nōsangyoson ni okeru Danjo Kyōdō Sankaku no Kakuritsu* [Die Festsetzung der gemeinsamen Beteiligung von Männern und Frauen in Bauern-, Berg- und Fischerdörfern], http://www.gender.go.jp/about_danjo/basic_plans/1st/2-4h.html (11.02.2017).
- CAO GEB (Cabinet Office, Gender Equality Bureau) (2016c), *Katsuryoku aru Nōsangyoson no Jitsugen ni muketa Danjo Kyōdō Sankaku no Kakuritsu* [Die Festsetzung der gemeinsamen Beteiligung von Männern und Frauen für die Verwirklichung vitaler Bauern-, Berg- und Fischerdörfer], http://www.gender.go.jp/about_danjo/basic_plans/2nd/pdf/2-04.pdf (11.02.2017).
- CAO GEB (Cabinet Office, Gender Equality Bureau) (2016d), *Dai 3 ji Danjo Kyōdō Sankaku Kihonkeikaku* [Dritter Basisplan zur Gleichen Beteiligung von Männern und Frauen], http://www.gender.go.jp/about_danjo/basic_plans/3rd/pdf/3-09.pdf (11.02.2017).
- CAO GEB (Cabinet Office, Gender Equality Bureau) (2016e), *Josei Katsuyaku Suishin Hō* [Gesetz zur Förderung der Aktivierung von Frauen], http://www.gender.go.jp/policy/suishin_law/ (13.03.2017).

- CAO GEB (Cabinet Office, Gender Equality Bureau) (2016f), *Dai 4 ji Danjo Kyōdō Sankaku Kihonkeikaku* [Vierter Basisplan zur Gleichen Beteiligung von Männern und Frauen], http://www.gender.go.jp/about_danjo/basic_plans/4th/index.html (11.02.2017).
- Dieth, Regine (2016), »Frauen als Triebfeder einer starken Landwirtschaft«, in: *Japanmarkt*, November/Dezember, S. 42–43.
- Fukutake, Tadashi (1972), *Japanese Rural Society*, Ithaca: Cornell University Press.
- Garon, Sheldon (1997), *Molding Japanese Minds: The State in Everyday Life*, New Jersey: Princeton University Press.
- George Mulgan, Aurelia (2000), *The Politics of Agriculture in Japan*, London: Routledge.
- Hara, Yuri und Masatoshi Ōuchi (2012), »Nōson Shakai ni okeru Jendākankei he no Shikaku« [Die ländliche Gesellschaft aus dem Blickwinkel der Geschlechterverhältnisse], in: *Sonraku Shakai Kenkyū*, 48: 11–30.
- Hara, Juri und Mima Nishiyama (2015), »Josei Nōgyō Keieinushi no Shūnōkeiei to Keiei no Tokuchō ni kan suru Shiron« [Entwurf einer Theorie zur landwirtschaftlichen Produktion durch Betriebsinhaberinnen und den Besonderheiten ihrer Betriebsführung], in: *Nōson Kenkyū*, 120: 1–14.
- Ichida, Tomoko (1995), »Seikatsu Kaizen Fukyū Jigyō no Rinen to Tenkai« [Das Konzept und die Verbreitung des Live Improvement Promotion Program], in: *Nōgyō Sōgō Kenkyū*, 49 (2): 1–63.
- Ichida, Tomoko (2011), »Nōka Josei no ›Nōgyō Banare‹ ni Hadome kakaruka« [Ist die Abkehr der Landwirtinnen von der Landwirtschaft noch aufzuhalten?], in: *AFC Fōramu*, 12: 3–6.
- JACA (Japan Agricultural Corporation Association) (2017), *Nōgyō no Mirai o tsukuru Josei Katsuyaku Keieitai 100 Sen* [Women's Active Participation in Agricultural Management 100 – WAP 100], <http://hojin.or.jp/standard/100/> (14.03.2017).
- JFC (Japan Finance Corporation) (2015), *Koyō Jōkyō nado no Dōkō ni kan suru Chōsa: Nōgyō Keiei de Joseikan ga tsuyomaru, Riekisō ni mo Kiyo* [Studie zu Trends bei der Beschäftigungssituation etc.: die Präsenz von Frauen in der Betriebsführung verstärkt sich, auch Beitrag zu Gewinnsteigerungen], https://www.jfc.go.jp/n/release/pdf/topics_160915a.pdf (20.03.2017).
- JT (*Japan Times*) (04.03.2017), »Premium Friday: campaign draws little attention in Tōkyō«, <http://www.japantimes.co.jp/news/2017/03/04/business/survey-finds-3-7-percent-workers-left-early-first-premium-friday/> (11.03.2017).
- JA ZJSK (JA Zenkoku Josei Soshiki Kyōgikai) (08.12.2015), *JA ni okeru Josei Yakuin 1.306 ni* [Die Zahl der weiblichen Vorstände bei JA steigt auf 1.306], <http://www.ja-zenjyokyo.jp/wp/archives/797> (17.02.2017).

- Jentzsch, Hanno (2017), »Abandoned Land, Corporative Farming, and Farmland Banks: A Local Perspective on the Process of Deregulating and Redistributing Farmland in Japan«, in: *Contemporary Japan*, 29 (1): 31–46.
- Kawate, Tokuya (2010), »Change and Problems Regarding Women Farmers in Japan«, in: Masae Tsutsumi (Hg.), *A Turning Point of Women, Families and Agriculture in Rural Japan*, Tōkyō: Gakubunsha, S. 22–34.
- Kawate, Tokuya (2012), »Nōson Josei Kankei Shisaku no Tenkai to Kazoku Keiei Kyōtei« [Entwicklung der politischen Maßnahmen für Landwirtinnen und das Familienbetriebsabkommen], in: *Sonraku Shakai Kenkyū*, 48: 31–68.
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (1999), *The Basic Law on Food, Agriculture and Rural Areas*, http://www.maff.go.jp/e/policies/law_plan/attach/pdf/basiclaw_agri-1.pdf (10.02.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2013), *Yūki Nōgyō no Suishin ni kansuru Genjō to Kadai* [Aktuelle Situation und Herausforderungen der ökologischen Landwirtschaft], <http://www.maff.go.jp/j/council/seisaku/kikaku/organic/01/pdf/data6-1.pdf> (15.04.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2015a), *2015 Nen Nōringyō Sensasu Kekka no Gaiyō* [Überblick über die Ergebnisse des Zensus in Land- und Forstwirtschaft von 2015], http://www.maff.go.jp/j/tokei/census/afc/2015/attach/pdf/kekka_gaisuuti-2.pdf (02.03.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2015b), *Nōson Josei ni yoru Kigyō Katsudō Jittai Chōsa Kekka no Gaiyō 2015* [Überblick über die Studienergebnisse zur tatsächlichen Situation von Unternehmensgründungen durch Frauen], http://www.maff.go.jp/j/keiei/kourei/danzyo/d_cyosa/woman_data5/pdf/24kigyoukekka.pdf (18.03.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2016a), *FY2015 Annual Report on Food, Agriculture and Rural Areas in Japan*, <http://www.maff.go.jp/e/data/publish/attach/pdf/index-38.pdf> (22.09.2016).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2016b), *Robotto Gijutsu, ICT no Kongo jūtenteki ni torikumu Kadai ni tsuite* [Herausforderungen, die von jetzt an im Bereich der Robotertechnologie und der ICT schwerpunktmäßig angegangen werden müssen], http://www.maff.go.jp/j/kanbo/kihyo03/gityo/g_smart_nougyo/pdf/02_kadai.pdf (11.03.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2016c), *Nintei Nōgyōsha Seido ni tsuite* [Über das Zertifizierungssystem für LandwirtInnen], http://www.maff.go.jp/j/kobetu_ninaite/n_seido/seido_ninaite.html (05.04.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2016d), *Kazoku Keiei Kyōtei Teiketsu Nōkasū ni tsuite* [Über die Anzahl der Bauernhöfe mit Abschluss von Familienbe-

- triebsabkommen], http://www.maff.go.jp/j/keiei/kourei/danzyo/d_kazoku/attach/pdf/index-1.pdf (12.03.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2016e), *Heisei 28 Nendo Yosan no Gaiyō: Josei no Katsuyaku Suishin* [Überblick über das Budget im Haushaltsjahr Heisei 28: Förderung der Aktivierung von Frauen], http://www.maff.go.jp/j/budget/2016/pdf/25_28_kettei.pdf (25.04.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2017a), *Nōka ni kan suru Tōkei, Nōka Tosū* [Statistik zu Bauernhöfen, Anzahl der landwirtschaftlichen Haushalte], <http://www.maff.go.jp/j/tokei/sihyo/data/07.html> (11.03.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2017b), *Nōgyō Rōdōryoku ni kan suru Tōkei* [Statistik zur Arbeitskraft in der Landwirtschaft], <http://www.maff.go.jp/j/tokei/sihyo/data/08.html> (11.03.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2017c), *Nōrinsuisangyō ni okeru Josei no Katsuyaku Suishin ni tsuite, Heisei 29-nen, 2-gatsu* [Über die Förderung der Aktivierung von Frauen in Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, Februar 2017], Tōkyō: MAFF, 1–13.
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2017d), *Nōgyōiin he no Josei no Sanka Jōkyō*, [Die Situation der Beteiligung von Frauen bei den Mitgliedern der Landwirtschaftsausschüsse], http://www.maff.go.jp/j/keiei/kourei/danzyo/d_cyosa/woman_data21.html (03.04.2017).
- MAFF (Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries) (2017e), *Nōgyō Iinkai, Nōgyō, Gyōkyō he no Josei no Sanka Jōkyō* [Die Situation der Beteiligung von Frauen in Landwirtschaftsausschüssen sowie Landwirtschafts- und Fischereigenossenschaftsverbänden], http://www.maff.go.jp/j/keiei/kourei/danzyo/d_cyosa/woman_data2.html (03.04.2017).
- Matanle, Peter, Anthony S. Rausch, and the Shrinking Regions Research Group (2011), *Japan's Shrinking Regions in the 21st Century*, Amherst: Cambria Press.
- Matsui, Kathy (25.05.2016), »Womenomics« Continues as a Work in Progress«, in: *Japan Times (G7 Iseshima Summit Special)*, S. 4.
- Mölders, Tanja (2010), »Von der Frauen-Frage zum Vorsorgenden Wirtschaften – eine (re)produktionstheoretische Interpretation empirischer Befunde zur Gender-Dimension von Agrarpolitik«, in: *Femina Politica*, 19 (1): 43–55.
- Mölders, Tanja (2015), »Naturschutz, Landnutzung und Geschlechterverhältnisse – theoretische Orientierungen und politische Befunde«, in: Christine Katz, Sebastian Heilmann, Anja Thiem, Katharina Moths, Lea M. Koch und Sabine Hofmeister (Hg.), *Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven*, Wiesbaden: Springer, S. 159–168.

- Nakamichi, Hitomi (2011), »Nōson wo genki ni suru Kagi ha Josei no Shakaiteki Kigyō« [Der Schlüssel zur Wiederbelebung des ländlichen Raumes sind Sozialunternehmen von Frauen], in: *AFC Fōramu*, 12: 7–10.
- NDKSSK (Nōsangyōson Danjō Kyōdō Sankaku Suishin Kyōgikai) (2013), *Kazoku Keiei Kyōtei no Fukyū Suishin no Tebiki* [Leitfaden zur Förderung der Verbreitung des Familienbetriebsabkommens], http://www.weli.or.jp/pdf/h24_print_fma_nca.pdf (06.04.2017).
- NGNK (Nōgyōsha Nenkin Kikin) (2017), *Nōgyōsha Nenkin muttsu no Pointo* [6 Punkte zur Rentenversicherung für LandwirtInnen], https://www.nounen.go.jp/nounen/seido/data/point_3.pdf (05.08.2017).
- NKS (*Nihon Keizai Shinbun*) (11.11.2016), »Nōjoshiyō Shitagī, Wakōru ga Kaihatsu, Kyūsui Sokkan, Shinshuku shiyasuku« [Wacoal entwickelt Unterwäsche für Landwirtinnen, wasserabsorbierend und schnelltrocknend, sehr elastisch], <http://www.nikkei.com/article/DGXLZO09411220Q6A111C1LDA000/> (15.03.2017).
- NINGK (Nihon Nōgyōhōjin Kyōkai) (2017), *Heisei 28 Nendo WAP 100 Ninte Keieitai Gaiyō* [Überblick über die im Rahmen von WAP 100 im Haushaltsjahr Heisei 28 ausgezeichneten zertifizierten Betriebe], Tōkyō: NNK.
- NNK (Nihon Nōritsu Kyōkai) (2016), *Daisanki Josei Nōgyō Jisedai Ridā Ikuseijuku* [Das dritte Shining Women Farmer Training Program], Tōkyō: NNK.
- OECD (Organization for Economic Development and Co-operation) (2015), *Japan Policy Brief: Agriculture*, <https://www.oecd.org/tad/policynotes/japan-agriculture.pdf> (24.09.2016).
- Oedl-Wieser, Theresia (2011), *Facts & Features Nr. 48: Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in den ländlichen Entwicklungsprogrammen in Österreich – Eine kritische Bilanz und Empfehlungen für einen Perspektivenwechsel*, Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- Oedl-Wieser, Theresia, Ruth Rossier und Yukiko Ōtomo (2015), »Frauen in der Landwirtschaft: Wissenschaftskooperation und Erfahrungsaustausch mit Japan«, in: *Ländlicher Raum*, 1: 1–20.
- Ōtomo, Yukiko (2010), »Effects of the Family Management Agreement on Gender Equality«, in: Masae Tsutsumi (Hg.), *A Turning Point of Women, Families and Agriculture in Rural Japan*, Tōkyō: Gakubunsha, S. 183–199.
- Partner, Simon (2004), *Toshié: A Story of Village Life in Twentieth-Century Japan*, Berkeley: University of California Press.
- RLuWLL (Rheinischer Landfrauenverband und Westfälisch-Lippischer Landfrauenverband) (Hg.) (2016), *Frauen in der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen*, Münster: RLuWLL.
- Sawano, Kumi (2014), »Nōson Josei Kigyō Kenkyū no Dōkō to Tenbō« [Trends und Ausblick der Forschung zu Unternehmensgründerinnen im ländlichen Raum], in: *Nōgyō Keizai Kenkyū*, 86 (1): 27–37.

- Schad-Seifert, Annette (2015), »Womenomics – Ein Modell für eine neue Familienpolitik in Japan?«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2015: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 222–248.
- Tiefenbach, Tim (2015): »Eine Frage der Zeit: Das Scheitern von Abenomics«, in: David Chiavacci und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2015: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, München: Iudicium, S. 203–219.
- Tsuji, Yuki (2015), »Abe Seiken to Josei Seisaku« [Die Abe-Regierung und ihre Frauenpolitik], in: *Hōgaku Ronsō*, 176 (56): 347–379.
- Tsutsumi, Masae (2001), »Succession of Stem Families in Rural Japan: Cases in Yamanashi Prefecture«, in: *International Studies of Japanese Sociology*, 10: 69–79.
- Yamaguchi, Tomomi (2014), »Gender Free: Feminism in Japan: A Story of Mainstreaming and Backlash«, in: *Feminist Studies*, 40 (3): 541–572.
- Yamashita, Kazuhito (20.04.2015), »A First Step Toward Reform of Japan's Agricultural Co-operative System«, in: *Nippon Communications Foundation*, <http://www.nippon.com/en/currents/d00169/> (30.09.2016).

Miritarī Otaku: Der moefizierte Krieg und die Faszination für das deutsche Militär

Philip Lindemer

Miritarī Otaku: Fascination with ›Moefied‹ War and the German Military

Since the beginning of the new millennia a growing market of a pop culture genre called ›moe miritarī‹ has established itself in Japan. In this genre, military-themed content like weapon systems, military history, tactics and many more trends are accompanied by illustrations of ›cute‹ or erotic, mainly female, manga characters. In recent years, games and anime such as Strike Witches, ›kantai korekushon‹ or Girls & Panzer ignited a still-ongoing boom of ›cute‹ girls using or being depicted with military equipment. This paper takes a closer look at the consumers of such products and, by analyzing an interview with a long term ›miritarī otaku‹, or military enthusiast, the article explores why and how ›moe miritarī‹ products are consumed and where the lifelong fascination with the military (in this case the German military during World War Two) springs from. It also looks at why (as well as how) such hobbies are enacted.

1 Einleitung

In den letzten Jahren erschienen vermehrt *media mikkusu* (das japanische Pendant zu Media Franchise) auf dem japanischen Markt, die sich des Motivs des Zweiten Weltkrieges bedienen und diesen im *moe*-Stil darstellen.

Als besonders erfolgreiche und bekannte *media mikkusu* neuer Zeit können Girls & Panzer (*gāruzu ando pantsā* 2012) und das auf einem Onlinebrowserspiel basierende *kantai korekushon kan kore* (2013), kurz *kan kore* aufgeführt werden, die einen Boom der Erfolgsformel ›bishōjo x miritarī‹ (hübsche Mädchen x Militär; YRI 2014: 153) ausgelöst haben. *Kan kore* verzeichnete Ende 2014 über zwei Millionen Nutzer (YRI

2014: 153) und *Girls & Panzer* lockte über eine Million Besucher (*Gs Magazin* 21.03.2016; Takami 02.06.2016) in die Kinos und sorgte zudem für einen explosionsartigen Tourismuszuwachs in der Stadt Ōarai in der Präfektur Ibaraki, die als Schauplatz des Anime dient (YRI 2014: 153). Darüber hinaus oder gerade aufgrund des Erfolges von »bishōjo x miritari« kann der Markt für *Toygun* sowie *Survival Game*¹ in den letzten Jahren allgemein ein kontinuierliches Wachstum vorweisen (YRI 2014: 30, 2016).

Neben größeren Produktionen existieren weitere zahlreiche, kleinere Produktreihen – vor allem im Manga- und Buch-Format sowie im Bereich der Amateur-Manga (*dōjinshi*) –, die den Zweiten Weltkrieg und dessen militärgeschichtlichen Aspekt aufgreifen und in denen junge Mädchen mit oder als Kriegsgerät dieser Epoche ins Gefecht ziehen.

Vergleichsweise eigen ist diesem als *moe miritari* (kurz: *moe-miri*) bezeichneten Genre die »cute erotic« (*kawaii ero*)« (Galbraith 2013: 282) Ästhetik, eine gleichzeitige Verniedlichung und Erotisierung des Militärischen.

Die »Banalisierung« (Süselbeck 2012: 26) in Form von Verniedlichung des Krieges und Militärs sowie ein wachsender militärbezogener Unterhaltungsmarkt ziehen die Frage nach sich, auf welche Weise Produkte dieser Art rezipiert werden. Virchow und Thomas (2006: 43) halten dazu fest:

[O]b und in welchem Umfang eine Militarisierung der Gesellschaft, einzelner gesellschaftlicher Bereiche oder ihrer politischen Kultur zu konstatieren ist, hängt hinsichtlich der Phänomene des »banal militarism« schließlich nicht zuletzt davon ab, ob diese gemäß einer dominant-hegemonialen Leseart (Hall 1999) rezipiert werden und damit deren häufig auf eine Banalisierung des Militärischen zielenden Botschaften affirmieren.

Banalisierung bedeutet in diesem Kontext, dass »das Militär bzw. Militärisches im weitesten Sinne in den Alltag eingelassen ist und zu seinem (weitgehend) selbstverständlichen Bestandteil gemacht wird/werden soll« (Virchow und Thomas 2006: 34).

Dieses Eindringen des Militärischen und dessen Verniedlichung ist in Japan sowohl in der Mainstream Populärkultur zu bemerken – so hat z. B. die Popband *Keyakizaka 46* Ende 2016 für internationalen Aufruhr in den Medien gesorgt, als sie in stilistisch an SS-Uniformen angelehnten Kostümen auftrat (*ITMN* 2016) –, als auch in Subkulturen wie die der Militärinteressierten oder Cosplayer anzutreffen, die sich Replikat von Uniformen – darunter häufig Wehrmachts- und SS-Uniformen – oder davon inspirierte Kostüme anziehen. Bezüglich dieses Phänomens schreibt Ōtsuka (2015: xxii) von einer Tendenz in Japan, zwischen Kritik am Nationalsozia-

¹ In Deutschland »Airsoft« oder »Softair« genannt. Ein taktisches Geländespiel, bei dem mit Niederluftdruck Plastikkugeln aus Nachbauten von Waffen verschossen werden.

lismus sowie Holocaust und den kulturellen Objekten, die diese hervorgebracht haben, zu trennen. Auch Stiglegger (2011: 57) hält fest, dass Fans der Naziästhetik in Japan Uniformen und Kleidung aus der NS-Zeit »weitgehend unreflektiert« tragen. Doch findet dies wirklich »weitgehend unreflektiert« statt? Wird die banalisierende Verniedlichung des Krieges vorbehaltlos akzeptiert, also dominant-hegemonial rezipiert und wird die Naziästhetik tatsächlich getrennt vom historischen Rahmen, in dem sie entstanden ist, unreflektiert bewundert?

Um der Frage nach der Rezeption des niedlichen Militärs, der Faszination für Naziästhetik und dem Handeln von Fans Rechnung zu tragen und einen – wenn auch auf ein Fallbeispiel begrenzten – Einblick in die Lebenswelt von Fans zu gewähren, liegt der Fokus dieses Artikels auf den »spezifischen Erfahrungen [von] Individuen und Gruppen, die postmoderne kulturelle Objekte im Alltag konsumieren« (Winter 2010a: 68), um Vorurteile, vorschnelle Schlüsse oder eine Exotisierung dieser Individuen und Gruppen zu vermeiden, die in Japan allgemein als *otaku* oder genrespezifischer *miritarī otaku* (Militär-otaku) bezeichnet werden.

Der erste Teil dieses Artikels dient einer kurzen Begriffserklärung von *otaku* und dem damit verbundenen Begriff »*moe*« sowie dem wiederum daraus entstandenen Genre des *moe miritarī* und dessen Einordnung in den Rahmen eines »banal militarism« (Virchow und Thomas 2006). Dies bildet die Grundlage für den darauf folgenden Hauptteil, nämlich die Analyse eines mit einem langjährigen *miritarī otaku* geführten Interviews, der besonders vom deutschen Militär fasziniert ist. Das Interview, das 2016 in Tōkyō geführt wurde, soll einen Einblick in die Motivation und Gründe für die lebenslange Faszination für das Militär des Zweiten Weltkrieges gestatten und fragen, ob tatsächlich unreflektiert gehandelt und wie *moe miritarī*-Medienerzeugnisse gelesen werden.

2 Miritarī Otaku

Vorweg muss festgehalten werden, dass der Begriff *otaku* und die damit verbundenen Personengruppen und (Fan-)Kulturen äußerst schwer zu definieren sind. Seit dem ersten Erscheinen des Wortes in einem Artikel im Manga Magazin *Manga Burikko* von 1983, in dem es nicht in seiner ursprünglichen Bedeutung von »ihr/euer Haus« gebraucht wurde, sondern um »uncool fan cultures« (Ōtsuka 2015: xiii) zu beschreiben, durchliefen das Wort und angehängte Konnotationen und Stereotypen im Laufe der Jahrzehnte mehrere Wandel.

In Japan erlangte es 1989 erstmals einen allgemeinen Bekanntheitsgrad, nachdem der Serienmörder Tsutomu Miyazaki in den Massenmedien als *otaku* bezeich-

net wurde und daraufhin eine »otaku panic« (Kinsella 1998: 312) ausbrach, in deren Anschluss *otaku* als Sinnbild für gefährliche, obsessive Maniacs und potentielle Gewaltverbrecher standen.

Merklich geändert hat sich dieses Bild durch das Fernsehrama (*dorama*) *Densha Otoko* (Zug-Mann) aus dem Jahr 2005, welches durch seine Darstellung der *otaku* als harmlose wenn auch verschrobene Manga-Fans und kauzige Einsiedler zu einem merklichen Wandel des öffentlichen *otaku*-Images beitrug (Kikuchi 2008: 66). Der Stereotyp des *otaku* wurde durch *Densha Otoko* zwar nicht neu erfunden, da sich die Serie durchaus noch alter Klischees bediente, die pathologische Nuance erfuhr jedoch eine Abschwächung (Kikuchi 2008: 66). Aufgrund seiner Bedeutungsgeschichte und des zunehmend inflationären Gebrauchs des Wortes ist es daher äußerst schwierig geworden, zu bestimmen, was einen *otaku* ausmacht. Im gegenwärtigen Japan bewegt sich die Bedeutung von *otaku* irgendwo zwischen Fan und Maniac, dem Liebhaber, der sein Hobby mit Leidenschaft betreibt, und dem manischen Anhänger, der sein Leben für das Hobby aufgibt.

Um den Begriff etwas schärfer abzugrenzen, soll für den Zweck dieses Artikels eine Nominaldefinition für *otaku* herangezogen werden. *Otaku* sollen, angelehnt an die Nominaldefinition von Fan von Roose et al. (2010: 12–13), folgendermaßen definiert werden

Menschen, die längerfristig eine leidenschaftliche Beziehung zu einem für sie externen, öffentlichen, entweder personalen, kollektiven, gegenständlichen oder abstrakten Fanobjekt haben und in die emotionale Beziehung zu diesem Objekt Zeit und/oder Geld investieren.

Vereinfacht ausgedrückt ist ein *otaku* eine Person, die mit großer Leidenschaft den für sie wichtigen Interessen bzw. Hobbys nachgeht. Im hier vorgestellten Fall handelt es sich dabei vor allem um das Interessengebiet »Militär«. Die unterschiedlichen Aktivitäten, mit denen das Hobby ausgelebt wird, sind dabei äußerst facettenreich. Sie reichen vom einfachen Sammeln von Büchern und Bildern oder Repliken von Waffen und Ausrüstungsgegenständen bis hin zum Auftragen von Uniformen in der Öffentlichkeit oder auf Cosplay-Treffen. Aber auch das Bauen von Modellbausätzen oder das Nachspielen von Kriegen an Computer und Konsole oder in Form von analogen *miniature wargames* (im deutschen Sprachraum »Tabletop« genannt) und Brettspielen gehören dazu. Je nach Art des Hobbys unterscheiden sich sowohl der Zeit- und Arbeitsaufwand als auch die finanzielle Belastung teilweise enorm. So fallen beispielsweise Uniformen und Waffenimitate in das kostenintensivere Spektrum. Je nach Qualität kosten diese zwischen mehreren hundert und tausenden Euro, während Modellbau äußerst zeitintensiv ist.

3 Moe und Moe Miritari

Unter anderem ausgelöst durch den bereits erwähnten *dorama*-Hit *Densha Otoko*, erreichte das bis dato hauptsächlich im Internet verwendete Wort *moe* (geschrieben mit dem *kanji* für »blühen«) in Japan allgemeinen Bekanntheitsgrad und wird seitdem als fester Bestandteil der *otaku*-Kultur gedacht (Kikuchi 2008: 72; Okada 2008: 27, 48–49). Die Bedeutung des Wortes selbst ist jedoch nicht fest definiert, was dazu führt, dass es mit diversen Konnotationen belegt ist. Morinaga (2005: 10) sieht in *moe* ein Gefühl von Zuneigung oder gar Liebe für einen – meist aus Videospielen, Anime oder Manga entspringenden – fiktiven Charakter. Dies entspricht auch Ōtsukas (2013: 251) Beschreibung von *moe* als »elements of sexual attraction of shōjo characters in the world of animations«. Honda (2006: 16) wiederum sieht *moe* auch als Handlung (»*moeru to iu kōi*«), mit der Männer ihrer weiblichen Seite Ausdruck verleihen können. Aufgrund der mannigfaltigen Anwendungen des Wortes stellt Okada (2008: 113) bezüglich der Definition von *moe* fest, dass die Bedeutung je nach Person und Standpunkt sehr unterschiedlich ausfallen kann.

Für diesen Artikel von Belang ist vor allem Azumas (2009: 42) Konzept von *moe* als etwas, das als *moe elements* zu Beginn des neuen Jahrtausends bewusst entworfen wurde, um Konsumenten von *otaku*-Medien wie Manga, Anime, Videospielen etc. zum Kauf anzuregen. Inzwischen gibt es unzählige Charakteristika, die als *moe element* genutzt werden können. Die meisten setzen ihren Fokus jedoch auf sexuelle Aspekte von Charakteren, wie erotische Bekleidung, sexy Auftreten und ein als ästhetisch hübsch angesehenes Aussehen. Dieser Fokus auf sexuelle Aspekte lässt die Bedeutung des Begriffs nahe an Hondas und Ōtsukas Definition von *moe* heranrücken. Die Integration der *moe elements* in unterschiedlichste Objekte und Themenbereiche wird im Japanischen als *moe ka*, zu *moe* werden bzw. »moefizieren« bezeichnet. Es handelt sich also um eine Darstellungsform eines beliebigen Themas oder Objekts mit der Hinzunahme von *moe elements*, wodurch dieses moefiziert wird.

Moe als Vermarktungsstrategie fand seit Anfang des neuen Jahrtausends zunehmende Verwendung, was schließlich in der Etablierung eines *moe kei* (*moe*-Stil) Marktes resultierte. Das Überstülpen des *moe*-Stils auf unterschiedlichste Themen führte schlussendlich dazu, dass *moe elements* auch in den Themenbereich Militär einzug hielten. Dies findet Ausdruck in der Darstellung militärischer Themeninhalte wie Waffensysteme, militärische Organisationen, Ausrüstung, aber auch Militärgeschichte oder Taktik, in die *moe elements* zumindest inkludiert werden, wenn nicht sogar im Vordergrund stehen. Begonnen hat dies laut der Online-Enzyklopädie *Nico Nico Pedia* (2013) zum Anfang des neuen Jahrtausends mit dem Trend der *gijinka* (Vermenschlichung) von Militärtechnologie. *Gijinka* bezeichnet das

Mensch-werden von Gegenständen. In diesem Fall bedeutet das konkret die Darstellung von Militärgerät wie Panzern oder Kampfflugzeugen in menschlicher Form. Eine Art Fusion von Mensch und Maschine, bei der der Manga-Charakter als halb Mensch, halb Maschine dargestellt wird, wobei der Fokus der Illustrationen von Anfang an auf süßen und erotischen, weiblichen Manga-Charakteren lag.

Aus der Fusion von Mensch und Maschine unter Einbeziehung von *moe elements* heraus entwickelte sich *moe miritari* schließlich zu einem selbstständigen Genre (Nico Nico Pedia 2013). Ein Beispiel hierfür ist Strike Witches (2005). Es handelt sich dabei um ein Franchise – unter anderem Manga, mehrere TV-Anime und OVAs (Original Video Animation) –, in dem *magical girls* (*mahō shōjo*) in mit Magie betriebene Flugzeugtriebwerke aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, sogenannte Strike Units, schlüpfen, um gegen einen unbekanntes Feind, der die Menschheit bedroht, zu kämpfen.

ABBILDUNG 1: *Strike Witches Manga The Witches of Andorra (Andora no Majo)*
von Takeshi Nogami (2012)



Auch das Internet-Browser basierte Onlinespiel *kan kore* fällt in diese Sparte. Hier übernimmt der Spieler die Rolle eines Admirals, der für den Aufbau und die Versorgung einer Kriegsschiffsflotte von fast ausschließlich japanischen Schiffen aus dem Zweiten Weltkrieg zuständig ist, die sich in konstantem Kampf mit einem – ähnlich wie in *Strike Witches* – unbekanntem Feind befindet. Die Kriegsschiffe werden in *kan kore* nicht durch echte Schiffe, sondern durch eine *gijinka*-Gestalt in Form eines Mädchens in Schuluniform repräsentiert, die Teile und Bewaffnung der Kriegsschiffe am Körper trägt. In sowohl *Strike Witches* als auch *kan kore* sind die auftretenden weiblichen Charaktere stark erotisiert und gehen eine körperliche Fusion mit Kriegsgeräten des Zweiten Weltkrieges ein.

Der Anime-Hit *Girls & Panzer*² aus dem Jahr 2012 lässt die *gijinka*-Elemente hingegen ganz hinter sich und verbindet Schulmädchen und Panzer stattdessen über das Element des Schulsports miteinander. Die Mädchen fahren detailgetreu animierte Panzer in sportlichen Wettkämpfen gegeneinander ins Gefecht. Im Gegensatz zu *Strike Witches* oder *kan kore*, in denen ein an den Zweiten Weltkrieg angelehnter Krieg geführt wird, ist *Girls & Panzer* bis auf lose Anspielungen auf historische Vorbilder und Motive des Zweiten Weltkrieges gänzlich »enthistorisiert« (Stiglegger 2011: 13). Der Anime bedient sich zwar aus einem Repertoire Zweiter Weltkriegs-Motive, bleibt dabei aber stets in seinem friedlichen, alltäglichen Handlungsrahmen ohne direkten Bezug zum Krieg. Auch eine übermäßige Erotisierung der weiblichen Charaktere findet hier im Gegensatz zu den anderen beiden Werken nicht statt.

Neben solchen Produktionen mit Millionenpublikum gibt es zahlreiche Manga und Bücher in kleinen Auflagen, die den *moe-miri*-Markt bedienen. Dazu gehören z. B. Produkte des Ikaros Verlags wie die Zeitschrift *MC ☆akushizu* oder die Buchreihe »*Moeyo! Sensha Gakkō*« (Blühe! Panzer Schule). In dieser seit 2005 in unregelmäßigen Abständen veröffentlichten Buchreihe – deren einzelne Kapitel auch in *MC ☆akusizu* erscheinen – werden Informationen zu gepanzerten Fahrzeugen und Schlachten unterschiedlichster Kriegsschauplätze des Zweiten Weltkriegs begleitet von erotisierten Manga-Zeichnungen erklärt. Der Buchreihe lässt sich ein allgemein bewundernder Grundtenor gegenüber Angehörigen der Wehrmacht und Waffen-SS attestieren. Angehörige der Waffen-SS wie z. B. der Panzerkommandant Michael Wittmann werden als »*eyū*« (Held) oder »*shinwa*« (Legende) bezeichnet

² Nach dem TV-Anime folgte 2015 der höchst erfolgreiche Kinofilm *Gāruzu & Pantsuā Gekijōban* (*Girls & Panzer* Kinoversion). Der Kinofilm wurde zum Hit mit über einer Million Zuschauer, über zwei Milliarden eingespielter Yen und über 160.000 verkaufter Blu-ray Discs (*Gs Magazin* 21.03.2016; Takami 02.06.2016). Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich der nächste Kinofilm bereits in der Produktion befindet.

(Tamura 2014: 14, 33). Hierbei handelt es sich jedoch keineswegs um ein japanisches Phänomen. Neitzel (2002: 413) weist darauf hin, dass es im englischsprachigen Raum zahlreiche Publikationen gibt, in denen das Bild der Waffen-SS gerne als eine von keiner anderen Truppe übertroffenen Kriegerelite gezeichnet wird.

Auch die Folgen des Krieges wie Tote und Verletzte auf Seiten der Soldaten und Zivilbevölkerung sowie Kriegsverbrechen werden in der Buchreihe kaum erwähnt.

ABBILDUNG 2: Cover des sechsten Bandes der Reihe »Moeyo! Sensha Gakkō«



Quelle: Tamura (2012).

Besonders solche Produkte, die sich thematisch direkt auf den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus beziehen und diesen in einer sexualisierten bzw. »cute erotic« (Galbraith 2013: 282) Form darstellen, erinnern an das Genre der Nazi-Exploitation oder auch Nazisploitation (Magilow et al. 2012). Stiglegger (2011: 15–16) beschreibt den Begriff der Exploitation folgendermaßen:

Exploitation, Englisch für »Ausbeutung«, umschreibt die Intention [...], aus einem populären Thema mit reißerischem Potenzial ein Höchstmaß an spektakulären Effekten zu gewinnen.

Im Falle des moefizierten Militärs in den gezeigten Beispielen könnte man daher vielleicht von einer »*moe-miri*-Exploitation« sprechen, in denen *moe elements* als Mittel zur Exploitation eingesetzt werden. Das reißerische Potential besteht hier im Kontrast zwischen jungen, süßen und knapp bekleideten Frauen und dem Krieg. Das Motiv knapp bekleideter Frauen mit Waffen ist selbstverständlich nicht neu oder japanisch. In Japan als auch andernorts gibt es ein reichhaltiges Angebot an Produkten, die sich dieses Motivs bedienen. Der *moe-miri*-Exploitation ist jedoch vergleichsweise eigen, dass sie häufig erotisierte junge Frauen bzw. Mädchen im aktiven Kampf im Handlungsrahmen des Krieges bzw. speziell des Zweiten Weltkrieges zeigt. Es findet also keine »historisch etablierte Situierung der Frauen an der Heimatfront« und »Positionierung [...] als potenziell zu schützenswertes ›Volks-gut« (Thomas 2006: 348) statt.

Im Gegenteil, die »Männlichkeitsmaschine« (Euskirchen 2006: 192) des Soldatentums und des Umgangs mit Waffen und anderem Kriegsgerät wird zu einer Weiblichkeitsmaschine transformiert. Simultan sind die Charaktere der Serien aber oftmals auch nach wie vor dem Gegenpart dieser Männlichkeitsmaschine, nämlich der Rolle der »friedfertige[n] Frau« (Euskirchen 2006: 193), verhaftet. So sind sie Heilerin und Fürsorgerin wie die Protagonistin Miyafuji in *Strike Witches*, Mädchen in Schuluniform wie in *kan kore*, oder sie sind wie in *Girls & Panzer* Schulmädchen, die einem normalen Alltag nachgehen, Ikebana machen und gemeinsam shoppen gehen. Sie stehen in einem ambivalenten Geschlechterrollenverhältnis, welches allerdings – genau wie der Kampfeinsatz oder der Umgang mit schwerem Kriegsgerät – in den Werken selbst nicht kritisch reflektiert wird. Die militärischen Elemente in ihrem Leben sind Teil ihres Alltags und bleiben weitgehend ohne Konsequenz. Es entsteht so eine »Banalisierung« (Süselbeck 2012: 26) bzw. Verharmlosung des Militärischen, ein »Banal Militarism« (Virchow und Thomas 2006) innerhalb der populärkulturellen Werke selbst, welcher nicht in den Werken verbleibt, sondern weiter in den japanischen Alltag hineingetragen wird. So nutzen die japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte (SDF) diese zu Werbezwecken und tragen dadurch das Militärische ins Zivile. Beispiele dafür sind z. B. die DVD *yoku wakarui rikujō jieitai* (Liverpool: 2013)³, die Kooperation mit der Anime-Produktion *High*

³ In *Yoku Wakaru! Rikujō Jieitai* (Die landbasierten Selbstverteidigungstreitkräfte leicht erklärt) erklärt ein Charakter aus dem *Girls & Panzer* Anime die japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte.

School Fleet (Production IMS: 2016) für Rekrutierungswerbung⁴ als auch die Repräsentation des Militärs auf dem *komike*, wo die SDF mit Manga-Charakteren vertreten sind (TS 15.08.2015). Gleichfalls vermischen sich zivile Populärkultur und Militär miteinander, wenn auf Veranstaltungen der SDF Musik aus z. B. *kan kore* aufgeführt wird⁵ oder die eingangs erwähnte Popband in von SS-Uniformen inspirierten Kostümen auftritt. Die Banalisierung des Militärischen im japanischen Alltag wird auch sichtbar, wenn die Convenience Store Kette Lawson Girls & Panzer in Werbekampagnen einsetzt⁶ oder Panzer-Nachbauten auf öffentlichen Plätzen aufgebaut werden, wie 2015 in Akihabara (Tōyōkō) geschehen (DHW 2015).

4 Die Rezeption von Moe-Miri-Produkten

Ginge man von einer in der Einleitung erwähnten dominant-hegemonialen Leseart von Produkten des Banal Militarism aus, d. h. der Leser dekodiert die Nachricht so, wie vom Sender der Nachricht intendiert (Hall 1980: 136), müssten Mädchen im Kampfeinsatz kritiklos vom Rezipienten der hier vorgestellten *moe-miri*-Produkte aufgenommen werden. Der Erfolg von *Girls & Panzer* legt die Vermutung nahe, dass die Mischung aus jungen Mädchen und Militär auf breite Akzeptanz stößt. Auf *otaku*, die Hobbyobjekte intensiv konsumieren und dadurch die Botschaft wiederholt aufnehmen, müsste dies umso mehr zutreffen. Wie Studien über Fans jedoch wiederholt aufgezeigt haben, ist die Auseinandersetzung von Fans mit Medien ein wesentlich komplexerer Prozess (Jenkins 1992, Winter 2010a). In diesem Teil soll an einem Fallbeispiel betrachtet werden, wie divers diese Produkte tatsächlich rezipiert werden können.

Vorweg sei jedoch angemerkt, dass es sich dabei um keine repräsentative Studie handelt, die Rückschlüsse auf alle Militär-*otaku* und ihre Hobby-Motivation und -Rezeption zulässt; es soll durch den Einblick in die Lebenswelt des Interviewten aber beleuchtet werden, wie und warum das Militär und *moe-miri*-Produkte wahrgenommen werden können.

Zur Analyse des Interviews wurde die dokumentarische Methode herangezogen. Diese geht auf die Wissenssoziologie Karl Mannheims (1964; 1980) zurück und wurde von Bohnsack (1983; 1989; 2003; Bohnsack et al. 2007) zu einem »methodologisch fundierten Auswertungsverfahren der qualitativen Sozialforschung entwickelt« (Nohl 2006: 7–8). Die mit der dokumentarischen Methode analysierten In-

⁴ SDF Japan, <http://www.mod.go.jp/pco/kanagawa/hsf-poster.jpg> (14.07.2017).

⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=n4r77p9hwSQ> (20.04.2017).

⁶ <http://www.lawson.co.jp/campaign/gup/> (20.04.2017).

interviews sind narrativ fundiert und die Analyse zielt auf die Herausarbeitung des Zusammenhangs von Orientierungen und Erfahrungen der Erforschten ab. Um diese herauszuarbeiten, ist die Bearbeitung der Texte in zwei Hauptschritte geteilt: eine formulierende Interpretation und eine daran anschließende reflektierende Interpretation.

Die formulierende Interpretation ist eine Rekonstruktion dessen, *was* gesagt wird und bleibt dabei »noch gänzlich im Bedeutungssystem des Sprechers« (Strübing 2013: 148). Es handelt sich dabei um eine Zusammenfassung, eine Reformulierung des Gesagten durch den Forscher, die so nah wie möglich an den Worten des Erforschten bleibt. Dazu wird zuerst ein thematischer Verlauf erstellt, in dem Zusammenfassungen der im Interview behandelten Themen zeitlich zugeordnet, stichpunktartig festgehalten werden. Daran anschließend werden die Passagen, die von besonders hohem Gehalt für die Forschungsfrage sind, transkribiert und reformuliert zusammengefasst.⁷

Die darauf folgende reflektierende Interpretation zielt auf die »Rekonstruktion und Explikation des Rahmens, innerhalb dessen das Thema abgehandelt wird[.]« (Bohnsack 2003: 135) ab. Hier interessiert dann, *wie* etwas gesagt wird, um den Orientierungsrahmen zu entdecken, in dem das Thema behandelt wird. Es geht darum, herauszufinden, wie der Erforschte die angesprochenen Themen präsentiert oder wertet, indem man die positiven und negativen (Gegen-)Horizonte untersucht, »innerhalb derer das jeweilige Thema präsentiert wird, also so etwas wie die Abgrenzungsfolien vor deren Hintergrund das eigene Thema seine inhaltliche Gestalt gewinnt« (Strübing 2013: 149). Die Relation zwischen positiven und negativen Horizonten ermöglicht die Herausarbeitung von »Enaktierungspotentialen« (Bohnsack 1989: 28), das heißt die handlungspraktisch-alltägliche Umsetzung der Orientierungen des Erforschten. Im Falle der *otaku* bedeutet dies z. B., herauszuarbeiten, wie der positive Horizont des Auslebens des Hobbys durch den negativen Gegenhorizont von Normen und Wertvorstellungen der Gesellschaft eingegrenzt wird. Auf die anschließende komparative Analyse um Sinn- und Soziogenese des untersuchten Falles herauszuarbeiten, wird aufgrund des Platzmangels verzichtet.

⁷ Das Interview wurde auf Japanisch geführt und ins Deutsche übersetzt. Auf die Probleme in Sozialwissenschaften, auf die der Forscher bei der Übersetzung von Fremdsprachen und Forschung unter kultureller Fremdheit stößt, kann in diesem Artikel aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden. Für eine Auseinandersetzung mit dem Thema siehe Cappai (2008).

4.1 RP08: Kindheitserinnerungen

Das vorliegende Interview wurde im März 2016 in Tōkyō geführt. Der Interviewpartner und der Autor kannten sich aufgrund mehrerer gemeinsamer Spieletreffs bereits vor dem Interview. Der Name des Interviewpartners wurde zu RP08 anonymisiert.

Zu Beginn wurde der Interviewte durch die »autobiographisch orientierte Erzählaufforderung« (Schütze 1983: 285) »Erzählen Sie mir bitte von Ihrer ersten eindrücklichen Erinnerung aus Ihrer Kindheit von Ihrem Leben bisher ausgehend, so wie Sie sich daran erinnern« zu einer narrativen Erzählung seiner Lebensgeschichte angeregt, um das Gespräch als narratives Interview zu führen.

4.1.1. Fallbeschreibung: Interview mit RP08 vom 11.03.2016

Das erste Mal traf der Autor auf RP8 in einer Dungeons & Dragons (Wizards of the Coast 2014) Rollenspielrunde im Tōkyōter Stadtteil Akihabara. Im Rollenspiel übernehmen die Spieler die Rolle eines fiktiven Charakters in einer von den Spielern gemeinsam erzählten Geschichte. Konfliktresolution innerhalb der Geschichte geschieht dabei entweder diskursiv oder durch vorher festgelegte Regeln in Verbindung mit einem Zufallselement wie Würfel oder Karten. RP08s Interesse an *moemiri* und besonders am Deutschland des Zweiten Weltkrieges wurde sofort offensichtlich. Der von ihm gespielte Charakter war nach dem SS-Sturmabführer Joachim Peiper benannt, und er trug zu den Spielrunden eine *Strike Witches*-Schirmmütze oder Replikate von Wehrmachtskleidung.

RP08 ist männlich und war zum Zeitpunkt des Interviews 46 Jahre alt, ledig und ohne Kinder. Die Zeitangaben in Klammern beziehen sich auf das Interview mit RP08 vom 11.03.2016.

Biographie

Nach der Erzählaufforderung beginnt RP08 seine Lebensgeschichte mit der Erinnerung an TV-Anime, die während seiner Kindheit ausgestrahlt wurden und die er mit anderen Kindern im Kindergarten nachspielte. Besonders dominant in seiner Erzählung sind dabei Roboter-Anime, unter denen *Mobile Suit Gundam (kidō sen-shi gandamu; Sunrise: 1979)* während seiner Grundschulzeit eine spezielle Position einnimmt. Der militärische Aspekt des Anime, besonders die Einheitlichkeit der Uniformen und Ausrüstungen und das Ausmaß des Krieges, begeisterten ihn. Es

faszinierte ihn die massenhafte Zerstörung optisch ähnlicher militärischer Verbände. Ein Motiv, das sich im Zweiten Weltkrieg widerspiegelt und welches in ihm, so sagt er, ein Interesse am Militär geweckt hat.

Auf den Zweiten Weltkrieg stößt RP08 zum ersten Mal konkret in der Schule durch einen »noch extremeren/wahnsinnigeren Kerl« (*motto sugoi yatsu*), der »obwohl er ein Fünftklässler« war, einen Fotoband mit Kriegsbildern mitbringt, in dem ein Foto des Tiger II-Panzers mit seinem Kommandanten enthalten war (00:02:44-4-00:03:03-0). Dass der Mitschüler den Fotoband mit in die Schule bringt, »obwohl« er noch ein Kind ist, signalisiert, dass der Besitz eines so teuren Buches und das Mitbringen in die Schule von RP08 als außergewöhnliches, nicht der Norm entsprechendes Verhalten für Kinder beschrieben wird. Dass der Freund, der hier als Referenzrahmen dient, »noch extremer« (*motto sugoi*) als er selbst war, lässt zusätzlich darauf schließen, dass RP08 sein Interesse am Militär bereits zu diesem Zeitpunkt als etwas Extremes wertet.

Der Moment der Begegnung mit dem Tiger II-Panzer erscheint als überwältigendes Erlebnis. RP08 zitiert sein kindliches Selbst, spielt die Szene in Teilen nach: »*dekai wā, omosō da wā tte*« (so groß! Der sieht so schwer aus!, hab ich da gesagt) »*kore wa sugoi*« (das ist der Wahnsinn), »*kore nanda tte*« (was ist das?, habe ich da gesagt; (00:03:38-2-00:03:40-2)). Der Mitschüler, mit dem er sich anfreundet, und dessen Bruder sind die Quelle für mehr Material über Panzer und ermöglichen es RP08, »süchtig nach dem Militär« (00:03:59-7-00:04:02-5) zu werden, wie er seinen Zustand ab diesem Erlebnis beschreibt. Zu dieser Zeit beginnt er, Bücher mit Militärbezug zu suchen und stößt dabei auf »*jagga pakkusu*«, ein Buch mit militärischen Themeninhalten, das an Kinder gerichtet war. Darunter ist das Buch »*doitsu sensha gundan*« (Deutsche Panzerkorps), in dem Manga des Autors Kobayashi Motofumi enthalten sind. Diese Manga, so erklärt RP08, »sind eindringlich und haben Kraft« (00:04:53-4-00:04:57-5).

In dieser Phase findet ein Übergang vom Schauen und Nachspielen von Anime im TV zur aktiven Suche nach militärischem Hobbymaterial statt. Früh in RP08s Jugend wird jedoch deutlich, dass er aufgrund des Hobbys Anschlusschwierigkeiten an seine Peergroup hat. So beschreibt er die Situation als »leicht delikat/seltsam« (*chotto mā bimyō na*; 00:05:17-00:05:48-9), da ihn die anderen Kinder nicht verstanden, wenn er ihnen detaillierte Informationen zu Panzern zu erklären versuchte. Deutlich wird dies, wenn er beim Spielen mit Panzermodellbausätzen zusammen mit anderen Kindern diese darauf aufmerksam macht, dass sie falsch spielen, spricht, ihre Spielregeln nicht der Realität auf dem Schlachtfeld entsprechen. Es wird eine Wissenslücke zwischen ihm und den anderen Kindern erkennbar. Er hat die Position des Experten inne und selbst wenn die anderen

Kinder sein Interesse bis zu einem gewissen Grad teilen – sie schauen sich die Fotos an und spielen Panzergefechte nach –, so wissen sie zu wenig und haben auch kein Interesse daran, mehr zu lernen, um RP08 als Gesprächs- oder Spielpartner zu dienen. Anstatt sich den Spielregeln und Interessen der anderen Kinder anzupassen, versucht er, den anderen Kindern sein Wissen und seine »richtigen Argumente« (*seiron*; 00:07:35-8–00:07:39-5) – hier Spielregeln – aufzuzwingen. Als er damit scheitert, gibt er aber nicht auf, sondern versucht es weiter und greift dafür auf Simulationsspiele (Wargames) zurück. Mit diesen festen, von außen diktierten und nicht intern in der Gruppe ausgehandelten Regeln und Zahlen (Daten) will er die anderen Kinder »verstehen lassen« (*wakarasetai na*; 00:07:47-9–00:07:48-9), was ihm aber nicht gelingt, da er keine Mitspieler für diese viel zu komplexen Spiele findet.

Positiver Horizont ist hier die Möglichkeit, das Hobby aktiv im Spiel auszuleben; dieser wird aber durch den negativen Gegenhorizont eingegrenzt, dass die Mitspieler seine Detailverliebtheit nicht teilen und mit von RP08 als falsch angesehenen Regeln spielen, was für ihn den Spaß am Spiel mindert. Der Wissensunterschied steht als Problem zwischen ihm und den anderen Kindern und führt dazu, dass sich RP08 zunehmend isoliert. Den einzigen engen sozialen Kontakt stellt zu dieser Zeit der Mitschüler mit dem Fotoband dar, der RP08s Faszination in gleichem Maße teilt.

RP08s Situation wandelt sich in der Mittelschule, als er nach dem Schulwechsel Gleichgesinnte kennenlernt. Ab diesem Zeitpunkt fokussiert sich sein sozialer Kontakt auf die Peergroup der Hobby-Gleichgesinnten und RP08 beginnt eine erfolgreiche »(Medien-)Karriere, einen weitgehend eigenbestimmten Prozess der Bildung zu durchlaufen« (Winter 2010b: 162), der durch seine Peergroup affirmiert und verstärkt wird.

In der Zeit der Oberschule beginnt sich – neben dem neuen Hobby »Rollenspiel«, welches hinzukommt – sein Interesse am Militär auszuweiten und aufgrund neuer Bekanntschaften und größerem finanziellen Freiraum durch Nebenjobs beginnt er, mit seiner Peergroup *Survival Games* zu spielen. Es folgt daraus aber auch, dass sich seine sozialen Kontakte ausschließlich durch das Hobby definieren. Außerhalb dessen hat er kaum Kontakte. »Ich habe außer den Freunden vom Hobby... habe ich so gut wie nicht finden können ((lacht))« (00:23:56–00:24:00).

In der Oberschule beginnt er dann mit der Produktion von *dōjinshi*, die er und ein Freund auf dem *komike*, oder Comic Market, der größten Amateur-Manga-Messe Japans, verkaufen. Als Herausgeber, der für das Layout der *dōjinshi* verantwortlich ist, beginnt RP08 somit mit der Eigenproduktion von Hobbyinhalten. Seine Interessen werden also aktiv und gemeinschaftlich in Form von *dōjinshi* ob-

jektiviert, Merkmal der von Jenkins (1992: 236) beschriebenen »participatory culture« von Fankulturen.

RP08 beschreibt seine Hobby-Karriere an diesem Punkt des Interviews als erfüllt. Er habe, so meint er, alles, was im Hobby möglich ist, gemacht (00:25:06-1-00:25:59-7).

Diese Phase seines Lebens, von der RP08 im Interview mit Freude erzählt, endet abrupt mit dem Ende der Oberschule und dem Beginn seiner Ausbildung an einer Fachhochschule. Ein Mitglied seiner Peergroup, dessen Fabrikgelände der Eltern als Hobby-Stützpunkt diente, zog um und die Fabrik wurde geschlossen, woraufhin die Freundesgruppe zerfiel. Bis auf das *Survival Game*, welches er während seiner Ausbildung noch weiter betrieb, gehen dadurch alle anderen gemeinschaftlichen Hobby-Aktivitäten verloren.

Schließlich fällt durch die Eheschließung des Organisators der *Survival Games* auch dieses weg. Ehe und Beruf der Anderen werden als negative Gegenhorizonte genannt, die als Grund für das Zerfallen der gemeinsamen Hobby-Aktivität herangezogen werden. Die letzten sozialen Kontakte von RP08 lösen sich schließlich auf, als er sich einer neuen Gruppe Spieler aus finanziellen und stilistischen Gründen nicht anschließen kann bzw. möchte. Ohne die Ausübung des Hobbys geht der direkte Kontakt zu Freunden fast gänzlich verloren.

Nichtsdestotrotz gibt er das Hobby nicht ganz auf, sondern sammelt weiterhin Modellwaffen. Diese sind aber genau wie seine Kleidung individuell, »anders/selt-sam« (*kawatta*). Sein eigener Geschmack und Interesse haben Vorrang, auch wenn sie das Enaktierungspotential zum aktiven Ausüben des Hobbys (*Survival Game*) einschränken.

RP08 beginnt schließlich aufgrund wachsender finanzieller Mittel mit dem Sammeln von Wehrmachtsuniformen. Obwohl das Hobby in Form von *Survival Games* oder Simulationsspielen (Wargames) »stagnierte« (00:52:56-00:53:56), kauft er sich dennoch weiterhin Zeitschriften und Bücher sowie Modellwaffen und militärische Kleidungsstücke. Das Sammeln dieser Fanobjekte ist eines der wenigen Enaktierungspotentiale für das Hobby, was ihm noch zur Verfügung steht und »ist eine der häufigsten Tätigkeiten von Fans« (Schmidt-Lux 2010: 141).

Mit Anfang 30 entdeckt RP08 in einer Zeitschrift Werbung für Spieletreffs für Rollen- und Brettspiele und besucht diese. Dies stellt für ihn einen Ausweg aus der sozialen Isolation dar. RP08 verschreibt sich nach kurzer Zeit des Ausprobierens unterschiedlicher Spielgruppen einer einzigen und bleibt dieser bis heute treu. Allerdings eruiert diese über die Jahre hinweg zunehmend, sodass heute inklusive ihm nur noch fünf von ehemals 30-40 aktiven Mitgliedern existieren. Treffen kommen aufgrund der hohen und zeitintensiven beruf-

lichen Positionen der anderen Mitglieder nur noch selten – ca. einmal im Monat – zustande.

RP08s berufliche Situation ist recht prekär: Nachdem er mit 37 nach einer Umstrukturierung der Firma, in der er angestellt war, kündigte, lebt er momentan knapp unter der Armutsgrenze, was ihm, so wird im Interview deutlich, äußerst peinlich ist. Er bezeichnet sein momentanes Leben als »definitiv nicht einfach« (01:24:45-3–01:24:48-0). Dennoch mache er so »idiotische Dinge« (*baka na koto*; 01:24:53-9–01:24:55-9) wie am Essen und anderen Ausgaben zu sparen, um das Geld ins Hobby zu investieren. Aber da er das machen könne, was er mag, verspüre er keinen Gram (01:24:59-7–01:25:06-8). Sein als idiotisch bezeichnetes Handeln ist Methode, um keinen Gram an seinem Leben zu empfinden, da es ihm das Enaktierungspotential zur Verfügung stellt, die Dinge zu tun, die ihm Freude bereiten. Das Hobby wird als positiver Ausgleich für die negativen Aspekte seines Lebens wahrgenommen.

Faszination mit dem deutschen Militär

RP08 mochte die Ausrüstung aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs schon »seit jeher« (00:53:56-2–00:53:57-1). Eines Tages, so hatte er sich in seiner Jugend vorgenommen, wollte er in der Kleidung von aus dem Panzer geflohenen Panzerfahrern *Survival Games* spielen. Aber, so sagt er lachend, diese war so teuer, dass er sie nicht kaufen konnte.

Gekauft hat er sich Replikat deutscher Uniformen erst mit Mitte 30.

Der Autor fragt, ob RP08 schon einmal auf dem *komike* Cosplay gemacht hat. RP08 antwortet daraufhin, dass er dies noch nicht gemacht hätte, es aber wohl »in Ordnung wäre, das zu machen« (00:55:55-0–00:55:56-6). Er relativiert dann aber, dass er sich nicht sicher ist, ob »das was wird«, wenn er »jetzt damit anfängt« (00:55:56-9–00:56:00-6).

In letzter Zeit ist sein Freund, mit dem er früher *dōjinshi* produzierte und zu dem er noch gelegentlich Kontakt hat, begeistert von Cosplay. Darum denkt er, dass es vielleicht keine schlechte Idee ist, es einmal auszuprobieren. Aber er ist sich sehr unsicher, was passiert, wenn er mit seiner deutschen Militäruniform hingeht.

Seine Begeisterung für Uniformen des deutschen Militärs aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs sieht RP08 als seit jeher, also tief in ihm verankert, an. Sein Vorhaben – oder vielleicht besser Traum –, in diesen Uniformen *Survival Game* zu spielen, geht jedoch nicht in Erfüllung. Darum bleibt es schließlich nur beim Auftragen der Uniformen und dies auch nur selten außerhalb der eigenen Wohnung, da er eine Problematik des Tragens der Uniformen in der Öffentlichkeit wahrnimmt. So weist

er mit der Aussage, dass er die Wehrmachtsfeldmütze, die er auch zum Interview trägt, letztens seit Langem einmal wieder getragen hätte, darauf hin, wie selten er sie in der Öffentlichkeit trägt und auch sein Hadern, die Uniformen für Cosplay anzuziehen, zeigt, dass er eine in der Öffentlichkeit vertretene schlechte Meinung über Wehrmacht bzw. Nazis wahrnimmt.

RP08 nimmt sich selbst durch das Auftragen der Uniformen in der Öffentlichkeit als Anomalie wahr. Man »wird ausgeschlossen / gemieden« (*habakaremasu*; 01:29:19-2–01:29:20-0), wenn man sie trägt, »weil es die [Uniform] Nazideutschlands ist« (01:29:24-1–01:29:25-2). Er selbst »liebt« (*daisuki*) die Uniformen, ist sich aber nicht sicher, wie »Unwissende« (*chishiki no nai hito*; 01:29:33-7–01:29:34-6) die nur das »Nazideutschland« darin sehen, darüber denken (01:29:35-0–01:29:41-3) und glaubt, dass sie eine abwertende Haltung gegenüber ihm und den Uniformen einnehmen. Anhaltspunkt für seine Annahme ist unter anderem die Reaktion seiner Mutter, wenn er ihr erzählt, dass er eine deutsche Uniform trägt. »Meine Mutter macht kein gutes Gesicht, wenn ich ihr sage: ›Das ist eine deutsche Uniform«« (01:29:55-4–01:30:01-7). Diese Reaktion und das Negativimage, welches »Nazideutschland« für ihn in der Öffentlichkeit zu haben scheint, stellen einen negativen Gegenhorizont dar, der es RP08 erschwert, sein Hobby zu enactieren. Ursache für diese Reaktion ist seiner Auffassung nach das mangelhafte Wissen der Öffentlichkeit über das deutsche Militär zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Denn im Gegensatz zu ihm wüssten die Unwissenden nicht, dass das deutsche Militär keine »Ansammlung von bösen Menschen« (01:00:39-2–01:00:43-3) war, sondern es auch edle Personen darunter gegeben habe. Man kann aber auch argumentieren, dass sein eigenes Hintergrundwissen überhaupt erst der Auslöser dafür ist, dass er eine ablehnende Haltung der Öffentlichkeit den Uniformen gegenüber wahrnimmt. Es stellt sich nämlich die Frage, ob die »Unwissenden« wirklich der Wehrmachtsuniform gegenüber ablehnend reagieren oder ob RP08s Hintergrundwissen zur Uniform ihn eine ablehnende Haltung antizipieren und wahrnehmen lässt, die so kaum vorhanden ist. Es ist fraglich, inwieweit die »Unwissenden« Wehrmachtskleidung überhaupt zuordnen können. Betrachtet man nämlich den in der Einleitung erwähnten Fall der Idol-Popband *Keyakizaka 46*, die in an SS-Uniformen angelegten Kostümen auftrat, so sorgte dies in Japan erst für Aufsehen, als sich die internationale Presse und Organisationen außerhalb Japans darüber empörten (Aikru 03.11.2016; Akiyama 01.12.2016; *Newsmatomeia* 09.11.2016). Die von Stiglegger (2011: 57) attestierte mangelhafte Reflexion über Naziästhetik trifft womöglich weniger auf Fans wie RP08 zu, sondern eher auf unwissende Nicht-Fans, die den geschichtlichen Hintergrund nicht zuordnen können. Es stellt sich daher in Bezug auf das »ausgeschlossen/gemieden werden« die Frage, ob dies auf die deutschen Uniformen zu-

rückzuführen ist, oder nicht eher mit einem von RP08 wahrgenommenen schlechten *otaku*-Image in der Gesellschaft zusammenhängt. RP08 gehört zur Generation *otaku*, die inmitten der »*otaku panic*« (Kinsella 1998: 312) der 90er Jahre aufwuchs. Auf Nachfrage erklärt RP08, dass er, auch wenn er es nicht mag, so genannt zu werden, nicht verneinen könne, ein *otaku* zu sein und es »zugibt« (*mitomemasu*; 01:20:20-2–01:20:24-2). Als der Miyazaki-Vorfall vom Autor angesprochen wird, elaboriert RP08, dass er sich damals »unwohl/eingeengt fühlte« (*katami ga semakatta desu ne*; 01:20:43-0–01:20:44-5). Leute um ihn herum hielten es für notwendig, zu beteuern, nicht so wie der Serienmörder Miyazaki zu sein; auf dem *komike* herrschte zu der Zeit eine »irgendwie delikate Atmosphäre« (01:22:32-6–01:22:34-6) und die Teilnehmer wirkten alle »genervt/gestresst« (*meiwaku gatteru*; 01:22:39-0–01:22:39-6). Die Erfahrungen dieser Zeit sowie die Formulierung, dass *otaku*-Sein etwas ist, was es zuzugeben gilt und er als solcher nur ungerne bezeichnet wird, illuminieren, dass für RP08 das Wort nach wie vor mit einer Negativkonnotation belegt ist. Das Gefühl RP08s, ausgeschlossen zu werden, ist daher möglicherweise weniger darauf zurückzuführen, dass er eine *deutsche* Uniform trägt, sondern eher der Tatsache zu schulden, dass er sich durch das Tragen einer historischen Militäruniform – was als Cosplay bezeichnet werden kann – im öffentlichen Raum als *otaku* zu erkennen gibt und dahingehend eine abweisende Reaktion des Umfelds antizipiert und wahrnimmt.

Auf die Frage, warum er trotz dieser Sanktionen und seines Hintergrundwissens darüber, was hinter den Uniformen steht, diese dennoch trägt, reagiert er geradezu überrascht und meint, dass dies eine schwierige wenn auch berechtigte Frage sei, auf die er keine Antwort geben könne, außer, dass er sie seit seiner Kindheit schick fände und er das Bild des Panzerfahrers nicht vergessen könne. Er erkennt hier selbst einen Widerspruch in seinem Denken und Handeln, kann ihn aber nicht erklären. Es offenbart sich eine Handlungspraxis, die auf impliziertem Wissen basiert, das sich jedoch nur teilweise explizieren lässt (Fritzsche 2011: 78). Es wird gehandelt, ohne bewusst darüber nachzudenken. Grund für das unerklärliche Handeln ist in diesem Fall ein Gefühl von Nostalgie und die Assoziation mit der historischen Figur des Panzerfahrers und seines Panzers. Dass besonders die Uniformen der Panzerbesatzung eine Faszination auf RP08 ausüben, hängt damit zusammen, dass er mit diesen den Tiger II des Fotobands und dessen Stärke, Kraft und Gewicht, dessen Macht also, assoziiert. Wie er auf Nachfrage bestätigt, verbindet er mit dem deutschen Militär das Gefühl einer Nostalgie für die Kindheit (01:31:02-9–01:32:21-0). Dieser »Nostalgiefaktor« (Völcker 2016: 213) spielt im Fan-Sein eine wichtige Rolle, da er einen »emotional besetzten Bezugspunkt des eigenen Selbstverständnisses« (Völcker 2016: 213) darstellt und im Falle von RP08 mit dem Ge-

fühl von Stärke sowie einer durch das Hobby geschaffenen langen Phase einer glücklichen Jugend verknüpft wird. Sein jugendliches Geschichtsverständnis ermöglichte es ihm damals, vergleichsweise unreflektiert Panzer und Panzerfahrer zu bewundern und mit positiven Emotionen zu besetzen. Diese Bewunderung hält bis heute an und wird auf die Uniformen als tragbarer Gegenstand übertragen. Die Uniformen erlauben es RP08, an diesen Augenblick seiner Kindheit zurückzukehren.

Besonders im Hinblick auf seine prekäre und ihm peinliche Lebenssituation, welche er im Interview immer wieder mit der seiner – aus eigener Perspektive – höchst erfolgreichen Bekannten vergleicht, verleiht ihm das Tragen der Uniformen ein Gefühl von Stärke. Diese Handlungspraxis lässt sich auch im Namen seines Rollen spielcharakters, dem fähigen und ehrenhaften Krieger Joachim Peiper, wiederfinden. Das Spielen in der Rolle des so benannten Charakters ermöglicht es RP08, in die Rolle dieses seiner Auffassung nach – so bezeichnet er Peiper und Michael Wittmann als »edle« (*kouketsu na* 01:32:59-5–01:33:00-4) Personen – edlen und kompetenten Soldaten zu schlüpfen.

Auslöser für RP08s Faszination für das deutsche Militär war der in der Eingangserzählung erwähnte Fotoband. Dieser stellt den Startpunkt für seine bis heute andauernde Militär-Hobby-Karriere dar. Diese Faszination, so argumentiert er, fußt auf dem besonders schicken Design der deutschen Uniformen. Die Uniformen der Panzercrews haben eine »verfeinerte Schickheit« (*senren sareta kakkouyosa*; 00:57:37-5–00:57:39-8), die denen von z. B. Amerikanern und Japanern fehlt. Die negativen Aspekte des Krieges waren ihm, wie er sagt, damals unbekannt. Er wusste nur, dass Deutschland Krieg geführt hatte und »schlimme Dinge gemacht hat« (01:31:37-6–01:31:38-6). Hier findet tatsächlich die von Ōtsuka (2015: xxii) attestierte Trennung zwischen kulturellem Objekt und der damit verbundenen Geschichte statt.

Durch die anschließende langjährige Beschäftigung mit dem Fanobjekt sind während Kampfhandlungen begangene Verbrechen des deutschen Militärs für RP08 zum heutigen Zeitpunkt jedoch zu einem schwierigen Thema geworden, welches die Trennung zwischen Objekt und Geschichte erschwert und über die er nur schwerlich ein Urteil zu fällen in der Lage ist (01:02:20-0–01:02:21-9).

RP08 befürwortet das Verhalten des deutschen Militärs zwar nicht, sucht die Schuld aber bei den Befehlshabern, die diese befohlen haben, anstatt beim gemeinen Soldaten, der sie ausführte. Diese sind ihm nach nämlich keine »zu verachtenden Personen« (01:32:45-0–01:32:50-5). Für ihn handelt es sich bei ihnen nicht um »eine Ansammlung von bösen Menschen« (01:00:39-2–01:00:43-3). Er denkt, dass »sich in ihrem Handeln lediglich die Leitung eines Teils der

Führerschicht widerspiegelte« (01:00:49-0–01:00:57-2). Der Befehlshaber Joachim Peiper, den er besonders bewundert, stellt jedoch eine Ausnahme dar. Er argumentiert, dass es nicht Peipers »wahre Absicht« (01:01:10-2–01:01:10-7) gewesen sei, ein Kriegsverbrechen zu begehen, sondern es sich um einen Unfall gehandelt habe. RP08 bezieht sich hier auf das Malmedy-Massaker, bei dem Waffen-SS-Truppen unter Peipers Kommando 84 US-amerikanische Kriegsgefangene ermordeten (Beevor 2015: 164–165).

Hier spiegelt sich ein verklärtes Geschichtsbild in Bezug auf die Waffen-SS wider, was sich auch in *Moeyo! Sensha Gakkō* finden lässt und es wird deutlich, dass RP08 über Ereignisse wie Kriegsverbrechen nur schwerlich ein kritisches Urteil fällen kann. Einfacher fällt ihm hingegen die Verurteilung des Holocausts, welchen er als inakzeptabel bewertet. Dieser scheint jedoch in seinem Verständnis vom Kriegsgeschehen an der Front losgelöst zu sein. Ein Grund für diese Trennung in diskutables Verhalten von Wehrmacht und Waffen-SS an der Front und dem inakzeptablen Verbrechen, »Juden zu verbrennen« (01:01:36-8–01:01:38-6), ist einerseits die später im Interview (01:33:18-0–01:37:51-0) von RP08 erwähnte Ausparung von Kriegsverbrechen im Großteil der von ihm konsumierten japanischen Literatur zur Militärgeschichte, was dazu führt, dass er sich nur bedingt mit diesen auseinandersetzt. Andererseits ist das von ihm gezeichnete Bild einer »sauberen Wehrmacht« (Möller 2015: 10) und Waffen-SS aber auch vor dem Hintergrund verständlich, dass die Kriegsverbrechen einen negativen Gegenhorizont darstellen, der die Enaktierung einer mit positiven Emotionen geladenen Faszination für deutsches Kriegsgerät, Uniformen sowie Personen einschränkt. Hier stehen seine Faszination für das deutsche Militär und dessen dunkle Seiten im Konflikt miteinander.

Es zeigt sich, dass seine Beschäftigung mit der Geschichte des Zweiten Weltkriegs dazu führt, dass RP08 die Uniformen nicht, wie Stiglegger (2011: 57) es den japanischen »männlichen wie weiblichen Fans« der Naziästhetik zuschreibt, »weitgehend unreflektiert« trägt, sondern durchaus die mit den Uniformen verbundene Geschichte reflektiert, was ihn in eine ambivalente Beziehung zum Hobby setzt. Aus den genannten Gründen führt diese Ambivalenz aber nicht zur Beendigung des Hobbys, da es einen mit positiven Emotionen belegten Ausgleich zu seiner ansonsten nicht einfachen Lebenssituation darstellt. Eine Aufgabe der Bewunderung für die starken Panzer und ihre edlen Kommandanten zum jetzigen Zeitpunkt käme einer Verneinung seiner eigenen Vergangenheit gleich und würde ihn dieses Ausgleichs berauben.

4.2 Rezeption von Moe-miri

RP08 kommt im Interview von selbst auf das *moe-miri*-Genre zu sprechen, als der Autor ihn fragt, ob und wie er die Geschichte des Zweiten Weltkrieges studiert hat. RP08 erklärt, dass das Thema in der Schule im Unterricht zur japanischen Geschichte nicht behandelt wurde, weshalb er auf Bücher in der Bibliothek oder im Geschäft zurückgriff, weil es damals im Gegensatz zu heute noch keine »*moe kei*-Dinger« (00:58:21-0–00:58:22-9) gab. Auf die Frage, ob er *moe kei*-Produkte liest, lacht er und antwortet, dass es für ihn »als Genre ein schwieriges/unangenehmes Genre« (*janre teki ni ha nigate na janre*; 00:58:35-4–00:58:40-9) ist, er es aber dennoch konsumiert. Er spielt außerdem auch *kan kore*. Daher wäre es eine Lüge zu sagen, dass er kein Interesse daran habe. Um seine Distanz zum Genre zu verdeutlichen, fügt er aber hinzu, dass er »es nicht in aktiver Weise« (00:58:53-8–00:58:56-1) schaue.

Anders als *Girls & Panzer*, welches »als gesondert« (*betsu toshite*; 00:59:04-0–00:59:05-0) bezeichnet wird, sind Werke wie *kan kore* oder *Strike Witches*, in denen die ursprüngliche Gestalt/Form (*katashi*) der Kriegsgeräte »auseinandergenommen« (00:59:11-0–00:59:11-9) wird, so denkt er, der »falsche/schlechte Weg« (*jadō*; 00:59:13-0–00:59:13-5). Nichtsdestotrotz spielt und schaut er diese. Das zeugt, so stellt er selbst fest, von einer »gewissen Ambivalenz« (00:59:18-0–00:59:20-9).

Auf die Frage, warum er Schwierigkeiten mit dem Genre hat, antwortet RP08, dass zu allererst einmal die Frage im Raum stehe, »was man damit bezweckt, süße Mädchen in den Krieg zu schicken« (01:02:32-2–01:02:37-2). Er spürt »eine Abneigung« (01:02:40-7–01:02:42-4) dagegen.

Moe kei bzw. *moe-miri* ist für RP08 ein ambivalentes Thema. Über diese Ambivalenz seiner selbst, dass er trotz seiner Abneigung dagegen, Produkte des Genres dennoch konsumiert, ist er sich im Klaren, kann sie aber nicht erklären. Grund für die Abneigung ist zum einen seine Meinung, dass Mädchen nicht in den Krieg geschickt werden sollten.

Es zeigt sich hier, dass er sich aufgrund seiner langen Beschäftigung mit dem Militär und dem Zweiten Weltkrieg über die Folgen von Krieg in Form von Verletzten und Toten im Klaren ist und die Vorstellung, dass Mädchen in den Krieg ziehen und dessen Konsequenzen erleiden, ist ihm zuwider. Die Ambivalenz, dass Mädchen zeitgleich dem Militärapparat und ihrer Rolle als friedfertige Frau verbunden sind, stößt bei RP08 auf Ablehnung. Die Abneigung gegenüber der Idee, dass Mädchen Krieg führen, findet sich auch in seiner Meinung zu dem *moe-miri*-Produkt *Moeyo! Sensha Gakkō* wieder. Auf die Buchreihe angesprochen, erläutert RP08, dass der Textinhalt für ihn zwar von Interesse ist, die Manga-Darstellungen der Mäd-

chen in militärischen Rollen ihn jedoch abschrecken. Er löst dieses Dilemma, indem er den Manga-Teil als Spaß-Manga durchgehen lässt, da ihm sonst nichts übrig bleibt (*gyagu manga toshite mō nagasu shika nai* 01:04:02-9–01:04:07-2), wenn er das Produkt dennoch konsumieren möchte.

Darüber hinaus ist das Auseinandernehmen der Ursprungsform von Kriegsgeräten für ihn geradezu blasphemisch, bezeichnet er es doch als den »schlechten Weg« bzw. gar »Häresie«, wie »*jadō*« übersetzt werden kann. RP08 bekräftigt seine Meinung, indem er erzählt, dass *kan kore* in Teilen seines Bekanntenkreises ebenfalls kritisch bewertet wird und es als »Blasphemie« (*bōtoku*) gegenüber den im Krieg gesunkenen Schiffen und deren Besatzungen angesehen wird (01:05:24-1–01:06:21-6).

Dies hat eine sehr individuelle Leseart des Spiels *kan kore* zur Folge. Anstatt sich das Geschehen auf dem Bildschirm anzuschauen, betrachtet RP08 Abbildungen der echten Kriegsschiffe, die im Spiel durch Mädchen repräsentiert werden, in Büchern, die er beim Spielen neben sich legt. Er bezeichnet dieses Handeln lachend als »idiotisch« und meint, dass er deswegen »komisch angeschaut/als seltsam betrachtet wird« (*fushigigarareru*; 01:02:51-4–01:02:52-4).

Als Produkt, welches ihm gestattet, sein Hobby ohne Ambivalenz zu enactieren, führt er *Girls & Panzer* an. Er bewertet die interne Logik und Argumentation von *Girls & Panzer*, dass es sich um einen Sport ohne Verletzungsrisiko handelt, zwar als »seltsamen Sophismus«, akzeptiert diesen jedoch, da das Werk diesen Sophismus nicht verstecke, sondern offen darlegt (01:05:00-5–01:05:11-4). Hinzu kommt, dass es keine *gijinka*-Elemente gibt und die Form der Waffen nicht verändert wird (01:05:12-4–01:05:24-1).

Die klare Botschaft, dass es sich um einen Sport ohne die Möglichkeit zu Verletzungen oder gar Tod handelt, sowie die Tatsache, dass die Panzer ihre Form behalten, ermöglichen ihm so den uneingeschränkten Genuss, den Panzern beim Fahren zuzusehen, ohne gedankliche Eigenleistung in Form von Verdrängung oder Relativierung von Kriegsfolgen leisten zu müssen.

RP08 setzt sich selbstkritisch mit seinem Konsumverhalten von *moe-miri* auseinander. So meint er, dass es »Heuchelei« (*gizen*) wäre, die Produkte zu konsumieren und gleichzeitig zu kritisieren bzw. deren »Existenz zu leugnen« (01:04:09-0–01:04:09-8). Die Anime, Manga und Spiele sind für ihn jedoch eine Möglichkeit, sein Interesse am Militär aktiv zu enactieren und Freude daraus zu ziehen. Die *moe-miri*-Elemente erscheinen dabei eher als Beiwerk, welche zwangsläufig in Kauf genommen und z. B. als Spaß-Manga abgeschrieben werden, um sich der Faszination für das Kriegsgerät hingeben zu können. RP08 trennt dabei zwar bewusst das Motiv des Zweiten Weltkrieges vom *moe*-Stil – was besonders am Beispiel von *kan kore* offensichtlich wird –, die Tatsache, dass er die weiblichen Charaktere als süß (*ka-*

waii) wahrnimmt, zeigt aber auch, dass die süße Erotik des *moe*-Stils nicht gänzlich ausgeblendet wird. Die Strike Witches-Schirmmütze, die er trägt, objektiviert geradezu die ambivalente Beziehung zum Genre, signalisiert sie als Fan Merchandise doch eine Affinität zur Serie, obwohl sie den »schlechten Weg« beschreitet.

RP08s individuelle Auseinandersetzung mit den Texten macht deutlich, dass er sie nicht mit einer dominant-hegemonialen Leseart liest, sondern eine ausgehandelte Leseart zur Anwendung kommt (Hall 1980: 137). Im Falle seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Vorstellung von Mädchen im Krieg oder *gijinka* von Kriegsgerät kann sogar von einer oppositionellen Leseart gesprochen werden (Hall 1980: 137), die aber nicht zu einer Verweigerung oder Boykottierung der Werke führt. Er weiß um den dominanten Code, wie das Spiel *kan kore* gelesen werden soll – so bezeichnet er seine Art des Spielens als idiotisch, also abweichend von der Norm –, handelt ihm aber bewusst zuwider, indem er Bilder echter Kriegsschiffe statt der *gijinka*-Mangacharaktere betrachtet, weil es ihm dadurch ermöglicht wird, einen Hobbyaspekt zu enactieren, der ihm sonst verwehrt bliebe. Er selektiert also bewusst die Elemente, die ihm zusagen. Wie Henry Jenkins erarbeitet hat, erlaubt es das Fantum – hier RP08s *miritarī otaku*-Hintergrund – den Fans, sich Medien auf ihre eigene Weise anzueignen, zu rezipieren und zu interpretieren (Deterding 2009: 237).

RP08s Fantum ist dabei sowohl Ursache für als auch Mittel zur individuellen Leseart. Sein Wissen über Militär und Krieg lassen ihn einerseits eine kritische Position gegenüber der Botschaft der Texte und sogar sich selbst einnehmen, andererseits entspringt seine Freude, die er aus den militärischen Elementen von *moe-miri* zieht, ebenfalls diesem Wissensschatz und seiner langjährigen Karriere als *otaku*. Sein Wissen um die echten Kriegsschiffe z. B. ermöglicht es ihm erst, *kan kore* auf seine Weise zu spielen. Er kann daher nicht »simplifiziert als Opfer perfider kulturindustrieller Marketingstrategien« (Schäfer 2010: 117) begriffen werden, sondern er gestaltet seine Beziehung zu den Fanobjekten selbst und setzt sie strategisch und gezielt ein, um seine »Emotionen zu steuern (<mood management>« (Schäfer 2010: 117).

5 Fazit

In Japan existiert gegenwärtig ein florierender Markt für Produkte, die im *moe*-Stil unterschiedlichster Ausführungen vermarktet werden. Darunter fallen auch Produkte mit militärischen Themeninhalten. In diesen wird Krieg von erotischen jungen Frauen und Mädchen geführt und oft als harmloses Abenteuer dargestellt. Diese Art der Darstellung führt zu einer Banalisierung des Militärs sowohl in den

Werken selbst als auch im japanischen Alltag, was sich, wie aufgezeigt wurde, unter anderem die SDF Japans und auch andere Akteure auf dem freien Markt zu Nutzen machen. Die Rezeption dieser Inhalte findet, wie am Fallbeispiel aufgezeigt wurde, jedoch sehr individuell statt. Auch die Faszination und intensive Auseinandersetzung mit Wehrmacht und Waffen-SS gehen nicht automatisch mit einer unreflektierten Bewunderung der Naziästhetik oder gar Befürwortung des Nationalsozialismus per se einher. Der hier vorgestellte Militär-*otaku* handelt nicht unreflektiert, sondern es werden eigene Lesearten entwickelt und mit den kulturellen Objekten wird sich kritisch auseinandergesetzt. Gerade diese intensive Befassung mit dem Fanobjekt schafft ein ambivalentes Verhältnis zu diesem. Die fast lebenslange Bindung an das Hobby und das damit verbundene mood management zur Schaffung und Aufrechterhaltung positiver Emotionen verhindern jedoch, dass Kriegsverbrechen und Kriegsfolgen zu einer Aufgabe des Hobbys führen, sondern es wird versucht, diese voneinander zu trennen. Die Ausparung der dunklen Seiten des deutschen Militärs in japanischen Publikationen scheint es dabei zu vereinfachen, Naziästhetik und Persönlichkeiten des deutschen Militärapparates in Japan zur Projektionsfläche für Bewunderung werden zu lassen. Obgleich der Erfolg von Franchise wie *kan kore* oder *Girls & Panzer* für sich zu sprechen scheint, so wurde am hier gezeigten Fall offensichtlich, dass die Mischung aus *moe elements* und Militär nicht von jedem Konsumenten kritiklos aufgenommen wird. Im hier dargestellten Fallbeispiel sind die *moe elements* nicht der wichtigste anziehende Faktor, sondern das Hauptinteresse liegt auf dem militärischen Gehalt der Werke. Die *moe elements* werden sogar eher als Störung empfunden. Dazu muss jedoch angemerkt werden, dass dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auf RP08s Weg ins Hobby zurückzuführen ist. Aufgrund seines Alters hatte er gar nicht die Möglichkeit, über das *moe*-Genre ins Militär-Hobby eingeführt zu werden, da dies erst entstanden ist, nachdem er sich bereits intensiv mit dem nicht moefizierten Krieg auseinandergesetzt hatte, was dazu führte, dass *moe elements* als Anomalie wahrgenommen werden. Es wäre daher interessant, die Mitglieder jüngerer Generationen zum Forschungsobjekt zu machen, die über das *moe*-Genre ins Hobby Einstieg gefunden haben und deren Einstellung zum Genre zu erforschen. Die Entstehung des *moe-miri*-Marktes und die Zunahme von Content, in dem der moderne Krieg als sexy Abenteuer dargestellt wird, ist vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Entwicklung in Japan sowie der These von der Entstehung eines »military-entertainment complex« (Lenoir 2000: 289) einer weiterführenden und genaueren Betrachtung wert. Die Frage danach, ob sich die Verschiebung der japanischen Regierung ins rechte Spektrum und ein erstarkender Neonationalismus und Militarismus (Hayashi 2008: 124; Lai 2008: 83–88) in solchem Content widerspiegeln oder gar vorangetrieben wer-

den, liefert ein spannendes Forschungsfeld für die Cultural Studies und andere Wissenschaften.

Interessant wäre es z. B. zu untersuchen, wie sich die Vermischung von *moe* und Militär wie in *kan kore*, *Girls & Panzer* und anderen Produkten in Kombination mit *moe elements* in der Werbung für die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte auf potentielle Rekruten der Generationen, die in einem mit *moe elements* gesättigten Markt aufgewachsen sind, auswirkt und ob diese wie RP08 ebenfalls ein ambivalentes Verhältnis mit den Produkten eingehen.

Literatur

- Aikru (03.11.2016), *Keyakizaka46 ga Nachisu Gunpuku de kanzen auto!? Harouin isō ni kaigai no Hannō mo Bashingu ga aitsugi daienjō* (Sind keyakizaka46 mit den Naziuniformen komplett inakzeptabel!? Shitstorm von Reaktionen und Bashing aus dem Ausland geht weiter), <http://aikru.com/archives/893> (31.07.2017).
- Akiyama, Sōichirō (01.12.2016), *Keyakizaka46 Nachisu Fū Isō, naze Mondai »Kioku to musubitsuku Gunpuku«* (Warum die Kostüme im Nazistil von keyakizaka 46 ein Problem darstellen, »Wie Uniformen mit Erinnerungen verbunden sind«), in: *Asahi Shinbun*, <http://www.asahi.com/articles/ASJCT4TWMJCTUTIL029.html> (31.07.2017).
- Azuma, Hiroki (2009), *Otaku: Japan's Database Animals*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Beevor, Antony (2015), *Ardennes 1944: Hitler's Last Gamble*, London: Penguin.
- Bohnsack, Ralf (1983), *Alltagsinterpretation und soziologische Rekonstruktion*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bohnsack, Ralf (1989), *Generation, Milieu und Geschlecht: Ergebnisse aus Gruppendiskussionen mit Jugendlichen*, Opladen: Leske und Budrich.
- Bohnsack, Ralf (2003), *Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung*, Opladen: Leske und Budrich.
- Bohnsack, Ralf, Iris Nentwig-Gesemann und Arnd-Michael Nohl (Hg.) (2007), *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cappai, Gabriele (Hg.) (2008), *Forschen unter Bedingungen kultureller Fremdheit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Euskirchen, Markus (2006), »Das Zeremoniell der Bundeswehr: Banalisierung von Staatsgewalt durch Militärrituale«, in: Tanja Thomas und Fabian Virchow (Hg.), *Banal Militarism: Zur Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen*, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 187–202.

- Deterding, Sebastian (2009), »Henry Jenkins: Textuelles Wildern und Konvergenzkultur«, in: Andres Hepp, Friedrich Krotz und Tanja Thomas (Hg.), *Schlüsselwerke der Cultural Studies*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 235–246.
- DHW (*Dengeki Hobby Web*) (30.08.2015), »Akiba ni Sensha ga! ›Gāruzu ando Pantsuā Gekijōban‹ Kōkai Kinen de Jitsubutsu dai IV gō Sensha ga Tōjō!« [Panzer in Akiba! Zur Feier des Girls & Panzer Kinofilms Auftritt eines lebensgroßen Panzer IV!], <http://hobby.dengeki.com/news/100190/> (27.07.2017).
- Fritzsche, Bettina (2011), *Pop-Fans: Studie einer Mädchenkultur*, Wiesbaden: Springer VS.
- Fujimori, Hideaki (Hg.) (2010), *Moe Moe Nachisu Tokuhon* (Moe Moe Nazi Lehrbuch), Tōkyō: Igulu Pabulishingu.
- Galbraith, Patrick W. (2013), »Osamu Moet Moso: Imagining Lines of Eroticism in Akihabara«, in: Frenchy Lunning (Hg.), *Mechademia 8: Tezuka's Manga Life*, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 279–297.
- Gs *Magazin* (21.03.2016), »Gāruzu & Pantsuā Gekijōban kankyaku Dōinsū 100-man Toppa« (Girls & Panzer Besucherzahl knackt die Million!), <http://gs.dengeki.com/news/65393/> (24.04.2017).
- Hall, Stuart (1980), »Encoding/Decoding«, in: Stuart Hall, Dorothy Hobson, Andrew Lowe und Paul Willis (Hg.), *Culture, Media, Language: Working Papers in Cultural Studies, 1972–1979*, London: Routledge, S. 128–139.
- Hartmann, Christian, Johannes Hürter und Ulrike Jureit (Hg.) (2015), *Verbrechen der Wehrmacht: Bilanz einer Debatte*, München: C. H. Beck.
- Hayashi, Hirofumi (2008), »Disputes in Japan over the Japanese Military ›Comfort Women‹ System and Its Perception in History«, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 617: 123–132.
- Honda, Toru (2005), *Moeru Otoko* (Blühende/Brennende Männer), Tōkyō: Chikuma Shobo.
- ITMN (*IT Media News*) (02.11.2016), »Keyakizaka 46 no Isō ga Nachisu Kokuji Akimoto Yasushi-shira Shazai ›Arienai Shisō deshita‹« (Keyakizaka 46's Kostüme sind Nazis extrem ähnlich. Akimoto Yasushi und andere entschuldigen sich »Die Kostüme gingen gar nicht«), <http://www.itmedia.co.jp/news/articles/1611/02/news072.html> (25.04.2017).
- Jenkins, Henry (1992), *Textual Poachers: Television Fans & Participatory Culture*, London: Routledge.
- Kikuchi, Satoru (2008), »Otaku Sutereotaipu no Hensen to Akihabara Burando« (Der Wandel des Otaku-Stereotyps und die Marke Akihabara), in: *Chiiki Burando Kenkyū*, 4: 47–78.
- Kingsepp, Eva (2006), »Das Dritte Reich als Nervenkitzel: Formen des Umgangs mit Nazi-Deutschland und dem Zweiten Weltkrieg in der zeitgenössischen Populärkultur«, in: Tanja Thomas und Fabian Virchow (Hg.), *Banal Militarism: Zur Veralltäglicung des Militärischen im Zivilen*, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 409–425.

- Kinsella, Sharon (1998), »Japanese Subculture in the 1990s: Otaku and the Amateur Manga Movement«, in: *Journal of Japanese Studies*, 24 (2): 289–316.
- Köhn, Stephan (2016), »Magical Girl als alternative Gender-Räume im Anime: Genderkonfigurationen und -konstruktionen am Beispiel der Fernsehserie ›Pretty Cure‹«, in: Michiko Mae, Elisabeth Scherer und Katharina Hülsmann (Hg.), *Japanische Populärkultur und Gender*, Wiesbaden: Springer VS.
- Lai, Yew Meng (2013), *Nationalism and Power Politics in Japan's Relations with China: A Neo-classical Realist Interpretation*, New York: Routledge.
- Lenoir, Tim (2000), »All but War Is Simulation: The Military-Entertainment Complex«, in: *Configurations*, 8: 289–335.
- Magilow, Daniel H., Elizabeth Bridges und Kristin T. Vander Lugt (Hg.) (2012), *Nazisploitation! The Nazi Image in Low-Brow Cinema and Culture*, New York: Continuum.
- Mannheim, Karl (1964), *Wissenssoziologie*, Neuwied: Hermann Luchterhand.
- Mannheim, Karl (1980), *Strukturen des Denkens*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Möller, Horst (2015), »Vorwort«, in: Christian Hartmann, Johannes Hürter und Ulrike Jureit (Hg.), *Verbrechen der Wehrmacht: Bilanz einer Debatte*, München: C. H. Beck, S. 9–15.
- Morinaga, Takurō (2005), *Moe Keizaigaku* (Moe Ökonomie), Tōkyō: Kōdansha.
- Neitzel, Sönke (2002), »Des Forschens noch wert? Anmerkungen zur Operationsgeschichte der Waffen-SS«, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift*, 61: 403–429.
- Newsmatome* (09.11.2016), »Enjō, Keyakizaka46 Isō to Nachisu Doitsu Gunpuku no Hikaku« (Entbrannt, Vergleich zwischen Keyakizaka46's Kostümen und Uniformen Nazideutschlands), <https://newsmatome.com/nazi-keyakizaka46> (31.07.2017)
- Nico Nico Pedia* (2013), »Moe-miri«, <http://dic.nicovideo.jp/a/%E8%90%8C%E3%81%88%E3%83%9F%E3%83%AA> (21.04.2017).
- Nohl, Arnd-Michael (2006), *Interview und dokumentarische Methode*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Okada, Toshio (2008), *Otaku ha sudeni shinde iru* (Otaku sind bereits tot), Tōkyō: Shinchosha.
- Ōtsuka, Eiji (2013), »An Unholy Alliance of Eisenstein and Disney: The Fascist Origins of Otaku Culture«, in: Frenchy Lunning (Hg.), *Mechademia 8: Tezuka's Manga Life*, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 251–277.
- Ōtsuka, Eiji (2015), »Foreword: Otaku Culture as ›Conversion Literature‹«, in: Patrick W. Galbraith, Thiam Huat Kam und Björn-Ole Kamm (Hg.), *Debating Otaku in Contemporary Japan: Historical Perspectives and New Horizons*, London: Bloomsbury, S. xiii–xxiv.
- Roose, Jochen, Mike S. Schäfer und Thomas Schmidt-Lux (2010), »Einleitung: Fans als Gegenstand soziologischer Forschung«, in: Jochen Roose, Mike S. Schäfer und Thomas Schmidt-Lux (Hg.), *Fans: Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer, S. 9–25.
- RP08 (11.03.2016), Interview in Akihabara, Tōkyō.

- Schäfer, Mike S. (2010), »Fans und Emotionen«, in: Jochen Roose, Mike S. Schäfer und Thomas Schmidt-Lux (Hg.), *Fans: Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer, S. 109–132.
- Schmidt-Lux, Thomas (2010), »Fans und alltägliche Lebensführung«, in: Jochen Roose, Mike S. Schäfer und Thomas Schmidt-Lux (Hg.), *Fans: Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer, S. 133–160.
- Schütze, Fritz (1983), »Biographieforschung und narratives Interview«, in: *Neue Praxis*, 3 (13): 283–293.
- Stiglegger, Marcus (2011), *Nazi-Chic und Nazi-Trash: Faschistische Ästhetik in der populären Kultur*, Berlin: Bertz und Fischer.
- Strübing, Jörg (2013), *Qualitative Sozialforschung: Eine komprimierte Einführung für Studierende*, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Süselbeck, Jan (2012), »Der Krieg als Vater aller Dinge? Zur emotionalwissenschaftlichen Fragestellung des Bands«, in: Søren R. Fauth, Kasper Green Krejberg und Jan Süselbeck (Hg.), *Repräsentationen des Krieges: Emotionalisierungsstrategien in der Literatur und den audiovisuellen Medien vom 18. bis zum 21. Jahrhundert*, Göttingen: Wallstein Verlag, S. 9–42.
- Takami (02.06.2016), *Garupan no Kyōkō Shūnyū to Hikaku Taishō no Eiga to no Chigai ni tsuite* (Unterschiede zwischen Garupan Einspielergebnisse und Filmen, die zum Vergleich herangezogen werden), <http://9tail.hatenablog.com/entry/garupan-boxoffice> (24.04.2017).
- Tamura, Shōya (2012), *Moeyo! Sensha Gakkō VI Gata* (Moeyo! Panzer Schule Typ VI), Tōkyō: Ikarosu.
- Tamura, Shōya (2014), *Moeyo! Sensha Gakkō VII Gata* (Moeyo! Panzer Schule Typ VII), Tōkyō: Ikarosu.
- Thomas, Tanja (2006), »Also es hat was Starkes, was Mächtiges, Männer halt...«: Dimensionen eines militärischen Gendermanagements in Medien und Alltag«, in: Tanja Thomas und Fabian Virchow (Hg.), *Banal Militarism: Zur Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen*, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 333–354.
- Virchow, Fabian und Tanja Thomas (2006), »Banal Militarism: Zur interdisziplinären Erschließung eines Forschungsfeldes«, in: Tanja Thomas und Fabian Virchow (Hg.), *Banal Militarism: Zur Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen*, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 25–48.
- TS (*Tōkyō Supōtsu*) (15.08.2015), »Jieitai mo Komike ›Sansen‹ ›Bōsai Fea‹ de Korabo mo« (SDF auch »Kriegseintritt« und Kollaboration auf »Katastrophenpräventionsfair«), <http://www.tokyo-sports.co.jp/entame/entertainment/435723/> (27.07.2017).
- Völcker, Matthias (2016), *Fan-Sein: Die Identität des Star Wars Fans*, Wiesbaden, Springer VS.

- Winter, Rainer (2010a), *Der produktive Zuschauer: Medienaneignung als kultureller und ästhetischer Prozess*, Köln: Halem.
- Winter, Rainer (2010b), »Fans und kulturelle Praxis«, in: Jochen Roose, Mike S. Schäfer und Thomas Schmidt-Lux (Hg.), *Fans: Soziologische Perspektiven*, Wiesbaden: Springer, S. 161–182.
- YRI (Yano Research Institute) (2014), *Kūru Japan Māketto: Otaku Shijō no tettei Kenkyū 2014* (Cool Japan Market/Gründliche Untersuchung des Otaku Marktes), Tōkyō: YRI.
- YRI (Yano Research Institute) (2016), »Otaku« *Shijō ni kan suru Chōso Jisshi (2016-nen)* (Erhebung zum »Otaku«-Markt (2016)), <https://www.yano.co.jp/press/pdf/1628.pdf> (27.07.2017).

Altenpflege in Japan: Wohlfahrtsgenese im regionalen Kontext

Vitali Heidt

Elderly Care in Japan: Welfare Creation in a Regional Context

Japan has experienced a vast process of demographic aging and is the forerunner in terms of its elderly population; in 2017, more than 27.5 % of the population are older than 65 and future projections are dramatic. The rapid aging of the population poses challenges not only for the economy, but also for social security systems and the welfare of the elderly and is origin of social risks. Through the introduction of long-term care insurance (LCTI) in 2000, the Japanese government tried to tackle several issues: fiscal deficits through misusage of medical facilities for geriatric care, encumbrance of families, and social stigmatization of the care-seeking elderly. Overwhelmed by the success of the LCTI project, reforms became necessary to contain expenditure. More than that, regional aspects, such as infrastructure and aging, grew more vital. In this regard, a community care concept was introduced and successively implemented on a local basis. It marks, however, a process of change in the welfare package for elderly care, demanding more activity from local governments and the civil engagement of local communities to succeed.

1 Einleitung

Die Auswirkungen einer rasch alternden Gesellschaft erlebt Japan in vielen Bereichen. Neben der verhaltenen, wirtschaftlichen Entwicklung sorgt die Alterung in Japan für Problemfelder in weiteren gesellschaftlichen Bereichen: der demographische Ausblick ist betrübend, die rurale und periphere Wirtschaftsentwicklung eingeschränkt und neue soziale Risiken sind entstanden durch den Wandel von Institutionen und Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme. Dabei hat die Ein-

führung der Pflegeversicherung in Japan (*kaigo hoken*) im Jahr 2000 wesentliche Verbesserungen der Altenversorgung geschaffen und zur Entlastung von Familien beitragen. Jedoch haben Reformen des Pflegeversicherungssystems erneut eine Verschiebung von Verantwortungsbereichen nach sich gezogen. Zusätzlich verursachen regional unterschiedliche Alterungsprozesse ungleiche Bedingungen, denen sich Kommunen stellen müssen.

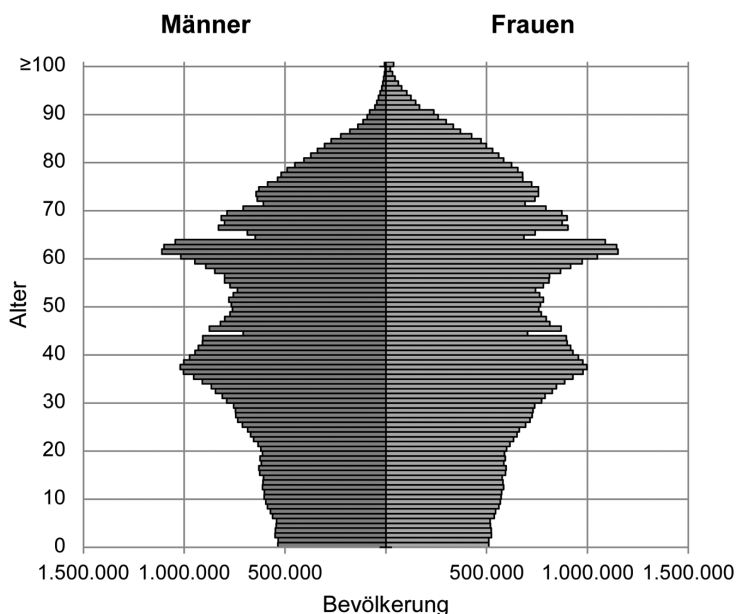
Dieser Beitrag stellt, basierend auf Feldforschung des Autors in Institutionen der Altenpflege in Japan, die Bedeutung der Wohlfahrtsgenese im regionalen Kontext dar. Dazu wird als Grundlage die demographische Entwicklung seit der Nachkriegszeit sowie die Entwicklung sozialer Sicherungssysteme in Japan skizziert und die Altenpflege detailliert beleuchtet. Er arbeitet heraus, welche aktuellen Herausforderungen auf organisatorischer und institutioneller Ebene bestehen. Dabei ist die Genese von Wohlfahrt im regionalen Kontext durch aktuelle Reformen ein relevanter Faktor, der sich in der Aktivität der Kommunen und ihrem Bestreben im Einbezug von *communities* in die Altenpflege niederschlägt, ein Umstand, der Ressourcenengpässen und somit dem Bedarf nach zivilgesellschaftlichem Engagement geschuldet ist.

2 Demographischer Wandel in Japan

In der Nachkriegszeit erlebte Japan neben einem umfassenden wirtschaftlichen Aufschwung (Tabb 1995: 86–111) auch weitreichende demographische Veränderungen und den Wandel von Werten und Normen. Die retrospektive Betrachtung der Bevölkerungsstruktur des heutigen Japans offenbart historische Ereignisse, die die demographische Entwicklung teils deutlich beeinflusst haben. Deutlich sichtbar sind die folgenden Ereignisse (Abb. 1):

- der starke Bevölkerungsrückgang aufgrund des Zweiten Weltkriegs,
- das Anschwellen der Bevölkerung durch erhöhte Geburtenraten in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die sogenannte erste *Baby-Boom*-Generation,
- der Rückgang der Geburtenrate auf den damaligen Normalwert,
- eine besonders stark ausgeprägte soziale Strukturierung generativen Verhaltens, d. h. das sogenannte Jahr des Feuerpferdes (*hinoe-uma*), eine Kombination im chin. Tierkreiskalender, die alle sechzig Jahre auftritt und negativ konnotiert ist, führte zu einer Geburtenvermeidung (oder deren früherer bzw. späterer Registrierung, siehe auch Takahashi 2004: 98),
- das erneute, wenn auch weniger stark ausgeprägte Anschwellen der Bevölkerung mit dem Auftreten der zweiten *Baby-Boom*-Generation, also Nachkommen der ersten, eine Generation später (etwa 30 Jahre).

ABBILDUNG 1: *Demographische Verteilung der Bevölkerung Japans nach Alter und Geschlecht*



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von MIAC (2015a).

Anm.: Das Alter wurde für 570.794 Männer und 405.629 Frauen nicht angegeben.

Deutlich werden aber noch zwei weitere Auffälligkeiten der einstigen Bevölkerungspyramide: die mit den Jahren immer weiter schrumpfende Geburtenrate mit dem typischen Geschlechterverhältnis bei Geburt (105 Jungen zu 100 Mädchen) und das starke Geschlechtermissverhältnis im sehr hohen Alter. Insbesondere letzteres ist sowohl gesellschaftlich als auch sozialpolitisch ein Thema mit vielen offenen Fragen, die bspw. das Dienstleistungsangebot und Unterstützungs- und Pflegemaßnahmen betreffen.

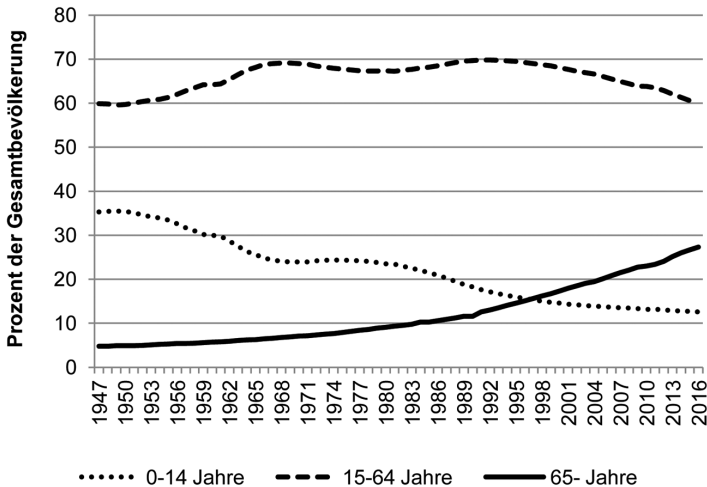
Während Abb. 1 eine Momentaufnahme der Bevölkerungsstruktur darstellt, verdeutlicht Abb. 2 die demographischen Veränderungen von der Nachkriegszeit bis heute. Erkennbar ist der rasche Anstieg des Seniorenanteils, der vielfach Diskussionen über die wirtschaftliche, sozialpolitische und gesellschaftliche Zukunft Japans aufgeworfen hat (Coulmas und Lützeler 2011). Der Anteil der Senioren, d. h. derjenigen, die 65 Jahre oder älter sind, beträgt 27,5 % (24,5 % Männer und 30,3 % Frauen). Der Anteil der über 75-Jährigen an der Gesamtpopulation liegt bei 13,6 %, während der Anteil der Kinder, d. h. diejenigen bis 14 Jahre, bei 12,4 % liegt (alle

Daten MIAC 2017a), verdeutlicht durch die niedrige Fertilitätsrate von 1,46 im Jahr 2015 (MIAC 2016: 7).

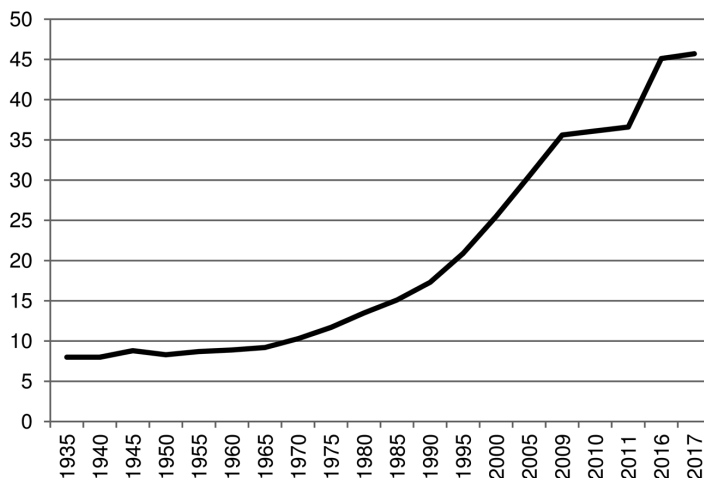
Die rapide gesellschaftliche Alterung warf Fragen zum impliziten, zwischengenerationellen Sozialvertrag auf, der auf einer reziproken Beziehung zwischen Eltern- und Kind-Generation aufbaute (Coulmas 2007a). Eine alternde und langfristig schrumpfende Gesellschaft kann diese Erwartungen nicht erfüllen. Die Befürchtung, dass der Generationenvertrag nicht eingehalten werden könnte, resultierte in drei hauptsächlichen Dimensionen:

- einem Arbeitnehmermangel aufgrund der zunehmenden Verrentung der *Baby-Boom*-Generation (das sogenannte 2007-Problem) und der fehlenden Nachbesetzung durch rückläufige Geburtenraten, die alle Bereiche, insbesondere aber die Sozialberufe, betreffen würde,
- einer Sozialausgabensteigerung und dadurch defizitärer Sozialhaushalte aufgrund der steigenden Zahl der Empfänger bei gleichzeitig sinkender Zahl der Beitragenden, und
- umfangreiche Belastungen (ökonomisch, psychosozial, infrastrukturell) für Familien durch informell geleistete Pflege in Verbindung mit der zunehmenden Tendenz zu Doppelverdienerhaushalten.

ABBILDUNG 2: *Demographische Entwicklung von 1947 bis 2016*



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von MIAC (2003, 2012, 2017b, 2017c, 2017d, 2017e, 2017f, 2017g).

ABILDUNG 3: *Entwicklung des Altenquotients in Japan*

Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von MIAC (2015, 2017a).

Anm.: Der Altenquotient gibt das Verhältnis zwischen Erwerbsbevölkerung (15–64 Jahre) und Ruhestandsbevölkerung (65– Jahre) an. Die Berechnung ist $(\geq 65 \text{ Jahre}) / (0-14 \text{ Jahre}) * 100$.

Es zeigt sich hier bereits, dass der demographische Wandel maßgeblich auch einen sozialen Wandel bedingt hat und *vice versa* (Schad-Seifert 2006), dem sozialpolitische Maßnahmen nur mit Verzögerung folgen konnten. Obwohl die Gestaltungslogik vieler sozialer Sicherungssysteme ein stetes Bevölkerungswachstum, zumindest aber ein Nachschub an Beitragszahlern voraussetzt, ist eine stagnierende oder schrumpfende Population nicht grundsätzlich problematisch, sofern der Bevölkerungsrückgang alle Altersgruppen zugleich betrifft und internationale Migration nicht übermäßig beschränkt wird. Dies trifft auf Japan nicht zu.

Deshalb steht der Inselstaat vor besonderen Herausforderungen, die nicht nur eine demographische Bedeutung haben. Diese leiten sich aus dem Trend zur Kernfamilie mit einem Kind ab, aber auch Modernisierungsprozessen und dem damit verbundenen Wertewandel, der eine berufliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter fordert und somit traditionell zugeschriebene Rollenbilder, insbesondere die der Frau als Erzieherin der Kinder und Pflegerin der Alten, aber auch die zugeschriebene Rolle der Senioren, herausfordert. Es muss daher darauf hingewiesen werden, dass nicht jeder Senior gebrechlich oder gar pflegebedürftig ist. Durch das hohe Lebensalter, das in Japan im Durchschnitt erreicht wird (Männer 80,5 Jahre und Frauen 86,8 Jahre)

(MHLW 2016a: 9), erfreuen sich Japans Senioren lange guter Gesundheit und sind auch im Seniorenalter noch berufstätig (9,3 % der über 65-Jährigen sind noch berufstätig) (MHLW 2016a: 15) und aktiv, bspw. in ehrenamtlichen Tätigkeiten. Ein hohes Alter ist somit nicht mit Bedürftigkeit gleichzusetzen, auch wenn das Risiko ungleich höher ist. Nichtsdestotrotz sind in einer alternden Gesellschaft einige multiinstitutionelle Risiken ausgeprägter und dies betrifft auch die Bereitstellung von Leistungen der sozialen Sicherungssysteme, bereitgestellt durch den Staat, ebenso aber auch durch die Familie, den Markt sowie die Zivilgesellschaft.

Somit wurden in den letzten Jahrzehnten immer drängendere gesamtgesellschaftliche Fragen aufgeworfen, wer die Pflege von Älteren leistet bzw. leisten kann und wie Sozialpolitik gestaltet sein sollte.

3 Altenpflege in Japan

Durch die demographischen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur aufgrund der raschen gesellschaftlichen Alterung wuchs ebenso auch der Druck für Familien, Gesellschaft, aber auch Politik, Lösungen für den steigenden Unterstützungs- und Pflegebedarf zu finden. Im April 2000 trat das Pflegeversicherungsgesetz (*kaigohoken-hō*) in Japan in Kraft, nachdem es 1997 beschlossen worden war. Es trug dem entstandenen Bedarf nach Pflegedienstleistungen und veränderten Familienstrukturen Rechnung.

3.1 Historischer Rückblick auf die Altenpflege in Japan

Die Nachkriegszeit in Japan war unter anderem geprägt durch den Ausbau von Sozialleistungen, gleichzeitig aber von weitreichenden Veränderungen familiärer Strukturen. Dies war einerseits begründet durch rechtliche Änderungen, da 1947 die Verfassung und auch weitere einschlägige Gesetze verändert wurden. Bis dato geltende juristische und normative Regelungen wurden somit obsolet und befeuerten den sozialen Wandel. Eine der wesentlichen Änderungen betraf das bis zum Zweiten Weltkrieg verbreitete, ab dann gesetzlich verbotene patriarchalische *ie*-System (wörtlich: Haushalt, Familie), welches die Hierarchie und Funktion innerhalb eines Familienverbundes regelte (Schmidt 2005). Es hatte somit eine wesentliche Bedeutung für die Sozialstruktur Japans in der Vorkriegszeit, aber auch für das vorherrschende Wertesystem. Daraus ergaben sich aber auch die gesellschaftlichen und familiären Verantwortungsbereiche für Kinder- und Altenpflege (Ochiai 2005).

Veränderungen in der Familie wurden durch Gesetzesänderungen der Nachkriegszeit befeuert, indem man 1947 auch das japanische bürgerliche Recht (*minpō*), insbesondere die Familiengesetze, anpasste. Somit wurde *de iure* ein gesellschaftliches Normativ der Familienform geschaffen, das sich in den Folgejahren zu etablieren hatte. Aber nicht nur die Nachkriegsgesetzgebung verursachte Unsicherheiten und Veränderungen in der Gesellschaft. Auch wirtschaftliche Risiken in den 1970er und 1980er Jahren mit dem Ölpreisschock und der *bubble economy* trugen dazu bei, dass sich ein Diskurs um Verantwortung und Ausgestaltung sozialpolitischer Maßnahmen entspann (Tsutsui und Mazzotta 2015).

Während des rasanten Wirtschaftswachstums wurden in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren, teils nach Berufsstand oder nach Alter segmentierte, Sozialversicherungen eingeführt, um die Bürger gegen verschiedene Risiken abzusichern. Hervorzuheben sind hier diese, da sie relevant in der Versorgung von Senioren sind bzw. waren:

- *Social Welfare Services Law* (1951), welches Sozialleistungsansprüche regelt für Kinder, Menschen mit Behinderungen, Senioren und Alleinerziehende.
- *Employees' Pension Insurance Law* (1954), *National Pension Law* (1959, seit 1961 in Kraft), und *Farmer's Pension Fund Law* (1970, in Kraft seit 1971), die zusammen eine Alterssicherung erst für Arbeitnehmer, dann für alle Bürger und zusätzlich noch für selbstständige Landwirte sicherstellten. Diese Segmentierung der Pensionsansprüche findet sich auch heute noch im mehrkategorialen und mehrstufigen japanischen Rentensystem wieder.
- *National Health Insurance Law* (1959, seit 1961 in Kraft) ist eine allgemeine, von der Beschäftigung unabhängige Krankenversicherung. Ferner existieren berufs- und kommunenabhängige Kranken(zusatz)versicherungen. Für Arbeiter bestand bereits seit 1922 (seit 1927 in Kraft) das *Health Insurance Law* zur Übernahme von Kosten der medizinischen Versorgung.
- *Act on Social Welfare for the Elderly* (1963) sollte sicherstellen, dass für Senioren, »who have contributed to the development of society for many years and who have abundant knowledge and experience«, das Prinzip gelten sollte, dass »healthy and comfortable lives that make living worthwhile« gewährleistet war (MOJ 1963: Article 2). Obwohl, oder gerade wegen des breiten Ansatzes des Gesetzes waren die Resultate eher ernüchternd, da die Pflegeinfrastruktur hauptsächlich auf Ältere mit geringem Einkommen und ohne Familienmitglieder, die hätten pflegen können, abzielte und somit auf vorherrschende Rollenbilder setzte (Ihara 2000: 8). Die Revision, der *Act on Social Welfare for the Elderly* (1973), regelte ferner die Kostenübernahme bei medizinischer Versorgung und geriatrischer Pflege von Senioren. Medizinische Behandlungen wurden für Senioren ab

dem Alter von 70 Jahren kostenfrei (Campbell 1984: 55), hatten aber unvorhergesehene Konsequenzen zur Folge.

- *Health and Medical Service Act* (1982, in Kraft seit 1983) war eine Neuregelung für medizinische und pflegerische Leistungen, führte eine niedrigere Selbstbeteiligung für Geringverdiener ein, ebenso aber auch die separate medizinische Versorgung für Senioren ab dem Alter von 75 Jahren.

Von grundsätzlicher und weitreichender sozialpolitischer Bedeutung ist aber die *Ten-Year Strategy to Promote Health and Welfare for the Aged* (*kōreisha hoken fukushi suishin jūka-nen senryaku*), der sogenannte *Gold Plan* von 1989, der, aufgrund des fortgeschrittenen demographischen Wandels und des steigenden Unterstützungs- und Pflegebedarfs, eine landesweite Ausweitung der Infrastruktur und Verknüpfung der bisherigen Maßnahmen anstrebte. Insbesondere die unterversorgte Pflegeinfrastruktur sollte ausgebaut (z. B. Verdopplung der Bettenkapazität, Verdreifachung der Haushaltshilfen) und Kommunen verpflichtet werden, beim Ausbau mitzuwirken (Campbell und Ikegami 2000: 28; Ihara 2000: 10). Bedingt durch die unvorhergesehenen Entwicklungen des Wirtschaftsmarktes aufgrund der *bubble economy* wurde eine Anpassung des *Gold Plans* nötig, die dann zum *New Gold Plan* (1994) führte, der zusätzlich Pflegeleistungen in privaten Einrichtungen regelte.

Trotz des Ausbaus des sozialen Sicherungsnetzes und vor allem von Pflegemaßnahmen für Ältere war die zeitgenössische politische Auffassung in den 1970er und 1980er Jahren, dass die Besonderheit des japanischen Wohlfahrtsstaates (*Nihongata fukushi shakai*) darin läge, dass der Staat die Rahmenbedingungen schaffe, jedoch die Nachbarschaften und vor allem Familien für die Wohlfahrtsgenese verantwortlich wären (Campbell 1992: 220):

»Japanese-type welfare society« in which – [...] founded on the self-help efforts of individuals and the solidarity of families and neighborhood communities that the Japanese possess – an efficient government guarantees appropriate public welfare according to priorities.

Es wurde somit auf politischer Ebene ein moralischer Rückgriff auf ehemals vorherrschende Familienstrukturen und traditionelle Werte vollzogen, um ein Narrativ der Einzigartigkeit zu kreieren, gleichzeitig aber auch um Sozialausgaben zu deckeln (Lützel 2002: 283):

By promoting the slogan of a ›Japanese-type welfare society‹ [...] during the 1980s, the government reduced social expenditures and instead called upon the population to recall the traditional virtue of caring for their aged in the family without public support.

Mit fortschreitender Gesellschaftsalterung war aber auch dieses konstruierte Ideal nicht mehr aufrechtzuerhalten und eine umfassende, staatlich initiierte Maßnahme zur Unterstützung Älterer wurde unvermeidlich. All diese sozialpolitischen Maßnahmen regulierten insoweit nur partielle Domänen verschiedener Sozialversicherungsbereiche, jedoch war keine explizit auf die Bedürfnisse einer rasch alternden Gesellschaft zugeschnitten. Auch waren die bis dato erfolgten Regulierungsmaßnahmen auf bedürftige Senioren ohne familiären Anschluss ausgerichtet. Erst der *Gold Plan* stellte den Weichenwechsel zu einem sozialpolitischen Paradigmenwechsel her, da er einen egalitären Ansatz verfolgte und somit den Wandel zur »new responsibility to provide long-term care to all frail older persons, not just the poor or those without families« (Campbell und Ikegami 2000: 28) darstellte. Trotz allem waren die bisherigen Maßnahmen und Gesetze für einen Flickenteppich an Regelungen verantwortlich – und Flicker, die bald zu einem fiskalischen und organisatorischen Problem führen sollten.

3.2 Steigender Handlungsbedarf

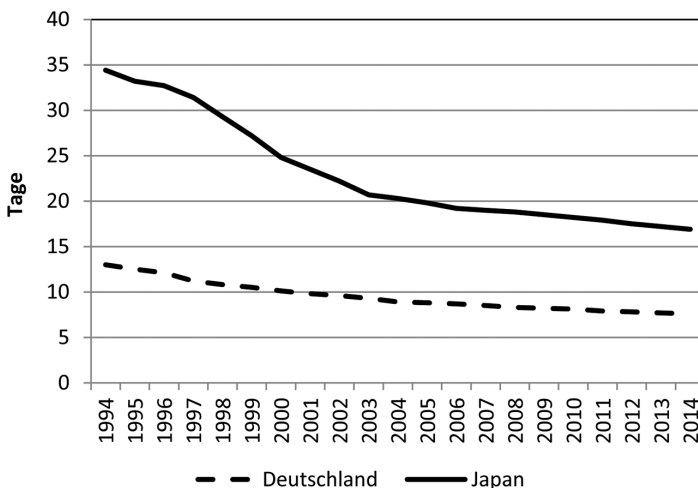
Das System der Altenpflege vor der Einführung der Pflegeversicherung wurde immer komplexer, da nur bestimmte Leistungen durch die Krankenversicherung und andere durch Pflegeregelungen abgedeckt waren. Die Anspruchsgrundlage für Pflegedienstleistungen war damals an der Sozialhilfe orientiert, so dass diese mit einer immerzu wachsenden Zahl an Anspruchsnehmern überfordert war. Hinzu kam der Umstand, dass die Bedürftigkeit für Pflegedienstleistungen mittels des Einkommens und der Möglichkeit der familiären Unterstützung ermittelt wurde, aber zunehmend inadäquate Ergebnisse zur Folge hatte (Campbell und Ikegami 2000: 29).

Hauptsächlich entstand aber gesetzgeberischer Handlungsbedarf durch den Missbrauch von medizinischen Einrichtungen für geriatrische Pflege, die erst durch die Einführung der Pflegeversicherung unterbunden werden konnte. Durch den *Act on Social Welfare for the Elderly* aus dem Jahre 1963 konnten nur diejenigen Leistungen in Anspruch nehmen, die als bedürftig galten. Die Höhe der Beitragszahlungen setzte die Kommunalverwaltung fest, die sich an der o. g. Bedürftigkeitsbemessung, also Einkommen und familiäre Unterstützung, orientierte. Dies führte regelmäßig dazu, dass die Eigenbeiträge für Pflegeleistungen höher ausfielen als die für medizinische Leistungen, insbesondere für Haushalte mit mittlerem und höherem Einkommen. Somit wurden Senioren mit solch einem sozioökonomischen Hintergrund sukzessive in medizinische, für sie aber kostenfreie Einrichtungen getrieben und diese Einrichtungen de facto zu Pflegeeinrichtungen umdefiniert (Matsuda und Yamamoto 2001: 4).

Während es für Senioren, zumindest finanziell, vorteilhaft war, in Krankenhäusern gepflegt zu werden, waren hingegen Kommunen, Krankenversicherungen und medizinische Einrichtungen mit den Entwicklungen und zunehmend auch mit den Prognosen unzufrieden (Yong and Saito 2012: 273):

- Die Ausgaben für Altenpflege in medizinischen Einrichtungen wurden von den Krankenkassen getragen und führten zu massiven finanziellen Belastungen. Da die Krankenkassen und deren Haushalte von den Kommunen verwaltet wurden, führte dies ebenso zu umfangreichen Ausgabesteigerungen.
- Die Krankenhäuser waren mit Pflege suchenden Senioren überfüllt und die dortigen Betten von diesen langfristig belegt (Abb. 4), sodass für die Versorgung von Patienten mit medizinischem Bedarf Unterbringungsmöglichkeiten fehlten. Hinzu kam, dass das Personal und auch die technische Ausstattung nicht auf die geriatrische Versorgung ausgerichtet waren und mit der hohen Nachfrage überfordert waren.
- Pflegerische und medizinische Leistungen waren getrennte und separate System, die über keine übergreifende Koordination verfügten, da entweder Haushalte mit niedrigem Einkommen oder Kranke im Fokus der jeweiligen Sozialversicherung standen. Die Inanspruchnahme von Leistungen, die beide Bereiche betraf, war daher für die Betroffenen mühselig und umständlich. Ferner führte die Inanspruchnahme von Sozialleistungen zur sozialen Stigmatisierung.

ABBILDUNG 4: *Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Krankenhäusern*



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von OECD (2017).

Der Missbrauch von medizinischen Einrichtungen für die Altenpflege wird als de-facto-Standard noch einmal dadurch unterstrichen, dass in 1997 ca. 60 % des medizinischen Gesamtbudgets von 27 Billionen Yen für Krankenhäuser aufgebracht worden sind. Von den Patienten in den Krankenhäusern waren 46 % über 65 Jahre alt und wiederum 43 % von diesen hatten einen Krankenhausaufenthalt, der länger als sechs Monate dauerte (Matsuda und Yamamoto 2001: 2). Dies ist ein Resultat der lückenhaften Sozialpolitikgestaltung in Japan.

Die vorherrschende Problematik führte bereits ab den 1980er Jahren zu Debatten über die Ausgestaltung von Wohlfahrtsgestaltung für Senioren, bei der man sich auch mit dem deutschen Modell der Pflegeversicherung befasste (Campbell und Ikegami 2000: 29). Aber erst 1997 wurde die Pflegeversicherung in Japan beschlossen und dann zum 1. April 2000 eingeführt. Das Ministry of Health, Labour and Welfare (MHLW) strebte eine breite Vision für die Pflegeversicherung für eine alternde, sich wandelnde Gesellschaft an. Sie sollte nämlich auf Folgendes abzielen: »to provide benefits pertaining to necessary health and medical services and public aid services [...] to maintain dignity and an independent daily life routine according to each person's own level of abilities« (MOJ 1997: Chapter 1, Article 1). Dabei brachten verschiedene Interessenverbände, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Non-Profit-Organisationen (NPO), auf lokaler und nationaler Ebene Kritik in der Entwurfsphase an, die schließlich bei der Ausgestaltung Gehör fanden (Campbell und Ikegami 2000: 30–31; Coulmas 2007b: 70–71). Die Kritik, bspw. von Frauenverbänden wie der *Women's Association for a Better Aging Society (Kōrei Shakai o yoku suru Josei no Kai)*, zielte darauf ab, dass Geldleistungen in der Pflegeversicherung vermieden werden sollten, da diese dazu führen würden, die Chancengleichheit der Geschlechter zu reduzieren. Zwar würden Geldleistungen informelle Pflege honorieren und Familien, die ohnehin informelle Pflege vollbrächten, finanzielle Unterstützung zukommen lassen, aber sie würden zu vermehrter, informeller Pflege führen, die überwiegend von Frauen geleistet würde (Campbell und Ikegami 2000: 30–31).

3.3 Finanzierung der Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtsozialversicherung, deren Grundprinzip die Umlagefinanzierung aus verschiedenen Quellen ist. Die Versicherungsträger sind Kommunen bzw. Sonderverwaltungsbezirke. Diese sind jedoch nicht gänzlich bei der Finanzierung der Pflegeversicherung auf sich allein gestellt, da die Verteilung der Mittel über die nationale, präferurale und kommunale Ebene vollzogen wird. Somit wird die Hälfte des Budgets aus Steuermitteln, die andere Hälfte aus Versiche-

rungsbeiträgen finanziert. Die Beiträge der Versicherten teilen sich je nach Anspruchnehmergruppe, die durch das Alter klassifiziert werden, auf: 22 % der Beiträge werden von den Renten der über 65-Jährigen, 28 % werden als steuerlicher Anteil von Versicherungsnehmern im Alter zwischen 40 und 64 Jahren eingezogen (MHLW 2017a: 236). Dieses Verhältnis ist variabel und wird im regelmäßigen dreijährigen Turnus evaluiert und angepasst, um der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Das Verhältnis war bei der Einführung der Pflegeversicherung 17 % zu 33 %.

TABELLE 1: *Finanzierung der japanischen Pflegeversicherung*

Pflegeversicherungshaushalt				
Versicherungsbeiträge (50%)		Steuern (50%)		
Beiträge ≥ 65 Jahre (22%)	Beiträge 40-64 Jahre (28%)	Nationalstaat (25%)	Präfektur (12,5%)	Kommune (12,5%)

Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von IPSS (2014) und MHLW (2016b).

Pflegeversicherungsbeiträge werden verpflichtend, sobald das vierzigste Lebensjahr vollendet ist. Die Höhe der Beiträge wird anhand der Gemeindesteuer (*jūminzei*) berechnet. Hierbei haben Gemeinden jedoch die Möglichkeit, die Beitragshöhe in einem bestimmten Rahmen anzupassen, um Haushalte mit niedrigem Einkommen zu entlasten bzw. die mit höherem Einkommen stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Beitragshöhe kann dabei zwischen der Hälfte und dem 1,7-fachen des ortsüblichen Satzes variiert werden (MHLW 2017a: 237). Im Landesdurchschnitt lag der monatliche Beitragssatz bei 5.514 Yen (MHLW 2016b: 16).

Die andere Hälfte des Pflegeversicherungsbudgets wird aus verschiedenen öffentlichen Quellen bezogen: 25 % von der Nationalregierung und je 12,5 % von den Präfekturen und Kommunen. Während auf den ersten Blick die Verteilung der steuerlichen Einnahmen ausgewogen erscheint, wird bei näherer Betrachtung offenbar, dass regionale Unterschiede der soziodemographischen Bevölkerungsstruktur nicht berücksichtigt werden. Aufgrund der teils hohen regionalen Diversität, so-

wohl das Alter als auch das Einkommen betreffend, sind einige Kommunen und Präfekturen, die einen hohen Altenquotienten aufweisen, ökonomischen Risiken ausgesetzt und teils mit defizitären Haushalten konfrontiert. Kommunen als Träger der Pflegekassen geraten regelmäßig unter Druck, sobald die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Vor dem Hintergrund der rasanten und weitverbreiteten Überalterung peripherer und ruraler Regionen in Japan, auch im Hinblick auf die *genkai shūroku*, Siedlungen mit einem Seniorenanteil über 50 %, sind diese Problemstellungen nicht unüblich. Um diesen Umstand zu beheben, werden deshalb 5 % des Gesamtbudgets verwendet, um regional unterschiedliche Haushalte auszugleichen, zusätzlich existiert ein *Fiscal Stability Fund*, um kurzfristige Beitragsdefizite auszugleichen (MHLW 2002, 2016b).

Die geschilderte Finanzierungsgrundlage bildet einen Teil des Pflegeversicherungshaushaltes ab. Ein weiterer Teil besteht aus sogenannten Hotel- bzw. Unterbringungskosten und einem Eigenbeitrag. Zur Refinanzierung der Leistungen, aber auch als Begrenzung der übermäßigen Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen wird ein Eigenbeitrag von 10 % für alle Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen erhoben, er wurde 2015 für Senioren mit höherem Einkommen auf 20 % und in einer weiteren Stufe ab August 2018 auf 30 % erhöht (MHLW 2017d). Die Hotelkosten werden zusätzlich seit 2005 für Verbrauchsgüter wie Wasser, Gas, Strom, Windeln, aber auch für Mahlzeiten erhoben. Trotzdem wuchsen die Ausgaben von 3,6 Mrd. Yen im Jahr 2000 auf 8,2 Mrd. Yen in 2011 (IPSS 2014: 36).

3.4 Versicherte und ihr Leistungsanspruch

Um Leistungen in Anspruch nehmen zu können, müssen Versicherte ein Prüfverfahren durchlaufen. Hierzu wird bei der lokalen Stadt- bzw. Bezirksverwaltung (*shiyakusho* bzw. *kuyakusho*) ein Antrag gestellt, in dessen Folge eine umfangreiche, computergestützte Befragung, ein Hausbesuch und eine Abschlussevaluation durch ein Komitee anstehen. Die Inanspruchnahme von Leistungen wird dabei nach zwei Kriterien kategorisiert: Alter und Pflegestufe. Dabei wird unterschieden in (MHLW 2016b: 8–9):

- *Primary Insured Persons*, (Kategorie 1), sind Personen im Alter über 65 Jahren. 2016 fielen hierunter 32,02 Mio. Versicherte. Davon waren grundsätzlich 5,69 Mio. (17,8 %) Senioren berechtigt, Leistungen in Anspruch zu nehmen.
- *Secondary Insured Persons*, (Kategorie 2), sind Personen im Alter zwischen 40 und 64 Jahren. Sie sind zwar versichert und zahlen Beiträge, können Leistungen aber nur in Anspruch nehmen, wenn sie altersspezifische Erkrankungen aufwei-

sen, darunter fallen bspw. rheumatoide Arthritis oder Krebserkrankungen im Endstadium. Die Gruppe bestand 2016 aus 42,47 Mio. Beitragszahlern, aber nur 0,15 Mio. (0,4 %) hätten Leistungen in Anspruch nehmen können.

Das andere Kriterium bildet die Pflegestufe. Diese wird zuerst durch eine computergestützte Befragung erhoben, die die geistige und körperliche Gesundheit erfasst. Der Befragung liegt ein Algorithmus zugrunde, der eine erste Einstufungsempfehlung der Pflegestufe vorgibt, die jedoch das Komitee, dem auch Ärzte angehören, bedarfsabhängig verändern kann (Tsutsui et al. and Muramatsu 2005: 524):

The Nursing Care Needs Certification Board, consisting of physicians, nurses, and other experts in health and social services appointed by a mayor, determines whether the initial assessment is appropriate, considering the applicant's primary care physician's statement and notes written by the assessor during the home visit. If necessary, the board reassigns the needs level. Most commonly, the board upgrades the need level to accommodate special needs not captured in the computer-based assessment. For example, the assessor may mention that the applicant's abilities fluctuate although the computer output indicates that the person is 'independent'. Or the assessor's note may indicate needs for institutional services because the applicant lives in a rural area without grocery stores or lives with a violent alcoholic spouse.

Bei etwa einem Fünftel der Fälle wurde eine Höherstufung beschlossen (Ikegami 2007: 425). Hingegen wurden im Jahr 2007 nur 3 % der Anträge abgelehnt – in Deutschland waren es 30 % im Vergleich (Campbell et al. 2010: 91). Die Pflegestufe wird auch in einer Begutachtung der *activities of daily living* (ADL) evaluiert und der Unterstützungsbedarf festgelegt. Diese Unterstützungs- und Pflegemaßnahmen erfolgen als Sachleistung, da Geldleistungen (z. B. für informelle Pflege) nicht von der Pflegeversicherung abgedeckt sind. Die zugewiesene Pflegestufe ist von den Möglichkeiten der Klienten abhängig, selbstständig bestimmte Tätigkeiten der ADL durchzuführen, bspw. Körperhygiene, Nahrungsaufnahme und Mobilität. Dabei geht es auch darum, den sozialen Kontext, in dem die Antragsteller sich befinden, zu erfassen. Nach Abschluss dieses Vorganges können sich Versicherte für einen sogenannten *care manager* entscheiden, einen mehr oder minder unabhängigen Fallmanager, der die Versicherten bzw. deren gesetzliche Vertreter in Abhängigkeit von der zugewiesenen Pflegestufe bei der Erstellung eines Pflegeplans und bei der Wahl von Dienstleitungen unterstützt (MHLW 2011a). Die *care manager* sind wichtige Bezugspersonen, da sie Prozess- und Erfahrungswissen in sich tragen, über das Klienten und ihre Familie nicht verfügen. Sie fungieren daher nicht selten als Gatekeeper, deren Unabhängigkeit auch in Frage gestellt wird (Sugawara und Nakamura 2016).

TABELLE 2: Übersicht der Support und Care Level der Pflegeversicherung

Level	Minuten	Problematische Aktivitäten	Monatliche Leistungen (Yen / Monat)
Support Level 1	25-32	Aufstehen, Auf einem Bein stehen	50.030
Support Level 2	32-50	Gehen, Körperpflege, eigene Finanzen verwalten	104.730
Care Level 1			166.920
Care Level 2	50-70	Ankleiden, Bewegen, tägl. Entscheidungen treffen	196.160
Care Level 3	70-90	Urinieren, Defäkieren, aufrechtes Sitzen	269.310
Care Level 4	90-110	Nahrungsaufnahme, Wünsche ausdrücken	308.600
Care Level 5	≥ 110	Schlucken, einfache Sachverhalte verstehen	360.650

Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von MHLW (2013b, 2016a: 235).

Anm.: Abhängig von Region und Dienstleistung, können die monatl. Leistungen mit einem Faktor bis 1,126 multipliziert werden. Ferner umfassen höhere Pflegestufen ebenso die problematischen Aktivitäten der unteren.

Sieben Abstufungen sind möglich bei der Eingruppierung der Antragsteller. Diese unterteilen sich in zwei *support level* (*yōshien*) für präventive und fünf *care level* (*yōkaigo*) für pflegerische Leistungen. Der höchste *support level* und der niedrigste *care level* besitzen einen hohen Durchgängigkeitsgrad, um einen naht- und reibungslosen Übergang von der Unterstützung zur Pflege zu ermöglichen. Die präventive Orientierung der beiden *support level* wurde erst durch die Reform 2006 eingeführt.

3.5 Day care als intermediäre Form der Altenpflege

Ein immenser Unterschied zur deutschen Ausgestaltung und Nutzung von Pflegedienstleistungen ist die Tagespflege bzw. *day care*. Während diese in Deutschland ebenso, wenn auch in abweichender Form, vorhanden ist, ist die Tagespflege in Japan die wichtigste Säule der Pflegeversicherung – neben der ambulanten, häuslichen Pflege.

Bis zur Einführung der Pflegeversicherung war die Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen nur auf binäre Weise möglich: alles oder nichts. Entweder war

die Altenpflege durch Pflegeeinrichtungen mit stationärer Unterbringung (wie später auch durch Krankenhäuser geleistet) möglich – oder aber man verließ sich auf informelle Pflege durch die Familie. Stationäre Pflege war entsprechend kostenintensiv für die Klienten bzw. nur für Geringverdiener durch die Sozialhilfe zugänglich. Sie war jedoch regelmäßig mit dem Stigma verbunden, dass der Familienzusammenhalt bei Empfängern formeller Pflege nicht gegeben ist und diese ihre Eltern vernachlässigen würden, indem diese in eine fremdbestimmte, starr organisierte Umgebung zur Pflege übergeben werden (Yong and Saito 2012: 273–274).

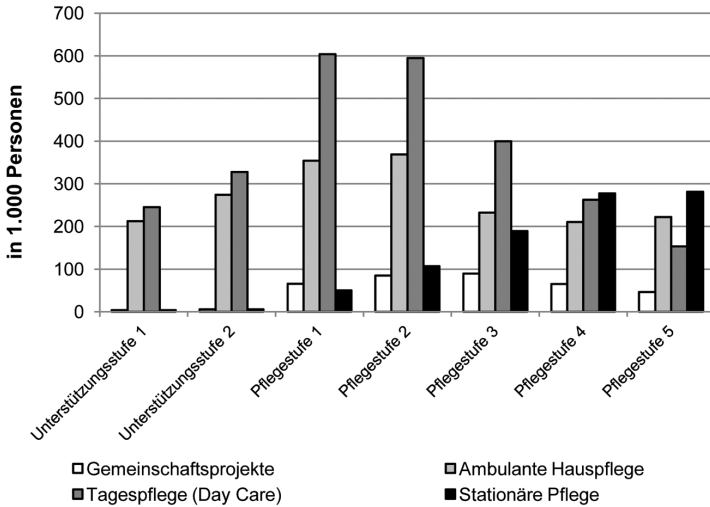
Auf der anderen Seite ist informelle Pflege, auch heute noch, bestimmt von hohen Erwartungen an die Hauptpflegenden, die zu hoher physischer und psychischer Belastung führen. Dabei sind über 70 % der Pflegenden Frauen (MHLW 2010). Altenpflege, Haushaltsführung, Kindererziehung und vermehrt auch eine berufliche Karriere, zumindest aber ein Zweiteinkommen, gehören zu den sozialen Erwartungen an Frauen (Ōsawa 2011: 8, 23). Aber auch Senioren erfahren Belastungen durch informelle Pflege, da die Pflegenden nur in seltenen Fällen mit der fachmännischen Pflegedurchführung vertraut sind, zusätzlich persönliche Animositäten das Verhältnis überschatten können und dies gelegentlich in aggressivem Verhalten mündet (Kasuga 2004).

Die Einführung der Pflegeversicherung hatte rasch dazu geführt, dass die ambulante Tagespflege sich als die wichtigste Säule und beliebteste Pflegedienstleistung herauskristallisiert hat. Der offizielle Terminus ist *tsūsho sabisu* (wörtlich: ambulante Dienstleistungen; gebräuchlich sind aber auch *dei keā* und *dei sabisu*). Die Besonderheit bei *day care* ist, dass es eine intermediäre Funktion im Dienstleistungsspektrum der Pflege darstellt. An dem einen Ende der Skala wäre die ambulante, häusliche Pflege (*hōmon kaigo*), die Pflege in einer gewohnten Umgebung ermöglicht, häufig unterstützt durch informelle Pflege. An dem anderen Ende befindet sich stationäre Pflege (*shisetsu kaigo*) in einer ungewohnten und fremdbestimmten Umgebung.

Die intermediäre Funktion der Tagespflege wird dadurch erzielt, dass tagsüber Pflegedienstleistungen in dedizierten Tagespflegeeinrichtungen durchgeführt werden, die Senioren jedoch die Abende und meist auch das Wochenende zuhause mit ihrer Familie verbringen können. Dies ermöglicht es den Senioren, sowohl ihre medizinischen und geriatrischen Bedürfnisse durch professionelle Pflege in spezialisierten Einrichtungen zu erhalten als auch weiterhin am Sozialleben im Haushalt und der Nachbarschaft teilnehmen zu können. Hinzu kommt, dass *day care* eine Brücke in der Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen schließt und somit einen sanften Übergang zwischen gelegentlicher, ambulanter Hauspflege für Klienten mir niedriger Pflegestufe hin zu ständiger, stationärer Heimunterbringung für Pa-

tienten mit den höchsten Pflegestufen ermöglicht. Aber selbst mit der höchsten Pflegestufe wird die Tagespflege von Familien in Anspruch genommen, falls auch informell gepflegt wird.

ABBILDUNG 5: Verteilung der Pflegearten nach Pflegestufe



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von MHLW (2013a).

Die grobe Dreiteilung der Pflegearten in häusliche Pflege, Tagespflege und stationäre Pflege spiegelt sich auch sukzessive im Prozess des körperlichen Alterns, dem Rückgang der individuellen Autonomie und der Intrusion in die soziale Sphäre des alternden Individuums wider. Je höher der Bedarf an Unterstützungs- und Pflegeleistungen ausfällt, desto höher ist der Eingriff in die Selbstbestimmung und Privatsphäre der Klienten.

Day care bietet ein breites Spektrum an Aktivitäten für die Senioren. Neben den obligatorischen medizinischen Untersuchungen, wie bspw. der Blutdruck- und Gewichtsmessung sowie der Überprüfung der Ernährungsgewohnheiten und der Nahrungsaufnahme, existieren für die Senioren eine Vielzahl von sozialen und individuellen Betätigungsfeldern. Dabei wird grundlegend darauf geachtet, dass eine angenehme Atmosphäre geschaffen wird, die man bei Nachbarschaftstreffen ebenfalls antreffen würde. Hierzu werden grüner Tee und *senbei* serviert, gemeinsam das, nach diätischen Vorgaben zubereite, Mittagessen eingenommen oder ein gemeinschaftliches Bad im Stil des *sentō* genommen. Somit werden, neben den pfl-

gerischen Erfordernissen, vor allem der soziale, gemeinschaftsorientierte Aspekt der Tagespflege in den Vordergrund gestellt und somit Senioren ermöglicht, neue Bekanntschaften zu knüpfen oder alte wiederzubeleben (Heidt 2017).

Bei der Bandbreite an Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen stehen den Senioren bzw. ihren Familien *care manager* zur Seite, die gemeinsam einen Pflegeplan erstellen. Ein typischer, wöchentlicher Pflegeplan für eine Person mit *care level 3* sieht dabei drei Tage in der Tagespflege, einen Hausbesuch einer medizinisch ausgebildeten Fachkraft und tägliche, hauswirtschaftliche Unterstützung am Abend vor. Somit bildet die Tagespflege den ganztäglichen Ankerpunkt für Senioren.

Obwohl eine große Kombinationsvielfalt bei der Wahl besteht, sind die Dienstleistungen, z. B. die Tagespflege, straff organisiert und erlauben nur wenig Handlungsspielraum während der Nutzung. Zurückzuführen ist dies auch auf strukturelle, organisatorische und, nicht zuletzt, auf finanzielle Ursachen. Auch wenn die jeweiligen Einrichtungen dies in der Außendarstellung anders kommunizieren, sind Tagespflegeeinrichtungen keine Freizeitangebote, sondern dienen der Pflege der Senioren. Damit jeder Klient untersucht, gebadet, mit Nahrung versorgt wird und an den Aktivitäten teilnehmen kann, muss ein vorgegebener Zeitplan eingehalten werden. Dieser wird auch wesentlich von zeitlichen Vorgaben für Pflegedienstleistungen und dem finanziellen Erstattungsrahmen bestimmt, aber auch von knapper personeller Besetzung. Somit haben Senioren, trotz der Vorzüge der Tagespflege durch soziale Interaktion mit anderen Klienten und dem Angebot an Aktivitäten, wenig Spielraum in der Gestaltung des Pflegealltags.

3.6 Neuausrichtung durch Reformen

Die neuen Pflegedienstleistungen erfuhren eine unerwartet große Beliebtheit und hatten zur Konsequenz, dass die Pflegekassen stark belastet wurden. Alle Arten von Dienstleistungen, insbesondere die in Einrichtungen, waren stark nachgefragt, so dass Anpassungen im Remunerationsprozess notwendig wurden. Dabei wollte man den Fokus verstärkt auf Prävention von chronischen Erkrankungen und Autonomie im hohen Alter legen. So sollten haushaltsnahe und gemeinschaftsorientierte Pflegedienstleistungen den Schwerpunkt bilden, um stationäre Aufenthalte zu vermeiden – und so gleichzeitig die Ausgaben für die kostspielige Heimpflege zu reduzieren (Tsutsui und Muramatsu 2007). Neben dem bereits vorhandenen Eigenbeitrag von 10 % auf alle in Anspruch genommenen Leistungen wurden weitere Anpassungen vorgenommen (Tsutsui und Muramatsu 2005: 526):

Specifically, the LTCI fee schedules were lowered on average, especially for institutional services, but were increased for care management, home-helper services, and in-home and facility-based rehabilitation services.

Damit sollte auch der übermäßige Gebrauch von Dienstleistungen für Bedürftige mit niedrigem Bedarf reguliert werden. In der Folge gab es einen starken Rückgang in der Nutzung, bspw. eine Reduktion bei Unterstützungsdienstleistungen im Haushalt von 40 % (Hayashi 2015: 13). Bereits in diesem frühen Stadium der Pflegeversicherung wurde eine stärkere Orientierung hin zu nicht-einrichtungsbasierten Dienstleistungen vorgenommen und sollte sich in zukünftigen Anpassungen widerspiegeln. Es zeigte sich hier, dass man, überrascht vom eigenen Erfolg, auf eine Politik der Kostendämmung zielte, die deshalb gemeinschaftsbasierte Dienstleistungen mit der Aktivierung vom sozialen Kapital zu verknüpfen suchte.

Nachdem bereits die ersten Anpassungen vorgenommen werden mussten, war die nächste große Reform 2005 und 2006 angesetzt, die zwei wesentliche und weitreichende Veränderungen in der Versicherung und auf Gemeindeebene nach sich zogen (Tsutsui und Muramatsu 2007). So wurden sogenannte Hotel- bzw. Unterbringungskosten (*taizai-hi*) eingeführt. Hotelkosten wurden nach der Reform von stationär untergebrachten Klienten für die in den Pflegeheimen anfallenden Verbrauchsgüter erhoben – darunter fallen Strom-, Gas- und Wasserkosten, ebenso aber auch Mahlzeiten. Jedoch sind Hotelkosten bedarfsangepasst und gedeckelt für Klienten mit niedrigem Einkommen. Obwohl die Einführung durchaus kritisch gesehen wurde, gab es zwei ausschlaggebende Gründe dafür:

- die Nutzung von stationären Dienstleistungen sollte erneut gehemmt werden, so dass Klienten verstärkt auf ambulante Pflege zurückgreifen, und
- die zusätzlichen Beiträge sollten zur Kostendeckung des Sozialhaushalts beitragen, der durch die hohe Inanspruchnahme von stationärer Pflege stark belastet war.

Somit war das grundlegende Ziel der Reform, Senioren, soweit möglich, von stationären Pflegedienstleistungen fernzuhalten, da diese ein immenser Kostentreiber sind. Im Vergleich zu gemeinschaftsorientierten Pflegedienstleistungen, wie z. B. das Wohnen in Einrichtungen für betreutes Wohnen, waren Ausgaben für einen Klienten in der stationären Pflege dreimal so hoch (Tsutsui und Muramatsu 2007: 1459). Der Unterschied in der Pflegeart pro Kopf betrug für stationäre Pflege 308.446 Yen und für gemeinschaftsorientierte (d. h. ambulante, nichthäusliche) Pflege 100.669 Yen pro Monat und war somit für Reformbestrebungen verantwortlich (MHLW 2006).

Die Reform war auch deshalb nötig, da es für Senioren wirtschaftlicher war, ihren bisherigen Haushalt aufzugeben und die vollstationäre Unterbringung zu wählen. Deshalb mussten ausgleichende und regulierende Kontrollmechanismen wie die Hotelkosten eingeführt werden, um das entstehende Ungleichgewicht, aber auch Zugangschancen und Sozialgerechtigkeit zu korrigieren (Tsutsui und Muramatsu 2007: 1459):

[S]eniors have had economic incentives to enter LTC facilities. [...] A monthly copayment of a resident at a ›special nursing home for older people‹ in 2005 ranged from \$ 509/month (shared room) to \$ 736 (private room) for which the resident received food, living quarters, around-the-clock care, and safety. This copayment amount was lower than the rent and utilities for most apartments in Japan. Residents of community-based settings, such as group homes for people with cognitive problems and assisted living facilities, would have to pay \$ 1,000/month to \$ 1,725/month out of pocket for various fees, food, and LTCI copayments. Entering a facility is more affordable than remaining in the community.

Deutlich wurde damit, dass eine Schwachstelle der Pflegeversicherung bereinigt werden musste, die bereits in ähnlicher Form existierte. Vor der Einführung der Pflegeversicherung nutzen Senioren, für die Pflegedienstleistungen zu teuer waren, medizinische Einrichtungen für geriatrische Zwecke aufgrund finanzieller Anreize. Nach Einführung der Pflegeversicherung nutzten nun Senioren mit nur geringen altersbedingten Beschwerden in hohem Umfang stationäre Altenpflegeeinrichtungen für geriatrische Pflege und überforderten erneut die vorhandene Infrastruktur. Dieses war auch der Anknüpfungspunkt für den zweiten Reformpart.

Um die finanzielle Last für die die Pflegekassen verwaltenden Gemeinden zu reduzieren, wurden gemeinschaftsbasierte Präventionsmaßnahmen (*community care projects*) eingeführt, da die Zahl der Klienten stetig wuchs. Infolgedessen wurden zu den bis 2005 vorhandenen fünf Pflegestufen (*care level, yōkaigo*) zwei zusätzliche auf Prävention ausgerichtete Stufen (*support level, yōshien*) hinzugefügt. Zusätzliche, gemeinschaftsbasierte Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen wurden ebenso auf kommunaler Ebene konzipiert, die in öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stehen (Tsutsui und Muramatsu 2007). Diese bieten grundlegende Beratung und Hilfe in den Stadtzentren zu Themen der Gesundheit, Ernährung, Sport und altersgerechtem Leben und dienen gleichzeitig als verknüpfendes Element zwischen den Senioren, der Nachbarschaft und Kommune. Um das präventive Element noch weiter auszubauen, werden auch sportbasierte Dienstleistungen, wie bspw. das

Krafttraining, von der »long-term care prevention allowance« (Shimizutani und Inakura 2007: 27) umfasst.

Der Fokus der Reformen lag somit auf der Kostendämmung durch einen zusätzlichen Eigenbeitrag und der präventiven (Neu-)Ausrichtung der Pflegeversicherung. Die präventive Orientierung hat zur Folge, dass nun gemeinschaftsbasierte Elemente unterstrichen und eine erhebliche Verschiebung in der Pflegeversicherung hin zu kommunaler Initiative und Aktivierung stattfand. Präventive Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen orientierten sich entlang der etablierten Standards von Kommunen (Yong and Saito 2012: 278):

The introduction of preventive services was in tandem with local government health screening schemes for older Japanese adults to promote early intervention so as to prevent costly health expenditures. Under the LTCI [Long-Term Care Insurance; Anm. Autor] revisions, municipalities were also expected to develop health centers for preventive services.

Die Ausweitung von gemeinschaftsbasierten und haushaltsnahen Dienstleistungen sowie das frühere Ansetzen in der Pflege sind Maßnahmen, um informelle und formelle Pflege stärker zu verzahnen. Auch die letzten Reformen von 2015 und 2018 zielen verstärkt auf kommunale Angebote, bspw. für neurodegenerative Erkrankungen (MHLW 2016b, 2017c).

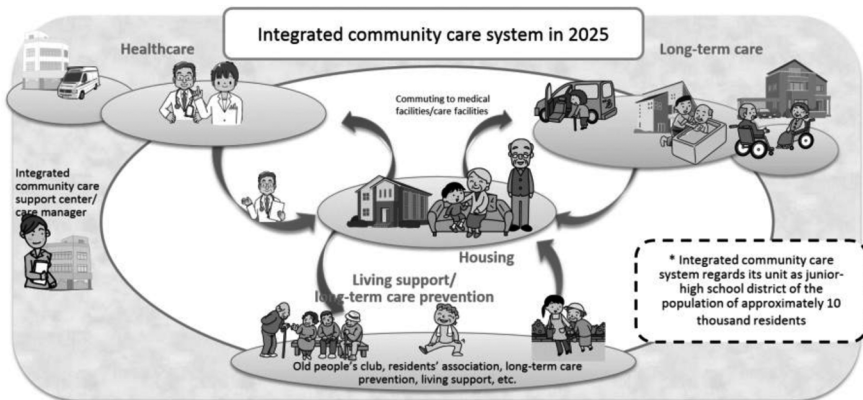
Diese Reformen sind zugleich die Einleitung eines Wandlungsprozesses des bisherigen Wohlfahrtsmix in Japan. Sie sorgten für eine Verschiebung des Verantwortlichkeitsbereiches für Pflege erneut in Richtung Kommunen und Familien – in Abgrenzung zum ursprünglichen Pflegeversicherungsgesetz von 1997, das insbesondere eine Entlastung der Familien forderte – und somit neue Fragen zur lokalen Sozialorganisation aufwarf. In Bezug auf die Altenpflege kann man durchaus von einem Paradigmenwechsel in der jap. Sozialpolitik sprechen (Conrad 2003 analysiert die Sozialpolitik allgemein und trifft keine Aussage zu der damals noch jungen Pflegeversicherung).

3.7 *Community care* und ihr Beitrag zur Genese lokaler Wohlfahrt

Durch die Reform zur Stärkung von Präventionsmaßnahmen auf kommunaler Ebene zeichnete sich die nächste, inkrementelle Anpassung bereits ab. Erneut den interventionistischen Gedanken aufgreifend, wurde 2011 eine Anpassung des Pflegeversicherungsgesetzes mit der Einführung des *Integrated Community Care System* (*Chiiki Hōkatsu Kea Shisutemu*) und der Vorstellung der »Vision 2025« vorgenommen.

men (MHLW 2012: 21–23), um langfristig chronische, altersbedingte Krankheiten zu vermeiden bzw. hinauszuzögern und somit die Inanspruchnahme kostspieliger stationärer Pflege zu reduzieren. Eine Implementierung des Systems ist von kommunalen Rahmenbedingungen abhängig. Die *community care* verfolgt dabei einen anpassungsfähigeren Ansatz, der sich stärker an der Bedürftigkeit und kommunalen und regionalen Rahmenbedingungen orientiert und eine bessere Verknüpfung mit Leistungen der Krankenversicherung vorsieht (MHLW 2011a, 2011b). Das Design sieht eine Verzahnung von lokalen Akteuren der Wohlfahrtsgenese vor, die bisher eigenständig auf verschiedenen Ebenen tätig waren, sodass eine bessere Koordination und Kooperation zwischen Krankenhäusern, stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und Wohlfahrtsorganisationen, Sozialhilfeämtern, den Senioren und ihren Familien, den betreffenden Nachbarschaften und Kommunen stattfindet. Wie bei dieser Auflistung bereits deutlich wird, ist ein umfangreicher struktureller Reorganisationsprozess genauso wie zivilgesellschaftliche Initiative notwendig, um eine Zusammenarbeit all dieser Ebenen zu ermöglichen. Hinzu kommt, dass regionale Charakteristika und Bedarfe Berücksichtigung finden sollen, sodass bedarfsgerechte Konzepte auf kommunaler Ebene angeboten werden. Daher sind Kommunen verpflichtet, Erhebungen zur Verfügbarkeit und Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen durchzuführen und Bedarfe innerhalb der Gruppe der Senioren zu evaluieren. Solche kommunalen Angebote haben einen reaktivierenden Effekt auf einen sich verschlechternden Gesundheitszustand, aber auch die soziale Interaktion von Senioren (Kuzuya et al. 2006; Tomita et al. 2010).

ABBILDUNG 6: Konzeption des *Integrated Community Care System*



Quelle: Hayashi (2013).

Durch die Reform sollten alle sozialen Sicherungssysteme, die die Lebensgrundlage für die Betroffenen stellen, besser verbunden werden. Insbesondere medizinische und geriatrische Pflege, ebenso wie kommunale Unterstützungsangebote und Sozialkapital sollten in den »spheres of daily life« (MHLW 2011a: 18) zu einem umfassenden Versorgungsnetzwerk koordiniert werden. Vor diesem Hintergrund sind aber vielseitige Herausforderungen zu meistern.

Einerseits setzt eine sozial und organisatorisch vernetzte Pflege ebenso auch solche Klienten voraus, d. h. aktive Senioren, die sich mit der Angebotsvielfalt der formellen Pflege und den Unterstützungsangeboten (durch den *care manager*) befassen und diese auch nutzen wollen. Während dies bei den klassischen Unterstützungs- und Pflegeangeboten recht unproblematisch ist, bestehen zumindest bei den neuen niederschweligen, kommunalen Unterstützungsangeboten durchaus soziokulturelle Berührungängste (Hayashi 2015). Dies bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass das soziale Umfeld, das in das System der *community care* eingebunden wird, d. h. Vereine, NPOs, Nachbarschaftsnetzwerke und ungebundene Ehrenamtliche, auch dazu bereit sein muss, sich der neuen sozialpolitischen Idee zu öffnen. Im Gegensatz zu professionellen Pflegekräften, die für ihre körperlich und psychisch belastende Arbeit entlohnt werden, sind informelle Pflegekräfte, die sich in der Regel aus Familienmitgliedern rekrutieren, von Geldleistungen ausgenommen. Gleiches gilt für Nachbarn und für Ehrenamtliche. Eher ist es sogar so, dass informelle Pflege nicht nur ein Belastungsfaktor an sich sein kann (durch unfachmännische Handlungen), sondern dass sie auch (in der Regel weibliche) Humanressourcen vom Arbeitsmarkt fernhält und dazu führt, dass Lebensverläufe entlang sozialpolitischer Maßnahmen entstehen (Estevez-Abe und Hobson 2015; Schneider et al. 2013; Shire 2015; van Houtven et al. 2013).

Die Rolle von Kommunen

Bei der lokalen Wohlfahrtsgenese der Altenpflege nehmen Organisationen und Individuen, die ehrenamtlich tätig sind, eine wichtige Position ein – neben den weiteren Dimensionen des Marktes, der Familie und des Staates (Esping-Andersen 1999: 35–36). Dabei kommt Kommunen eine gewichtige Bedeutung bei der Aktivierung von Ehrenamtlichen und Formalisierung der Handlungen zu. Das Ende 1998 in Kraft getretene NPO-Gesetz hat stark dazu beigetragen, zivilgesellschaftliches Engagement zu formalisieren und zu organisieren (Defourny und Kim 2011). Diese Institutionalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements war wichtig, um, erstens, Rechtssicherheit für Beteiligte zu schaffen und, zweitens, zivilgesellschaftliches Handeln zu befördern, denn: »legitimation may be *the* [kursiv im Original; Anm.

Autor] key resource for new groups« (Pekkanen 2003: 119). Der damalige politische und soziale Zeitgeist führte zur Entstehung von Bürgerinitiativen, um in Handlungsfeldern tätig zu werden, in denen sie Bedarf sahen: »[c]itizens have increased public awareness and become active in areas neglected by the state and the market« (Hein 2011: 528). Wohlfahrt und Altenpflege wurden und werden als solche Handlungsfelder wahrgenommen, da weder Staat noch Markt ausreichende Versorgung bereitstellten bzw. mit der Nachfrage überfordert sind (Abe 2003). Somit stellen NPOs ein Bindeglied zwischen Bedarf und Verfügbarkeit dar.

Diesen Ansatz und die breite Hilfsbereitschaft greifen die Reformen der Pflegeversicherung auf und versuchen das zivilgesellschaftliche Engagement auf kommunaler Ebene in bestimmte Bahnen zu lenken, um für Senioren eine breitere Lebensgrundlage bereitzustellen. Explizit benannt werden NPOs und auch Nachbarschaftsorganisationen, die in Japan weit verbreitet und gut organisiert sind. Der Versuch des Rückgriffs auf die Humanressourcen der Nachbarschaftsorganisationen kann daher als ein geschickter Vorstoß des MHLW gesehen werden (Pekkanen und Tsujinaka 2008: 718):

Japanese neighborhood associations are effective in the provision of social capital. Their organizational infrastructure and networks provide a bulwark that mitigates enfeeblement and loneliness. Together, these factors ameliorate the effects of the ageing society. In this context at least, NHAs [neighborhood associations; Anm. Autor] are effective »problem-solves« [sic!] for the state.

Gleichzeitig muss an dieser Stelle aber kritisch hinterfragt werden, ob zivilgesellschaftliche Akteure nicht als kostengünstige Lösung für eine überforderte Sozialpolitik herangezogen werden (Yamashita 2013).

Ehrenamtliche Arbeit in Japan ist stark durch nachbarschafts- und gemeinschaftsorientierte Aktivitäten geprägt, sodass hier die Hauptmotivation für das Engagement im lokalen Raum liegt (ZSFK 2010: 225). Es wird auch verdeutlicht, dass zivilgesellschaftliches Engagement mehr als einfach nur die wahrgenommene Verpflichtung ist, eine Lücke zwischen Bedarf und Angebot zu schließen, sondern mehr »an individual choice« (Nakano 2005: 14). Während also die gesetzliche Legitimation des Ehrenamts gegeben ist und ministeriale Konzepte dieses einbeziehen wollen, trifft nachbarschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement nicht immer auf eine positive Resonanz bei denjenigen, die sie erhalten sollen: »[the] decision to receive care of volunteers is intimately tied to public ideas of how one should behave in old age« (Nakano 2005: 127). Sie hängt somit von den sozialen Erwartungen ab, und stößt dann mitunter auf Probleme der Akzeptanz (Hayashi 2015). Ehrenamtliche Tätigkeiten sind dabei äußerst vielseitig, umfassen bspw. die Unterstützung beim

Einkaufen (insbesondere in spärlich besiedelten, ländlichen Regionen), die Zubereitung und Lieferung von Essen an Senioren, ebenso wie nachbarschaftliche Besuche, die der Überprüfung des gesundheitlichen Zustands dienen.

Wenn man die Ergebnisse der *Vergesellschaftung der Pflege* betrachtet, so sind diese bisher diffus und müssen weiterhin evaluiert werden (Hayashi 2015; Tsutsui et al. 2014). Trotz hoher Akzeptanzraten stoßen Modelle nachbarschaftlicher Unterstützungsleistungen auf soziale Probleme, bspw. »embarrassment and stigma experienced by recipients [...] for cost-free neighbourhood visiting and support by volunteers« (Hayashi 2015: 19), während andere Modellvarianten insbesondere ältere Ehrenamtliche rekrutieren konnten.

Die jüngsten Reformen bedeuten für Kommunen einen Wandel, der von ihnen erhöhte Aktivität und Leistungsbereitschaft einfordert. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Pflegeversicherung passiv aufgebaut, sodass Leistungen erst in Anspruch genommen werden konnten, wenn die Einstufung erfolgt ist und entsprechend ein Pflegeplan vorhanden war. Dies hat sich gewandelt und Kommunen müssen bedarfsangepasste Konzepte und Maßnahmen vorbereiten und umsetzen, die die regionalen Bedingungen berücksichtigen, sei es bspw. die weite Streuung von Haushalten im ländlichen Raum, das Fehlen von Transportinfrastruktur oder ein Geschlechterungleichgewicht, das angepasste Angebote erfordert. Das MHLW (2017c) bekräftigt im August 2017 diese Auffassung von der Rolle der Kommunen explizit:

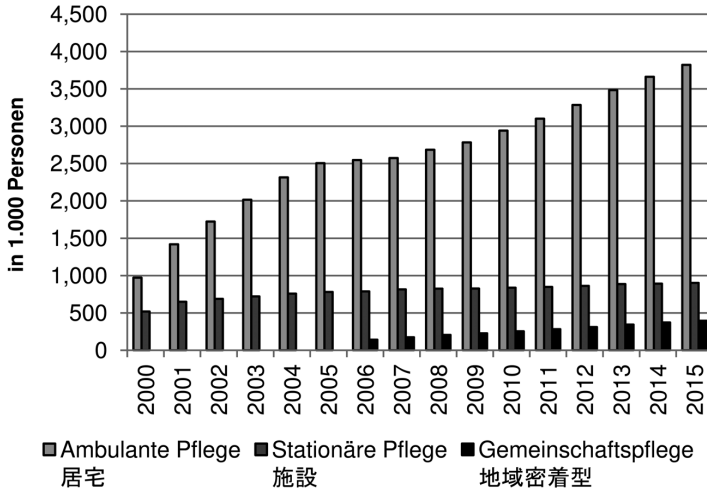
It is necessary for municipalities as insurers of the Long-Term Care Insurance System as well as prefectures to establish the Community-based Integrated Care System on regional autonomy and independence.

Das weite Spektrum an Dienstleistungen kann aber, insbesondere im ländlichen Raum, nicht allein von kommunalen Behörden und privatwirtschaftlichen Dienstleistern abgedeckt werden, sodass auf zivilgesellschaftliche Akteure zurückgegriffen werden muss. Hierzu hat das NPO-Gesetz einen relevanten Beitrag geleistet (Shipper 2004: 2):

[T]he NPO Law has promoted greater partnerships between local governments and civil society organizations, which allow civil society groups in Japan to play a role in redefining membership rules and state responsibilities for its residents.

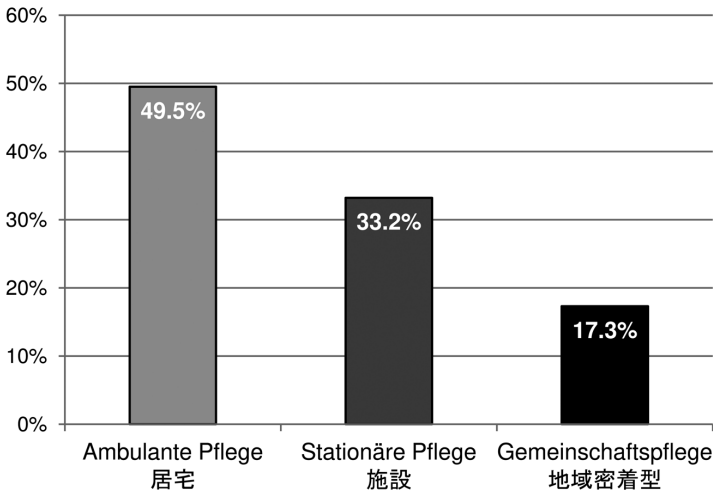
Die Legitimierung von Ehrenamtlichkeit durch Kooperation mit Kommunen ist eine unerlässliche Notwendigkeit, um für eine verstärkte soziale Akzeptanz zu sor-

ABBILDUNG 7: *Pflegebedürftige nach Pflegeart*



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von MHLW (2017d).

ABBILDUNG 8: *Ausgabe für Pflege nach Pflegeart*



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von MHLW (2017d).

gen. Zugleich sorgen sogenannte *community projects* für ein ansatzweise reziprokes Verhältnis, auch, um die Kritik der verstärkten Einbeziehung von Ehrenamtlichen abzuschwächen. Bei diesen handelt es sich um Mittel, die Kommunen aus den Fördertöpfen des MHLW beantragen können und die u. a. zur Infrastrukturbereitstellung genutzt werden, z. B. ein neues Gemeindehaus, in dem sich die lokale Nachbarschaft zusammenfinden kann. Diese Einrichtungen werden dann aber auch bspw. für präventive Maßnahmen wie Bastelnachmittage, »Essen auf Rädern«, städtische, kommunale und sozialwirtschaftliche Informationsveranstaltungen zu Gesundheits- und Pflegethemen genutzt. Die Initiative von Kommunen ist hierbei ein entscheidender Faktor bei der Einführung von Maßnahmen und der Zuwendung von Fördermitteln.

Generell von der Alterung stark betroffene Kommunen sind Vorreiter in der proaktiven Genese eines gut balancierten Wohlfahrtsmix, da die Kommunalverwaltungen in peripheren und ruralen Regionen ungleich stärker von der gesellschaftlichen Alterung betroffen sind. In diesen Regionen ist nicht nur der steigende Pflegebedarf eine Herausforderung, sondern auch der Rückgang der Erwerbsbevölkerung – und somit der Einbezug der Zivilgesellschaft unumgänglich. Japanweit besteht daher ein komplexes Bild hinsichtlich der Maßnahmen der Pflegeversicherung. Es gibt gesetzlich garantierte Pflegedienstleistungen, die jede Präfektur und jede Kommune sicherstellen muss. Hinzu kommen jedoch kommunale Maßnahmen, die auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Entsprechend ist die Art der Wohlfahrts-genese regionspezifisch, bei der eine vereinfachende Stadt-Land-Dichotomie nicht der Komplexität gerecht wird (Heidt 2017). Damit dennoch bis 2025 das *Integrated Community Care System* landesweit in allen Verwaltungseinheiten etabliert ist (MHLW 2017c), werden mittlerweile *best-practice*-Beispiele aus urbanen und peripheren Regionen (u. a. Präfekturen Niigata, Mie, Tottori und Tōkyō) benannt, in denen die Schaffung von lokalen Pflegenetzwerken gelungen ist (MHLW 2017b).

4 Ausblick

Seit ihrer Einführung hat die Pflegeversicherung durch die notwendig gewordenen Anpassungen einen umfassenden Wandel erlebt. Während am Anfang zuvorderst die Entlastung der Krankenhäuser und Familien stand, sind diese wieder in den Fokus gerückt. Die Vision des MHLW, bis zum Jahr 2025 ein funktionales, zusammenhängendes und aktivierendes System der *Community Care* zu etablieren, steht vor vielen Problemfeldern und Herausforderungen. Den zeitlichen Horizont bildet dabei der Zeitpunkt 2025, an dem ein Großteil der *Baby-Boom*-Generation das Al-

ter von 75 Jahren erreicht – ein Alter, ab dem das Risiko für chronische Erkrankungen stark zunimmt und Pflegebedürftigkeit wahrscheinlicher wird. Ob die Vision umsetzbar ist und dem Gemeinschaftswohl dienen kann, hängt von vielen Faktoren ab. Einerseits, ob es Kommunen gelingen kann, lokale, tragfähige Konzepte zu entwickeln und zivilgesellschaftliches Engagement zu aktivieren und zu kanalisieren. Ebenso, ob es dauerhaft möglich ist, dieses Aktivitätsniveau oben zu halten, vor allem bei Einbezug der regional unterschiedlichen Alterung. Andererseits ist es offen, ob zivilgesellschaftliches Engagement im Rahmen der *Community Care* ein Ansatz ist, mit dem Kommunen Erfolg haben werden. Zurückblickend auf die Idee der *Nihon-gata fukushi shakai* werden Fragen zu Dynamik der Verschiebung von Verantwortungssphären und der Wohlfahrtsgenese aufgeworfen, die mit einer Perspektive für regionale Prozesse und Strukturen in Zukunft weiterhin zu beobachten sind.

Literatur

- Abe, Aya K. (2003), »Low-income People in Social Security Systems in Japan«, in: *The Japanese Journal of Social Security Policy*, 2 (2): 59–70.
- Campbell, John Creighton (1984), »Problems, Solutions, Non-Solutions, and Free Medical Care for the Elderly in Japan«, in: *Pacific Affairs*, 57 (1): 53–64.
- Campbell, John Creighton (1992), *How Policies Change: The Japanese Government and the Aging Society*, Princeton: Princeton University Press.
- Campbell, John Creighton und Naoki Ikegami (2000), »Long-term Care Insurance Comes to Japan«, in: *Health Affairs*, 19 (3): 26–39.
- Campbell, John Creighton, Naoki Ikegami und Mary Jo Gibson (2010), »Lessons from Public Long-term Care Insurance in Germany and Japan«, in: *Health Affairs*, 29 (1): 87–95.
- Conrad, Harald (2003), »Gibt es einen Paradigmenwechsel in der jüngeren japanischen Sozialpolitik? Reformen, Wirkungen, Hemmnisse«, in: Manfred Pohl und Iris Wieczorek (Hg.), *Japan 2003: Politik und Wirtschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 75–97.
- Coulmas, Florian (2007a), *Die Gesellschaft Japans: Arbeit, Familie und demographische Krise*, München: Beck.
- Coulmas, Florian (2007b), *Population Decline and Ageing in Japan: The Social Consequences*, London: Routledge.
- Coulmas, Florian und Ralph Lützel (Hg.) (2011), *Imploding Populations in Japan and Germany. A Comparison*, Leiden: Brill.
- Defourny, Jacques und Shin-Yang Kim (2011), »Emerging Models of Social Enterprise in Eastern Asia: A Cross-country Analysis«, in: *Social Enterprise Journal*, 7 (1): 86–111.

- Esping-Andersen, Gøsta (1999), *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford: Oxford University Press.
- Estevez-Abe, Margarita und Barbara Hobson (2015), »Outsourcing Domestic (Care) Work: The Politics, Policies, and Political Economy«, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, 22 (2): 133–146.
- Hayashi, Masahiko (2013), *Long-term Care Insurance in Japan: Social Background, Evaluation and Future*, <http://www.dajf.org.uk/wp-content/uploads/2.-Masahiko-Hayashi-presentation-061113.pdf> (29.04.2017).
- Hayashi, Mayumi (2015), »Japan's Long-term Care Policy for Older People: The Emergence of Innovative »Mobilisation« Initiatives Following the 2005 Reforms«, in: *Journal of Aging Studies*, 33: 11–21.
- Heidt, Vitali (2017, im Druck), *Two Worlds of Ageing: Institutional Shifts, Social Risks, and the Livelihood of the Japanese Elderly*, Baden-Baden: Nomos.
- Hein, Patrick (2011), »Volunteering in Japan and Germany: How Moral Citizenship Strengthens Society and the State«, in: *CEU Political Science Journal*, 6 (4): 521–543.
- Ihara, Kazuhito (2000), »Japan's Policies on Long-Term Care for the Aged: The Gold Plan and the Long-Term Care Insurance Program«, in: Joachim Wilburs und Kazuhito Ihara (Hg.), *Long-term Care Insurance: The Experience of Two Nations – Reports from Germany and Japan*, New York: International Longevity Center USA, <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/APCITY/UNPAN023659.pdf> (13.06.2017).
- Ikegami, Naoki (2007), »Rationale, Design and Sustainability of Long-Term Care Insurance in Japan: In Retrospect«, in: *Social Policy and Society*, 6 (3): 423–434.
- IPSS (National Institute of Population and Social Security Research) (2014), *Social Security in Japan*, Tōkyō: IPSS.
- Kasuga, Kisuyo (2004), »Changing Family Structure and Elder Abuse Issues in Japan«, in: *Geriatrics and Gerontology International*, 4 (s1): S226–S228.
- Kuzuya, Masafumi, Yuichiro Masuda, Hirakawa Yoshihisa, Mitsunaga Iwata, Hiromi Enoki, Jun Hasegawa und Akihisa Iguchi (2006), »Day Care Service Use Is Associated with Lower Mortality in Community-Dwelling Frail Older People«, in: *Journal of the American Geriatrics Society*, 54 (9): 1364–1371.
- Lützel, Ralph (2002), »Demographic and Regional Aspects of Aging and Long-Term Care in Japan«, in: Harald Conrad und Ralph Lützel (Hg.), *Aging and Social Policy: A German-Japanese Comparison*, München: Iudicium, S. 275–298.
- Matsuda, Shinya und Mieko Yamamoto (2001), »Long-term Care Insurance and Integrated Care for the Aged in Japan«, in: *International Journal of Integrated Care*, 1, <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/16896410> (29.04.2017).

- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2002), *Long-Term Care Insurance in Japan*, <http://www.mhlw.go.jp/english/topics/elderly/care/index.html> (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2006), *Kaigo Kyūfuhi Jittai Chōsa Geppō* (Monthly Survey on the Status of Nursing Services and Expenses), <http://www.mhlw.go.jp/toukei/saikin/hw/kaigo/kyufu/2006/04.html> (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2010), *Comprehensive Survey of Living Conditions: Caregivers*, <http://www.mhlw.go.jp/english/database/db-hss/cslc-tables.html> (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2011a), *Act for Partial Revision of the Long-Term Care Insurance Act, Etc., in Order to Strengthen Long-Term Care Service Infrastructure* (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2011b), *Shakai Hoshōzei ittai Kaikaku Seian ni tsuite* (Concerning the Definite Plan for the Comprehensive Reform of Social Security and Taxes), <http://www.cas.go.jp/jp/seisaku/syakaihosyou/pdf/230701houkoku.pdf> (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2012), *Vision Sought by Comprehensive Reform of Social Security and Tax*, http://www.mhlw.go.jp/english/social_security/dl/social_security01.pdf (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2013a), *Kaigo Kyūfuhi Jittai Chōsa Geppō*. (Monthly survey on the Status of Nursing Services and Expenses), <http://www.mhlw.go.jp/toukei/saikin/hw/kaigo/kyufu/2013/dl/201309zenhyou.xls> (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2013b), *Yōkaigo Nintei ha Donoyōna ni okowareru ka?* (Care Levels: How Are They Recognized?), <http://www.mhlw.go.jp/topics/kaigo/nintei/gaiyo2.html> (29.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2016a), *Annual Health, Labour and Welfare Report 2015*, <http://www.mhlw.go.jp/english/wp/wp-hw9/> (21.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2016b), *Long-Term Care Insurance System of Japan*, <http://www.mhlw.go.jp/english/policy/care-welfare/care-welfare-elderly/index.html> (21.04.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2017a), *Annual Health, Labour and Welfare Report 2016*, <http://www.mhlw.go.jp/english/wp/wp-hw10/index.html> (28.08.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2017b), *Chiiki Hōkatsu Kea Shisutemu* (Integrated Community Care System), http://www.mhlw.go.jp/stf/seisakunitsuite/bunya/hukushi_kaigo/kaigo_koureisha/chiiki-houkatsu/ (26.08.2017).
- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2017c), *Establishing the Community-based Integrated Care System*, http://www.mhlw.go.jp/english/policy/care-welfare/care-welfare-elderly/dl/establish_e.pdf (25.08.2017).

- MHLW (Ministry of Health, Labour and Welfare) (2017d), *Kaigo Hoken Seido no Gaiyō* (Overview over the Long-Term Care Insurance System), http://www.mhlw.go.jp/stf/seisakunitsuite/bunya/hukushi_kaigo/kaigo_koureisha/gaiyo/index.html (25.08.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2003), *Population by Age (5-Year Group and 3 Groups) and Sex (as of October 1 of Each Year): Total population (from 1920 to 2000)*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/XlsdlE.do?sinfid=000000090263> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2012), *Population by Age (5-Year Age Group and 3 Groups) and Sex (as of October 1 of Each Year): Total population, Japanese population (from 2000 to 2010)*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/XlsdlE.do?sinfid=000013168603> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2015), *Population by Age Group and Indices of Age Structure*, <http://www.stat.go.jp/data/nenkan/zuhyou/y0208000.xls> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2016), *Statistical Handbook of Japan 2016*, <http://www.stat.go.jp/english/data/handbook/pdf/2016all.pdf> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2017a), *Population Estimates by Age (5 Year Age Group) and Sex: 2017*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/XlsdlE.do?sinfid=000031552671> (11.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2017b), *Population Estimates by Age (5-Year Age Group) and Sex: 2011*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/ListE.do?lid=000001083128> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2017c), *Population Estimates by Age (5-Year Age Group) and Sex: 2012*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/ListE.do?lid=000001101896> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2017d), *Population Estimates by Age (5-Year Age Group) and Sex: 2013*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/ListE.do?lid=000001115176> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2017e), *Population Estimates by Age (5-Year Age Group) and Sex: 2014*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/ListE.do?lid=000001127506> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2017f), *Population Estimates by Age (5-Year Age Group) and Sex: 2015*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/ListE.do?lid=000001138964> (29.04.2017).
- MIAC (Ministry of Internal Affairs and Communications) (2017g), *Population Estimates by Age (5-Year Age Group) and Sex: 2016*, <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/ListE.do?lid=000001160743> (29.04.2017).
- MOJ (Ministry of Justice) (1963), *Act on Social Welfare for the Elderly*, <http://www.japaneselawtranslation.go.jp/law/detail/?id=2070> (29.04.2017).

- MOJ (Ministry of Justice) (1997), *Long-term Care Insurance Act*, <http://www.japaneselawtranslation.go.jp/law/detail/?id=94> (29.04.2017).
- Nakano, Lynne Y. (2005), *Community Volunteers in Japan: Everyday Stories of Social Change*, London: Routledge Curzon.
- Ochiai, Emiko (2005), »The Ie (Family) in Global Perspective«, in: Jennifer Robertson (Hg.), *A Companion to the Anthropology of Japan*, Malden: Blackwell, S. 355–379.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2017), *Health at a Glance 2015: Health Care Activities – Length of Hospital Stay*, <https://data.oecd.org/healthcare/length-of-hospital-stay.htm> (29.04.2017).
- Ōsawa, Mari (2011), *Social Security in Contemporary Japan*, New York: Routledge.
- Pekkanen, Robert (2003), »Molding Japanese Civil Society: State-Structured Incentives and the Patterning of Civil Society«, in: Frank J. Schwartz und Susan J. Pharr (Hg.), *The State of Civil Society in Japan*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 116–134.
- Pekkanen, Robert und Yutaka Tsujinaka (2008), »Neighborhood Associations and the Demographic Challenge«, in: Florian Coulmas, Harald Conrad, Annette Schad-Seifert und Gabriele Vogt (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*, Leiden: Brill, S. 707–720.
- Schad-Seifert, Annette (2006), *Japans kinderarme Gesellschaft. Die niedrige Geburtenrate und das Gender-Problem*, Deutsches Institut für Japanstudien (DIJ), Working Papers, Nr. 06/1, Tōkyō: DIJ.
- Schmidt, Petra (2005), »Family Law«, in: Wilhelm Röhl (Hg.), *History of Law in Japan since 1868*, Leiden: Brill, S. 262–304.
- Schneider, Ulrike, Birgit Trukeschitz, Richard Mühlmann und Ivo Ponocny (2013), »Do I Stay or Do I Go?: Job Change and Labor Market Exit Intentions of Employees Providing Informal Care to Older Adults«, in: *Health Economics*, 22 (10): 1230–1249.
- Shimizutani, Satoshi und Noriko Inakura (2007), »Japan's Public Long-Term Care Insurance and the Financial Condition of Insurers: Evidence from Municipality-Level Data« in: *Government Audit Review*, 14: 27–40.
- Shipper, Apichai W. (2004), *The Impact of the NPO Law on Foreigners Support Groups in Japan*, The Japan Institute for Labour Policy and Training (JILPT), Reports by Visiting Researcher, Tōkyō: JILPT, <http://www.jil.go.jp/profile/documents/Shipper.pdf> (29.04.2017).
- Shire, Karen (2015), »Family Supports and Insecure Work: The Politics of Household Service Employment in Conservative Welfare Regimes« in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, 22 (2): 193–219.
- Sugawara, Shinya und Jiro Nakamura (2016), »Gatekeeper Incentives and Demand Inducement. An Empirical Analysis of Care Managers in the Japanese Long-Term Care Insurance Program« in: *Journal of the Japanese and International Economies*, 40: 1–16.

- Tabb, William K. (1995), *The Postwar Japanese System: Cultural Economy and Economic Transformation*, New York: Oxford University Press.
- Takahashi, Shigesato (2004), »Demographic Investigation of the Declining Fertility Process in Japan«, in: *The Japanese Journal of Population*, 2 (1): 93–116.
- Tomita, Naoki, Kimio Yoshimura und Naoki Ikegami (2010), »Impact of Home and Community-based Services on Hospitalisation and Institutionalisation among Individuals Eligible for Long-term care Insurance in Japan«, in: *BMC Health Services Research*, 10 (345).
- Tsutsui, Takako und Naoko Muramatsu (2005), »Care-needs Certification in the Long-term Care Insurance System of Japan«, in: *Journal of the American Geriatrics Society*, 53 (3): 522–527.
- Tsutsui, Takako und Naoko Muramatsu (2007), »Japan's Universal Long-term Care System Reform of 2005: Containing Costs and Realizing a Vision«, in: *Journal of the American Geriatrics Society*, 55 (9): 1458–1463.
- Tsutsui, Takako, Naoko Muramatsu und Sadanori Higashino (2014), »Changes in Perceived Filial Obligation Norms among Coresident Family Caregivers in Japan«, in: *The Gerontologist*, 54 (5): 797–807.
- Tsutsui, William und Stefano Mazzotta (2015), »The Bubble Economy and the Lost Decade: Learning from the Japanese Economic Experience«, in: *Journal of Global Initiatives: Policy, Pedagogy, Perspective*, 9 (1/6), <http://digitalcommons.kennesaw.edu/jgi/vol9/iss1/6>.
- van Houtven, Courtney Harold, Norma B. Coe und Meghan M. Skira (2013), »The Effect of Informal Care on Work and Wages«, in: *Journal of Health Economics*, 32 (1): 240–252.
- Yamashita, Junko (2013), »Citizen Participation or Low-Cost Care Providers? Welfare Non-profit Organisations in Japan«, in: *Social Science Japan Journal*, 16 (1): 45–62.
- Yong, Vanessa und Yasuhiko Saito (2012), »National Long-Term Care Insurance Policy in Japan a Decade after Implementation: Some Lessons for Aging Countries«, in: *Ageing International*, 37 (3): 271–284.
- ZSFK (Zenkoku Shakai Fukushi Kyōgikai) (2010), *Zenkoku Borantia Katsudō Jittai Chōsa Hōkokusho* (National Survey Report on the State of Volunteering Activities), Tōkyō: ZSFK.

Die Autorinnen und Autoren

David Adebahr, M. A.

Jahrgang 1983. Studium der Japanologie, Politischen Wissenschaften und Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und an der Dōshisha Universität. Seit 2012 Promotionsstudium am Japan-Zentrum der LMU zu aktuellen Entwicklungen in Japans sicherheitspolitischer Strategie im regionalen Kontext. 2014–2016 Feldforschung mit einem MEXT-Stipendium an der Graduate School of Law der Kyōto Universität. Forschungsinteressen: Japans Außen- und Sicherheitspolitik, regionale Sicherheitsarchitektur Ostasiens, Entwicklungen der U. S.-Japan-Allianz im 21. Jahrhundert, Neoklassischer Realismus (IR).

E-Mail: david.adebahr@web.de

Regine Dieth, M. A.

Studium der Japanologie, Sinologie und Kunstgeschichte an der FU Berlin. 1996 bis 2000 Coordinator of International Relations in der Stadtverwaltung Ōtsu (Präfektur Shiga), Mitarbeiterin im Japan Pavillon bei der EXPO 2000 in Hannover (PR und Protokoll), 2001 bis 2003 Projektkoordinatorin bei der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Tōkyō, 2004 bis 2010 Projektleiterin bei der Industrie- und Handelskammer in Japan (Schwerpunkt Innovation und FuE-Kooperationen), 2010 bis 2015 Leiterin des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus Tōkyō. Seit 2015 Assistant Professor an der Dōshisha Universität in Kyōto.

E-Mail: rdieth@mail.doshisha.ac.jp

Dr. des. Vitali Heidt

Jahrgang 1982. Studium der Regionalwissenschaften und Soziologie an der Universität Bonn und an der Universität Shizuoka. Ab 2011 Promotionsstudium im DFG-Graduiertenkolleg 1613 *Risk and East Asia* am Institute of East Asian Studies (IN-EAST) der Universität Duisburg-Essen und der Sophia Universität in Tōkyō. 2012 und 2013 umfassende Feldforschung im urbanen und ruralen Japan. 2016

Promotion über Wohlfahrtsgenese im regionalen Kontext. Seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und am IN-EAST der Universität Duisburg-Essen. Forschungsinteressen: demographischer Wandel, Wohlfahrtsstaatentwicklung, Sozialraumkonzepte, Katastrophensoziologie. Referent am Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn.

E-Mail: vitali.heidt@uni-due.de

Adam Jambor, M. A.

Jahrgang 1987, Bachelor- und Master-Studium des Faches Modernes Japan an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seit 2013 Doktorand des Faches Modernes Japan an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. 2014–2015 Jahresstipendium für Doktoranden des DAAD, Gastforscher an der Universität Ryūkyū, Okinawa. 2015 Stipendiat, Deutsches Institut für Japanstudien (DIJ), Tōkyō. Seit 2016 Dozent an der Fakultät für Politische Studien der Chūō Universität.

E-Mail: jambor.87t@g.chuo-u.ac.jp

Philip Lindemer, M. A.

Jahrgang 1985. Doktorand in der Bonn International Graduate School – Oriental and Asian Studies (BIGS – OAS) an der Universität Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte sind Populärkultur sowie Fan- und Subkulturen im gegenwärtigen Japan. Gegenwärtig arbeitet er an einer Promotionsarbeit zu *otaku* als Stigma in Japan.

E-Mail: lindemer@uni-bonn.de

Markus Pommerening, M. A.

Jahrgang 1989. Studium der Japanologie und Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der AGH Wissenschaftlich-technischen Universität Krakau und der Keiō Universität, Tōkyō. Forschungsschwerpunkt: Soziale Bewegungen und Proteste in Japan.

E-Mail: pommerening.markus@gmail.com

Prof. Dr. Frank Rövekamp

Studium der Wirtschaftswissenschaften und Promotion an der Universität zu Köln, Studium und Forschungsaufenthalte an der Sophia Universität und am Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ) in Tōkyō, diverse Führungspositionen in deutschen Unternehmen in Japan und China, seit 2009 Professor und Leiter des Ostasieninstituts der Hochschule Ludwigshafen.

E-Mail: roevkamp@oai.de

Prof. Dr. Wilhelm Vosse

Jahrgang 1963. Professor für Politische Wissenschaft, Vorsitzender des Fachbereichs für Politik und Internationale Studien und Direktor des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (SSRI) an der International Christian University (ICU) in Tōkyō (Japan). Studium der Politischen Wissenschaften, Philosophie und Sozialpsychologie an der Universität Hannover und der London School of Economic and Political Science (LSE). M. A. (1992) und Dr. phil. (2000) in Politischer Wissenschaft. Forschungsaufenthalte an der Washington State Universität, Harvard Universität und an der Oxford Universität. Gegenwärtiges Forschungsprojekt zu Fragen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit Japans. Veröffentlichungen u. a. zur japanischen Umweltbewegung, Zivilgesellschaft und japanischen Außen- und Sicherheitspolitik.

E-Mail: vosse@icu.ac.jp

Dr. Chris Winkler

Jahrgang 1980. Nach Studium der Japanologie und Politikwissenschaften an der LMU München Promotion 2009 zur Verfassungsreformdebatte in Japan. Von 2010 bis 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Japanstudien (DIJ) in Tōkyō. Seit September 2015 Lecturer im Modern Japanese Studies Programm der Hokkaidō Universität. Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Parteienforschung und politische Ideengeschichte der Nachkriegszeit.

E-Mail: winkler@imc.hokudai.ac.jp

Zum Inhalt:

Die 40ste Ausgabe des Japan Jahrbuchs enthält Beiträge zu folgenden Themen: Innenpolitik Japans 2016/2017; Die Friedensverfassung und ihre Verteidiger: Proteste zum Schutz von Artikel 9?; Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik 2016/2017: Japans Reaktion auf Donald Trump und Kim Jong-un; Tōkyōs strategische Neuausrichtung in der asiatischen Pazifikregion: Eine komparative Analyse aktueller Entwicklungen in Japans regionaler Sicherheitspolitik; Japan im ökonomischen Gesundheitscheck: Krise der Wirtschaft oder Krise der Wissenschaft?; »Agri-Womenomics«: Ein neuer Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der japanischen Landwirtschaft?; Das japanische Modell der Arbeitsplatzsuche: Historische Entwicklung und gegenwärtige Situation; Altenpflege in Japan: Wohlfahrtsgenese im regionalen Kontext; Miritarī Otaku: Der moefizierte Krieg und die Faszination für das deutsche Militär.

Die Herausgeber:

Prof. Dr. David Chiavacci ist Professor für sozialwissenschaftliche Japanologie am Asien-Orient-Institut der Universität Zürich. Seine Arbeitsschwerpunkte sind politische Soziologie, Wirtschaftssoziologie und Wissenssoziologie des gegenwärtigen Japan.

Dr. Iris Wieczorek ist Senior Research Fellow am GIGA Institut für Asien-Studien in Hamburg und Repräsentantin des GIGA und der Leibniz-Gemeinschaft in Japan, sie war von 2008 bis 2012 Direktorin des Japan-Büros der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Tōkyō, und leitet seitdem in Tōkyō die Beratungsfirma IRIS Science Management Inc.

Das Japan Jahrbuch wird seit 2007 unter der Schirmherrschaft der Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japanforschung e.V. (VSJF) herausgegeben.

Das Profil der VSJF:

Die 1988 gegründete VSJF ist ein Netzwerk für die Förderung und den Austausch von Wissen über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des modernen Japan. Der konzeptionelle Schwerpunkt besteht im Diskurs zwischen den Sozialwissenschaften und der Japan-Forschung. Mit der Vernetzung von Fach- und Länderspezialisten hat die VSJF Möglichkeiten geschaffen, interdisziplinär wichtige Fragestellungen zum modernen Japan zu bearbeiten und die Ergebnisse regelmäßig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die institutionelle Herausgabe des Japan Jahrbuchs ist Teil dieses Selbstverständnisses.

Weitere Informationen zur VSJF unter www.vsjf.net

VSJF

Das Netzwerk für Dialog und Forschung zum modernen Japan

